november

11/76 - DM 3,50

C4143 EX

konkret

Italien Lire 1200
Holland hfl 4.25
Schweiz sfr 3.80
Österreich S 28,–

Heinrich Böll:

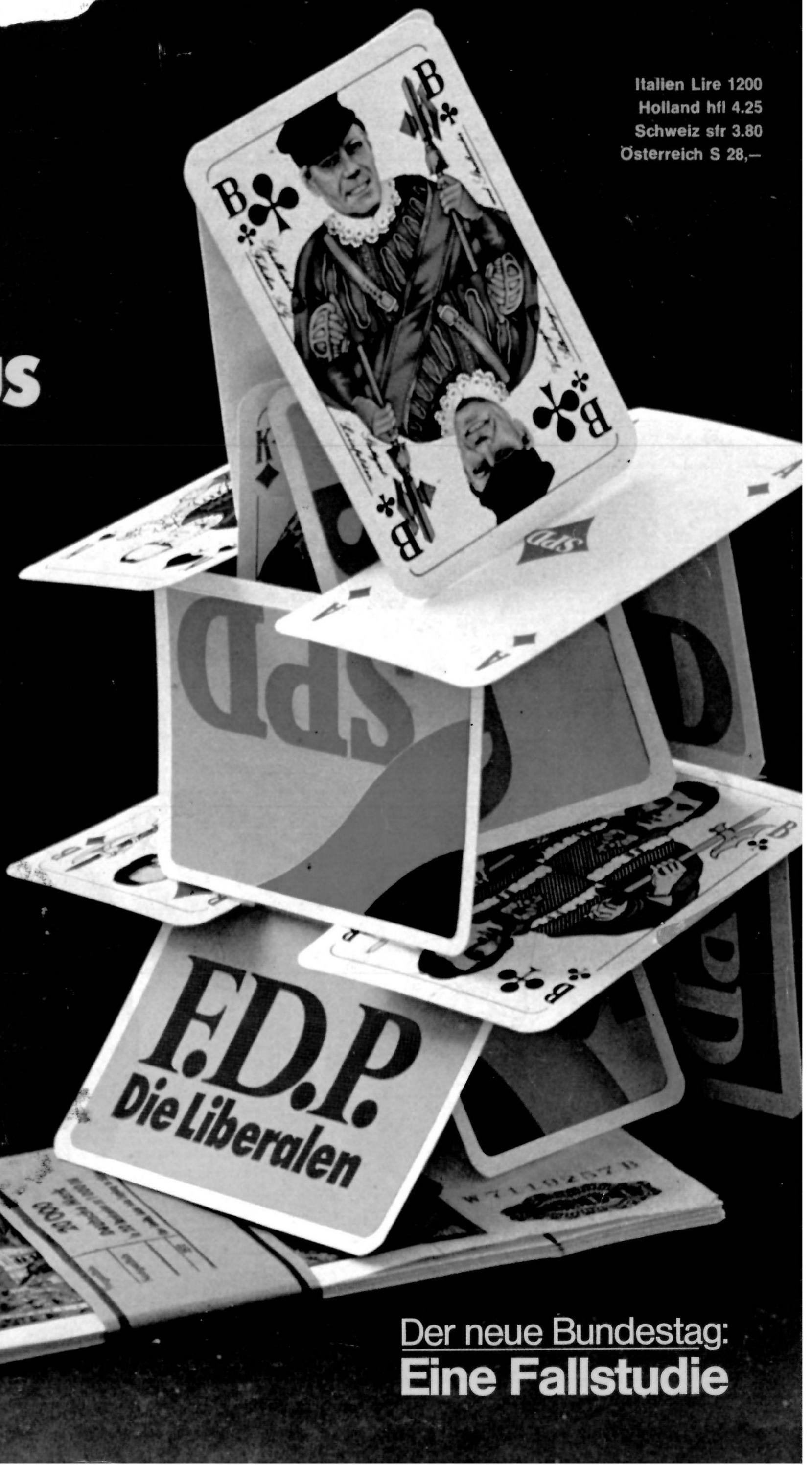
Unfreiheit und kein Sozialismus

In diesem Heft:

Günter Wallraff
Wolfgang Harich
Günter Nenning
Mario Soares
Günter Herburger
Hermann P. Piwitt
Gretchen Dutschke
Helmut Gollwitzer

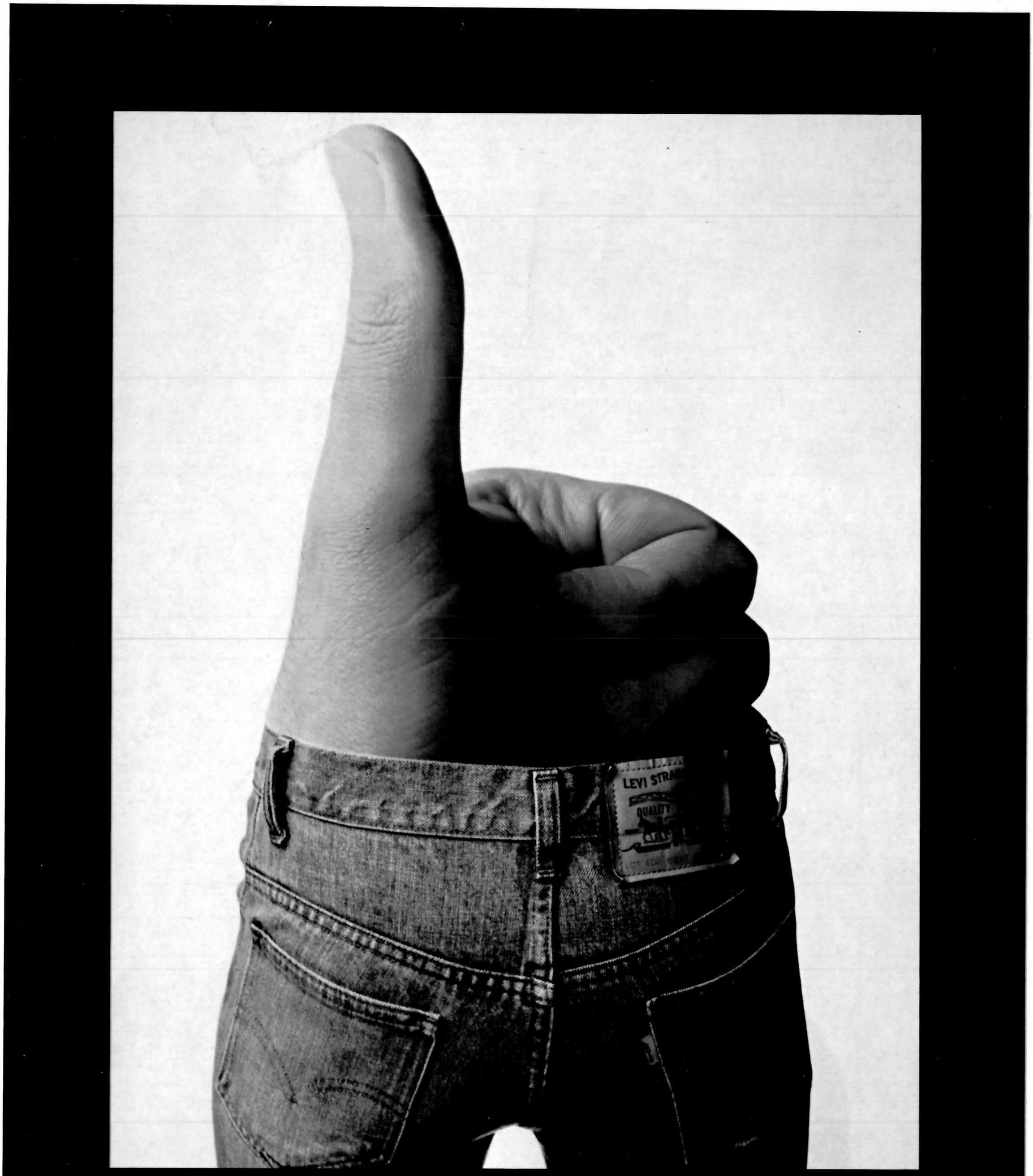
Rudi Dutschke:

Ja, Italien!



Der neue Bundestag:

Eine Fallstudie



LEVI'S®

The Original Jeans.

konkret

Monatszeitschrift für Politik und Kultur · Hamburg, 28. Oktober 1976 · Heft 11/76

KONKRET-Autoren: Wolfgang Abendroth · Günter Amendt · Wolf Biermann · Norbert Blüm · Walter Boehlich · Heinrich Böll · Martin Buchholz · Peter O. Chotjewitz · Franz Josef Degenhardt · F. C. Delius · Rudi Dutschke · Bernt Engelmann · Hans Magnus Enzensberger · Hubert Fichte · Erich Fried · Gerhard Fuchs · Max von der Grün · Peter Hamm · Karl Heinz Hansen · Günter Herburger · Alexander von Hoffmann · Jörg Huffschmid · Walter Jens · Yaak Karsunke · Franz Xaver Kroetz · Hans Matthöfer · Günter Nenning · Peggy Parnass · Hermann P. Piwitt · Peter Schneider · Alice Schwarzer · Klaus Staeck · Horst Tomayer · Henning Venske · Günter Wallraff Martin Walser · Peter Paul Zahl

Inhalt

KONKRET-Intern 4

Briefe 4

„Wir waren kindisch" 12
Interview mit dem portugiesischen Ministerpräsidenten Mario Soares

Kommen's, die Bolschewiken? 15
Tricks mit den Rüstungszahlen entschleiert Frank Rühmann

Satt, unterdrückt, zufrieden 18
Herbert Marcuse über eine neue Art Faschismus in den USA

Die zornigen alten Männer 24
KONKRET-Serie Teil 1
Helmut Gollwitzer

KONKRET-Magazin 27

Realismus? Kannitverstan! 34
Hermann Peter Piwitt kennt keine Parteien mehr – nur noch gute und schlechte Bücher

Gitarre als Knarre 39
Wolf Biermanns neue Spanien-LP / von Günter Nenning

Medea schockt die Spießer 41
Gerhard Zwerenz über einen Theater-Skandal

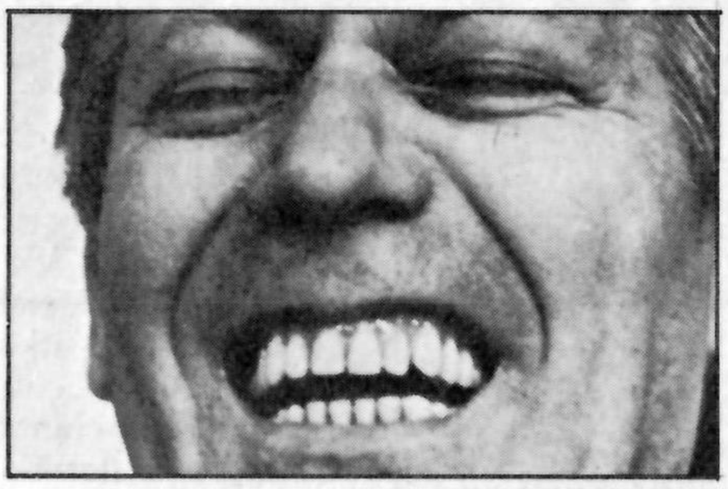
Ich liebe Gunvald Larsson. Sie noch nicht? 42
Michael Schilling über die Krimis von Sjöwall/Wahlöö

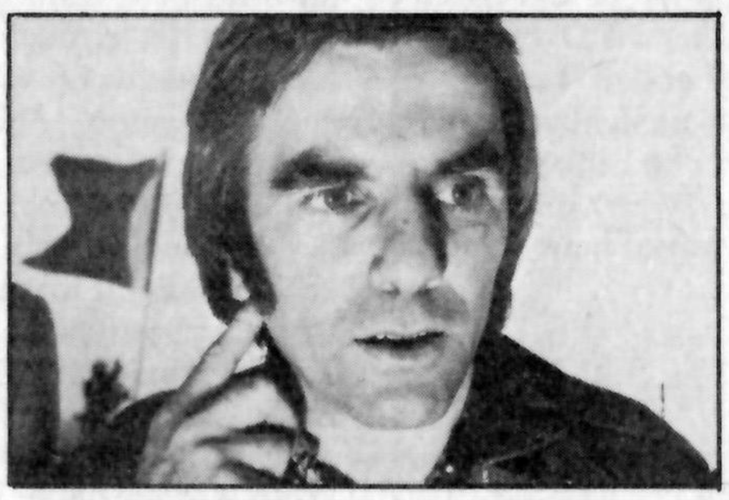
Dumm aber glücklich 46
Die Hauptschule als Auslese für kommende Arbeitslose / von Reinhard Kahl

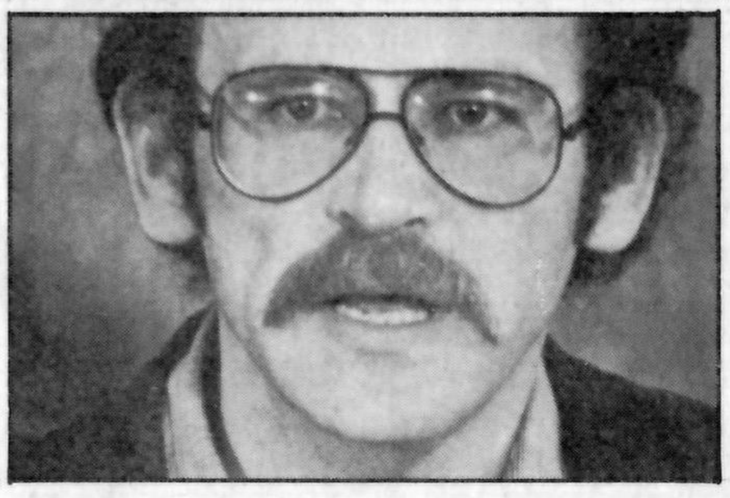
Rot schon – aber wie? 49
Gretchen Klotz-Dutschke antwortet auf einen KONKRET-Titel

Ein ganz gewöhnlicher Vertrag 56
Karl W. Pawek über die Aktualität nostalgischer Poster

KONKRET-Ex-press 58







Und was machen wir nun, Genossen? 8

Das knappe Wahlergebnis gibt den linken Sozialdemokraten noch weniger Spielraum als bisher. Überall gehen Frust und Resignation um. Hermann L. Gremliza fragt: Wie können wir die sozialistische Alternative am Leben halten?

Unfreiheit und kein Sozialismus 14

Heinrich Böll beschreibt das Glück, das wir empfinden sollten darüber, was alles *nicht* ist. Daß Carstens nicht Außenminister, Schneider-Creuzot nicht Waffenhändler und die Herstatt-Knacker keine kriminelle Vereinigung sind.

Ja, Italien! 18

Rudi Dutschke diskutierte und feierte mit der römischen KPI-Jugend. Er traf haufenweise Spontis – und doch: Von Lenin abgenabelt haben sich die italienischen Kommunisten noch nicht.

Herbert Gruhl am Scheideweg 36

Wolfgang Harich ist mit seinem Buch „Kommunismus ohne Wachstum?" als ökologischer Ankläger aufgetreten. Für KONKRET bespricht er den Umwelt-Bestseller des CDU-Abgeordneten Herbert Gruhl

Krach auf der Kooperative 52

Auch in Portugal laufen sozialistische Prozesse nicht nur in Heiterkeit ab. Die handfesten Auseinandersetzungen auf der Kooperative „Uniao faz a forca" beschreibt Günter Wallraff

Neuer Konkret Verlag GmbH, Große Reichenstraße 25/27, 2000 Hamburg 11 · Telefon (040) 32 55 22/33 56 96

Herausgeber und Chefredakteur (verantwortlich für den Inhalt): Hermann L. Gremliza

Redaktion: Hartmut Schulze (Politik), Ingrid Krüger (Kultur), Georg von Kieseritzky (Layout) · Verlagsleiter: Manfred Schachtschneider · Anzeigenleitung (Verantwortlich für den Inhalt der Anzeigen): Ulrich Alberti

Jahresabonnement DM 42,– frei Haus incl. Mehrwertsteuer, im Ausland zusätzlich Porto, Abonnement-Bestellung bitte an: Deutscher Presse Vertrieb, Wendenstraße 27–29, Postfach 10 16 06, 2000 Hamburg 1 · Zur Zeit gilt Anzeigenpreisliste Nr. 20 vom 1. 12. 1974 · Bank für Gemeinwirtschaft, Hamburg, Konto-Nr. 11 806 256 · Postscheckkonto Hamburg, Konto-Nr. 3840 30-202 · Druck: Druckerei Erwin Jungfer, Herzberg am Harz · Satz: Studio für Textverarbeitung, Neumann-Reichardt-Str. 27–33, Haus 14, 2000 Hamburg 70 · Vertrieb: IPV Inland Presse Vertrieb GmbH, Wendenstr. 27–29, 2000 Hamburg 1

konkret intern

Der mit drei Sternen gezeichnete Beitrag („Der einzige Grund, nicht DKP zu wählen, ist die DKP") im letzten KONKRET hat kommunistische Leser teils nachdenklich, teils wütend gemacht. Viele fragten telefonisch an, wer denn der *** sei. Sie bekamen keine Auskunft, weil KONKRET beim Autor im Wort war. Wir konnten nur versprechen, daß anonyme Beiträge auch in Zukunft seltene, sorgfältig geprüfte Ausnahmen von der Regel bleiben werden. *Einen* Verdacht wollen wir aus Gründen der Fairness dennoch ausräumen: Herbert Mies war's nicht.

Der „Tintenfisch", von Michael Krüger bei Wagenbach herausgegebenes „Jahrbuch der Literatur" (mit Beiträgen von Handke, Fried, Böll, Lettau, Weiss, Andersch, Born, Zwerenz, Halbritter und anderen), druckt ein Gedicht von Günter Herburger ab – mit der Fußnote: „Aus KONKRET, der besten linken Zeitschrift, sehr zu empfehlen." „Buchreport", das Buchhändlermagazin, interpretiert Inge Feltrinellis Motiv, sich an KONKRET zu beteiligen: KONKRET sei die vielleicht einzige Zeitschrift, die „das Zeug zu einer internationalen politischen Kulturzeitschrift habe oder doch bekommen könnte."

Daß KONKRET „das die reinste linke Lehre in der BR Deutschland vertretende Blatt" sei, hat das NPD-Organ „Deutsche Nachrichten" ermittelt, das den ersten Teil der KONKRET-Wahlumfrage auf drei Spalten ausschlachtete. Zum Schluß hieß es: „Diese Zitate von radikalen Linken sind nicht nur aufschlußreich, sondern durchaus wert, über sie nachzudenken." Schaden könnt's nichts, wenn man's nur könnte.

Unter den Autoren, die auf dem Titel angekündigt sind, ist auch einer, dessen Beitrag im Innern des Hefts nicht zu finden ist. Günter Herburger wollte über den neuen Parade-Dissidenten der DDR, Rainer Kunze, schreiben. Leider verfehlte Herburger (oder Gscheidle) den Redaktionsschluß des Innenteils um ein paar Stunden. (Die Titelseite wird früher gedruckt.) Statt des annoncierten Herburger erscheint im Kulturteil der nicht angekündigte Bericht von Gerhard Zwerenz über die Reaktion auf die Frankfurter „Medea"-Premiere.

In KONKRET 10/76 stellte Hermann L. Gremliza Uwe Nettelbecks „Die Republik" vor. Inzwischen hat sich der „Spiegel" von Wilhelm Bittorf einen Verriß schreiben lassen. Es heißt dort, Phrasenentlarvung sei nicht mehr möglich, weil es keine Phrasen mehr gebe. Es heißt dort auch, „Nettelbeck als Batman im Kampf gegen die sittenlose Presse, als Ranger auf der Spur der Glencheck-Kojoten in den Wüsten des Bleis und in den von jeder geistigen Vegetation entblößten Kathoden-Canyons des Fernsehens..." Es heißt auch, „heute freilich tritt einem aus Polizeiprotokollen nicht so ohne weiteres der nackte Polizeistaat entgegen wie unter Franz Joseph und seinem Büttelpräsidenten Schober". Mit weiterem tritt also doch? Und was fehlt dem Neubauer zum Schober – abgesehen vom Franz Joseph? Heute freilich? So heben „Spiegel"-Journalisten immer an, wenn sie sich die herrlich schönen Zeiten loben. Freilich statt Sozialismus.

briefe an konkret

Maske in rot

„Der einzige Grund, nicht die DKP zu wählen, ist die DKP" – unter diesem Titel hatte ein DKP-Mitglied in KONKRET (10/76) erklärt, warum es am 3. Oktober die SPD wählte. Am meisten erboste seine Genossen, daß er statt mit seinem Namen mit drei Sternen zeichnete.

Adenauer heuerte 1949 zwei Fußkranke als „entflohene Kriegsgefangene" an, die im Parlament mit Schlägereien und Antikommunismus gegen die KPD zu agieren hatten. Zeitungen wie „Bild" pflegen Zeugen und Interviewpartner zu haben, die – inkognito, versteht sich – über ihre „demokratische Befreiungsarbeit" im Untergrund der Sowjetunion, der CSSR, der DDR berichten. Nun hat „Konkret" unter dem Zeichen ***, das mir bisher nur von Schnapsflaschen bekannt war, einen „Kommunisten" gegen die Wahl der DKP und letztlich gegen die DKP selbst schreiben lassen. Warum macht dieser Mackie Messer seine Politik ausgerechnet in „Konkret", einem eher SPD-geneigten Magazin? Eine allgemeine Antwort ist einfach: Wo Geschichte gemacht wurde, gab es auch Agenten. Selbst Lenin entdeckte unter seinen engeren Mitarbeitern einen solchen, dessen fachliche Qualifikation er bekanntermaßen sehr schätzte. So mögen heute einige dieser Dunkelmänner in der DKP agieren, sicher findet man sie auch in der SPD. Die konkrete Antwort aber, warum sie in einem Magazin zu Worte kommen, das doch sonst um guten Stil, Solidarität und Sozialismus bemüht ist, weiß die Redaktion bestimmt noch besser als ich. Mehr Glaubwürdigkeit hätte sie nicht verloren, wenn sie es offen geschrieben hätte. Ich nehme nicht für mich in Anspruch, im öffentlichen Dienst zu sein, fürchte nicht, wegen meiner Diskussions- und Kritikfreudigkeit aus meiner Partei ausgeschlossen zu werden, und grüße freundlich, frank und frei,

Ulrich Maske,
Hamburg

Mord oder Selbstmord

Wie starb Ulrike Meinhof? KONKRET (9/76) enthüllte Widersprüche und Indizien, die die offizielle Selbstmord-These in Frage stellen: „Fakten zum Vorwurf: Mord".

Ich habe den Artikel mit Erschütterung gelesen und hoffe, daß Sie in der Lage sind, die wahrheitsgemäße Klärung der Angelegenheit zu betreiben und zu erreichen. Sollte sich der „Selbstmord" als Mord erweisen, worauf die von Ihnen hervorgeholten Indizien und Fakten hindeuten, ist das von so skandalösem Ausmaß, daß das bei breiten Kreisen der Bevölkerung zu einem kritischeren Verhältnis zur bundesdeutschen Justiz führen muß.

Gerhard Miskal,
Bremen

Ich finde Eure Überlegungen zum Tode von Ulrike Meinhof müßig; diejenigen, die die Verantwortung tragen für den Tod an Benno Ohnesorg, für das Attentat auf Rudi Dutschke, diejenigen, die sich gerade anschicken, persische Studenten wegen Lappalien abzuschieben in den Iran, wo ihnen Kerkerhaft und Hinrichtung droht, sie sind verantwortlich für Ulrike Meinhof, auch wenn sie sich selbst getötet hat. Jeder Selbstmord ist der Mord einer Ordnung, die dem Menschen wirkliches Leben versagt. Die Gefängnisse der Welt dienen dazu, denen, die kein Zahnrad im System der Ausbeutung werden wollen, das Rückgrat zu brechen, psychisch, wenn möglich, physisch, wenn nötig, sei es durch Mord oder Selbstmord. So wie das Gefängnis die konsequente Fortsetzung der Unterwerfung des Menschen unter fremde Mächte durch die Lohnarbeit, so ist der Selbstmord die konsequente, wenn auch unbeabsichtigte Folge der Unterdrückung aller Entfaltungsmöglichkeiten der Menschen zu einem kreativen und leidenschaftlichen Leben.

Lieber anonym, in diesen großen und bewegten Zeiten

Nochmal SPD?

Auch nach der Wahl reißt die Diskussion um die KONKRET-Umfrage „Trotz allem SPD" und Hermann L. Gremlizas Kolumne „Schmidt wählen?" nicht ab. Ein Brief für viele:

Folgende Argumente sind gegen eine Stimmabgabe für die DKP bei Eurer Wahlumfrage vorgebracht worden: „Bei der Bundestagswahl ist jede Stimme für DKP verschenkt", „Null Prozent Zustimmung, da mit jeder solchen Abstimmung ein CDU-Sieg wahrscheinlicher wird" oder „Wer die DKP wählt, wählt den Sonthofener Mao-Vertreter". Man sieht, die 5-Prozent-Klausel erfüllt immer noch genau ihre Funktion. Aus ihr ergibt sich *das* Argument überhaupt, man kann sagen: „das gesunde linke Volksempfinden". Bei Jens kommt dann noch die ideologische Begründung dafür hinzu, warum

die DKP keine Alternative zur SPD darstelle. Er nennt hier die oft gehörten sogenannten „Unfreiheiten", die es nach Darstellung der bürgerlichen Presse in den sozialistischen Ländern geben soll. Partiell hat er damit sogar recht, denn Kapitalisten haben tatsächlich in diesen Ländern „Berufsverbot". Ja, ich möchte sagen, dort gibt es noch schlimmeres als Berufsverbote, da dort, man stelle sich die Unfreiheit vor, sogar Berufe (Unternehmer, Steuerberater . . .) verboten sind. Man kann hier zwei Argumentationsstränge erkennen: Einmal den subtilen Antikommunismus (in Abwandlung des von Jean Améry geprägten Begriffs „rabiater Antikommunismus") und den Hinweis auf die 5-Prozent-Klausel. Wenn man diese beiden Argumente anerkannt, ist es nur konsequent, wie jetzt bei den Bundestagswahlen SPD zu wählen, um damit bewußt oder unbewußt die rechtssozialdemokratische Politik des „ehrlichen Maklers des kapitalistischen Systems" zu unterstützen und damit indirekt der Zwang für jeden besteht, diese Politik schrittweise zu rechtfertigen.

Linke Jusos, die sich in diesem Zwang befinden, verbreiten dann die Mär, daß es möglich sei, die Sozialdemokratie von innen heraus wieder in eine antikapitalistische und sozialistische Partei umzugestalten.
Dazu möchte ich folgendes Zitat von Josef Schleifstein bringen: „Wir haben immer darauf hingewiesen, daß eine solche wahrhaft historische Wandlung allein von innen her nicht zu bewerkstelligen ist. Vielmehr zeigt die geschichtliche Erfahrung in allen Ländern, in denen wir eine ernsthafte Linksentwicklung sozialdemokratischer Parteien im letzten Jahrzehnt konstatieren konnten, daß dazu (abgesehen von den objektiven Ursachen, die im krasseren Hervortreten kapitalistischer Krisenerscheinungen zu suchen sind), in erster Linie ein starker Druck von außen gehört, der nur von einer einflußreichen Kommunistischen Partei ausgehen und programmatisch wie praktisch in die Richtung einer gemeinsamen antimonopolistischen Front gelenkt werden kann." Daraus ergibt sich für jeden Linken, der ernsthaft für eine gesellschaftliche Entwicklung in der BRD in Richtung Sozialismus aktiv werden will, neben anderen Aktivitäten, bei dieser Bundestagswahl DKP zu wählen. Denn es ist schizophren, gegen die Stimmabgabe einer Partei Argumente vorzubringen, wie z. B. sie würde sich nicht gegen angebliche Berufsverbote in sozialistischen Ländern aussprechen und andererseits dazu aufrufen, eine Partei zu wählen, die Berufsverbote in den von ihr regierten Ländern praktiziert. Ich möchte mit einem Zitat von Wolfgang Harich schließen: „Daß viele Linke an der DKP viel auszusetzen haben, tut dabei nichts zur Sache".

**Bernd Semmler,
Offenbach**

Schädliche Arroganz

Ernest Borneman über Horst Eberhard Richters Bestseller forderte (9/76) nicht nur Richters Kritik heraus.

Schlimm ist die Borniertheit, mit der „Halblinkes" Verhalten abgetan wird, statt die Anregungen Richters oder von Alice Schwarzer in eine „linke Bewegung" zu integrieren. Denn was Richter tut und will, nützt der Linken genauso wie Bornemans Warten auf den großen Tag. Anderen Patentrezepte und Patentkuren zu unterstellen, wo diese eine (!) konkret notwendige Veränderungsarbeit anpacken, ist eine der gesamten Linken schädliche Arroganz. Links sein, lieber Ernest, heißt nicht nur, für die Veränderung in den politischen Institutionen zu schreiben. Warum bist Du links und ist Richter halblinks?

**Peter Schrabe,
Tübingen**

Schlag nach bei Mao

So oder so – die Erde wird rot: Hat KONKRET (10/76) des Roten zu viel getan?

Wer kam bloß auf die spleenige Idee, China auf der Weltkarte rot zu färben? Mao's nationalsozialistisches System mit der Sowjet-Union auf eine (Farb-)Stufe zu stellen, ist ein Schlag ins Gesicht aller Marxisten.

**Hans-Jürgen Singer,
Koblenz**

Sollte das Titelbild vom Oktober, das schon vor der Wahl zu kaufen war, ein letzter Versuch sein, der CDU/CSU noch ein bißchen Wahlhilfe zu leisten?

Das Auto Blubberbumm
**Ein Musical für Kinder (ab 8)
von Dieter Süverkrüp
und Wolfgang Dauner**
LP: Bestell-Nr. K 20903

**Mit
Bastelbogen!**

**Verlag „pläne" GmbH
Braunschweiger Str. 20
4600 Dortmund 1
Telefon 02 31/81 89 25**

pläne

briefe an konkret

Daß die eklige rote Pampe aus einem Oetker-Pudding angerührt war, hat diesen Verdacht noch gestärkt.

J. P. Ebeler, Oldenburg

Meinetwegen soll das ruhmreiche Vaterland aller Werktätigen – trotz Stalin und Prag 68 – immer noch als rot gelten. Was mir als einem, der sich auch unter Linken einen Rest Kritikfreiheit bewahren will, allmählich doch auf den Keks geht, ist dieser Hurra-Sowjetismus, den man manchmal auch in KONKRET (leider!) findet. Man muß kein Solschenizyn sein, um in der sowjetischen Spielart des Sozialismus mehr zu entdekken, als bloße „Deformationen", wie der Autor Schulze das nennt.

Franziska Schwedt, Frankfurt

Mit Wolf Biermann habt Ihr wohl nichts im Sinn – oder warum verstümmelt KONKRET ihn immer. Im KONKRET-Intern entschuldigt Ihr Euch, daß bei Biermanns Kritik im September-Heft die Zeilen verhoben waren, und im nächsten Heft zitiert Ihr Biermann, wieder falsch (Absicht unterstelle ich Euch nicht, denn der richtige Biermann-Text hätte viel besser zu Eurer Titel-Aussage gepaßt!) Richtig heißt der Vers von Biermann so:
„So oder so, die Erde wird rot:
Entweder lebenrot oder todrot
Wir mischen uns da bißchen ein
so soll es sein
so soll es sein
so *wird* es sein . . ."
Helft weiter, auch durch Vermeidung solch blöder Fehler, mit, daß es nicht nur so sein soll, sondern auch so sein wird.

Harry Wohlers, Lüdenscheid

Vom anderen „Stern"

KONKRET schilderte die Hintergründe der „Stern"-Krise (10/76).

Daß es bei KONKRET offenbar Autoren gibt (wenn der hier gemeinte auch leider nicht genannt wurde), die nicht nur verkünden können, daß alles, was andere in großen Institutionen tun, reaktionär und/oder anpasserisch wäre, ist eine wohltuende Erkenntnis. Es ist nämlich, bei aller Kritik, anzuerkennen, daß im „Stern" in letzter Zeit sehr oft sehr gute kritische Beiträge zu finden waren. Erst durch KONKRET habe ich erfahren, daß es bei dem Streit genau darum ging, diese Kritik über personalpolitische Entscheidungen mundtot zu machen. Warum war das in anderen Zeitungen nicht zu lesen? Im „Spiegel" zum Beispiel? Oder gehört der auch schon dem „Media-Multi" Mohn?

Jürgen Salfeldt, München

Na, endlich

Der Liedermacher Walter Moßmann antwortete mit einem offenen Brief an Forschungsminister Hans Matthöfer auf ein KONKRET-Interview zum Thema Kernkraftwerke (10/76).

Mit dem Abdruck dieses Briefes von Moßmann hat KONKRET zu seiner klaren Position vom Januar 1975 („Friedlich in die Katastrophe") zurückgefunden und die Scharte mit dem Matthöfer-Interview ausgewetzt, wo die dümmlichen KONKRET-Fragen dem Herrn Minister Gelegenheit zu dümmlichen Antworten gaben. Jetzt sollte sich KONKRET um die Pläne kümmern, überall Wiederaufbereitungsanlagen für Atommüll zu bauen. Dies plant die Bundesregierung, ohne der betroffenen Bevölkerung auch nur die geringsten Informationen über die Gefahren zu geben, im Stil einer Geheimaktion. So wenig Wyhl gebaut werden darf, dürfen diese Anlagen gebaut werden!

Maria Heidenreich, Heilbronn

KONKRET wieder auf der Seite der Bürgerinitiativen! Na, endlich!

Hanspeter Jänisch, Münster

Theo-philie

KONKRET-Express altert schneller als das übrige Heft: Es steht schon jetzt in seinem 17. Sommer. Und kein Ende?

Gremliza hat ja so recht, und man lacht ja auch jedesmal von neuem. Aber das ist eben die Gefahr. Leute wie Sommer sind nur für wenige komisch, für die meisten sind sie ernst zu nehmen und darum auch gefährlich. Deshalb wäre es wichtiger, Sommers Leitartikel in ihrer politischen Substanz einmal gründlich zu analysieren. Wenn das geleistet ist, soll uns Gremliza gern wieder über ihn lachen machen.

Hubert Gerstner, Lübeck

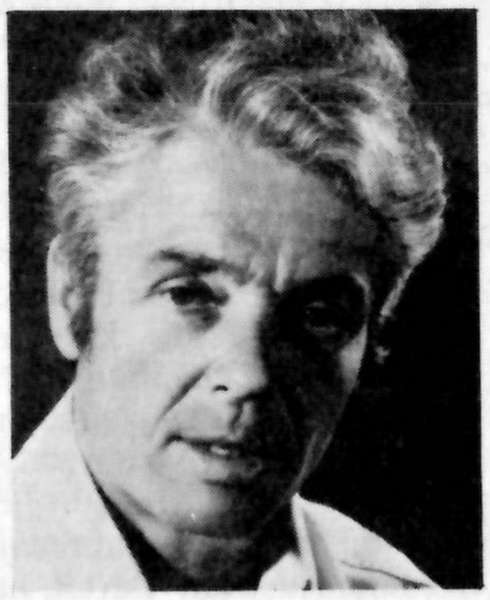
Nachtrag zum letzten Express: Eine Fliege macht noch keinen Sommer. Schlimmer: Sommer macht noch immer keine Fliege.

Franz Michalek, Castrop-Rauxel

Richter antwortet Borneman:

Vom Standhalten

Obwohl ich noch nie auf eine Kritik an einem meiner Bücher reagiert habe, tue ich es diesmal erstens deshalb, weil hier gegen Auffassungen polemisiert wird, die ich überhaupt



Prof. Dr. H. E. Richter

nicht vertrete, und weil KONKRET obendrein den Anschein erweckt, sich mit dieser Polemik zu identifizieren (Vorspann: „KONKRET wird . . . analysieren").

Borneman kritisiert seine eigenen Unterstellungen, nicht mein Buch. Beispiele:

1. Ich hätte gesagt, man könne die krankmachenden Einflüsse der Gesellschaft durch die Teilnahme an Spontangruppen therapieren.

Das sage ich nirgends. Ich führe aus, die Spontangruppen seien wichtige Experimentiermodelle, in denen die Prinzipien einer nicht entfremdeten Arbeit (Gemeinschaftlichkeit, Ganzheitlichkeit, Autonomie, Spielraum für experimentierende Flexibilität usw.) im Kontrast zur institutionellen Arbeitswelt erfahren werden könnten und sollten. Insofern nenne ich die Spontangruppen-Arbeit ein bedeutungsvolles „Muster für die Veränderung in den Institutionen", bzw. ich behaupte von ihr, daß sie als Gegen-Arbeitswelt „der institutionellen Arbeit permanent ihre menschenfeindlichen Züge vorhalten muß".

Ein Muster, das den Maßstab für erforderliche Veränderungen kritisch fixiert, ist aber etwas ganz anderes als eine „Wunderdroge", der die Erzeugung dieser Veränderungen selbst zugeschrieben wird.

2. Mein Ziel soll angeblich die Abschaffung der Institutionen sein.

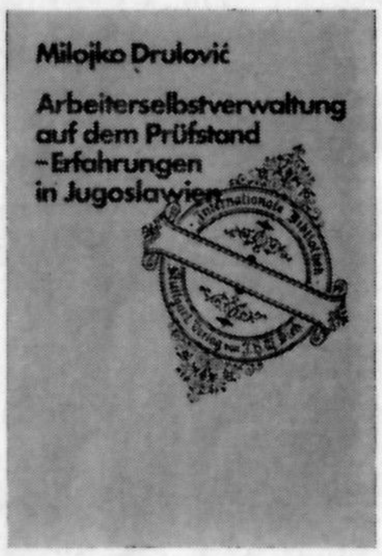
Nie habe ich so etwas Unsinniges erklärt oder auch nur angedeutet. Vielmehr geht es mir, wie ich z. B. auf Seite 228 geradezu als die mich motivierende Fragestellung dieses Buches formuliere, vordringlich um das Problem der humanisierenden Umgestaltung der Arbeit *in* den Institutionen. Ich beschreibe, wie unsozial im Grunde die Arbeit selbst in den Betrieben aussieht, die der sozialen Betreuung und Versorgung dienen (Schule, Heim, Gesundheitswesen, speziell Psychiatrie, Sozialadministration). Ich wende mich freilich entschieden dagegen, im Blick auf die gesellschaftlich bedingten Zwänge sinnvolle Anstrengungen zu unterlassen, von der Basis aus in den Institutionen etwas zu bewegen. Ich glaube nicht, daß ich den Spielraum für diese Möglichkeiten überschätze. Aber an dem Modellbeispiel regionaler psychosozialer Versorgung, bei dem es um die Verlagerung von Kompetenzen der Kooperation, Koordination und Planung an die Basis geht, versuche ich immerhin zu zeigen, in welcher Richtung Schritte nach vorn möglich sind. Daß Basisinitiativen allein ohne unterstützende strukturelle politische Reformen wenig ausrichten können, habe ich sogar als dick gedruckte Kapitelüberschrift so deutlich formuliert, daß mir die Unterstellung der gegenteiligen Auffassung unerklärlich ist. Ein Rezept für eine „Wunderkur", „mit deren Hilfe man sich ohne harte politische Arbeit eine bessere Welt heranzaubern kann", hat E. Borneman jedenfalls als erster bei mir entdeckt.

Prof. Dr.
Horst E. Richter,
Gießen

Sozialistische Klassiker und aktuelle Theoriediskussion: „Internationale Bibliothek" im Verlag J.H.W. Dietz Nachf.

In der 1887 gegründeten Reihe „Internationale Bibliothek" erscheinen heute neben den nach wie vor neu aufgelegten Texten sozialistischer Klassiker Beiträge zur aktuellen Theoriediskussion unter demokratischen Sozialisten. Die Produktion wurde 1973 wieder aufgenommen; inzwischen sind mehr als 40 Titel lieferbar, die – nicht zuletzt wohl der durch die Paperbackausstattung günstigen Preise wegen – vor allem bei Studenten Interesse finden. Hier eine kleine Auswahl; das Gesamtverzeichnis unseres Verlags senden wir Ihnen gerne zu (siehe Coupon rechts unten).

Milojko Drulović: Arbeiterselbstverwaltung auf dem Prüfstand. Erfahrungen in Jugoslawien. Mit einem Geleitwort von Herbert Wehner. 247 S. 15,– DM.
Drulovićs Buch unterscheidet sich von anderen Arbeiten zum gleichen Thema dadurch, daß der Verfasser, ein Mitkämpfer Titos, heute Botschafter in Peking, lange Zeit das große Presseunternehmen Politika geleitet hat, also die Errungenschaften, aber auch die Probleme der Selbstverwaltung aus eigener Praxis kennt. Er ist entschiedener Anhänger der Selbstverwaltung, berichtet aber offen und bisweilen kritisch über ihre Entwicklung und ihre Probleme, etwa über



Zentralisierung oder Dezentralisierung wirtschaftlicher Entscheidungen und die Interessenlage einzelner Gruppen in dieser Diskussion; regionalen Ausgleich; das Verhältnis von Selbstbestimmung einerseits zu fachspezifischer Entscheidungskompetenz andererseits. Es kommen z.B. folgende Fragen zur Sprache: Wer bestimmt die Einkommenshöhe? Gegen wen wird gestreikt? Wer trägt das Risiko, wer die Verantwortung?
Herbert Wehner im Geleitwort: „Wer sich frei machen kann von der Vorstellung, aus Erfahrungen zu lernen bedeute, die Erfahrungen anderer pedantisch ins eigene Denken und Handeln zu übertragen, der wird aus diesem Buch viel lernen."

Georg Lührs/ Thilo Sarrazin/ Frithjof Spreer/Manfred Tietzel (Hrsg.): Kritischer Rationalismus und Sozialdemokratie I. Mit einem Vorwort von Helmut Schmidt. 482 S. 25,– DM. Kritischer Rationalismus und Sozialdemokratie II. Diskussion und Kritik. 392 S. 25,– DM.
Der erste Band initiierte, nicht zuletzt wegen des Vorworts von Helmut Schmidt, eine rege Diskussion. Band II enthält teils kritische, teils modifizierende Beiträge, in denen die Aussagefähigkeit und Relevanz des Kritischen Rationalismus für eine progressive, rationale Politik überprüft wird.

Peter von Oertzen: Betriebsräte in der Novemberrevolution. Eine politikwissenschaftliche Untersuchung über Ideengehalt und Struktur der betrieblichen und wirtschaftlichen Arbeiterräte in der deutschen Revolution 1918/19. 2., erweiterte Auflage. 484 S. 20,– DM.

Nachdruck der lange vergriffenen Habilitationsschrift von Oertzens. Wichtig: neu in den Anhang aufgenommen wurde ein Gutachten des Verfassers für die IG Metall über „Probleme der wirtschaftlichen Neuordnung und der Mitbestimmung in der Revolution 1918".

Hartmut Soell: Fritz Erler. Eine politische Biographie. Bd. I 699 S. Bd. II ca. 540 S. Je Bd. 30,– DM.
Der Streit um die Person Erlers und um das Recht, sich auf ihn berufen zu dürfen, ist zur grobschlächtigen Wahlkampfpolemik ausgeufert. Um so mehr lohnt es sich Soells sachlich gehaltene Biographie zu lesen. Soell, Dozent in Heidelberg, war 1965–68 Assistent der SPD-Bundestagsfraktion, davon die längste Zeit bei Helmut Schmidt, Erlers Nachfolger im Amt des Fraktionsvorsitzenden.

Kurt Löwenstein: Sozialismus und Erziehung. Eine Auswahl aus den Schriften 1919–1933. Neu herausgegeben von Ferdinand Brandecker und Hildegard Feidel-Mertz. Ca. 450 S. 20,– DM.
Kurt Löwenstein hat als einer der führenden Erziehungs- und Bildungsreformer der Weimarer Republik die sozialistische Erziehungs und Lehrerbewegung in Deutschland, aber auch in Österreich, der ČSR, der Schweiz, in Frankreich, in Belgien und den Niederlanden stark beeinflußt. Die Schriften des USPD- bzw. linken SPD-Politikers waren seit Jahren kaum noch zugänglich.

Franz Osterroth/Dieter Schuster: Chronik der deutschen Sozialdemokratie. Bd. I: Bis zum Ende des Ersten Weltkrieges. 220 S. 20,– DM. Bd. II: Vom Beginn der Weimarer Republik bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges. 452 S. 20,– DM. Bd. III (erscheint 1977): Nach dem Zweiten Weltkrieg. 20,– DM.

Bernstein und das sozialdemokratische Programm. Eine Antikritik von Karl Kautsky. Mit einer Einführung von Hans-Josef Steinberg. Ca. 230 S. 15,– DM.

Karl Kautsky: Vorläufer des neueren Sozialismus. Erster Band: Kommunistische Bewegungen im Mittelalter. 416 S. Zweiter Band: Der Kommunismus in der deutschen Reformation. 372 S. Beide Bände eingeleitet von Karl Kupisch. Je Band 20,– DM.

Eduard Bernstein: Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie. Mit einer Einleitung von Dieter Schuster. 15,– DM.

Ein revisionistisches Sozialismusbild. Drei Vorträge von Eduard Bernstein. Herausgegeben und eingeleitet von Helmut Hirsch. Ca. 200 S. 15,– DM.

August Bebel: Aus meinem Leben. Ausgewählt und neu herausgegeben von Walther G. Oschilewski. 223 S. Text, 16. Abb. 15,– DM.

100 Jahre „Vorwärts": Ein Querschnitt in Faksimiles

Vorwärts 1876–1976. Ein Querschnitt in Faksimiles. Herausgegeben von Günter Grunwald und Friedhelm Merz. Eingeleitet von Heinz-Dietrich Fischer und Volker Schulze. 44 S. Text, 203 S. Faksimiles. Format: 29 cm x 41 cm. Leinen 36,– DM.

Diese ausgewählten „Vorwärts"-Seiten dokumentieren, wie die letzten 100 Jahre deutscher Geschichte von Sozialdemokraten erlebt wurden: Sozialistengesetz, Wahlerfolge, Bebels Tod, Kriegsausbruch, Verbot des „Vorwärts", „Extra-Ausgaben" an den ersten Tagen der Novemberrevolution, Ebert Reichspräsident, Aufstieg des Nationalsozialismus und der Kampf der SPD dagegen, dann am 28.2. 1933 die Besetzung der Druckerei durch die Nazis, Beschlagnahmung der Auflage, Exil-Ausgaben bis 1940, 1948 die erste Ausgabe nach dem Krieg, die Wahlsiege Heinemanns und Brandts sind u.a. Themen der ausgewählten Seiten. – Übrigens der Band eignet sich als Geschenk für Freunde und Genossen.

Verlag
J.H.W. Dietz Nachf.
GmbH
Kölner Straße 143

D–5300 Bonn-Bad Godesberg

Informieren Sie mich über Ihr Verlagsprogramm.

Absender:

_____

_____

_____

_____

_____

Verlag J.H.W. Dietz Nachf. GmbH
Kölner Straße 143 5300 Bonn-Bad Godesberg

Hermann L. Gremliza:

Und was machen wir jetzt, Genossen?

Das Bild des Jahres. Man möchte, mit Wilhelm dem Zweiten, rufen: „Ich habe es nicht gewollt!“

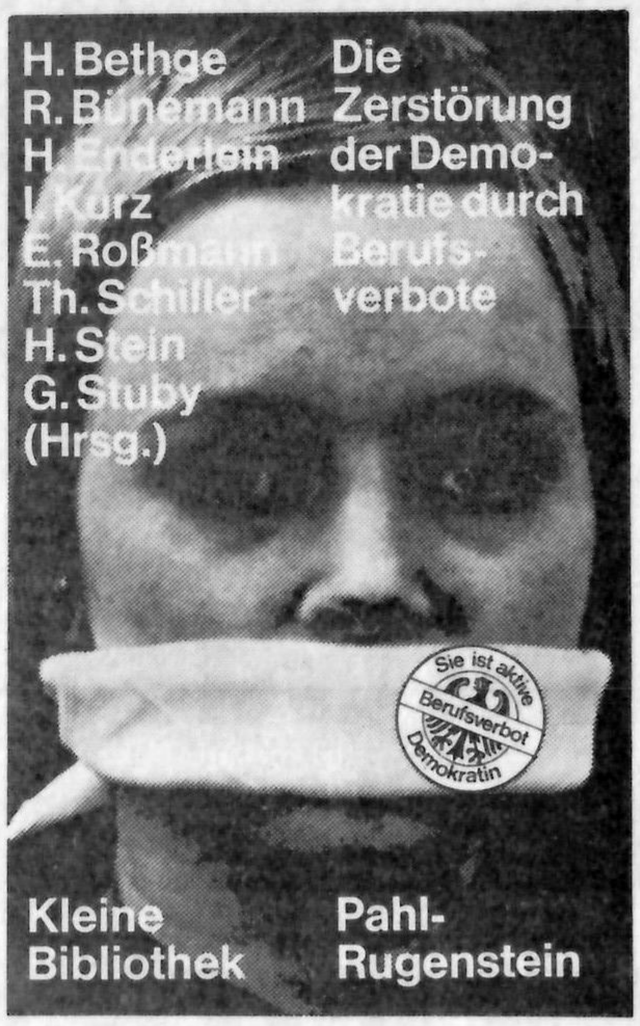
Wir haben es aber gewollt und all die Sozialisten in und am Rande und außerhalb der SPD, die – wieder einmal, noch einmal – Disziplin vor Recht ergehen ließen, auch. Wie schwer beim Anblick dieser Sieger die Erinnerung immer fallen mag: Wir hatten gute Gründe.

Wir wußten, wer da siegen würde, wenn nicht Strauß und Dregger. Die Kanalarbeiter würden ihre Bierabende weiterhin über das Vorzimmer eines Ministers organisieren können, die Bank- und Industrieverbände würden über Otto Graf Lamdsdorff mitregieren. Der knappe Sieg machte die Erpresser von rechts noch stärker: Die Reaktion ist geschlagen, das Feld beherrscht die Stagnation. Wir schaffen den Status quo.

Wir wußten auch, daß ein SPD-Erfolg Helmut Schmidt gutgeschrieben, ein Mißerfolg den Linken angelastet würde. Es stand in KONKRET (vor der Wahl), ehe es bei einem Politik-Professor zu hören war, der im „Spiegel“ wochenlang die Wähler „analysierte“. Helmut Schmidt, sagte dieser Professor, habe die Sozialdemokraten gerettet: „Wenn die SPD sich zu einer sozialistischen Partei entwickelt, ist sie nicht mehr mehrheitsfähig.“ In den Tageszeitungen wurde, meist mit Bild, der Juso-Gegner Jochen Vogel als einer vorgestellt, der im Gegensatz zu linken Genossen seinen Münchner Wahlkreis verteidigt habe.

Weniger Beachtung fand, daß Helmut Schmidt in seinem Hamburger Wahlkreis mehr Stimmen (2,5 Prozent) verlor, als jeder andere SPD-Kandidat in der Hansestadt. Daß Jochen Vogel sich in München den stärksten SPD-Wahlkreis ausgesucht hatte und dennoch 7,5 Prozent abgeben

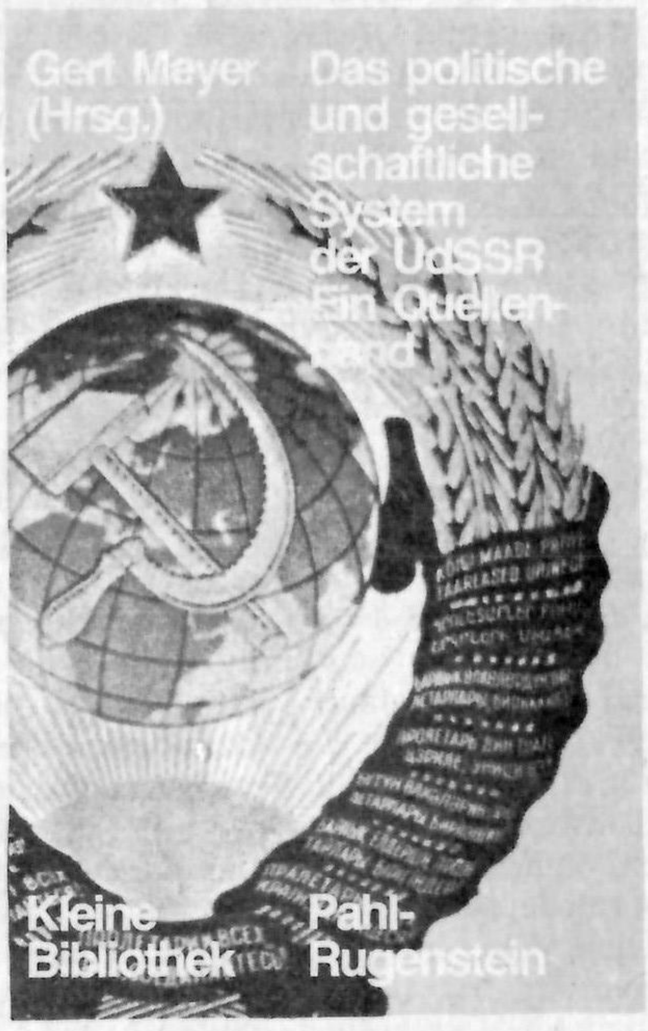
Neuerscheinungen



396 Seiten, 7,80 DM

Die umfangreichste Dokumentation zum Thema Berufsverbot.
Trotz aller Versuche der Einschüchterung, trotz Verbreitung von Angst und Unsicherheit löst jedes neue Berufsverbot Empörung und Engagement aus. Diese demokratische Bewegung will der Band argumentativ unterstützen. Er dokumentiert u.a. Anhörungsprotokolle, Bundestagsdebatten, ausländische Stimmen sowie Stellungnahmen und Beschlüsse aus Gewerkschaften, politischen Gremien, Kultur und Gesellschaft.

Die erste umfassende Dokumentensammlung über die UdSSR. Der Quellenband soll dem Studium der gegenwärtigen sowjetischen Gesellschaft dienen und seinen Zweck vor allem in Lehrveranstaltungen von Schule und Hochschule erfüllen. Das Studium der heute geltenden und nicht immer leicht zugänglichen Dokumente soll darüber hinaus zu einer selbständigen Urteilsbildung gegenüber dem gesellschaftlichen System der UdSSR und seinen divergierenden Interpretationen anregen.



448 Seiten, 14,80 DM

Fordern Sie bitte unser neues Gesamtverzeichnis Herbst/Winter '76/'77 an.

Pahl-Rugenstein

Vorgebirgstraße 115 · 5 Köln 51

mußte. Daß Schmidt-Freund Herbert Ehrenberg, der sichtlich darunter leidet, zum Erfinden der freien Marktwirtschaft zu spät auf die Welt gekommen zu sein, in Wilhelmshaven 3,3 Prozent verlor, Kanalarbeiter Hans Hermsdorf in Cuxhaven 5,0 und Egon Franke in Hannover 5,2 – alle drei bei einem durchschnittlichen Landes-Minus von 2,4 Prozent.

Worüber nichts geschrieben wird, das hat auch nicht stattgefunden: Zum Beispiel, daß der ehemalige Juso-Vize Norbert Gansel mit einem Verlust von 0,9 Prozent am besten von allen Schleswig-Holsteiner SPD-Kandidaten abschnitt.

Nachzutragen wäre, daß der Professor (Kaltefleiter heißt er) nicht nur ist, womit er den Lesern vorgestellt wurde: Direktor des Instituts für Politische Wissenschaft der Universität Kiel. Sondern auch Mitarbeiter des Wissenschaftlichen Instituts der Konrad-Adenauer-Stiftung, die ihre einschlägigen Erfahrungen bei der Finanzierung des Wahlkampfs von Eduardo Frei gegen Salvador Allende gewonnen hat. Die „Welt" wollte dem „Spiegel" nicht nachstehen – sie gewann einen ähnlich renommierten Experten: Den Direktor des Institus für Politische Wissenschaft der Universität Freiburg, Dieter Oberndörfer. Er ist der Leiter des Wissenschaftlichen Instituts der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Der Konsument solcher Medien kann jedem Befrager mit Herbert Wehner und mit Recht antworten: „Ich weiß nichts, und Sie wissen auch nichts, Herr Lüg."

Das Perfide an dieser Mauseschwanz-Zählerei aber sind weniger die falschen Ergebnisse als die jeder politischen Verwertung entzogenen Fragestellungen. Statt Auskunft über das Wahlverhalten jugendlicher Arbeitsloser erhalten wir die Information, daß unverheiratete Katholikinnen in Gemeinden unter 20 000 Einwohnern zu 0,3 Prozent mehr CDU gewählt haben als vor vier Jahren.

Schlimmer noch, wir können nicht einmal darauf vertrauen, daß das Gegenteil der falschen Behauptung, je linker die SPD desto weniger Stimmen, richtig ist.

In der Tat kann auch eine linkere, fortschrittlichere Sozialdemokratie als unsere derzeitige Wahlen verlieren, und manche Genossen mußten mit Entsetzen feststellen, daß sie es auch dann noch kann, wenn sie ein Land vierzig Jahre hindurch regieren durfte. Daß die Wähler ihr dann einfach den Laufpaß geben und sie durch einen Bürgerblock ersetzen können, obwohl sie das perfekteste „soziale Netz" geknüpft und den höchsten Wohlstand aller westlichen Staaten garantiert hatte.

Die Rede ist vom „schwedischen Modell", der schönsten und fortschrittlichsten Form sozialdemokratischer Regierungspolitik, die sich in der Geschichte der Arbeiterbewegung entwickelt hat. Vierzig Jahre demokratischer Sozialismus in Schule, Hochschule, Betrieb, Verwaltung, Polizei, Militär – und die Mehrheit der Wähler hat immer noch nicht begriffen, daß sozialdemokratische Politik im Interesse der Mehrheit gemacht wird.

Da gibt es nun, wie unser Herr Bundeskanzler gern sagt, „zwei Alternativen": Entweder hat sich die schwedische Sozialdemokratie das falsche Volk gewählt, oder ihre Politik lag doch nicht im Interesse der Mehrheit. Ist es denn denkbar, daß die Mehrheit an mehr Interesse hat als an einem Weg vom lallenden Windelkonsumenten über den existenz-ängstlichen Lohnabhängigen zum schrottreifen Insassen eines Seniorenheimes, so gut asphaltiert und schön ausgeschildert dieser Weg auch immer sei? Kann es denn sein, daß die Menschen außer Hunger und Durst, dem Verlangen nach einem Haus und einem Auto, der Lust auf einen Zweitwagen und ein Wochenendhaus noch weitere Bedürfnisse haben? Und auf der Suche danach, alleingelassen von der Partei des demokratischen Sozialismus, nach Hernn Fäldin (oder Herrn Filbinger) greifen?

Weil niemand da ist, der das Kontrastprogramm formuliert: Daß die Entfremdung des Menschen von sich und seiner Arbeit, daß die Herrschaft von Menschen über Menschen vermittels des Privatbesitzes an den Produktionsmitteln abgebaut werden muß, daß die Menschen gleich sind und keine Klasse über die andere herrschen soll.

Die Linke in der SPD, die Jungsozialisten voran, sind im Prinzip dieser Meinung

und haben dazu eine Strategie der systemüberwindenden Reformen entwickelt. Nicht bedenkend, oder verdrängend, daß das System über eine reformüberwindende Strategie verfügt, die einen Namen hat: Sozialdemokratie. In ihr und mit ihr werden die Anpassungsprozesse, auf die eine Wachstumsgesellschaft angewiesen ist, politisch vermittelt. Beispiel: Die Aufrechtserhaltung sozialen Friedens erfordert eine Erhöhung der Renten. Eine Erhöhung der Renten schafft neue Kaufkraft und gewinnträchtige Märkte. Die Hauptlast der Rentenerhöhung wird an die Lohnabhängigen weitergegeben. Demokratische Sozialpolitik – sozialdemokratische Politik.

Sozialdemokratische Politik bietet Gewähr für zwei Dinge: Mit ihr kommt kein Faschismus. Und kein Sozialismus. Das ist – gerade für uns mit unserer gewalttätigen Bourgeoisie – nicht wenig. Und deshalb ist es gut, daß Helmut Schmidt Kanzler bleibt und Georg Leber Minister.

Wer die sozialistische Alternative offenhalten wollte, konnte – wie es viele Genossen vom linken Juso-Flügel taten – tagsüber für Hans Apel im Hamburger Wahlkreis Nord Hausbesuche machen und abends Plakate kleben. Er kann jetzt wieder Mehrheiten für den nächsten Unterbezirksparteitag zusammenkungeln, Resolutionen einbringen gegen den Export von Atomkraftwerken nach Brasilien. Aber er sollte auch erkennen, daß es *nicht zufällig* der linke Sozialdemokrat Hans Matthöfer ist, der als Bundesforschungsminister dieses Exportgeschäft zustandegebracht hat. Daß *nicht zufällig* schwedische Waffen nach Israel und in andere Spannungsgebiete geliefert wurden, während Olof Palme mit einem Plakat gegen die Bombardierung Hanois vor dem Bauch durch Stockholm lief.

Sozialdemokratie – das ist: vorwärts, es geht zurück. Das ist ein staats- und gesellschaftstragender Integrationswolf, der ein großes Ziel hat, nie ankommt, aber immer „Ik bün all dor" schreit.

Das alles gilt zumindest so lange, als – wie in Schweden und in der Bundesrepublik – nicht links von der SP eine kämpferische sozialistische Organisation steht, die, anders als Linke in der Partei, nicht einem ständigen Wechselbad von Belohnung und Erpressung ausgesetzt werden und deshalb, wiederum anders als die Linke in der Partei, eine glaubwürdige sozialistische Position vertreten kann.

Historisch und weltweit gibt es diese Position. Gibt es sie in der Bundesrepublik? Irgandwann gewiß. Aber heute?

Die einzige Partei links von der SPD, die in statistischen Zahlen erfaßbar ist, ist die DKP. Sie hält bei 0,3 Prozent. Und befindet sich damit nicht nur quantitativ weit unter westeuropäischem Normalmaß: Wer so wie die besserwisserischen, den Weltgeist mit Löffeln gefressen habenden Funktionäre dieser Partei jedem Sozialisten diktieren will, worüber diskutiert werden darf und daß Fragen nach Prag oder Streiks in Polen per se antikommunistisch sind, ist für Leute, denen mehr Sozialismus auch mehr Freiheit bedeutet, keine politische Heimat. Wer einerseits auf vierfarbigem Kunstdruckpapier die Erfolge des realen Sozialismus in der DDR propagiert und andererseits die Frage nach dem erschossenen KPI-Mann mit dem Hinweis beantwortet, man sei eine bundesdeutsche Partei und für Probleme der DDR nicht zuständig, läßt jenes Mindestmaß an intellektueller Redlichkeit vermissen, auf das Sozialisten nicht verzichten sollten.

Was gibt es sonst , außerhalb der DKP? Es gibt Sozialisten in der SPD, die nach einer Alternative suchen. Es gibt junge (und ältere) Kommunisten, die mit der DKP nicht fertig werden. Es gibt linke Gewerkschafter, es gibt das Sozialistische Büro. Es gibt den Apo-Rest um Rudi Dutschke. Es gibt die parteilose sozialistische Intelligenz, es gibt die rund 260 Autoren, die in den letzten zwei Jahren für das neue KONKRET schrieben.

Ist das viel, wenig oder so gut wie nichts?

Der Status quo, dieses neue Regierungsprogramm, droht die Linke zu erstikken. Jetzt bevor die Resignation total wird, muß darüber diskutiert werden, wie Sozialisten „in diesem unserem Land" in den nächsten Jahren arbeiten können und sollen.

Die Diskussion wird in KONKRET geführt werden.

Neuerscheinungen

237 Seiten, 9,80 DM

„Es liegt in der Natur und Tradition der Industrieverbände, auf eine Selbstdarstellung in der Öffentlichkeit grundsätzlich zu verzichten" (ein Verbandsgeschäftsführer). Dieser Parole der Unternehmerverbände setzt der Autor seinen Versuch entgegen, Licht in den unternehmerischen Verbandsdschungel zu bringen (in 5000 Büros sind rund 120 000 Mitarbeiter tätig).

Die erste umfassende Darstellung und Aufarbeitung der Krise ind der BRD erklärt ihre Ursachen und geht ausführlich auf die Folgen – vor allem für die Lohn- und Gehaltsabhängigen – ein. Der Sammelband beschäftigt sich weiter mit der offiziellen Krisenerklärung sowie mit allen Vorschlägen und Maßnahmen zur Bekämpfung der Krise.

540 Seiten, 12,80 DM

Fordern Sie bitte unser neues Gesamtverzeichnis Herbst/Winter '76/'77 an.

Pahl-Rugenstein

Vorgebirgstraße 115 · 5 Köln 51

„Wir waren kindisch!"

Warum Mario Soares auch unter einem Präsidenten Spinola Regierungschef bleiben würde. Ein Interview als ideologischer Suizid

„Ich bin kein Sozial-Demokrat", ist zu Ihrem Leitmotiv geworden, und Sie lassen keine Gelegenheit aus, sich gegen den Vorwurf zu verteidigen, ein „portugiesischer Olof Palme" zu sein. Weshalb diese Hartnäckigkeit?

Soares: Sich in Portugal Sozial-Demokrat zu nennen, bedeutet, den Fluch auf sich zu ziehen. Die Kommunisten und die „Gauchistes" haben sich alle Mühe gegeben, dieses Wort herabzuwürdigen und daraus ein Schimpfwort zu machen. Die anglo-sächsische Presse, ihrerseits von der KP irregeführt, die das „sozialistische Gütezeichen" nur für sich allein beansprucht, hat sich die schlechte Gewohnheit zu eigen gemacht, jeden nicht-kommunistischen Linken als Sozial-Demokraten zu bezeichnen. Wir mußten also sehr oft erklären, was wir wirklich sind: Keine Sozial-Demokraten, die vom Kapitalismus beauftragt sind, wie man sagt, treuhänderisch seine Geschäfte zu leiten, sondern Anhänger eines demokratischen Sozialismus. Der sozial-demokratische Weg ist nicht geeignet, uns bei der Lösung unserer spezifischen portugiesischen Probleme zu helfen. Wäre ich Schwede, würde ich Olof Palme wählen. Ich bin aber Portugiese: Ich muß auf die soziologischen Daten der portugiesischen Realitäten und auf die Schattierungen des politischen Vokabulars meines Landes Rücksicht nehmen. Davon abgesehen ist es, glauben Sie mir, gar nicht so schlimm, Sozial-Demokrat zu sein. Ich glaube sogar, daß es gute Gründe dafür gibt, darauf stolz zu sein . . . Brandt, Wilson, Palme und andere sind uns sehr nahestehende „Vettern": Gemeinsam bilden wir die große Familie des „freiheitlichen Sozialismus".

Wo liegt der Unterschied zwischen demokratischem Sozialismus und Sozial-Demokratie?

Soares: Der Unterschied ist manchmal schwer zu erfassen, denn die Grenze ist ungenau. Er liegt im wesentlichen im historischen Kontext und in der unausweichlichen Anpassung an die nationalen Realitäten. Die Sozial-Demokratie, marxistischen Ursprungs, ist der gemeinsame Nährboden aller großen Revolutionäre unseres frühen Jahrhunderts: Lenin war einer von ihnen. Die spätere Entwicklung entsprach der extremen Verschiedenheit der nationalen Situationen: Jeder Familienzweig ging seinen eigenen Weg. Doch über alle Besonderheiten hinweg sind die großen Formationen der sozialistischen Internationale durch die solideste aller Ketten verbunden: Alle sind in der Arbeiterklasse fest verwurzelt. Wäre denn die deutsche SPD an der Macht, wenn die Arbeiterklasse ihr nicht vertraut und für sie gestimmt hätte?

Und das genügt, um aus ihr eine „Arbeiterpartei" zu machen?

Soares: Vielleicht nicht, aber es ist nicht zu verachten.

Führt denn Helmut Schmidt Deutschland zum Sozialismus?

Soares: Auf seine Art, ja. Denn man muß die Schwierigkeiten in Rechnung stellen, die die deutsche Sozialdemokratie im Laufe ihrer Geschichte überwinden mußte. Vor dem Krieg wurde sie von der Kommunistischen Partei, die den Befehlen Moskaus gehorchte, ganz einfach mit dem Faschismus gleichgesetzt. Das Ergebnis: Sozial-Demokraten und Kommunisten fanden sich, Seite an Seite, in den nazistischen Konzentrationslagern wieder. Als wieder Frieden herrschte, war Deutschland zerstört, gedemütigt, geteilt. Heute ist es die wohlhabendste Nation Europas, und die Arbeiterklasse hat einen unvergleichbaren Lebensstandard erreicht: Die SPD war an dieser fabelhaften, friedlichen Veränderung nicht ganz unbeteiligt.

Befindet sich denn das Land auf halbem Weg zum Sozialismus?

Soares: Bisher haben die sozialdemokratischen Errungenschaften den Arbeitern großen Wohlstand eingebracht und zugleich den Kapitalismus befestigt, das stimmt.

Ist das die Rolle einer Arbeiterpartei?

Soares: Ihre erste Rolle besteht darin, die Probleme der Arbeiterklasse zu lösen.

Und dabei den Kapitalismus zu stärken?

Soares: Das einzige Kriterium für mich ist zu wissen, ob die praktizierte Politik den Arbeitern nützt oder nicht. Kann man denn bestreiten, daß es der deutschen Sozial-Demokratie gelungen ist, die Lebensbedingungen der unterpriviligierten Klasse in beträchtlichem Maße zu verbessern? Die Revolution ist nichts Metaphysisches: Sie ist nur ein Mittel, um die konkreten Probleme der Menschen zu lösen. Man macht keine Revolution, wenn man dabei ein Land ins Elend stürzt: Hat denn Albanien, arm und von der Welt isoliert, von seiner „Revolution" profitiert? Um der Gleichheit näher zu kommen und die Güter zu verteilen, muß produziert werden; und ohne Arbeit kann nicht produziert werden. Von daher ist es also wesentlich, die Arbeit so zu organisieren, daß die Lebensqualität verbessert wird. Das sind die Fragen, die die europäische Sozial-Demokratie anschneidet. Sie hat sie nicht gelöst, außer vielleicht in Schweden, wo die Antworten angedeutet sind: Denn dort ist die Arbeiterklasse stark an der Macht beteiligt...

Teilt sie denn die Macht? Mit wem?

Soares: Mit einer Minderheit von Großbürgern, Kapitalisten, die natürlich nicht vollkommen verschwunden sind.

Ist es nicht das, was allgemein „Klassenkollaboration" genannt wird?

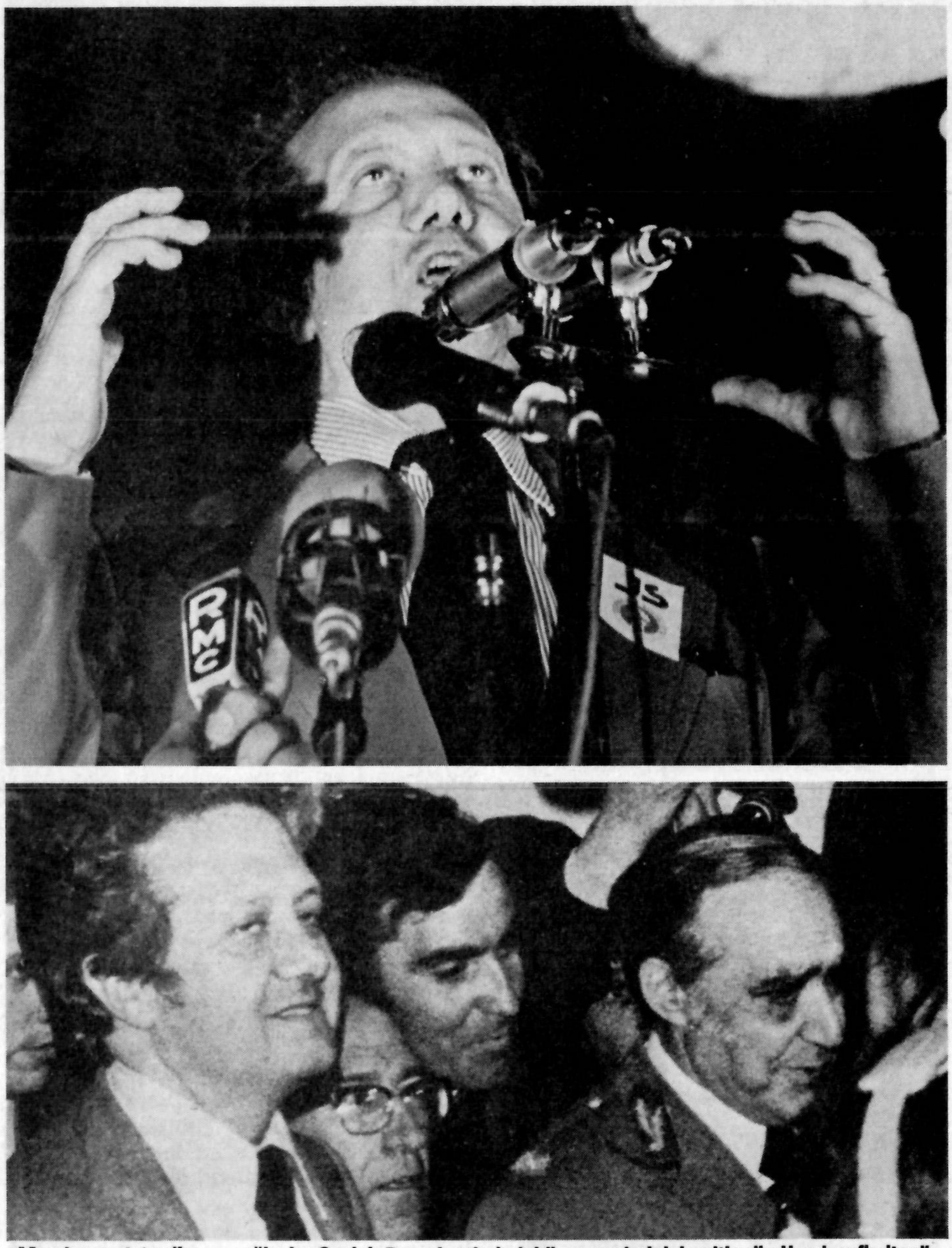
Soares: Nein. Klassenkollaboration impliziert die Idee des Verzichts. Die friedliche Entwicklung, die in Schweden stattfand, macht den Kampf der Arbeiter nicht überflüssig: Nur er allein ermöglichte ihnen, all die Rechte zu erringen, die sie heute besitzen. Nur er garantiert ihnen weitere Errungenschaften.

Könnte man sich denn eine Revolution sparen, indem man, Schritt für Schritt, die Macht einer Bourgeoisie anknabbert, die sich so widerstandslos enteignen lassen würde?

Soares: Die Dialektik lehrt uns, daß quantitative Veränderungen eine qualitative Wandlung produzieren können: Verwandelt sich das Wasser auf dem Herd denn nicht, wenn es 100 Grad erreicht? Ebenso gestatteten die den Herrschenden Stück für Stück abgerungenen Reformen den Schweden, die sozialen Beziehungen zu modifizieren. Die Privilegien einiger weniger verschwanden zugunsten des höchsten Wohls der Allgemeinheit. Was ist die Alternative? Eine gewaltsame Revolution wie die von 1917: Der Sprung ins Ungewisse, um, nachdem mehrere Generationen ungeheure Opfer gebracht haben, den Sozialismus zu erreichen? Eine Strategie des Bruchs kann in einem sehr zurückgebliebenen Land notwendig sein, in einem Land der Dritten Welt. Aber woanders könnte sie nur den wirtschaftlichen Apparat zerschlagen, den Fortschritt lähmen und den Lebensstandard zurückschrauben. Einige kommunistische Parteien Europas haben das begriffen und sind jetzt wie wir der Meinung, daß nur die fortschreitende Verbesserung der Lebensbedingungen der Arbeiter der sicherste Weg ist, um zum Sozialismus zu gelangen; denn nur so wird ein oft und teuer erkämpftes Gut bewahrt: Die Freiheit.

Denken Sie, daß Ihre deutschen sozialdemokratischen Freunde die Ausübung der demokratischen Freiheiten erweitert oder auch nur bewahrt haben;

Soares: Ich gebe zu, daß mich einiges schockiert. Ich hielt mich gerade in Deutschland auf, als der Prozeß gegen die „Baader-Bande" begann. Der ohne ersichtlichen Grund eingesetzte Polizeiapparat erschien mir besorgniserregend. Man sagt, daß die Rechte der Verteidiger nicht voll berücksichtigt wurden. Wenn das stimmt, kann das den Anwalt, der ich bin, nur aufrütteln. Aber man muß die Zusammenhänge in Deutschland berücksichtigen: Die Hälfte des Landes gehört dem kommunistischen Block an, und die Freiheit im



„Man kann nicht die europäische Sozial- Demokratie beleidigen und gleichzeitig die Hand aufhalten"

Westen zu verteidigen, bedeutet auch, den Staat gegen jedes Abenteuer zu schützen, das die demokratische Ordnung gefährden könnte.

Glauben Sie, daß Sie den Kapitalismus zerstört haben?

Soares: Wir haben ihn bewegungsunfähig gemacht, indem wir die Industrie- und Finanzmonopole zerschlugen. Doch bleibt Portugal ein kapitalistisches Land, in dem sich das Privat-Unternehmen noch frei entfalten darf. Ich bin sogar der Meinung, daß die öffentlichen und verstaatlichten Sektoren heute zu umfangreich sind, um auf Anhieb rentabel zu funktionieren. Es wird aber möglich sein, den Sozialismus zu erreichen, indem man die Mischwirtschaft vorantreibt. Wenn man das Privateigentum zerstört und die Privatinitiative unterdrückt, wird man vielleicht eine Revolution haben, aber der wirtschaftliche Apparat wird unheilbar zerschlagen sein. Wir sind zu schnell gegangen und werden unsere Unvorsichtigkeit bezahlen müssen: Einige Maßnahmen, die im Namen der Agrarreform durchgeführt wurden, haben die Produktion desorganisiert und geschwächt; Banken, die 1974 riesige Gewinne machten, arbeiten jetzt, nach der Verstaatlichung, mit Verlust; äußerst wichtige Werke, wie die Werften von Lissabon, erleben eine Krise, die für sie verhängnisvoll sein kann...

Gibt es für diese Schwierigkeiten nicht präzise Gründe, die man nur nicht eingestehen will? Man sprach von einem scharfen ausländischen Boykott und davon, daß sich daran auch sozial-demokratisch regierte Länder beteiligten.

Soares: Ich leugne nicht, daß es gewisse Formen der Blockade gab. Aber es beweist, um ehrlich zu sein, daß ein doppeltes Spiel nichts einbringt: Einerseits täglich die europäische Sozial-Demokratie zu beleidigen und andererseits die Hand aufzuhalten. Man muß konsequent sein. Wir haben uns kindisch gegenüber einem kapitalistischen Ausland benommen, das mit mißtrauischen Blicken unsere Revolution beobachtete: Wir haben zu oft „den Löwen gereizt"...

Statt ihn zu streicheln?

Soares: Nein, statt zu wissen, daß es ein Löwe ist, daß er brüllen und beißen kann.

Glauben Sie, daß der Demokratie Genüge getan wird, wenn man alle vier oder fünf Jahre Personen wählt, die man im entscheidenden Moment nicht kontrollieren und nicht absetzen kann, wenn sie den ihnen anvertrauten Auftrag nicht erfüllen?

Soares: Man kann nicht das Prinzip der Vertretung wieder in Frage stellen. Es wird immer Männer geben, die für andere Entscheidungen treffen werden; denn es ist unmöglich, jeden gleichzeitig zu befragen. Aber dieses Prinzip verhöhnen, heißt, zum Totalitarismus zurückzukehren. Es stimmt jedoch, daß Wahlen nicht ausreichen, um eine wahre Demokratie zu sichern, es existieren bereits andere Formen der Partizipation: Denken Sie an das Gewicht der Presse, an das rege öffentliche Leben in den Gemeinden und Regionen... Man muß weiter gehen, sich neue Partizipationsmöglichkeiten einfallen lassen, sie in die Tat umsetzen und den verschiedenen Stufen unserer Institutionen harmonisch anpassen.

„In einer kapitalistischen Gesellschaft sind Wahlen ein Spiel mit gezinkten Würfeln, bestimmt durch den Einfluß der herrschenden Ideologie, die, so sagte Marx, die der herrschenden Klasse ist". Das ist eine Kritik, die Sie gut kennen. Erscheint sie Ihnen ungerechtfertigt, überholt?

Soares: Man kann nicht alles mit den „Küchenrezepten" des Klassenkampfes erklären. Ich bin zwar Marxist und habe nicht die Absicht, seine Existenz zu bestreiten. Aber er genügt nicht, um alles zu verstehen. Der menschliche Wille ist oft unvoraussehbar: Seine Qualitäten, seine Schwächen und seine Verwegenheit spielen eine entscheidende Rolle bei seinem Verhalten und seinen Entscheidungen. Der Marxismus hilft uns, die Geschichte zu meistern, aber die Erfahrung dieser letzten zwei Jahre hat mich auch gelehrt, etwas mehr als früher an die Rolle der Nase Kleopatras zu glauben.

Ist es nicht so, daß die Rechte nicht mehr im Untergrund zu wühlen braucht, weil sie gute Chancen hat, legal an die Macht zu kommen?

Soares: Das Volk ist weder blind noch taub. Es ist volljährig und unterscheidet sehr wohl, wer seine Interessen vertritt und wer es nur als Stimmvieh benutzen will. Es besteht kein Anlaß zu befürchten, daß sich jetzt politisch alles ändern wird, nur weil die Rechte wieder offen arbeiten darf.

Würde eines Tages Spinola Staatspräsident werden, wären Sie bereit, Premierminister in seiner Regierung zu sein?

Soares: Diese Hypothese ist utopisch, denn ich kann mir nicht vorstellen, daß der General bei einer demokratischen Wahl siegen würde. Aber wenn dies der Wille des Landes wäre, würde ich ihn als Präsident aller Portugiesen anerkennen, denn ich bin ein Demokrat.

Und sein Ministerpräsident werden?

Soares: Würde die SP die Wahlen gewinnen oder eine Koalition anführen, würde sie normalerweise ihren Generalsekretär mit der Regierungsbildung beauftragen. Dann würde ich selbstverständlich zusagen.

Heinrich Böll:

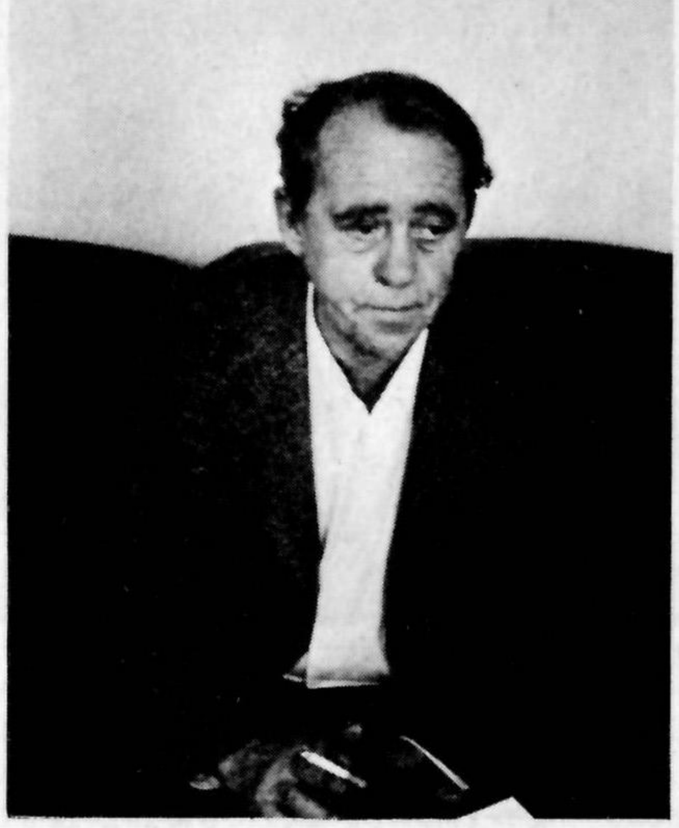
Unfreiheit - kein Sozialismus

Nun wird sie ja wohl ausbrechen, die Unfreiheit, der Sozialismus nicht. Es wird noch einige Jahre dauern, bis Herr Friderichs die chemische und die Stahlindustrie verstaatlicht, und Herr Vogel (der Justizminister) wird es nicht dazu kommen lassen, daß Anwälte weiterhin ungehindert Kriminelle oder kriminell Vereinigte verteidigen können. Es werden jetzt auch keine Bücher mehr beschlagnahmt, in denen historische Texte abgedruckt werden, die von Gewalt sprechen, solche gar möglicherweise empfehlen. Denn da es noch nie in der Geschichte Gewalt gegeben hat, können diese Texte nur gefälscht sein.

Und wenn da griechische Anwälte „Waffenlieferanten" von kriminellen Vereinigungen verteidigen, dann müssen sie wissen, was sie tun: Sie entfernen sich von der abendländischen Tradition, die in Griechenland einmal ihren Ursprung genommen haben soll. Wie können sie es auch wagen, jemanden zu verteidigen, der als Student ein Hilfskomitee für Juntagegner mitgegründet hat, während die in Bayern staatstragende Partei *gestern wie heute* unbeirrt ihren Kurs beibehält.

Diese Griechen, was die für Vorstellungen von Demokratie haben! Verteidigen einen Waffenlieferanten! Da denkt man doch gleich an Schneider-Creuzot, an Krupp, an Örlikon, denkt an Skoda, Lockheed und ähnliche. Und dann ist auch in Athen noch das Urteil des Areopag umstritten. Es ist schon eine Frechheit, daß auch jetzt noch griechische Anwälte das Urteil des Areopags für unangemessen halten. Das sollte deutschen Anwälten zur Warnung dienen – falls diese noch gewarnt werden müssen. Wer in Zukunft einen Mörder verdächtigt, wird ein Mordverdächtiger; wer einen Räuber verteidigt, wird des Raubes verdächtigt.

Nun muß man einräumen, daß nicht alle Kriminellen kriminellen Vereinigungen angehören. Die Herstatt-Knakker waren keine kriminelle Vereinigung, sie haben wahrscheinlich nur kriminell im Verein gehandelt. Man muß wieder differenzieren lernen, obwohl Differenzierung nach wie vor eine gefährliche Sache ist. Es ist zum Beispiel sehr sehr gefährlich, die Bezeichnung Waffenlieferant Differenzierungen zu unterwerfen. Da darf und kann es keinen Unterschied zwischen Rolf Pohle und Schneider-Creuzot geben: Waffenlieferant ist Waffenlieferant, und ob der



eine da nun aus falsch verstandenem Idealismus ein paar Pistolen besorgt und der andere mit Gewinn etwas größere Posten verscheuert: Waffenlieferant ist Waffenlieferant.

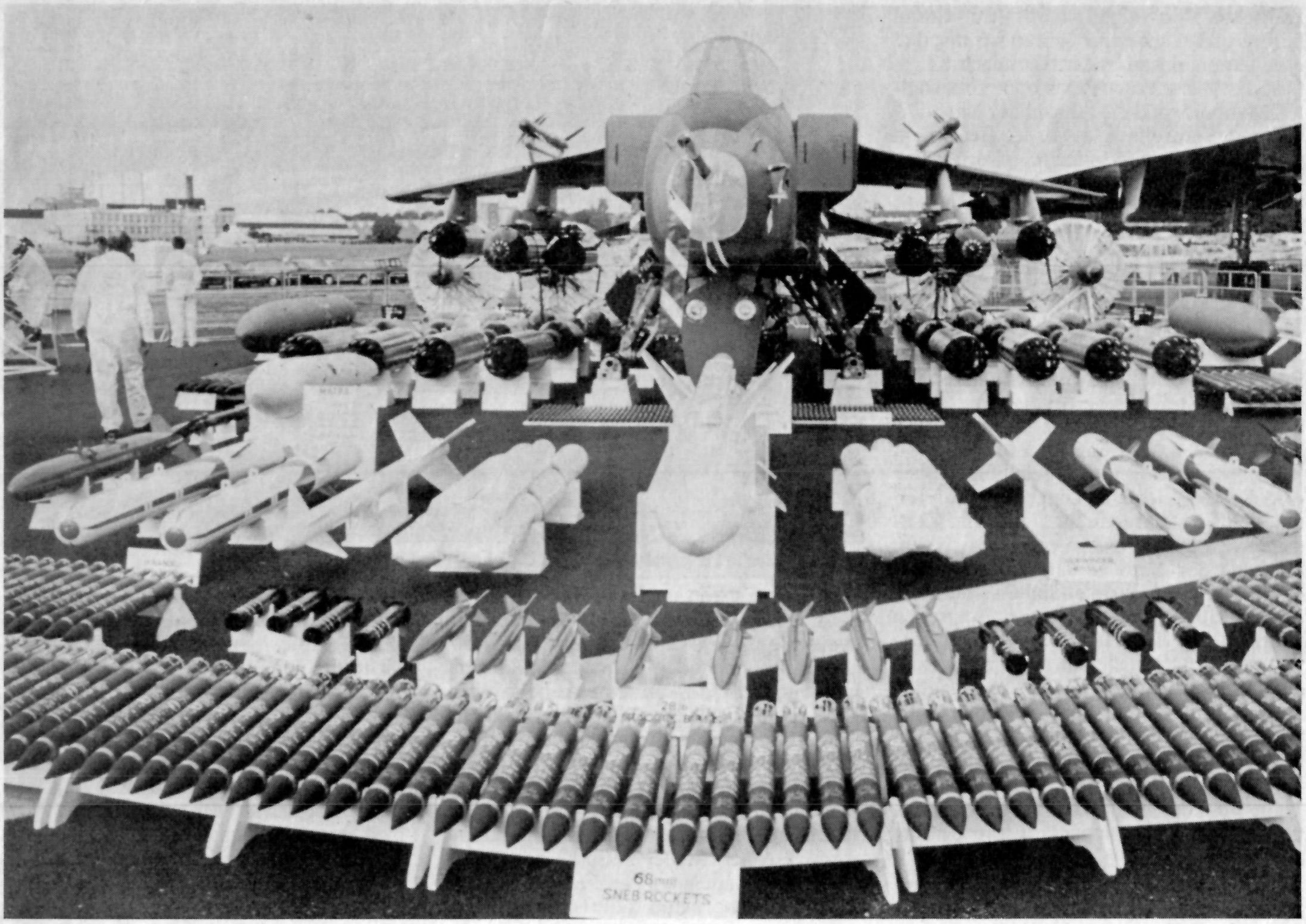
Differenziert werden muß nur bei den Anwälten: Natürlich darf die Firma Schneider-Creuzot Anwälte haben, falls sie – was unwahrscheinlich ist – je vor Gericht eines solchen bedürfen sollte. Wer aber Pohle verteidigt, ist zwar noch kein Waffenlieferant, aber ein Terrorist. Nun, da die Unfreiheit endgültig ausbrechen wird, wird Herr Vogel – vielleicht nicht so rasch wie sein vorgesehener Nachfolger Spranger – uns bald klar machen, daß die verfluchte Differenziererei aufhören muß. Vielleicht wird auch Herr Maihofer bald wieder auf Winterreise gehen („Der Hut flog mir vom Kopfe, ich wendete mich nicht."). Gemeint ist natürlich der Hut von Herrn Dregger.

Eins ist sicher: Herrliche Zeiten kommen: kein Sozialismus und doch weniger Freiheit. Wir sind ja nun doch Glückskinder. Dregger wird *nicht* Innenminister, Carstens *nicht* Außenminister. Mein Gott, haben wir ein Glück, wir sollten jetzt jubeln und tanzen, weil der oder jener *nicht* Minister geworden ist. Daß fast 49 % den oder jenen ungerührt als Minister akzeptiert hätten, sollte uns nicht ärgern. Und daß Herr Boenisch oder die Herren Kremp oder Löwenthal *nicht* ins Bundespresseamt rutschen, sollte uns doch aufrichtig erfreuen. Wir sollten glücklich sein über das, was *nicht* ist, wenn wir schon nicht so glücklich sein können über das, was ist.

So fängt man an, bescheiden zu werden, und Bescheidenheit ist die Tugend der Zukunft: für Anwälte, Schriftsteller, linke Verleger, linke Buchhändler, Bescheidenheit – der Deutschen ständige Zier – sollten wir nur nicht von Herrn Biedenkopf erwarten; seine Bescheidenheit, die angesichts seiner bescheidenen Erfolge angemessen wäre, liegt hinter einer demonstrativ hingelächelten Unbescheidenheit verborgen. Ein Mann, den man sich merken muß, weil er trotz seiner bescheidenen Wahlerfolge das Wohlwollen konservativer Zeitungen genießt.

Der einzig wahre, der wirkliche Sieger ist ja Strauß, und er hat vollkommen recht, wenn er sich um seinen Sieg betrogen sieht, den Betrug aber nicht hinzunehmen bereit ist. Er hat nicht den geringsten Grund, irgend etwas zu differenzieren. Wirklich nicht. Ich meine das ernst. Diese Schlappohren von der CDU schaffen nicht einmal Bochum, wo doch jeder Arbeiter im Ruhrgebiet hätte wissen müssen, daß Biedenkopf *der* Vertreter von Arbeitnehmerinteressen ist.

Es ist wirklich eine Schande, daß die CDU nicht doch ihre 50 Prozent bekommen hat. Die hätte es den Waffenlieferanten endlich einmal gezeigt, sie hätte es den Anwälten endlich gezeigt, vielleicht sogar den Schriftstellern, Buchhändlern, Verlegern. Das wäre eine Winterreise geworden, bei der manch einem der Hut vom Kopf gefallen wäre (und keiner hätte gewagt, sich zu wenden!) Jetzt – so wie es gekommen ist – haben wir nur die halbe Unfreiheit und keinen Sozialismus. Wir müssen nur unsere Hüte oder Mützen festhalten. Es wird ein kalter, scharfer Wind wehen.



Frank Rühmann:

Kommen's die Bolschewiken?

Baron von Münchhausen könnte als Muster an Faktentreue und Wahrheitsliebe gelten, jedenfalls im Vergleich zu den Managern der Rüstungsindustrie und ihren politischen Geschäftsführern. Mit Zahlenspielen, statistischen Tricks und Dunkelziffern versetzen sie alljährlich kurz vor den Debatten um die Militäretats die Bevölkerung in Angst. KONKRET-Autor Frank Rühmann entlarvt den exemplarischen Schwindel

Nato-Generalsekretär Luns fordert höhere Verteidigungsausgaben, das Verteidungsweißbuch der Bundesregierung beschwört die wachsende „militärische Kampfkraft des Warschauer Pakts", der – nach Verteidigungsminister Georg Leber fünfmal so viel Rüstung produziert wie die Nato-Staaten, und der belgische Brigadegeneral Close kommt in einer Studie zu dem Schluß, die Truppen des Warschauer Pakts könnten in 48 Stunden bis zum Rhein vorstoßen, ohne ernsthaftem Widerstand zu begegnen. Wenn die Nato jetzt in ihren Verteidungsanstrengungen nachlasse, dann – so noch einmal das Bonner Weißbuch – „würde sich das konventionelle Kräfteverhältnis in Europa weiter zugunsten des Warschauer Pakts verschieben und unsere Sicherheit ernsthaft gefährden".

Dazu werden Zahlen geliefert: 27 Nato-Divisionen gegen 58 des Warschauer Pakts, 6100 Panzer der Nato gegen 19 000 des WP, 1700 Nato-Kampfflugzeuge gegen 2460 des WP, und alles allein in Mitteleuropa. Hinzu kommen noch in den drei westlichen Militärbezirken der Sowjetunion weitere 30 Divisionen, 8000 Panzer und 1290 Kampfflugzeuge.

Vor dem Bundestag verglich Georg Leber diese Zahlen mit einer Mauer, die sich nicht wegdiskutieren lasse. Aber: „Ich weiß, es gibt Leute, denen passen meine Zahlen nicht".

Mit Recht, wie wir sehen werden: In einem Kräftevergleich für Mitteleuropa stellt das Verteidigungsweißbuch 27 Divisionen der Nato (Belgien, BRD, Dänemark, Luxemburg, Niederlande) 88 des Warschauer Pakts (DDR, CSSR, Polen und die drei westlichen Militärbezirke der UdSSR) gegenüber. Doch bereits das Londoner Institut für Strategische Studien (IISS) kommt in seinem Jahresbericht 1976/77 für Nord- und Zentraleuropa auf andere Zahlen. Die Nato unterhält demnach in dieser Region 29, der Warschauer Pakt 67 Divisionen. Nicht mitgezählt sind dabei die zwei französischen Divisionen, die in der BRD stationiert sind, auch nicht die in Großbritannien stationierten Einheiten und die in den USA stehenden Truppen, die für den Einsatz in Zentraleuropa vorgesehen sind.

Aber diese Zahlen beweisen nichts. Die Abteilung für System-Analyse des ameri-

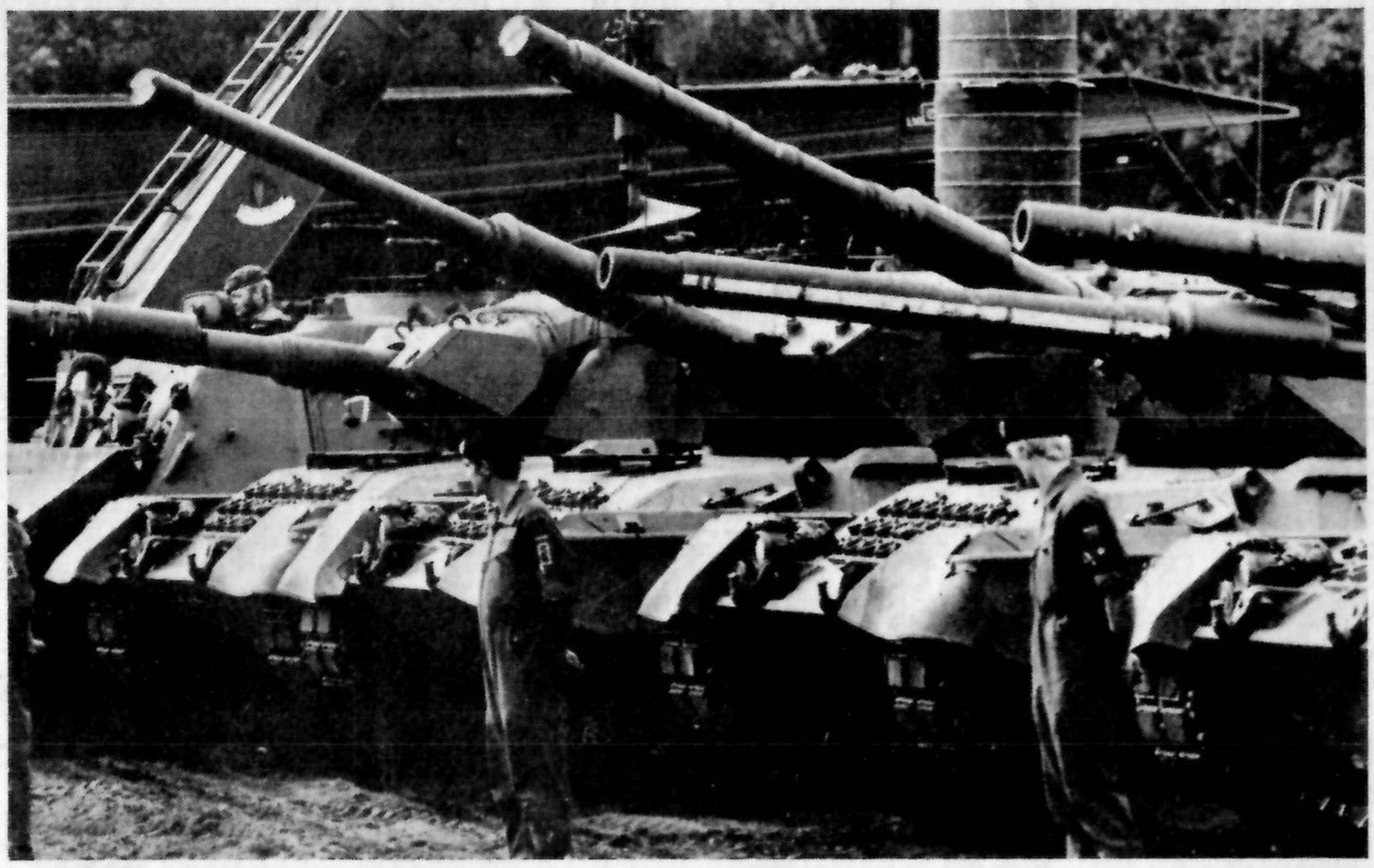
kanischen Verteidigungsministeriums fand bereits in den sechziger Jahren heraus, daß eine Umorganisation der Nato nach Kriterien des Warschauer Pakts ohne finanziellen Mehraufwand die Anzahl der Nato-Divisionen verdreifachen würde. Bei einem Vergleich der Divisionszahlen wird nämlich völlig außer acht gelassen, daß die Divisionen des Warschauer Pakts eine erheblich geringere Mannschaftsstärke aufweisen als die der Nato. Eine Division des WP wird auf rund 14 000 Soldaten geschätzt, eine Nato-Division auf 23 000 bis 28 000 Mann.

Legt man die Zahlen des „Military Balance 1976/77" des Internationalen Instituts für Strategische Studien zugrunde, dessen Angaben – so eine Untersuchung der Hessischen Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung – „regelmäßig höher sind als vergleichbare Daten aus anderen Quellen", kommt man für Nord- und Zentraleuropa auf ein Verhältnis von 635 000 Soldaten der Nato zu 910 000 des Warschauer Paktes. Darin enthalten sind nicht die ca. 50 000 Mann der französischen Truppen in der BRD, wohl aber die 183 000 Soldaten der in den drei westlichen Militärbezirken der UdSSR stationierten Einheiten. Dehnt man den Vergleich auf ganz Europa aus, dann ergibt sich schon ein ganz anderes Verhältnis: 1 175 000 Soldaten der Nato gegenüber 1 305 000 des Warschauer Paktes (wiederum nicht berücksichtigt die französische Armee).

Ähnlich wird mit den Zahlen der sowjetischen Panzer gearbeitet. Nato-Oberbefehlshaber Alexander M. Haig sagte in einem „Spiegel"-Interview im August dieses Jahres: „Eindeutig stellt die sowjetische Panzerwaffe eine schwerwiegende Bedrohung der Allianz dar, und sie zwingt uns daher auch zu einer bedeutenden Anstrengung, unsere panzerbrechenden Waffen zu verbessern, sowohl durch Panzerabwehrraketen als auch durch moderne Kampfpanzer".

Und so sieht ein Zahlenvergleich aus: Das Bonner Verteidigungsweißbuch zählt 19 000 Kampfpanzer des Warschauer Pakts und 6100 der Nato in Mitteleuropa. Das Londoner IISS gibt in seinem Jahresbericht 7000 Nato-Panzer an, und zählt dabei weder die 325 der in der BRD stationierten französischen Panzer noch die 485 der drei Divisionen im östlichen Frankreich mit. Außerdem fehlen in diesen Zahlen 2000 Nato-Reservepanzer, die notfalls beschädigte oder zerstörte Panzer ersetzen sollen. Daß in dieser Statistik die schätzungsweise 5000 „eingemotteten" Panzer der Nato, nicht aber die 2300 des Warschauer Paktes fehlen, rundet das Bild ab.

Zur weiteren Untermauerung der Unterlegenheits-These weisen US-Strategen des Pentagons gern auf die Jahresproduktion der UdSSR von 2600 Stück Panzern hin. Doch was besagt diese Zahl? R. Rockingham Gill, ehemaliges Mitglied des IISS und ehemaliger Analytiker für sowjetische Angelegenheiten bei Radio Free Europe, der sicher nicht des Kommunismus „verdächtig" ist, bemerkte dazu in einem Leserbrief an die „Süddeutsche Zeitung": „Wenn die US-Oberkommandierenden recht haben mit ihrer Behauptung, Moskau stelle 2600 Stück im Jahr her, ersetzen die Russen ihre Panzer in einem Rotationsrhythmus von 15 Jahren. Wie viele Nato-



Bundesdeutsche Leopard-Panzer: Zahlenspiel mit der Angst

Panzer sind schon so alt? Sicher kein Leopard, auch kein M-60 der Amerikaner, ebensowenig ein Chieftain, ein AMX-30 aus Frankreich oder ein Marder-Panzer. Überdies muß Moskau seine Alliierten mit T-62-Panzer beliefern, welche nicht in Osteuropa hergestellt werden, so daß de facto der jährliche Ausstoß von 2600 Stück ein Panzer-Kontingent von 53 000 Stück erhalten muß. (Rumänien hat jetzt in 13 Jahren keinen einzigen Panzer bekommen.) Folglich ist der Ausstoß von 2600 Stück genug, um jeden Panzer alle 20 Jahre zu ersetzen – kaum übertrieben, nicht wahr?"

Bezeichnend ist dann auch, daß das Verteidigungsweißbuch die Steigerungsraten bei den Kampfpanzern der Sowjetunion in Prozenten angibt (nämlich 40 Prozent). Bei den Angaben zur Bundeswehr weiter hinten fehlt dies dann, obwohl auch diese beachtlich sind: 31 Prozent bei den Kampfpanzern, 25 Prozent bei den Schützenpanzern und 10 Prozent bei den Panzerhaubitzen.

Unterschlagen wird bei dem quantitativen Vergleich ebenfalls die höchst unterschiedliche Qualität. So etwa ist nach Expertenmeinung der Leopard I dem sowjetischen T-62 eindeutig überlegen: Der T-62 ist leichter und PS-schwächer, er fährt lediglich 25 km/h, der Leopard 40 km/h. Der T-62 schießt viermal in der Minute, der Leopard sechsmal, sein Munitionsvorrat liegt um ein Drittel unter dem des Leopard. Und mit der Weiterentwicklung ‚Leopard A 4', so der Kommandeur des 293. Panzerbataillons, Oberstleutnant Bernhardt, sei es gelungen, „einen entscheidenden Entwicklungssprung zur qualitativ überlegenen Panzervernichtungswaffe zu vollziehen".

Was danach an östlicher Panzer-Überlegenheit noch bleibt – falls etwas bleibt – wird durch westliche Überlegenheit der Panzer-Abwehrwaffen mehr als ausgeglichen: So gab Verteidigungsminister Leber vor einiger Zeit in München bekannt, daß die Bundeswehr neue Panzerabwehrwaffen entwickelt habe, die mit 98prozentiger Zuverlässigkeit ihr Ziel treffen. Weiter erklärte er, daß das Heer demnächst 30 000 Panzerabwehr-Raketen vom Typ „Milan" und 2500 Abschußanlagen erhalten werde. Der Inspekteur des Heeres habe nur 400 verlangt.

Gleichzeitig werden die 350 Raketenjagdpanzer auf die deutsch-französische „Hot"-Rakete umgerüstet, die eine Reichweite von 3000 Metern hat. Die Artillerie erhält neue panzerbrechende Munition. Außerderdem genehmigte Leber drei neue Regimenter, die mit 200 bei Messerschmidt-Bölkow-Blohm entwickelten Helikoptern (mit je sechs Hot-Raketen bestückt) ausgerüstet werden.

Nächstes Zahlenspiel mit der Angst: Die Weltmeere werden rot. Das IISS zählt 214 Kampfschiffe der UdSSR gegenüber 176 der US-Marine, 231 sowjetische U-Boote gegen 75 der USA. Doch für die Nato sieht das Bild schon anders aus: Fünf Flotten mit 398 großen Kampfschiffen gegen 241 des Warschauer Pakts. Und auch die gesteigerten Anstrengungen der UdSSR auf diesem Gebiet lassen sich einfach erklären: So gab der demokratische Kongreß-Abgeordnete Les Aspin in einer kürzlich veröffentlichten Studie zu bedenken, daß die US-Marine zwar weniger, dafür aber jüngere Schiffe habe, weil die Kampfschiffe und U-Boote, die während des 2. Weltkrieges gebaut wurden, in den späten 60er und frühen 70er Jahren außer Dienst gestellt wurden. Die Sowjetunion habe ihre Schiffe größtenteils erst in den 50er Jahren gebaut und diese erreichten jetzt ihr Ausmusterungsalter.

Geradezu grotesk müssen allerdings die jüngsten Meldungen über ein angebliches Anwachsen der nuklearen Bedrohung des Westens wirken, wenn man dazu in der schon erwähnten Studie des Abgeordneten Aspin liest: Selbst wenn es der Sowjetunion gelänge, in einem Überraschungsschlag die Hälfte der amerikanischen Atom-U-Boote, 80 Prozent der strategischen Bomber und 90 Prozent der Interkontinentalraketen auszuschalten, wäre das verbleibende Potential immer noch so groß wie das der Sowjetunion vor Abfeuerung ihres ersten Schusses. Das Rest-Potential der USA würde ausreichen, um auf jede sowjetische Stadt über 100 000 Einwohner mehr als das Hundertfache der Hiroshima-Bombe fallen zu lassen.

Dennoch werden weiter Alarm-Meldungen produziert. So gab US-Präsident Ford kürzlich bekannt, die Sowjetunion rüste ihre auf Europa gerichteten Mittelstreckenraketen mit Mehrfachsprengköpfen aus. Diese Meldung wurde mittlerweile

dreimal abgeschwächt. Erst hieß es, der Mehrfachsprengkopf sei für die in Rede stehende Rakete gar nicht verwendbar. Dann erklärten US-Behörden, vermutlich seien die Raketen noch gar nicht einsetzbar. Und mittlerweile sprechen Militärexperten in Übereinstimmung mit dem US-Verteidigungsministerium nur noch von einer „gewissen Bautätigkeit" in den sowjetischen Raketenstellungen.

Als besonders eindrucksvoll werden hierzulande die Steigerungsraten des UdSSR-Militärhaushalts dargestellt. So geht man neuerdings von einem Anteil von 11 bis 13 Prozent am sowjetischen Bruttosozialprodukt aus. Gern verschweigt man dabei aber, daß die sowjetische Statistik ein solches „Bruttosozialprodukt" gar nicht kennt, westliche Angaben aus diesem Grund zumeist auf vagen Schätzungen beruhen. Und selbst bei diesen liegt das UdSSR-Bruttosozialprodukt sechzig Prozent unter dem der USA.

Die Prozentsätze sagen also eher das Gegenteil dessen, was sie beweisen sollen. Doch wie steht es mit den absoluten Zahlen? Die Schätzungen der CIA, die der US-Kongreß bei seinen Haushaltsberatungen benutzt, werden auf der Grundlage von US-Kosten berechnet. Nach diesen Schätzungen (in konstanten Preisen für 1973) beträgt die Steigerungsrate des sowjetischen Rüstungshaushalts durchschnittlich drei Prozent in der Zeit von 1964–74 und übertrifft die US-Ausgaben erstmals 1971. 1974 liegen die Ausgaben bereits um zwanzig Prozent über denen der USA.

Berechnet man nun dieselben Angaben auf Rubel-Basis, so ergibt sich 1974 nur noch ein zehnprozentiger Vorsprung der UdSSR. Bei den Berechnungen des IISS, welche ebenfalls die CIA-Angaben zugrunde legen, kommen ähnliche Differenzen zustande: auf Rubel-Basis eine Steigerung um 9,1 Prozent von 1974 auf 75, im offiziellen Dollar-Kurs umgerechnet eine Steigerungsrate von 12,9 Prozent, und in einer Gegenwertrechnung des Haushalts in US-Dollar beträgt die Steigerungsrate nur noch 7,1 Prozent.

Der finnische Major Gustav Hagglund hält alle diese Berechnungen für völlig unglaubwürdig: „Das sowjetische Militärbudget wurde – nach bedeutsamen Erhöhungen zwischen 1965 und 1969 – auf den Stand von 1969 bei etwa 18 Milliarden Rubel eingefroren. MilBal („Military Balance" des IISS) konvertiert die sowjetischen Verteidigungsausgaben jedoch in Dollar auf eine Weise, die jedes Jahr eine Erhöhung ergibt. Die Methode bei diesem Zaubertrick ist, den sowjetischen Soldaten einen Sold zu zahlen, der dem der amerikanischen entspricht. Wenn also der Wehrsold in den Vereinigten Staaten steigt, erhöhen sich die sowjetischen Militärausgaben. MilBal war 1972 bereits so weit, daß die Kosten für die sowjetischen Truppen mit sieben multipliziert wurden, noch ehe in den Vereinigten Staaten das Konzept der Freiwilligen-Streitkräfte vollendet war. Selbstverständlich hat die Sowjetunion einige Vorteile bei der Höhe des Wehrsolds und der militärischen Dienstpflicht gehabt, aber nicht in diesem Umfang. Darüber hinaus multipliziert MilBal die sowjetischen Ausgaben für Beschaffung, Einsatz, Forschung, Entwicklung usw. (nicht personelle Funktionen) mit zwei und nimmt einen Vorteil bei der Kosteneffektivität an, für den es keinen Beweis gibt. (Charakteristischerweise berechnet MilBal die Ausgaben der Europäer und Chinesen nicht nach diesem Standard des amerikanischen Solds, der mit Berechnungen der UdSSR unvereinbar ist.) Dadurch gelingt es, eine künstlich hohe Differenz zwischen den Verteidungsausgaben der Sowjetunion und ihren Nachbarn aufzuzeigen. Wenn die Ausgaben für die 2,9 Millionen Soldaten von Nato-Europa nach der MilBal-Methode in den US-Standard konvertiert würden, dann hätten sie 1972 einen Betrag von 90 Milliarden Dollar erreicht, statt der 27,8 Milliarden, die sich aus den Zahlen in MilBal 1972/73 ergibt."

Alternative Schätzungen des Stockholmer Internationalen Friedensforschungsinstituts (SIPRI) für die sowjetischen Militärausgaben, die auf Grundlage eines differenzierten Rubel/Dollar-Verhältnisses berechnet wurden, haben ergeben, daß das UdSSR-Budget seit 1970 (mit leicht fallender Tendenz) nahezu konstant geblieben ist und sich für 1975 auf 63,7 bis 71,1 Milliarden US-Dollar beläuft, während der Haushalt für Verteidung der USA nach SIPRI-Angaben 1976 bei 92,8 Milliarden US-Dollar lag.

Eine Erklärung gab 1974 US-Senator Fulbright gegenüber der „New York Times": „...das geschieht jedesmal, dies ist ein jährlich wiederkehrendes Ritual, wenn die Bewilligung der Finanzmittel unmittelbar bevorsteht, wenn (Admirale der US-Flotte) plötzlich verkünden, wir seien unterlegen, unsere Flotte sei unterlegen, alles sei unterlegen, wir seien militärisch ganz schlecht in Form und brauchten deshalb mehr Geld." ■

De echte Halfzware uit Holland

DRUM dreht sich leicht (weil besonders langfaserig!)

DRUM schmeckt würzig und ist frisch (weil doppelt verpackt im versiegelten Polybeutel!)

Fünfzig Gramm für zwei Mark vierzig.

Neue dramatische Arbeiten und politische Texte

Franz Xaver
Kroetz
Weitere Aussichten...
Ein Lesebuch

TEXTE FOR FILME: DER UNFALL / MILDE SORTE. HÖRSPIELE: TRILOGIE MONCHNER LEBEN / DIE WAHL FORS LEBEN. STOCKE: STERNTALER / DAS NEST / WEITERE AUSSICHTEN ... / REISE INS GLOCK / HEIMAT / AGNES BERNAUER / HILFE, ICH WERDE GEHEIRATET! SOZIALISMUS AUF DEM DORF: GESPRXCHE, ANALYSEN, BERICHTE VORBILDER: HORVATH VON HEUTE FOR HEUTE / LIEGT DIE DUMMHEIT AUF DER HAND? PIONIERE IN INGOLSTADT - OBERLEGUNGEN ZU EINEM STOCK VON MARIELUISE FLEISSER / GIEHSES KLARHEIT IST ZUROCKHALTUNG / DIE SCHICKT DIR EINEN BLITZ - NACHRUF AUF THERESE GIEHSE POLEMIK: BOCHERDECKEL - SARGDECKEL? OBER DEN VERSUCH, SOZIALISTISCHEN REALISMUS IN WESTDEUTSCHE VOLKSROMANE ZU PACKEN / SOLL DER KUMPEL ABONNENT WERDEN? OBER DAS VOLKS- UND ARBEITERTHEATER / WIE UNTERERNXHRT SIND WESTDEUTSCHE STOCKESCHREIBER? / MEINE MXNNERSACHE / OFFENER BRIEF VOM 8. SEPTEMBER 1973 / KOALITION STRAUSS-SACHAROW / OFFENER BRIEF VOM 27. DEZEMBER 1973 / OBER "DIE MASSNAHME" VON BERTOLT BRECHT GESPRXCHE: ICH SXSSE LIEBER IN BONN IM BUNDESTAG, "THEATER HEUTE" - GESPRXCH MIT FRANZ XAVER KROETZ / DIE LUST AM LEBENDIGEN, DISKUSSION DER REDAKTION "KORBISKERN" MIT FRANZ XAVER KROETZ UND HELMUT WALBERT / DIE SCHWIERIGKEITEN DES EINFACHEN MANNES, GESPRXCH VON LUTZ VOLKE FOR "SONNTAG" MIT FRANZ XAVER KROETZ / ICH ENTSCHEIDE SELBER, WAS ICH MACHE, "THEATER HEUTE" - GESPRXCH VON GERD JXGER MIT FRANZ XAVER KROETZ / DER REALISMUS IST KEINE MODEWELLE / "UZ" - GESPRXCH VON OSKAR NEUMANN MIT FRANZ XAVER KROETZ

Kiepenheuer & Witsch

Franz Xaver Kroetz, der augenblicklich produktivste Dramatiker der Bundesrepublik, legt in „Weitere Aussichten . . ." seine neuesten Stücke vor. Neben den dramatischen Arbeiten, zu denen im weiteren Sinn diesmal auch zwei Filmskripte und zwei Hörspiele gehören, zeigt der Band zum ersten Mal den politisch engagierten Zeitgenossen und Essayisten. Kroetz setzt sich in Aufsätzen und Gesprächen mit aktuellen Theaterfragen auseinander, die für ihn immer gleichzeitig auch politische Fragen sind. Von besonderem Interesse für das Verständnis der Kroetzschen Dramen sind die Arbeiten über Horváth, Marieluise Fleißer und Brecht. Hier entwickelt Kroetz u. a. sein eigenes dramaturgisches Konzept: Stücke zu schreiben, in denen die proletarische Sprachlosigkeit zur direkten dramaturgischen Funktion und zur Kritik an der „äußeren Form des Bildungskapitalismus" wird.
644 Seiten. Leinen. DM 29,80

k&w Verlag Kiepenheuer & Witsch

Herbert Marcuse:

Satt, unterdrückt, zufrieden

Am 2. November können (konnten) 150 Millionen Amerikaner zwischen Carter (Coca Cola, Lockheed; nein, nicht in erster Line Erdnüsse) und Ford (Ford) wählen. Der Champion, wer es auch sei, wird die US-Gesellschaft weiter formieren. Treibt sie in einen neuen Faschismus?

Kann man von einer Repression oder einem Repressionssystem sprechen, das speziell auf die Vereinigten Staaten zugeschnitten ist? Dem Anschein nach bestehen nur graduelle, rein quantitative Unterschiede zwischen den Mechanismen des amerikanischen Systems und jenen der anderen fortgeschrittenen (monopolkapitalistischen) Länder. Ihr gemeinsamer Zug ist die Verbindung zwischen den traditionellen, durch die Ordnungskräfte ausgeübten Formen politischer Unterdrückung (von gewaltsamer Unterdrückung über wirtschaftliche Sanktionen, Klassenjustiz bis zur Diskriminierung) und einem ständig perfekter werdenden technischen und ideologischen Indoktrinierungsapparat (Medien, Schule usw.).

Das Besondere bei den Vereinigten Staaten ist die Leichtigkeit und das Ausmaß, mit der die große Mehrheit der abhängigen Bevölkerung in das soziale System integriert wird. Diese Integration erfolgt auf einer doppelten Grundlage: 1. Unerbittliche Repression, mit der die Entwicklung einer militanten Arbeiterbewegung unterbunden wird; 2. unbegrenzte Produktivkraft des kapitalistischen Produktionsprozesses, wodurch trotz wachsender Schwierigkeiten ein relativ hoher Lebensstandard aufrechterhalten werden kann.

Doch werden die Grundlagen der Integration eben durch jene Tendenzen unterminiert, durch die sie ermöglicht und perpetuiert werden. Denn gerade diese repressive Macht der „Konsumgesellschaft", die Unterwerfung des Konsumenten unter die Eskalation der Bedürfnisse und Waren, die ständige Schaffung neuer Bedürfnisse verschärfen die Widersprüche innerhalb des Systems und beschwören unweigerlich die Verstärkung der repressiven Kontrollen herauf.

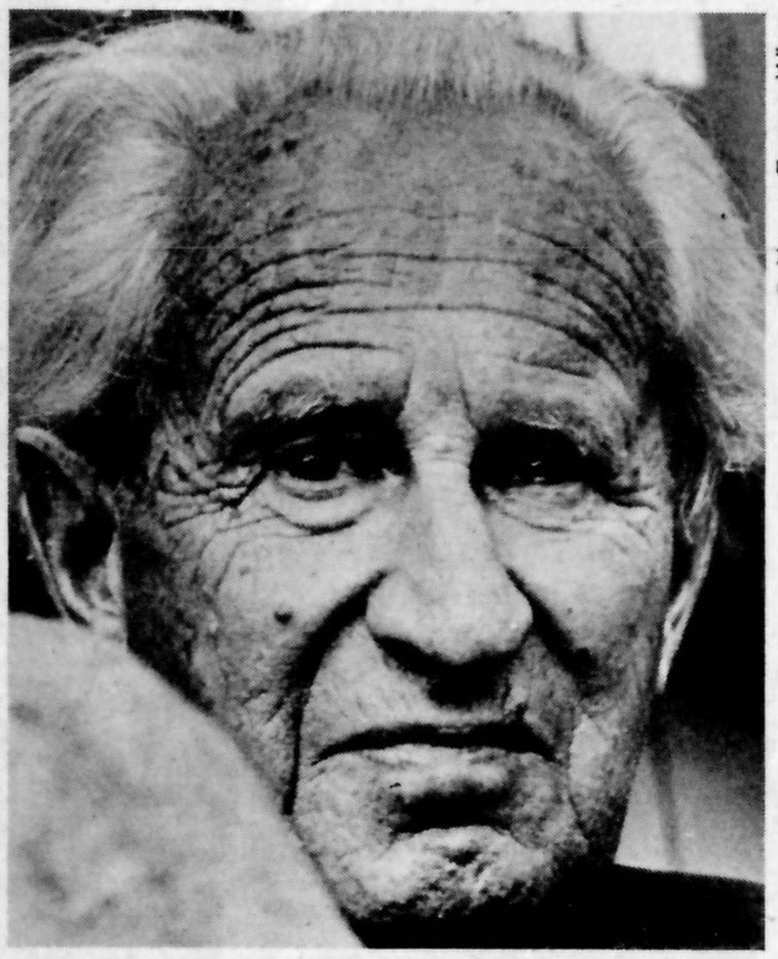
In dem Maße, in dem die Mehrheit der Bevölkerung ihre Grundbedürfnisse befriedigt hat (sowohl auf der materiellen als auch auf der kulturellen Ebene), erzwingt die wachsende Kapitalakkumulation die Produktion von „Luxusgütern", zusätzlich zu den notwendigen Gütern. Im kapitalistischen Rahmen führt dies zur beschleunigten Produktion eines gigantischen Abfalls: geplanter Bruch, technischer Schnickschnack („gadgets") und Handel mit Zerstörungsmitteln. Die Luxusgüter werden zu Notwendigkeiten, die das Individuum – Mann wie Frau – kaufen muß, um in dem auf Wettbewerb ausgerichten Arbeits- und Freizeitmarkt seinen „Status" zu halten. Dies wiederum führt zu einer vollkommen auf entfremdete, entmenschte Leistungen ausgerichteten Existenz; der Zwang zur Erreichung eines gewissen Konsumniveaus führt zu einer Erwerbstätigkeit, welche Unterordnung und das System der Unterordnung reproduziert.

So hat der amerikanische Kapitalismus eine neue Dimension der Unterdrückung hervorgebracht: den konzertierten Einsatz des technologischen Sieges über den Mangel (Befriedigung der Grundbedürfnisse) zur Sicherung der Abhängigkeit auf Lebenszeit.

Der Widerspruch zwischen einer Produktivität, welche die Unterwerfung von Männern und Frauen unter ihre Arbeitsinstrumente aufheben könnte, und den Bedingungen, unter denen eben diese Produktivität die Entfremdung und Unterdrückung fördert und verewigt, ist in das Bewußtsein bzw. in das Unbewußte der Leute an der Basis vorgedrungen. Anzeichen dafür zeigen sich in einer allgemeinen Abnahme des „Arbeitsethos", in spontanen Sabotageakten, in der sich überall einschleichende Gewalt usw., kurz im Zerfall der operationellen Werte, von denen das Funktionieren der kapitalistischen Gesellschaft abhängt.

Trotzdem wäre es ganz falsch, in der Schwächung des sozialen Gefüges, im Verfall der kapitalistischen Ideologie und im Zusammenbruch ihrer Werthierarchie an sich schon eine revolutionäre Kraft zu se-

rückt, len



© Neues Forum, Wien

hen. Diffus und ohne wirksame organisatorische Verankerung in der Gesamtbevölkerung, inartikuliert und quer durch die traditionellen Klassenfronten laufend, bleibt diese Kraft in den Grenzen der Subjektivität gefangen. Der Widerstand richtet sich nicht so sehr direkt gegen die Struktur des Systems und seine Produktionsweise, als gegen individuelle Verhaltensweisen und Einstellungen (gegen Autoritäten, Chefs, *„die"* schlechthin). Ja, schlimmer noch, jene an der untersten Ebene der Ausbeutungshierarchie am Arbeitsplatz neigen im allgemeinen dazu, für ihr „Versagen", in der Stufenleiter aufzusteigen, einzig und allein sich selbst verantwortlich zu machen. So bildet sich ein Schuldgefühl, das den Interessen des Establishments nur allzu gelegen kommt: die Selbstunterdrückung unterstützt die von oben auferlegte Repression.

Dennoch unterliegt die ununterbrochene Reproduktion von Unterdrückung objektiven Bedingungen, die ihr Fortschreiten ernsthaft behindern. Das ungehemmte Bedürfnis nach Steigerung der Arbeitsproduktivität ruft Maßnahmen und Methoden auf den Plan, welche die Möglichkeit einer Emanzipation durchleuchten lassen, und die sich, sollten sie im großen Rahmen angewendet werden, zweifellos gegen das angestrebte Ziel wenden würden. Dazu zählen die Erweiterung der Automation und die Reorganisierung der Arbeit mit dem (scheinbaren) Ziel einer „Humanisierung", die darin besteht, den Arbeitern und Arbeiterinnen mehr Verantwortung für ihre Arbeit zuzugestehen, die Spezialisierung zu reduzieren usw.

Im Rahmen des Kapitalismus stoßen diese beiden Methoden an systemimmanente Grenzen: bei voller Kapazitätsauslastung würde die Automation zu einer Verringerung des Mehrwerts und zu einem Ansteigen der Arbeitslosigkeit führen, bis zu jenem Punkt, an dem sie mit dem Prinzip der Kapitalakkumulation nicht mehr vereinbar wäre; würde man die „humanisierende" Reorganisation der Arbeit über die von den Public-Relations-Fachleuten der Betriebe empfohlene psychologische Befriedung hinaustreiben, bis zu einer weiterreichenden Selbstverwaltung, so würde diese in Widerspruch zur kapitalistischen Hierarchie geraten, sowohl innerhalb als auch außerhalb der Welt der Arbeit.

Nur in Verbindung mit dieser objektiven Dynamik zeigen die emanzipatorischen ideologischen Kräfte ihre Möglichkeiten auf und bieten Hoffnung auf radikale Veränderungen. Die Bilder einer quantitativ anderen menschlichen Existenz, eines Lebens, das man sich nicht mehr lebenslänglich verdienen müßte, die Reduzierung der entfremdeten Arbeit auf ein unerläßliches Minimum und, damit im Zusammenhang, das Entstehen einer neuen Empfindsamkeit, einer neuen Moral, die Wiederentdeckung des Körpers und der Natur als bereichernde und lebensschützende Kräfte erscheinen heute als historische Vorwegnahme einer einem neuen Realitätsprinzip unterstellten Gesellschaft – einer Gesellschaft, die das Erbe des Kapitalismus antreten und dessen Ende besiegeln würde.

Im wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Kampf gegen die Unterdrükkung konkretisieren diese Bilder andeutungsweise eine Revolution, die an Tiefe und Reichweite alle vorangegangenen Revolutionen übertreffen würde; die wirklich einen qualitativen Sprung in die Freiheit darstellen würde. Angesichts dieser sehr realen Möglichkeit verstärkt die etablierte Ordnung ihr Repressionssystem und weitet es auf die Sphäre aus, wo sich Bedürfnisse und Befriedigungen des Individuums bilden. Genauso wie die Menschen in der materiellen Kultur an die Produkte, die das System liefert, angepaßt werden müssen, muß man im Bereich der intellektuellen Kultur den Teil der „transzendierenden" Bedürfnisse und Befriedigungen, die nutzlos und dem Establishment sogar gefährlich sind, unterdrücken, zugunsten von Werten und Denkweisen, die für den Prozeß der gesellschaftlichen Reproduktion notwendig sind.

Derzeit ist ein konzertierter Angriff im Gange, um die Schulen und Universitäten auf eine Berufsausbildung hinzutrimmen: den Anteil der Human- und Sozialwissenschaften zu beschneiden und das Niveau des nichtprofessionellen Unterrichts zu senken. Auf diese Weise wird das für ein gutes Funktionieren des Systems notwendige, immer gigantischer werdende Arbeitskräftepotential von Kindheit an dazu angehalten, in sich selbst seine soziale Existenz und seine Unterwerfung zu reproduzieren – durch die Sprache, die man es lehrt, durch die Gefühle, die man ihm auferlegt, durch die Formen der Bedürfnisbefriedigung, die man ihm wünschenswert erscheinen läßt.

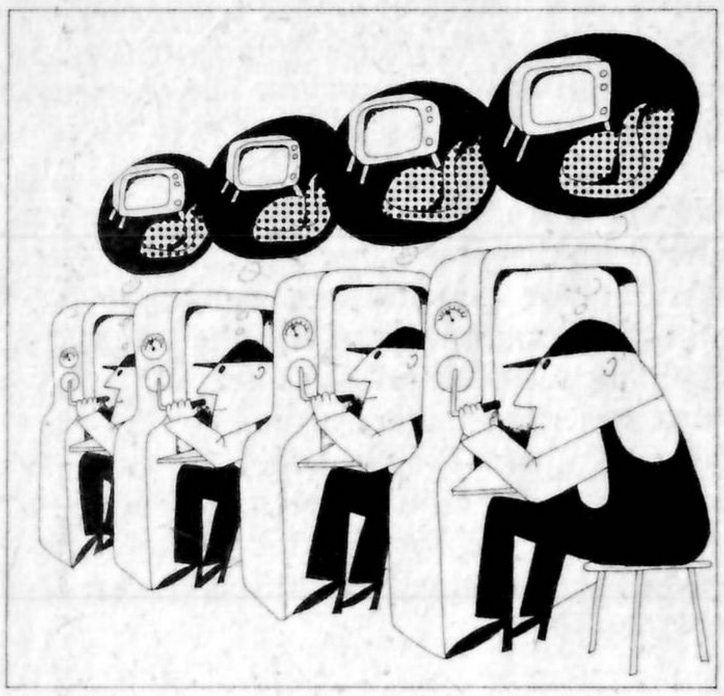
Aber kann der monströse wissenschaftliche und pseudowissenschaftliche Repressionsapparat, kann die ununterbrochene Neuschaffung von Bedürfnissen und Befriedigungen, die dazu bestimmt sind, die Sklaverei erträglich zu machen, können sie unbegrenzt den destruktiven Charakter des Systems und die Mittel seiner Beseitigung verschleiern? Die sechziger Jahre haben ein Erbe der Verweigerung und der neuen Ideen hinterlassen, die in der Tiefe, unter der Oberfläche der Integration, weiterarbeiten. Das radikale Pontential hat sich verschoben: das Industrie„proletariat" („blue collar") ist nicht mehr Alleininhaber des historischen Privilegs der Revolution, das es heute mit anderen Gruppen teilt: mit der Intelligenzija, insbesondere den Studenten, mit den Frauen, den Jugendlichen, den rassischen und nationalen Minderheiten. Die Aktivierung dieser Gruppen bezeichnet die Erweiterung der potentiellen Basis der Revolte und die Totalität der Veränderung – den Übergang also vom Quantitativen zum Qualitativen.

Mit der Totalisierung der Kontrollen erringt jetzt die andere Seite die Initiative. Vielleicht ist ein neues Gesellschaftssystem im Entstehen begriffen: ein neo- oder semifaschistisches Regime mit einer starken Verankerung in der Bevölkerung. Gewisse Anzeichen weisen in diese Richtung: der Rückgang der kapitalistischen Expansionsmöglichkeiten, das Anwachsen der abhängigen Bevölkerung, die Allianz der Mafia mit legalen Geschäftsgruppierungen, das Vordringen von Gewalt, der allgegenwärtige Rassismus, die Konzentration von Vernichtungswaffen in den Händen legaler Organe, die Korruption, die den gesamten demokratischen Prozeß infiziert.

Diesem Gespenst des Faschismus auf amerikanisch liefert die von Spaltungen zerfressene Linke ohne eine wirksame Organisation ein sehr ungleiches Gefecht. Ihre Hauptwaffe bleibt nach wie vor, die politische Bildung – die Gegen-Erziehung – in Theorie und Praxis: ein langer und mühevoller Weg, der darin besteht, den Leuten bewußtzumachen, daß die Unterdrükkung, welche zur Erhaltung der etablierten Gesellschaft erforderlich ist, nicht mehr sein muß und daß sie beseitigt werden kann, ohne durch ein anderes Herrschaftssystem ersetzt zu werden. ■

medium

Monatszeitschrift für Hörfunk, Fernsehen, Film



Themen der letzten Hefte:

Keine heile Welt:
Stadtteilzeitung als Alternativpresse

Fernsehen und Alltag der Zuschauer:
Von proletarischer Öffentlichkeit zum Rückzug ins Privatleben

Mit dem Gegner auf Du und Du:
Zum Thema Pressekonferenzen

Arbeitskampf – kein Fernsehthema:
Vom Umgang mit Menschen und politischen Themen beim WDR

Konsensmilch über allem:
Analyse der Fernsehkommentare am Beispiel des Druckerstreiks

Rundfunk hat goldenen Boden:
Hörfunk, Fernsehen und die Plattenindustrie

Kojak & Co.:
Ein Vergleich der Fernsehsysteme von BRD und USA

Demontage eines Mediums:
Die Presse schweigt den Hörfunk tot

Dazu: Filmkritiken, Fernsehvorkritiken, rundfunk- und filmpolitische Kommentare, u.a.

Zum Kennenlernen haben wir ein Probeabonnement eingerichtet: drei laufende Hefte für insgesamt 4,50 DM.

Einzelheft 3,– DM, Jahresabonnement 36,– DM, Studentenabonnement 25,20 DM (alles incl. Porto).

Bestellung an:
medium, Gemeinschaftswerk Ev. Publizistik, Friedrichstraße 2–6, 6000 Frankfurt/Main.

Rudi Dutschke:

„Ja, Italien!"

Auf Einladung der KP-Jugend war Rudi Dutschke in Rom – zum Diskutieren und Feiern. Die italienischen Genossen waren vor dem „Revisionisten" gewarnt worden

Als mich die römische Jugendorganisation der KPI zu einer Diskussion über die Protestbewegung der sechziger Jahre einlud, war ich einerseits froh, andererseits bedrückt. Die Freude, mit einer nicht nostalgischen, sondern in die Zukunft gerichteten Diskussion am Meinungskampf der KPI-Jugend teilzunehmen, brauche ich nicht weiter zu beschreiben.

Was bedrückte mich? Ich fragte mich, warum wir, Cohn-Bendit, ich und andere, noch nie von der DKP eingeladen wurden. Ich erinnerte mich an eine deutsche Einladung aus dem Frühjahr, an ihre typisch deutsche Kleinlichkeit und die ihr zugrundeliegende Misere: Die ESG Osnabrück hatte Robert Steigerwald (DKP) und mich gebeten, Probleme sozialister Strategie in der Bundesrepublik zu diskutieren. Mir war rechtssozialdemokratische Berührungsangst mit Kommunisten auf der Ebene von Meinungskampf und Aktionseinheit immer fremd. Also sagte ich zu.

Robert Steigerwald aber schrieb einen Brief an den Veranstalter: „Ich habe ein paar Tage überlegt, wie ich mich entscheiden soll... Solange Rudi Dutschke nicht wahr macht, was im Vorwort von ihm, Manfred Wilke und Reinhard Crusius zu ‚Sowjetunion, Solschenizyn und die westliche Linke' geschrieben wurde, daß die ‚Wahrheit **wider** die Stärke der Linken' werden müsse, ‚vor allem die Wahrheit gegenüber der eigenen Entwicklung und dem eigenen Handeln', setze ich mich ohne zwingenden Grund nicht mit Rudi Dutschke an einen Tisch."

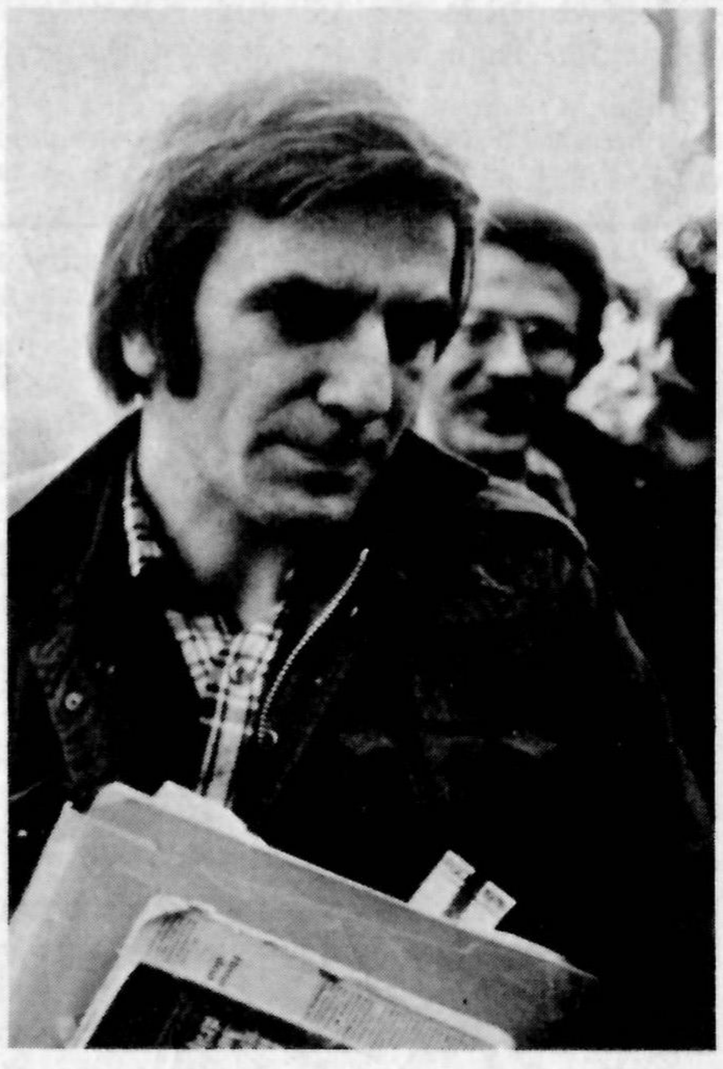
Ich hoffe, daß der KONKRET-Setzer Steigerwalds Freudschen Fehler nicht korrigiert, der die Differenz klar macht: Für Steigerwald ist die Wahrheit ein Machtproblem, sie wird der „Stärke der Linken" untergeordnet. Die „Stärke" gedeiht dementsprechend. Oder ist das Wahlergebnis der DKP ein Gegenbeweis? Wir ziehen es vor, uns nach schweren Niederlagen immer wieder an die sich verändernden Probleme heranzutasten. Die konkrete Wahrheit ist für uns kein Besitz, sondern immer neue Aufgabe. Darum hat unsere Strömung, wenn sie sich in kritisch-solidarischen Meinungskämpfen neu organisiert, durchaus eine objektive Chance, wieder als politische Kraft in Erscheinung zu treten.

Martin Walser hat die Schwierigkeiten der DKP mit der konkreten Wahrheit vor kurzem ganz einfach gefaßt: „Ich habe ehrlich versucht, die DKP zu verstehen... aber alles, was ich da gesagt habe, ist absolut auf steinigen Grund gefallen... ein Partei muß von hier sein, sonst ist sie nicht, das – glaube ich – ist die große Crux." Ja, weder ein Bein in Ost-Berlin, noch in Peking, noch anderswo.

Wenn wir uns die Geschichte der KPD und der KPI ansehen, so fällt ein bemerkenswerter Unterschied auf: Die KPI hat eine lange Da-und-Dort-Seins-Geschichte (An-Wesen-Heit), die KPD, aus welchen Gründen auch immer, eine längere Ab-Wesen-Heits-Geschichte.

Wie sehr die KPI anwesend ist, merkte ich schon am Flughafen. Noch 1968 mangelte es dort nicht an Schikane, Unfreundlichkeit, Überprüfungen. Auch diesmal stand mein Name offenbar noch im Fahndungs- und Beachtungsbuch der Polizei. Ich wurde ausgesondert, neue Papiere wurden geschrieben, höhere Beamte hinzugezogen, die wissen wollten, wohin ich fuhr. Als ich aber die Einladung der KPI vorlegte, ging es plötzlich ganz schnell. Man schrieb sich meine Adresse auf und wünschte mir gute Reise. Die KPI war offenbar sehr anwesend.

Ich hatte schon einmal, vom Juli 1968 an, in Rom gelebt. Damals wohnte ich mit Freunden, Lebensgefährtin und gerade geborenem Sohn Hosea-Che bei Hans Werner Henze. Damals hatte ich mich in täglicher harter Kleinarbeit damit zu beschäftigen, mir die zerschossene Lesefähigkeit



Euro-kommunismus

Helga Koppel
P.C.I. (partito comunista italiano); Die Entwicklung der italienischen KP zur Massenpartei
160 Seiten; Paperback; ca. DM 12,–
Die jüngste politische Entwicklung in Italien hat die westeuropäische Bourgeoisie aufgeschreckt. Die Kommunisten sind zum bedeutensten politischen Faktor geworden. Helga Koppel untersucht in ihrem Buch den historischen Werdegang des P.C.I. und arbeitet die Gründe für den großen Erfolg der Partei unter den werktätigen Massen heraus.

Berlinguer/Gramsci/Togliatti/ Longo
Der historische Kompromiß
Mit weiteren Beiträgen von Amendola, Chiaromonte, Gruppi, Ingrao, Lama, Lombardo-Radice, Napolitano, Natta, Trivelli. Herausgegeben von Pietro Valenza. 203 Seiten; DM 14,–

Santiago Carrillo/Regis Debray/ Max Gallo
Spanien nach Franco
Interview mit dem Generalsekretär der KP Spaniens; XII/192 Seiten; DM 14,80

Freiheit der Kritik oder Standpunktlogik; Diskussion in der KPF
Mit Beiträgen u.a. von Lucien Seve, Francis Cohen, Waldeck Rochet, Christine Buci-Glucksmann, Nicole E. Thevenin, Dominique Lecourt, Etienne Balibar, Georges Labica; ca. 200 Seiten; ca. DM 14,80

Mario Soares
PORTUGAL – Welcher Weg zu zum Sozialismus ?
Interview mit Dominique Pouchin; ca. 200 Seiten; ca. DM 14,80
Soares stellt aus sozialistischer Sicht die jüngste Vergangenheit und die Zukunftsaussichten der portugiesischen Revolution dar. Er dokumentiert zugleich die widersprüchliche politische Konzeption der portugiesischen Sozialisten.

VSA, Erkelenzdamm 7, 1000 Berlin 36
Tel. 030/614 60 10

VSA

Willi Münzenberg
Buchversand GmbH

NEUER BUCHVERSAND IN DER PROVINZ!

Warum „Willi Münzenberg"? – Münzenberg stand während der Weimarer Republik einer Reihe bedeutender Verlage vor, in denen die wesentlichsten Buch- und Schriftenproduktionen der Arbeiterbewegung erschienen. Mit dem Namen „Willi Münzenberg Buchversand" wollen wir die Arbeit Münzenbergs wieder in das Bewußtsein der Öffentlichkeit rücken. Auch wollen wir die publizistische Arbeit Münzenbergs erneut verbreiten und somit fortsetzen.

Aus unserem Buchangebot:

Clara & Paul Thalmann:
Revolution für die Freiheit – Stationen eines politischen Kampfes Moskau/Madrid/Paris"
Verlag Association, 397 Seiten, kartoniert, 20,– DM

Erhard Lucas:
„Zwei Formen von Arbeiterradikalismus"
Verlag Roter Stern, 336 Seiten, 26,– DM

„Die Linke im Rechtsstaat"
Band 1: Bedingungen sozialistischer Politik 1945–1965
Rotbuch-Verlag, 269 Seiten, 12,– DM

Bitte Prospekte anfordern (Rückporto beilegen):

Willi Münzenberg
Buchversand GmbH
2900 Oldenburg - Bergstraße 1

Miguel Garcia
Spanien*
Kampf und Gefangenschaft 1939—1969
237 S. / 12,80 DM

Miguel Garcia beschreibt seinen Widerstandskampf in Spanien Er berichtet von den Kämpfen in Barcelona 1936. an der Front von Madrid 1939 und dem Nachkriegswiderstand von 1945—1948 Als Mitglied der Taillon-Gruppe führte er Banküberfälle aus. Er schreibt u. a darüber: ›Meine Einheit nannte sich die Taillon-Gruppe Dieser Name. von der Presse und Polizei in .Taillon-Bande verfälscht. war damals fast gleichbedeutend mit dem Nachkriegswiderstand. Wir versorgten die gesamte Halbinsel einschließlich Portugal mit Waffen und Dokumenten. Waren wir Kriminelle? Kann sein Keine Regierung der Welt bot uns die Annehmlichkeit ihrer Legalität an . ‹ Besonders die ›Politik der erpreßten Spenden‹ von Industriellen verhalf der Gruppe nicht nur zur materiellen Absicherung ihrer Aktionen und zur Unterstützung des Widerstandes sondern hatte auch eine psychologisch wichtige Funktion.
1949 wurden Miguel Garcia und viele seiner Mitkämpfer verhaftet und zum Tode verurteilt. Das Urteil wurde später in 30 Jahre Gefängnis umgewandelt

KARIN KRAMER VERLAG
1 Berlin 44, Postfach 106
* Über Spanien sind noch weitere Texte erschienen; Prospekte anfordern.

wieder anzueignen. Eine schwere Aphasie ist halt ein scharfes Ei, gewissermaßen eine Entwurzelung. An der nicht zerschossenen Grundspur wieder anzuknüpfen, die eigene Geschichte zu rekonstruieren und die Gegenwart keinen Augenblick aus dem Blick zu verlieren, war die Voraussetzung für einen neuen aufrechten Gang.

Die erste – so wichtige wie erschrekkende – politische Information, die ich damals in Rom erhielt, kam per Telefon aus Berlin: Die Okkupation der CSSR durch die Armeen des Warschauer Pakts. Damals und später, so erzählte jetzt der KPI-Genosse Pecoli, stellvertretender Chefredakteur der „Unita", hätten Genossen aus kommunistischen Bruderparteien ihm gesagt: „Dutschke ist ein Revisionist." Die KPI kenne diesen Vorwurf nun selbst schon lange. Sie kennt offenbar auch den Legitimationscharakter dieses Vorwurfs, so daß es ihr nicht schwer fiel, mich einzuladen. Jedenfalls brauchte sie zum Überlegen keine drei Tage, wie der Genosse Steigerwald...

Natürlich kann ich mich getäuscht haben: Aber sowohl der ebenfalls eingeladene französiche Genosse Philippe Gavin (von der Zeitung „Liberation") als auch ich gewannen denselben Eindruck: Es mangelt nicht im geringsten an Sponti-Typen (im besten Sinn dieses oberflächlichen Wortes), nicht an echter und nicht aufgepropfter Entspannung, nicht an Tanzereien und Knutschereien. Insoweit fühlten wir uns ganz „zu Hause".

Beim Festival war der Freiheitsspielraum außerordentlich groß. Wenn italienische oder chilenische Gruppen ihre großartigen, trauernden, aber nicht entmutigenden, aufwühlenden, sensibilisierenden Lieder sangen, kam wahrscheinlich nicht nur ich in jene originäre Entspannung, die einem gerade im Augenblick zugespitzter ideologischer Auseinandersetzung jene innere Energie gibt, die man braucht, um sich der eigenen Sache hinzugeben. Hinter den Gesangsgruppen waren Mal-Gruppen an der Arbeit. Nun verstehe ich von Malerei nicht sehr viel, aber eins konnte ich mit Sicherheit feststellen: Das war kein „sozialistischer Realismus in der Linie der führenden Rolle der Sowjetunion". In Ost-Berlin oder Moskau hätte es Parteiausschlußverfahren gesetzt.

Daß diese äußerlichen Eindrücke nicht *ganz* korrekt waren, wurde erst in der offenen Diskussion deutlich.

Sie begann damit, daß ein Vertreter der Jugendorganisation die eigene Partei mit äußerster Schärfe angriff. Das hatte ich noch bei keiner Veranstaltung einer kommunistischen Partei gesehen oder gehört, weder bei der FDJ in der DDR noch bei der SDAJ in der BRD. „Wir haben keinen Grund", mag mancher von denen sagen. Umso schlimmer.

Der Genosse Borgna stellte die These auf: „Es gibt keine Jugendbewegung in Italien." Warum? 1968 brachte einen Bruch mit der Gleichgültigkeit, den ersten Versuch der Freimachung durch Kreativität, politische Phantasie, neue Beachtung der Spontaneität, die sich zwar primär als Negation der Verhältnisse verstanden, die Verweigerung fetischisierten, aber dennoch eine geschichtliche Wende konstituierten. Vor dieser kulturrevolutionären Bewegung hatten die Parteien, so Borgna, „Angst". Inklusive der KPI. Warum, fragte er, hat sich das bis heute kaum gebessert? Er gab leider keine Antwort.

Sie hätte gegeben werden müssen. „Geschichte ist die Aufeinanderfolge von Generationen" (Marx), jede findet objektive Schranken und neue Möglichkeiten vor, sozial und klassenspezifisch, vom politischen Niveau der Gesellschaft ganz zu schweigen. Und es wäre möglich gewesen, eine gemeinsame neue Spur für die junge Generation von heute in den hochentwikkelten kapitalistischen Ländern festzumachen. Der Begriff hätte die Arbeitslosigkeit sein können, die Entwertung der Kraft und Energie einer ganzen Generation. Die

Kommunistische Wahlwerbung in Italien: „Der Freiheitsspielraum war außerordentlich groß"

junge Generation der sechziger Jahre kannte diesen Zustand noch nicht, ihr Selbstverständnis war noch geprägt davon, gesellschaftlicher Gebrauchswert (oder Tauschwert) zu sein. Heute ist das ganz anders. Die strukturelle Arbeitslosigkeit, die kein „Aufschwung" beseitigt, hat fundamentale Auswirkungen auf die sozial-psychologische Grundstruktur der heutigen Jugend. Die Sozialpsychologie nennt die Folge Entwertungsneurose.

Wenn sich bei den letzten Wahlen in Italien wie bei unseren Bundestagswahlen ein unerwartet hoher Anteil der jungen Generation für konservative Parteien ausgesprochen hat, ist das Anlaß für selbstkritische Gedanken. Was alles von dem, was 1968/69 frei geworden war, wurde nicht wieder zerschmettert und zerschlagen?

Der Genosse Pecoli fragte mit Recht: „Wie können wir weiterkommen *mit* 1968?" Nicht *gegen* diesen „Bruch mit der Gleichgültigkeit". Was hat damals so begeistert, fragte er und meinte: „1968 hat Fragen gestellt, die bis heute nicht beantwortet sind." Fragen, die nicht nur in Westeuropa, sondern auch in Osteuropa auftauchten. Es mangelte dort durchaus nicht an rebellischen Protesten. Die revolutionäre Kraft der Subjektivität wurde von Pecoli nicht nur nicht bestritten, sondern er betonte, daß für seine Partei der „osteuropäische Sozialismus keine Antwort gibt" auf die Fragen von 1968. Daraus muß man schließen, daß das osteuropäische Modell für die KPI keine Perspektive ist.

Pecoli versuchte, den Lern- und Veränderungsprozeß der KPI zu erklären. Er machte darauf aufmerksam, daß die Partei zwar durch Gramsci und Togliatti sich schon entscheidende ideologische Stützpunkte geschaffen habe, aber der Bruch zwischen der VR China und der SU ein echter „Schock", die Okkupation der CSSR durch die Truppen des Warschauer Paktes ein weiterer Wendepunkt gewesen sei. Die KPI will keinen Bruch mit den Bruderparteien riskieren, aber schärfer denn je auf Selbständigkeit und das Recht bzw. die Pflicht zur Kritik der osteuropäischen Parteien und gesellschaftlichen Verhältnissen bestehen.

Vor Pecoli hatte ich gesprochen. Es lohnt sich vielleicht nicht, meine nicht unbekannte Einschätzung der Erbschaft der 60er Jahre für die antikapitalistischen Klassenkämpfe bei uns oder meine radikale Kritik des „despotischen Kommunismus" vom Standpunkt des „demokratischen Kommunismus und Sozialismus" zu wiederholen. Erwähnenswert scheint mir nur, daß mir in der nachfolgenden Diskussion deutlich wurde, wie sehr die KPI noch in der Lenin-Erbschaft steht. Die Frage des materialistischen Gehalts der Subjektivität scheint die KPI noch nicht wirklich als Problem erkannt zu haben. Die alte Debatte über die Subjekt-Objekt-Dialektik war immer schlecht ausgegangen für das Subjekt; der objektive „Weltgeist" triumphierte. Die Qual der Arbeit siegte, und der Genuß kam nicht einmal auf die Welt.

Nachbemerkung:

Die Wahlen in der BRD standen noch bevor... Es ist hier nicht möglich, die kürzeren oder längeren Diskussionen mit Genossinnen und Genossen von „Il Manifesto" oder „Lotta" wiederzugeben. Eins fiel mir aber auf: Von der KPJ bis zu diesen kommunistisch-sozialistischen Strömungen jenseits der Riesen-Partei war eins zu hören: hoffentlich gewinnt die SPD. Meine Argumentation, daß die Linke in den Jahren der kleinen Koalition neue SPD-Erfahrungen gemacht und keinen Grund habe, für die SPD zu stimmen, hörten sie sich zwar an. Sagten aber: trotzdem!

Ein KPI-Verkäufer, der mich erkannt hatte, sagte: „Paß auf, wenn Strauß ran kommt, dann komm schnellstens zu uns".

Holzfiguren handgeschnitzt

vom Holzbildhauer
rustikale, sakrale
und andere Motive.

Nachtwächter (60 cm) DM 360,–
Madonna (60 cm) DM 360,–

Gerne sende ich, kostenlos
und unverbindlich, Fotos.
Telefon: 09723/1774

K. Weisgerber
Am Spiesheimer Pfad 12
8721 Schwebheim

Rotbuch-Literatur und Politik

Die Linke im Rechtsstaat
Band 1:
Bedingungen sozialistischer Politik
1945 – 1965
Rotbuch Verlag Berlin

Bernhard Blanke
Alexander von Brünneck
Tilman Fichter
Monika Fuhrke
Wilfried Gottschalch
Reinhard Krusche
Wolf-Dieter Narr
Joachim Perels
Dagmar Pfeiffer
Ute Schmidt
Rudi Schmiede
Jürgen Seifert
Dietrich Staritz

Rotbuch 145: Band 1 – 1945 bis 1965: Arbeiterklasse und Parteiensystem. Sozialpolitik als Integrationspolitik. Das deutsche ›Wirtschaftswunder‹. Der Weg zum Volksparteien-Staat. Das Bundesverfassungsgericht in der Ära Adenauer. KPD und Kalter Krieg bis 1950. Die Linke in der SPD 1945 bis 1968.
272 Seiten. DM 12 (Abo.: 11)

Christian Geissler
Wird Zeit, daß wir leben
Geschichte einer exemplarischen Aktion
Rotbuch Verlag Berlin

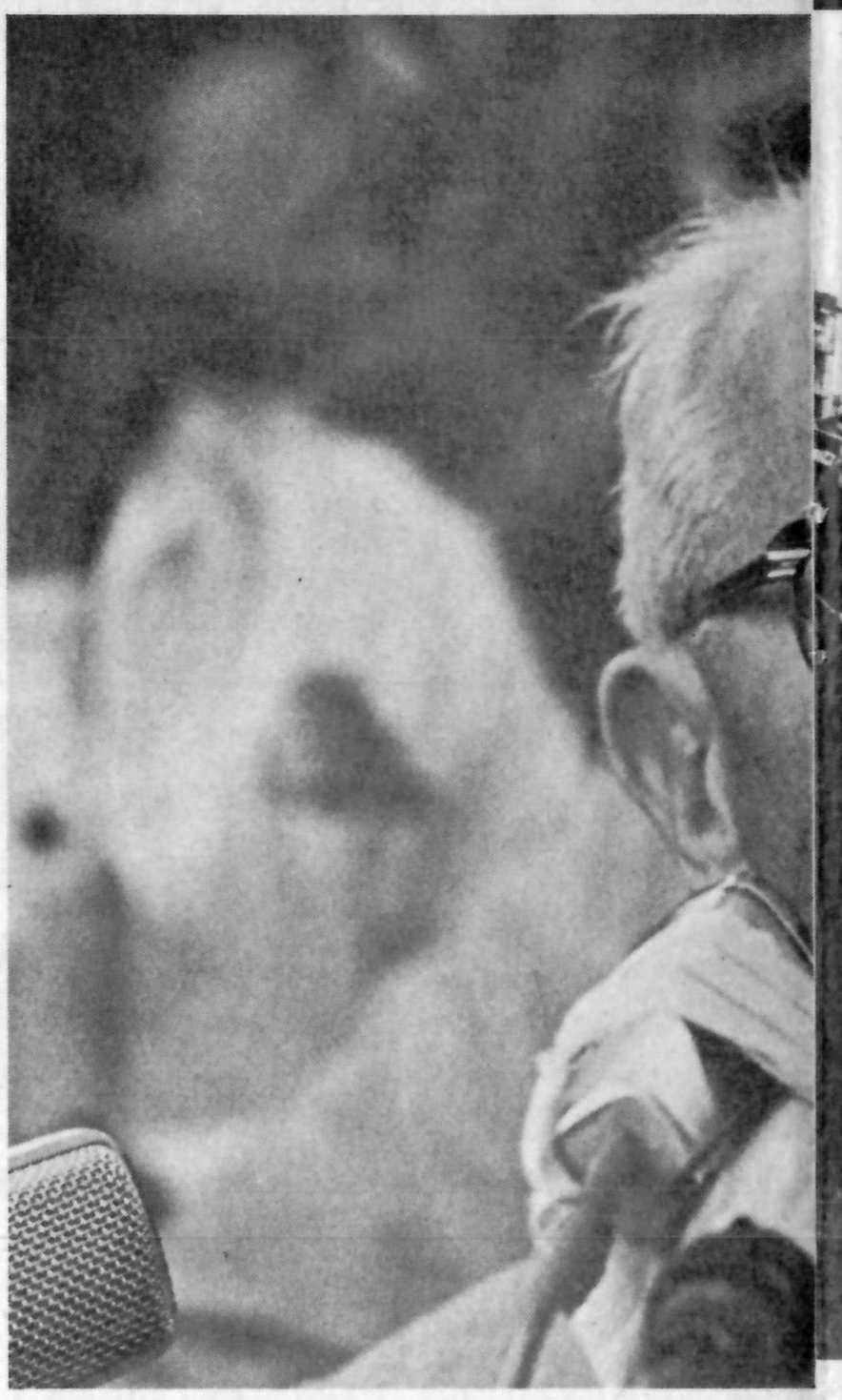
Rotbuch 154: Die Geschichte geht aus von einem Hamburger Polizisten, der 1933/34 eine bewaffnete Gruppe gebildet hat, um politische Gefangene zu befreien. Es ist die Geschichte einer jungen Frau und zweier junger Männer. Die abenteuerliche Geschichte von Erfahrungen unter einer Herrschaft, die aus der Niederhaltung und Zerstörung des Menschen ihre Kraft holt.
240 Seiten. DM 14

SERIE

Die zornigen alten Männer

Heute lehrt Westdeutschland seine Nachbarn schon wieder das Fürchten, als wirtschaftlicher und militärischer Machtprotz nach außen, als autoritärer Büttelstaat nach innen. Doch fast alle Politiker, die 1945 noch ganz anderes wollten, haben sich angepaßt und sind in den Apparaten verschwunden. Einige aber haben durchgehalten, haben sich ihre antifaschistischen Erfahrungen bewahrt und geben sie weiter. Männer wie der Theologe Helmut Gollwitzer, der Pastor und frühere Westberliner Bürgermeister Heinrich Albertz, die Schriftsteller Alfred Andersch und Axel Eggebrecht messen beharrlich das damals Gewollte mit dem heute Gemachten. Sie tun es oft im Zorn, der – wie Axel Eggebrecht sagt – „aus der Enttäuschung kommt".

In der KONKRET-Serie „Die zornigen alten Männer" werden Helmut Gollwitzer, Heinrich Albertz, Alfred Andersch und Axel Eggebrecht von Hermann Vinke befragt. Die Antworten geben eine Bestandsaufnahme Bundesrepublik 76, die mit den Parolen der hinter uns liegenden Wahl nichts zu tun hat.



KONKRET: Herr Gollwitzer, im Wahlkampf wurde, so schien es, manch Grundsätzliches angerührt. So ist die CDU/CSU mit der Parole „Freiheit oder Sozialismus" in den Wahlkampf gezogen. Eine Parole, von der Johannes Gross in einem Kommentar meinte, sie habe die Grundsatz-Diskussion in der Bundesrepublik neu belebt. Was halten Sie von dieser Parole „Freiheit oder Sozialismus"?

Gollwitzer: Erstens hat sie natürlich keinerlei Grundsatz-Diskussion belebt. Nirgends wurde in Wahlreden über Sozialismus und über das, was Freiheit ist, grundsätzlich debattiert, sondern es wurden Plakate, Feindbilder aufgestellt, plakatiert und dann abgeschossen. Dazu war die Parole ja auch da. Sie ist zweitens noch zu etwas anderem da, nämlich wie Erhard Eppler ganz
Parolen anfreunden?
richtig in einem Vortrag gesagt hat, abzulenken von den wirklichen Problemen von heute und morgen. Von den sozialen Problemen: die zunehmende Verelendung des Lebens durch strukturelle Arbeitslosigkeit, durch Zukunftslosigkeit der Jugend, durch akademisches Proletariat, durch Umweltverschmutzung, durch fehlendes Bodenrecht, durch Einschnürung der Freiheit. Das sind die gegenwärtigen und morgigen Probleme, die wir haben. Weil die Politiker da nicht ran wollen, stürzen sie sich, wie Eppler sagte, in Fragestellungen der fünfziger Jahre.

KONKRET: Ich möchte Ihnen noch zwei andere Wahlslogans vorlegen, und zwar: die CDU/CSU wollte ihre Wähler aus „Liebe zu Deutschland" gewinnen, und die SPD bot das „Modell Deutschland" an. Könnten Sie sich mit einer dieser beiden

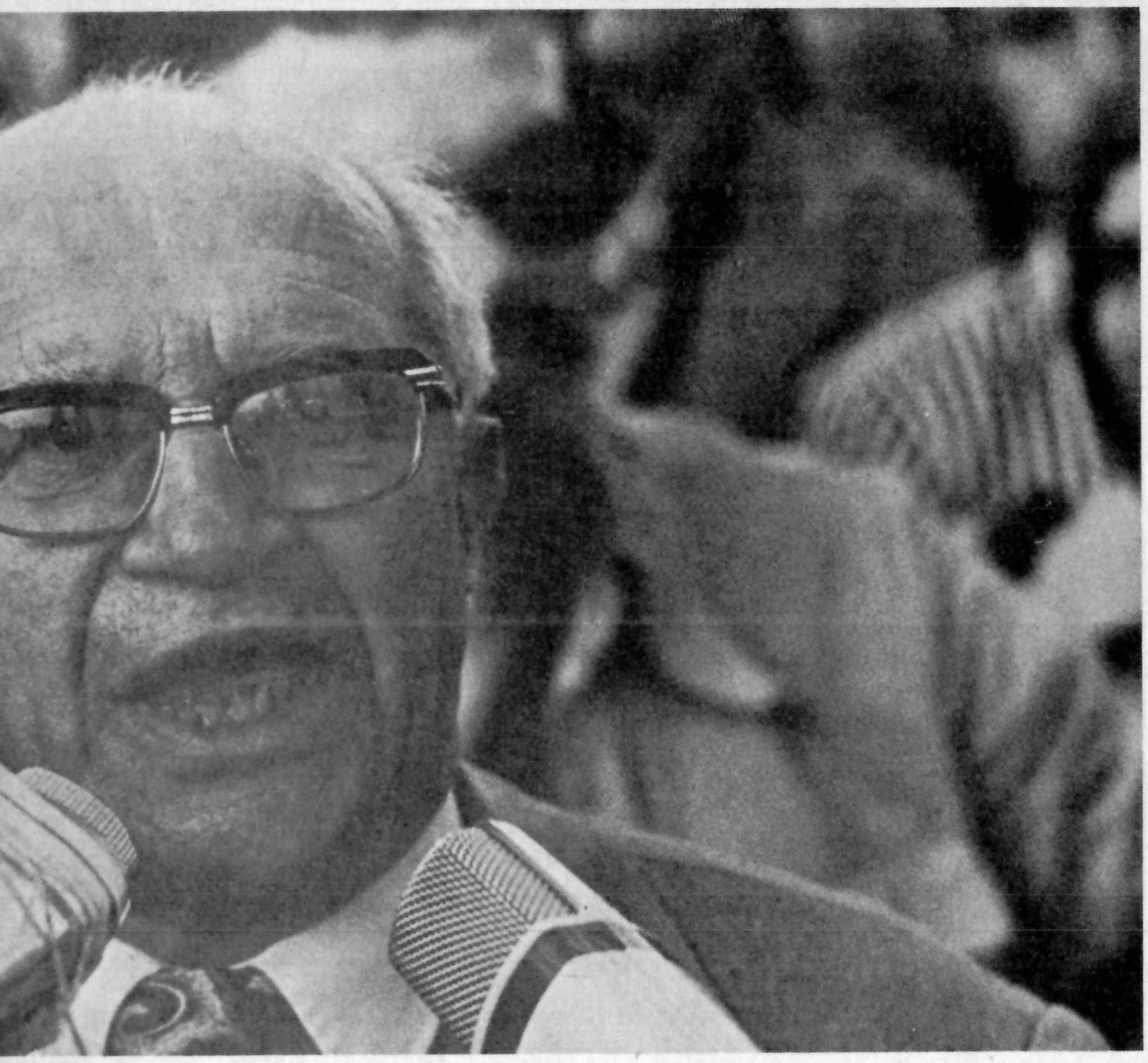
Gollwitzer: Die sind so inhaltslos wie Waschmittelparolen. „Für Deutschland": das ist hoffentlich das Selbstverständliche, das Moralische, das sich bei einem Politiker von selbst versteht. Daß er mindestens sagt, er wolle für Deutschland bzw. für die Bundesrepublik arbeiten. „Modell Deutschland" ist noch inhaltsloser. Was ist das Modell? Ist die Bundesrepublik das Modell für das künftige wiedervereinigte Deutschland? Oder ist das alte Deutschland das Modell für die Bundesrepublik? Ein so sinnloses Wort wie „Modell Deutschland" habe ich überhaupt noch nicht gehört.

KONKRET: Diese Slogans zielen auf einen gewissen Bewußtseinsstand in der Bundesrepublik . . .

Gollwitzer: Ja, einen tiefsten.

KONKRET: Aber was ist die Ursache für diese Identifikation mit dem System, die angesichts zahlreicher Krisenerscheinungen – Sie haben sie vorhin erwähnt – doch ganz erstaunlich ist?

Gollwitzer: Die Ursache liegt darin, daß die Regeneration des kapitalistischen Systems nach 1945 vor allem durch den Marshallplan bei uns doch eine sehr unerwartete und eine sehr gelungene gewesen ist. Sie liegt in den großen Leistungen dieses Systems, die von jedem, der seine Schäden aufdeckt und der meint, daß allmählich die Schäden des kapitalistischen Systems die Leistungen überwiegen, anerkannt werden müssen. Außerdem gibt es für uns *anschaulich* kaum sehr überzeugende und anlokkende alternative Systeme. Wie weit der östliche Sozialismus sich dazu noch entwikkelt, wissen wir nicht. Einige Bewegungen drüben sind erfolgversprechend und könnten eines Tages auch bei uns das Bild des östlichen Sozialismus ändern. Aber vorerst ist das, was dort anschaulich ist, keine Per-



Helmut Gollwitzer, *67 Jahre, Theologe und Schriftsteller in Westberlin, ist der Sohn eines Pfarrers. Während des Dritten Reiches gehört er zur Bekennenden Kirche. Er wird mehrfach verhaftet, 1940 aus dem Amt gewiesen und mit Redeverbot belegt. Er tut während des Krieges Dienst als Sanitäter an der Ostfront. Danach sowjetische Kriegsgefangenschaft. 1949 wird Gollwitzer Professor für systematische Theologie in Bonn. Publizistisch setzt er sich u. a. mit dem Stalinschen Sowjetkommunismus auseinander. 1962 wird er von der Universität Basel als Nachfolger von Karl Barth mit der Begründung abgelehnt, seine Einstellung zum Kommunismus sei unklar. Zu seinen wichtigsten Publikationen der letzten Jahre gehört die Untersuchung „Die kapitalistische Revolution". Beim Begräbnis von Gustav Heinemann im Juli dieses Jahres hielt Gollwitzer die Trauerrede.*

spektive für uns. Diese Alternativlosigkeit und die Leistungen des Systems in den fünfziger und sechziger Jahren bewirken, daß die Bevölkerung im Ganzen damit zufrieden ist. Jede politische Bewegung, die meint, daß das kapitalistische System nicht sehr gut ist oder daß es überwunden werden muß, muß das einkalkulieren.

KONKRET: Es bewirkt aber auch, daß z. B. die Arbeiterschaft auf revolutionäre Veränderungen nicht mehr aus ist, daß sie bestimmte grundsätzliche Fragen nicht mehr stellt.

Gollwitzer: Richtig. Das Problem, das Futurologen, Ökologen – und das sind ja nicht altmodische Sozialisten und Marxisten – uns heute vorstellen, ist doch dieses: Revolutionäre Veränderungen sind notwendig, aber der Wille dazu ist in den Industrieländern bis tief hinein in die Arbeiterschaft nicht vorhanden. Infolgedessen werden sie nicht geschehen. Infolgedessen werden unsere Kinder auszubaden haben, daß revolutionäre Veränderungen – und d. h. nicht gewaltsame Veränderungen, sondern tief einschneidende Veränderungen – von uns nicht vollzogen worden sind. Schon unsere jetzt studierenden Kinder und die Kinder auf der Schule haben auszubaden, daß revolutionäre Veränderungen z. B. im Erziehungswesen, nicht vollzogen werden. Darum die immer größere Verelendung des Erziehungswesens und die Verschrottung unserer Kinder, die wir jetzt erleben. Greifen wir noch einmal zurück auf die Parole „Freiheit oder Sozialismus". Sie wird vorgetragen von Parteien, die 1945 bis 1949 alle gesagt haben: Freiheit *und* Sozialismus, Freiheit *durch* wahren Sozialismus. Solidarität muß jetzt stattfinden. Eine solidarische Gesellschaft muß jetzt kommen, in der alle die Lasten, die wir auf uns gehäuft haben und die auf uns gehäuft worden sind, tragen, um die Trümmer beseitigen und etwas Neues aufbauen zu können. Nur solidarisch, nur so, daß alle gemeinsam die Lasten tragen, die Kosten zahlen und dann auch gemeinsam davon den Nutzen haben. Niemand hat damals daran gedacht, eine Gesellschaft aufzubauen, in der die Profitskala wieder so enorm auseinandergeht, daß wir nun auf der einen Seite Tausende von Millionären haben und auf der anderen die Arbeiterschaft wieder in der gleichen Situation ist, in der sie eh und je war. Zwar mit etwas besserer Arbeitslosenversicherung und mit etwas besserer materieller Ausrüstung, aber wieder bangend um den Arbeitsplatz, wieder dem Streß am Arbeitsplatz ausgeliefert, wieder im Grunde ohne Mitbestimmung. Das hat sich damals niemand vorgestellt. Darum hat man damals gedacht: Freiheit *durch* und *in* Solidarität und hat das „Sozialismus" genannt, was es auch bedeutet.

KONKRET: Die Bundesrepublik ist zweifelsohne die führende Wirtschaftsmacht Westeuropas. Bekommt sie nicht aufgrund ihrer ökonomischen Potenz eine Rolle vielleicht in der Richtung, daß sie fortschrittliche Entwicklungen in Westeuropa, mögliche Volksfrontbündnisse z. B. in Italien, in Portugal, auch in Frankreich verhindert?

Gollwitzer: Sie sprachen von der Zufriedenheit der Masse der westdeutschen Bevölkerung mit dem hiesigen Wirtschafts- und Gesellschaftssystem und verweisen jetzt auf eine Differenz: daß nämlich in den anderen westeuropäischen Ländern die gleiche durchgehende Zufriedenheit der Bevölkerung mit dem System keineswegs besteht. Sie besteht aber auch bei uns nicht so durchgehend. Denn der Generationszwiespalt, den wir in den vergangenen Jahren erlebt haben, die Studentenrevolte, die ganze Jugendrevolte, kam ja daher, daß der jüngeren Generation das gegenwärtige System gar nicht so einleuchtete wie der älteren. Daß es uns so wohl geht, hängt damit zusammen, daß es anderen entsetzlich schlecht geht. Das kommt nicht daher, daß die anderen noch nicht so weit sind, wie wir. Sondern unser Wohlstand produziert dauernd Elend anderer und ist angewiesen auf Elend anderer. Auch unsere Arbeiterschaft stellt innerhalb des internationalen Maßstabs eine Arbeiteraristokratie dar, der es gut geht auf Kosten der Arbeiterschaft in anderen Ländern.

Wenn die Bundesrepublik und ihre Bevölkerung, bei der man Erfolg haben kann mit dieser idiotischen Parole „Freiheit statt Sozialismus", sich querstellen gegen diese Entwicklung, dann kann ich für die deutsche Situation in Westeuropa nur schwarz sehen. Wir werden geistig und politisch isoliert werden von den am meisten in die Zukunft gerichteten Bewegungen. Wir werden rechtsradikal werden, wie wir es schon einmal waren, und es wird aus sein mit dem, was die Gewerkschaften, was die Sozialdemokratie immer als Ziel angegeben haben. Daß der Europäischen Gemeinschaft als einer EG der Unternehmer und der multinationalen Konzerne endlich eine EG der Arbeiterschaft und Gewerkschaften entgegengestellt wird.

Das gehört zum dringendsten, denn vorerst ist die Europäische Gemeinschaft ein sehr kapitalistischer Verein, ein hochkapitalistischer Ausbeutungs-Verein in den Augen der übrigen Welt. Wenn sich das ändern soll, muß die Gewichtsverteilung anders werden. Die wird garantiert nicht anders werden, wenn sich die Bundesrepublik gegen die Volksfronttendenzen in den romanischen Ländern stellt. Ich glaube, ein Europa, das von der Bundesrepublik in die rechte Richtung gedrängt wird, in die Anti-Volksfront-Richtung, würde ein tief reaktionäres Europa werden, und das kann Europa nicht mitmachen.

KONKRET: Herr Gollwitzer, eines Ihrer letzten Bücher trägt den Titel „Die kapita-

Fred Viebahn. "Larissa oder die Liebe zum Sozialismus". Roman. 180 Seiten. Linson in Schutzumschlag. DM 24,--.
ISBN 3-88097-024-6

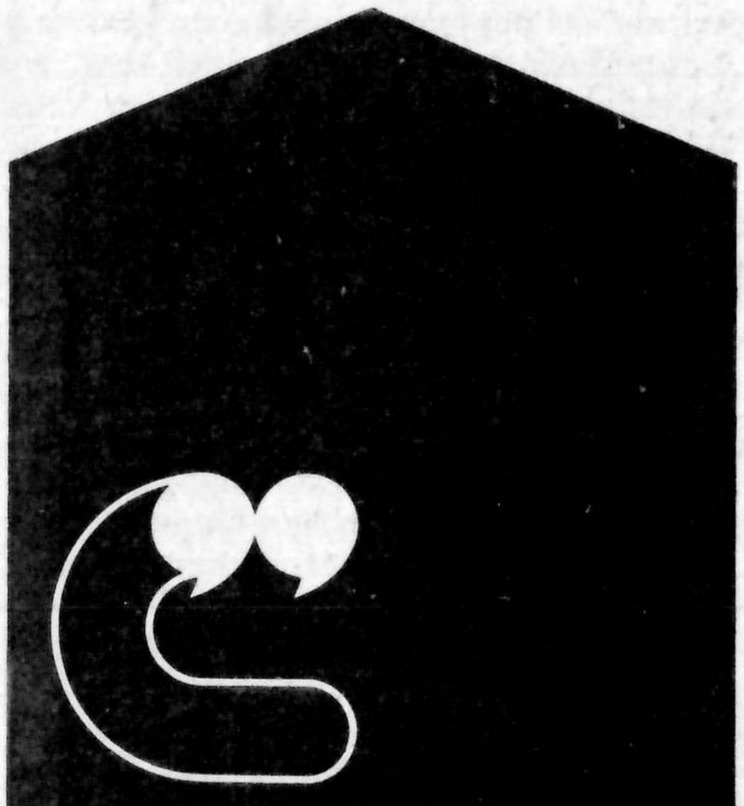
LARISSA

oder
DIE LIEBE
ZUM
SOZIALISMUS
ROMAN

FRED VIEBAHN

BRAUN

Fred Viebahn führt in dieser Erzählung die Auseinandersetzung mit den Themen fort, die ihn schon in seinen Romanen "Die schwarzen Tauben" und "Das Haus Che" bewegten: Was für eine Welt findet die nach dem Faschismus geborene Generation vor. Was will sie aus ihr machen, was kann sie überhaupt machen und was macht sie tatsächlich? Müssen die Ideen eines wahrhaft demokratischen, humanen Sozialismus notwendig an der Wirklichkeit und ihren Widersprüchen scheitern? An den Widersprüchen um uns, aber auch an denen in uns selbst? Ersetzen Träume die Wirklichkeit? Haben wir überhaupt noch das Recht auf Träume? Haben wir noch Möglichkeiten zur Liebe?



Literarischer Verlag
Helmut Braun

Löwenburgstr. 30
509 Leverkusen

listische Revolution". Ist das nicht ein Widerspruch?

Gollwitzer: Meine sozialistischen Freunde haben mir den Titel etwas verübelt. Für sie ist das Wort „Revolution" ja ein sehr teures Wort, und das nun in so einer häßlichen Wortverbindung. Ich habe in dem Buch das gleiche ausgeführt, was Marx und Engels im kommunistischen Manifest beschreiben: die kapitalistische Produktionsweise

„Resignieren darf man nicht"

als das revolutionärste Element, das es jemals in der Weltgeschichte gegeben hat. Noch nie sind Sitte, Überlieferung, Institutionen und Ordnungen, der ganze Komplex der gesellschaftlichen und geistigen Überlieferung so überrollt worden, wie wir es heute erleben. Sie brauchen nur zu sehen, wie diese kapitalistische Regenerierung, die wir seit 1950 erleben, bei uns die Landschaft und unser ganzes Leben verändert hat. Und die Klagen unserer konservativen Leute, daß die Menschen immer schlechter werden und das Leben immer inhaltsloser, die Umgangsformen immer brutaler und daß das Alte immer mehr zerstört wird: die müssen sich an diese kapitalistische Revolution richten. Der Kapitalismus, der läßt keinen Stein auf dem anderen. Nur eben, und das ist das Problem, um des Geldes, des Besitzes wegen. Und so werden auch unsere Gedanken ja alle auf Güterbesitz gelenkt, auf Lebensstandard in Güterbesitz. Daß das nicht gut geht, sagt uns jeder Psychologe, aber auch jeder Ökologe, der uns zeigt, wie wir damit die Welt ausplündern.

KONKRET: Sie haben mal geschrieben, daß es nicht darum gehe, *ob* eine Revolution stattfindet, sondern es komme darauf an, *welche* Revolution. Wie sieht denn die Revolution aus, die Sie sich vorstellen? Oder anders gefragt, wie kann man sich eine Systemüberwindung vorstellen?

Gollwitzer: Eine Revolution mit Gewalt will in unseren Industriestaaten heute niemand mehr. Auch die kommunistischen Parteien haben das alte Revolutionsbild: Sturm auf die Bastille oder Sturm auf das Winterpalais in Petersburg ganz ad acta gelegt.
Die Revolution, die wir brauchen, wird in Schritten stattfinden und muß in Schritten stattfinden. Darum haben die Erfinder dieses blöden Slogans „Freiheit statt Sozialismus" etwas ganz Richtiges gesehen. Denn Strauß und Kohl wollten damit ja die SPD anklagen, daß sie schon Schritte auf den Sozialismus hin tut, sozialistische Maßnahmen.
Kapitalismus ist ein bestimmtes System, sehr flexibel, änderbar, aber mit den festen Grenzen der Eigentumsverhältnisse. Sozialismus ist eigentlich nicht ein System, sondern ein Weg. Und es ist der Weg von vielen einzelnen Maßnahmen hin auf eine immer solidarischere Gesellschaft. Solche Maßnahmen skizziere ich kurz:
Wenn wir ein anderes Bodenrecht schaffen, das unsere Landschaft im letzten Augenblick rettet, dann ist das eine sozialistische Maßnahme. Wenn wir ein Presserecht schaffen, das die Pressefreiheit, die für die Demokratie lebensnotwendig ist, davor rettet, daß zwanzig reiche, superreiche Leute, die alle ungefähr der gleichen Meinung sind, die gesamte Presse besitzen, dann ist das eine sozialistische Maßnahme. Wenn wir ein Berufsbildungsgesetz schaffen, das die Lehrlinge aus der Herrschaft der Handwerker herausnimmt – gegen die ich gar nichts sage, denn für den traditionellen Handwerker ist der Lehrling eine notwendige Produktivkraft, aber dieses eben geht nicht mehr, wenn wir eine ordentliche Ausbildung unserer arbeitenden Jugend haben wollen – dann ist das eine sozialistische Maßnahme. Wenn wir eine ordentliche Mitbestimmung schaffen, dann ist das eine sozialistische Maßnahme. Wenn wir das tun, was die Bürgerinitiativen wollen, daß nämlich bei allen umweltgefährdenden und umweltbelastenden Maßnahmen – Bau von Kernkraftwerken usw. – die Betroffenen die erste Stimme der Entscheidung haben, wenn wir also immer stärker auch Basis-Entscheidungen aufnehmen in den Gesetzgebungsprozeß, wenn wir im Gesundheitswesen andere Zustände schaffen, wenn wir, da heute die psychiatrischen Fälle sich so entsetzlich ausbreiten, die Psychiatrie ausmisten, wenn ich so sagen darf: dann sind das lauter sozialistische Maßnahmen, die in ihrer Summe dann vielleicht die Rahmenbedingungen der gegenwärtigen Gesellschaft überwinden werden.

Aber zunächst geht es nicht um eine sozialistische Alternative, ein Umschalten von einem Tag auf den andern in ein anderes System, sondern um eine Unzahl von nötigen Schritten, die alle als sozialistisch verteufelt werden von der Opposition, aber alle im Interesse der Menschen und des Gemeinwohls dringend nötig sind.

KONKRET: Läßt denn Ihr Zorn über die Verhältnisse in der Bundesrepublik, über die Verhältnisse in Westeuropa noch etwas anderes als Resignation zu?

Gollwitzer: Die destruktiven Kräfte der organisierten partikularen Interessen, der Teilinteressen von reichen und mächtigen Gruppen sind so groß, machen die Bevölkerung so uneinsichtig und führen die Politiker so an ihrem Zügel, daß man resignieren könnte. Der Aufstand der jungen Generation, die viel weitsichtiger war und das Elend viel deutlicher kommen sah, ist vorerst fehlgeschlagen. Man könnte tatsächlich resignieren. Resignieren hieße aber, einstimmen in den Untergang. Denn jeder weitschauende Analytiker heute sagt, daß dieses eine Untergangsgesellschaft ist. Ich zitiere damit keine Marxisten, die das schon lange wußten, sondern eine Unmenge von bürgerlichen Analytikern, die sagen, daß wir unsere Lebensverhältnisse, unsere Wertentscheidungen grundlegend ändern müssen. Dies sagt heute kein Politiker, keine der gegenwärtigen Parteien unserer Bevölkerung. Dies wird aber auf uns zukommen, und es kann höchstens sein, daß es dann zu spät ist und sehr viel mehr in Scherben geht als wenn wir rechtzeitig umkehrten und unser Leben veränderten. Das heißt aber auch, das System unserer Produktion verändern aus dem gegenwärtigen Ausbeutungssystem in ein solidarisches System. Resignieren darf man deswegen nicht, weil man, solange man lebt, noch für's Leben und die Zukunft kämpfen soll gegen den Untergang. ■

Radikalauer von Winfried Thomsen

Helmut Schmidt, Kohl für Deutschland.

Was nützt die beste Sozialpolitik, wenn die Donkosaken kommen?

Kommunisten sollen unsere Kinder nicht zu Kommunisten erziehen, sagen jene, die von Nazis zu Demokraten erzogen wurden.

Nun ist er schon Präsident der BDA und des BDI – wann wird er Generalinspekteur der Bundeswehr?

Schießt den Vogel! Vögelt den Schieß!

Welches Leiden verdeckt eigentlich ein Unternehmens-Verband?

Bitte abschalten, die Kommentartaren nahen.

Unter der sittlich gebotenen Folter gestand Ernst Albrecht, auch Demokrat zu sein.

In manchen Ländern heißt der Regierungschef sehr direkt Prämienminister.

Die Queen behält ihre sauer geklauten Kronjuwelen.

Wie übersetzt man „christliche Grundwerte"? Am besten in Bargeld.

Wahlsieg hin, Wahlsieg her, es regiert der Mehrheitsaktionär.

Schon 1933 konnte nicht an der stärksten Partei vorbeiregiert werden.

Strauß und Kohl haben versichert, sie wollten niemandem hinten reinkriechen – das sind ja zwei richtige Anal-Phabeten.

Scherz, Satire, Ironie und tiefere Bedrohung

Am 14. September durchsuchten Kriminalbeamte den Buchladen des „Sozialistischen Büros" in Offenbach und beschlagnahmten, wie auch andernorts, dieses Plakat:

Hans Joachim Klein („links"/„Sozialistisches Büro") kommentiert:

Es bestand „nach den amtlichen Ermittlungen der Verdacht, daß die Verantwortlichen des Verlags (meint: Buchladen Verlag 2000) an dem Vertrieb eines Plakates, das den Anschein eines amtlichen Fälschungsplakates (!) erweckt, beteiligt sind." Abgesehen davon, in welch schludriger Art und Weise die Behörden heutzutage Verfügungen hinrotzen, entspricht das inkriminierte Plakat in seiner Aufmachung nur sehr oberflächlich einem Originalfahndungsplakat, das in zigtausendfacher Ausführung an Litfaßsäulen, Amtsstuben, Grenzübergängen, Bahnhöfen und Autobahnraststätten zur Suche nach gefährlichen anarchistischen Gewalttätern auffordert. Denn auf dem beschlagnahmten Plakat sind außer dem unvermeidlichen Starterroristen Carlos, der hier – wohl dem neuesten Stand der Ermittlungen entsprechend – dem Ex-Geheimdienstchef Gehlen zum Verwechseln ähnlich sieht, 13 weitere Personen zu sehen, die von der herrschenden Geschichtsschreibung allesamt für tot erklärt werden: Rosa Luxemburg, Thomas Münzer, Georg Büchner, Vandalenkönig Geiserich, Graf Schenk zu Stauffenberg, van der Lubbe, Michael Kohlhas, Andreas Hofer u. a. m., zur Fahndung ausgeschrieben wegen des Verdachts der Billigung von Gewalt, Sprengstoffvergehens, Wehrkraftzersetzung, Volksverhetzung, Hochverrates, Waffenschmuggels und weiterer Delikte. Fahnder und Herausgeber sind dem Plakat zufolge die Bockenheimer Realsurrealisten, einer – Breton und Aragon sei's geklagt – „angeblichen Vereinigung", wie in der amtlichen Verfügung (ganz in der Tradition des Realsurrealismus stehend) behauptet wird. Tatsächlich sind die Bockenheimer Realsurrealisten weder angeblich noch mutmaßlich, sondern eine Organisation, die bereits vor Jahren, lange vor den einschlägigen Gruppen wie den Fuzzys und den Roten Mäusen, etwas populistisch vielleicht, solche sinnigen Sachen wie öffentliches Wetterleuchten über der Bockenheimer Warte und die Abschaffung des Bierpreises gefordert haben.

Gegen sie wird nunmehr ganz real wegen des Verdachtes der Amtsanmaßung ermittelt.

Satire war in Deutschland zuweilen eine Möglichkeit, Zensur und Verbot zu umgehen. Heute wird Satire selbst zensiert und verboten.

„Wir lassen uns nicht vertreiben, denn wir sind der Vertrieb."

Die Leute vom Westberliner Maulwurf-Buchvertrieb nach einer Durchsuchung ihrer Räume, bei der 129 Bücher und Geschäftsunterlagen beschlagnahmt wurden.

Auf der Frankfurter Buchmesse haben sich Verleger, Verlagsmitarbeiter und Journalisten zu einer „Initiative gegen Zensur und Beschlagnahmung" zusammengeschlossen. Zunächst wurde eine Sammelstelle eingerichtet, die „alle Fälle von innerer und äußerer Zensur und von staatlichen Aktionen gegen Buchhandlungen und Verlage erfaßt und für deren Veröffentlichung sorgt". Kontaktadresse: Hans-Martin Lohmann, Beethovenstraße 22, 6000 Frankfurt 1, Tel. 0611/74 69 96. Unterstützung erhält die Initiative auch aus dem Ausland: Rund 50 Verleger aus Frankreich, Dänemark, Großbritannien, Schweden, den Niederlanden und USA haben gegen die Einschränkung der Meinungsfreiheit in der Bundesrepublik protestiert.

„Der Gegenangriff setzt voraus, daß der Feind klar ausgemacht wird; daß die Diagnose nichts verniedlicht; daß an den vielfältigen Ursachen kuriert wird. Die Hauptziele dürften darin bestehen:

1. *Die Quellen anarchistischen Denkens und Sinnens müssen versiegen.*
2. *Die Organisatoren des Terrors müssen wirksam ausgeschaltet werden.*
3. *Die polizeiliche Verfolgung bedarf zweifelsohne der Straffung.*
4. *Die Bestrafung der nachweislich an Terrorakten Beteiligten muß angemessen sein (der Gedanke an lebenslange Zwangsarbeitslager sollte m. E. erwogen werden)."*

Aus: „Polizeispiegel. Kurier für die Polizei Baden-Württemberg (Fachorgan der Polizeigewerkschaft)"

50 Ausstellungsverbote für Klaus Staeck

Mehr als fünfzigmal wurden allein in diesem Jahr Ausstellungen mit Plakaten von Klaus Staeck verboten. Zuletzt in Karlsruhe: Dort hat Ende September Oberbürgermeister Dullenkopf (CDU) die Absetzung einer Staeck-Ausstellung im Badischen Kunstverein durchgesetzt (kurz zuvor hatte er im Rathaus die Ausstellung eines Nazi-Künstlers eröffnet). Auch in den Ausweichräumen, im Dietrich-Bonhoeffer-Haus der Evangelischen Studentengemeinde, ließ die Kirchenleitung die Plakatausstellung kurz nach der Eröffnung schließen. Erst nach der Wahl durfte sie gezeigt werden. Klaus Staeck: „Obwohl bisher kein einziges Plakat gerichtlich verboten wurde, ist es in Städten und Gemeinden mit großer CDU/CSU-Mehrheit praktisch unmöglich, selbst private Ausstellungsräume zu bekommen."

Verbotener Staeck

Verdienter Lenz

Dr. Carl Otto Lenz, der CDU-Abgeordnete, der sich vor einigen Monaten bei der Zerstörung von Staeck-Plakaten in den Räumen der Bonner „Parlamentarischen Gesellschaft" hervorgetan hatte (KONKRET 5/76), erhielt kurz vor der Wahl das „Große Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland".

„Gewisse Zwänge"

Vierundvierzig Prozent aller Jugendlichen zwischen 14 und 24 in Bayern (BRD insgesamt: 28 Prozent) hätten nichts gegen eine Diktatur, wenn nur „fähige Staatsmänner an der Spitze" stehen. Das ergab eine EMNID-Umfrage des „stern". Zwar zeichnen sich für die Bourgeoisie der Bundesrepublik weder politische noch ökonomische Notwendigkeiten für eine neue faschistische Diktatur ab, die ideologische Vorbereitung aber wird immer deutlicher betrieben. Was vor wenigen Jahren noch der „Deutschen Nationalzeitung" vorbehalten blieb, steht heute in der „Welt", womit vor Jahren nach Adolf von Thadden seine Nazi-Anhänger in Stimmung brachte, traut sich heute auch Strauß auszusprechen. Zum Merken: Am 26. September 1976 erklärte er vor 20 000 Zuhörern auf einer Münchner Wahlkundgebung: „Die CSU wird eine Politik machen, die der deutschen Geschichte verpflichtet ist und sich nicht dauernd für sie entschuldigt. Auch wenn es einen Hitler gab, auch wenn wir infolge gewisser Zwänge den Krieg verloren haben, einmal müssen wir den Freispruch der Geschichte erlangen und uns nicht nur immerfort entschuldigen."

Kernkraft-Reaktionäre

Im kommenden Jahr wird in Salzburg die Internationale Atomenergie-Behörde (IOAE) einen Kongreß abhalten. Neben Befürwortern sollen dort auch Gegner von Kernkraftwerken zu Wort kommen. Wer das sein wird, entscheiden jedoch, zumindest in der Bundesrepublik, deren Befürworter. So hat das von der Bundesregierung finanzierter Kölner Institut für Reaktorsicherheit nicht etwa den „Bundesverband der Bürgerinitiativen Umweltschutz" mit der Benennung eines Sprechers beauftragt, sondern eine von Neonazis durchsetzte „Bürgerinitiative", die der rechtsradikale Anwalt Manfred Roeder initiiert hat.

Ulrike Meinhofs Todesursache wird untersucht

Am 1. Oktober hat die Internationale Untersuchungskommission zum Tode von Ulrike Meinhof ihre Arbeit aufgenommen. Ihre Mitglieder:

Denis Payot, Schweiz, Rechtsanwalt und Generalsekretär der internationalen Föderation für Menschenrechte; Henrik Kaufholz, Dänemark, Journalist; Prof. Nauta, Holland, Prof. für Philosophie; Johann v. Minnen, Holland, Ombudsmann im holländischen Fernsehen; Prof. Paul Jensen, Dänemark, Prof. für Psychologie; Prof. Joachim Israel, Schweden, Prof. für Soziologie; Lelio Basso, Italien, einer der Verfasser der italienischen Verfassung, führender italienischer Verfassungsrechtler, gewähltes Mitglied im italienischen Senat; Michèle Beauvilar, Frankreich, Anwältin.

Wienke Zitzlaff, Ulrike Meinhofs Schwester, bittet dringend um finanzielle Unterstützung der Arbeit der Untersuchungskommission: Wienke Zitzlaff, Staufenberg, Postscheckamt Essen 135 824-439, Stichwort IUK.

Ein SPD-Mann fördert Filme und Verteidiger der RAF

HEINZ VIELAIN, **Bonn**

Über die Förderungswürdigkeit deutscher und ausländischer Filme entscheidet für die SPD ein Baader-Meinhof-Sympathisant. Aus Unterlagen der Sicherheitsbehörden ergibt sich, daß der Regisseur Volker Schlöndorff dem Beirat eines Hilfsfonds für RAF-Gefangene angehört. Schlöndorff ist offiziell Vertreter der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion in der „Filmförderungsanstalt". Er arbeitet überdies in der Medien-Kommission der SPD mit.

Zu dem im Zusam[illegible]enhang mit der [illegible]erhaftung des F[illegible]inhof-Anwalts Klaus C[illegible]
[illegible]er

Als Treuhänder des Hilfsfonds ist in dem gedruckten Statut Rechtsanwalt Klaus Croissant genannt. Gegen ihn hat die Staatsanwaltschaft im Juli Anklage wegen Unterstützung der Baader-Meinhof-Bande erhoben. In der über 260 Seiten langen Anklageschrift wird Croissant vorgeworfen, unter Mißbrauch seiner Stellung als Rechtsanwalt die Tätigkeit der Anarchisten gefördert zu haben.

Volker Schlöndorff war bereits Mitte des Jahres im Zusammenhang mit Terror-Organisationen genannt worden. Am 20. Juni berichtete die Nachrichtenagentur AFP: „Der deutsche Filmregisseur Volker Schlöndorff ist in Florenz wegen illegalen Waffenbesitzes zu [illegible] Gefängnis und [illegible] verurteilt wor[illegible]
[illegible]

Volker Schlöndorff antwortet:

In einem Zweispalter auf der ersten Seite versuchte „DIE welt" am 27. September 1976 verschiedene Initiativen, die ich unterstütze, miteinander in Verbindung zu bringen. Daß meine Aktivitäten oft voller Widersprüche sind, liegt an den Widersprüchen unserer Gesellschaft und nicht an meiner inneren Konsequenz. Um die würde sich „DIE WELT" auch nicht sorgen; ihr ging es in dem Artikel zunächst einmal schlicht um Wahlkampf, zweitens aber auch um die Filmförderung: Ein Teil der Filmwirtschaft will mit Hilfe der CDU die Qualitätsförderung abschaffen. Da ich mich mit meinen Kollegen dieser Absicht des Schnulzenkartells heftig widersetze, liegt es nahe, meine Autorität auf diesem Gebiet durch politische Diffamierungen anzugreifen. Ich fühle mich aber gar nicht verleumdet, wenn man mich mit dem Rechtshilfefond und den Verteidigern der R.A.F. in Verbindung bringt. „DIE WELT" selbst zitiert: „Der Rechtshilfefond für die Verteidigung politischer Gefangener dient dem Zweck, den grundlegenden Anspruch auf den Beistand von Verteidigern eigener Wahl finanziell abzusichern."

Wahrscheinlich soll der Artikel auch gleich noch alle diejenigen entmutigen, die sich für die Unterstützung der Verteidiger und die Wahrung der Grundrechte in solchen Prozessen einsetzen. Ich hoffe, daß das nicht gelingt und kann nur jeden aufrufen, auf die eine oder andere Weise dasselbe zu tun, z. B. durch eine Spende auf das Konto des Rechtshilfefonds, Kto.-Nr. 244 1409 bei der Girokasse Stuttgart, oder PSchKto. Stgt. 68 38/762.

Mein Anwalt hat den Springer-Verlag bei einer Vertragsstrafe von DM 10 000,– aufgefordert, die Verbreitung solcher Nachrichten – mich betreffend – in Zukunft zu unterlassen. Sollte das doch eintreten, werde ich die entsprechende Summe an den Rechtshilfefond überweisen.

Klassenziel erreicht

Mit einem trefflichen Bild drückt der Informationsdienst „Bonn intern" (Rudolf Warnkes „management-kompaß für politik und wirtschaft") seine Vorfreude auf den kommenden Bundestag aus: „Bei den Unternehmern gibt es noch so etwas wie Aufbruchstimmung – wenn auch nur in Ansätzen. Doch die, die nach Bonn gehen wollen, sind engagiert genug, sich die Butter der sozialen Marktwirtschaft nicht länger mehr vom Brot des freien Unternehmertums stehlen zu lassen." Es folgt eine Liste der „echten" Unternehmer, Vorstandsmitglieder und Geschäftsführer, die, obwohl viele Neulinge unter ihnen sind, auf aussichtsreicher Position für die CDU/CSU kandidierten. Fast alle wurden gewählt, hier eine Auswahl:

Wolfgang Feinendegen, 30.1.1930, Rechtsanwalt und Berater mittelständischer Unternehmen, Mönchen-Gladbach,

Klaus Francke, 17.7.1936, Referent für Marktfragen bei BP, Hamburg,

Ludwig Gerstein, 11.1.1928, Direktor der Zeche „Hansa" der Ruhrkohle AG, Dortmund,

Peter von der Heydt, 3.9.1938, Mitinhaber des Bankhauses Dellbrück + Co., Köln,

Dr. Hans Hubrig, 15.4.1924, geschäftsführender Gesellschafter der Kalksandsteinwerke Dr. Hubrig + Co., Celle,

Rudolf Kraus, 27.2.1941, Betriebswirt und Prokurist des Rohrleitungsunternehmens Brochier, Feldkirchen,

Dr. Paul Laufs, 22.6.1938, leitender Systemingenieur bei IBM, Waiblingen,

Heinz Landré, 24.9.1930, Inhaber eines Maschinenbaubetriebes, Herford,

Alfred Hubertus Neuhaus, 16.1.1930, Mitgesellschafter der Zigarrenfabrik August Neuhaus GmbH + Co., Schwetzingen,

Peter Petersen, 30.10.1926, selbständiger Exportberater für das Nahostgeschäft, Leonberg/Vaihingen,

Dr. Heinz Riesenhuber, 1.12.1935, Geschäftsführer der Synthomer Chemie,

Dr. Christian Schwarz-Schilling, 19.11.1930, geschäftsführender Gesellschafter der Accumulatorenfabrik Sonnenschein GmbH, Büdingen,

Wilhelm-Peter Stommel, 9.2.1938, Vorstandsmitglied der Aachener- und Münchener Versicherungs AG, Lüdinghausen,

Dr. Ludolf Georg von Wartenberg, 22.9.1941, freier Mitarbeiter des Zentralverbandes der Deutschen Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümer, Hannover.

Obwohl gerade sie die Metapher vom Butterbrot (mit ihrem spaßigen Marktwirtschafts-Traktat „Es gibt kein Butterbrot umsonst") in die politische Diskussion um die geschröpften Unternehmer einbrachte, wurde die Hamburger CDU-Kandidatin Birgit Breuel nicht gewählt. Sie stand zwar auch auf der Wunschliste, ist aber nur Bankers Töchterlein, nämlich das vom Hamburger Millionär Münchmeier.

Befängnis

Nachdem erst vor wenigen Wochen in Hildesheim der Amtsrichter Ulrich Vultejus in einem Prozeß um Verstöße gegen das Betriebsverfassungsgesetz mit der Begründung, er gehöre der Gewerkschaft ÖTV an, als befangen abgelehnt wurde (KONKRET 9/76), gibt es in Gummersbach bereits wieder einen ähnlichen Fall: CDU-Mitglied Dietrich Röttger, Richter am Amtsgericht Gummersbach, ließ einen seit dreieinhalb Jahren laufenden Prozeß gegen den Prokuristen einer Armaturenfabrik, bei dem es ebenfalls um Vergehen gegen das Betriebsverfassungsgesetz ging, am 30. September platzen. Der Firmenanwalt brachte politische Bedenken gegen zwei ehrenamtliche Beisitzer vor, Röttger lehnte sie als befangen ab. Begründung: Einer der beiden Beisitzer gehöre dem Verband der Kriegs- und Wehrdienstopfer, der andere der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft an.

„Die Druckmaschinen sind viel gefährlicher als MGs"

Hartmut Schulze beschreibt, was ein mieser Denunziant so alles in Gang setzen kann, wenn es dem Generalbundesanwalt gefällt.

In Hardebek, einem Dorf bei Neumünster, gibt es eine Druckerei. Sie wird von sechs jungen Leuten betrieben, die sich in therapeutischer Wohngemeinschaft von ihrer Drogenabhängigkeit befreit haben. Zunächst wurden sie mit Geldern des Hamburger Senats unterstützt, heute können sie von ihren Druckaufträgen leben. Die kommen zum größten Teil vom Hardebeker Lesen-Verlag, einem kleinen Verlag mit ausschließlich literarischem Programm.

Spuren führen zu der Baader-Meinhof-Gruppe

Polizei hob Druckerei auf Bauernhof i-

Extremisten-Drucke

hei Neumünster

Linksextremistische Druckerei ausgehoben

Am 27. September, nachts um halb elf, rückten bewaffnete Einheiten in Hardebek an. Aufgeschreckte Dorfbewohner werden in ihre Häuser geschickt: „Es kann gefährlich werden und knallen." Das Haus der Drucker wird umstellt, mit Scheinwerfern taghell erleuchtet, vor dem Eingang wird ein Maschinengewehr aufgebaut. Nachbarn zählen 70 bis 80 Männer. Einer von ihnen gibt sich später als Angehöriger des Bundesgrenzschutzes zu erkennen. Mit vorgehaltenen Maschinenpistolen, mit Helmen und kugelsicheren Westen stürmen sie das Haus. „Hausdurchsuchungsbefehl brauchen wir nicht." Namen werden nicht genannt. Telefonieren wird verboten. Ein Zivilbeamter gibt als Grund für den Einsatz illegalen Waffenbesitz an. Der wird gesucht zwischen Buchseiten und Druckrechnungen, in Fotokameras und bei einem schlafenden Kleinkind, in allen 22 Räumen des Hauses. Die Bewohner werden erkennungsdienstlicher Behandlung unterzogen, drei von ihnen werden nach Neumünster gebracht. Eine junge Frau erleidet eine Fehlgeburt.

Zehn Tage später berichtet die Lokalpresse. Schlagzeile der „Kieler Nachrichten" vom 7. Oktober: „Spuren führen zu der Baader-Meinhof-Gruppe". Und auf Seite 1 der „Lübecker Nachrichten": „Extremisten-Druckerei bei Neumünster". Die Artikel beziehen sich auf Äußerungen des Karlsruher Bundesanwalts Fischer vom Vortag. Bundesanwalt Erwin Fischer, der Pressereferent des Generalbundesanwalts, am 8. Oktober zu KONKRET: „Ich habe niemandem gegenüber geäußert, ‚in Hardebek sei eine von sechs Personen betriebene Druckerei ausgehoben worden', ‚bei den Betroffenen handele es sich um aktive Unterstützer der Baader-Meinhof-Gruppe, denen der Vorwurf gemacht werde, bei den Vorbereitungen eines Banküberfalls der kriminellen Vereinigung beteiligt gewesen zu sein'. Es sind hier von journalistischer Seite Dinge vermischt worden."

Und so lauteten die Meldungen der Agenturen: „Bei einer Polizeiaktion wurde in Hardebek bei Neumünster eine in einem Bauernhof von sechs Personen betriebene Druckerei ausgehoben, die linksextremistische Schriften hergestellt hat. Bei den Betroffenen handele es sich um aktive Unterstützer der Baader-Meinhof-Gruppe und es werde ihnen zum Vorwurf gemacht, bei den Vorbereitungen eines Banküberfalls der kriminellen Vereinigung beteiligt gewesen zu sein. Das teilte gestern der Pressesprecher beim Generalbundesanwalt, Bundesanwalt Erwin Fischer, in Karlsruhe mit." (Associated Press)

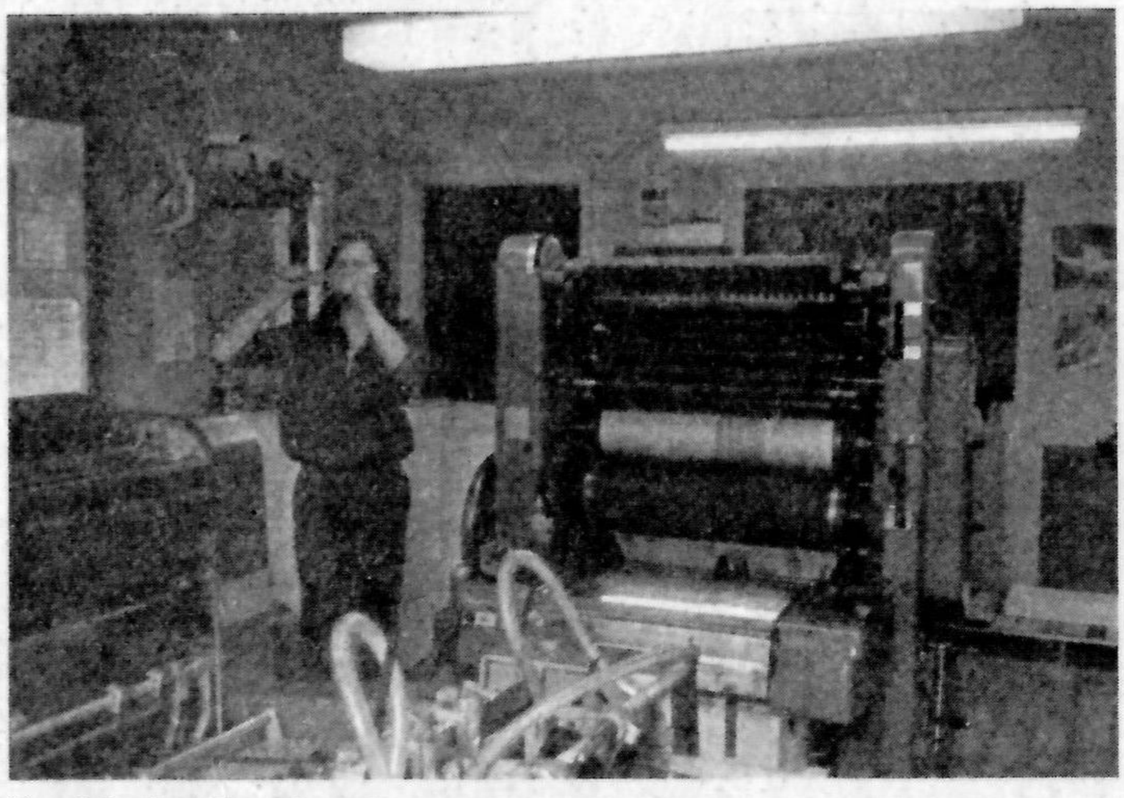
Die Deutsche Presseagentur meldete: „Bei einer Polizeiaktion des Generalbundesanwalts wurde in mehreren Orten des Bundesgebietes Belastungsmaterial zur Unterstützung von kriminellen Vereinigungen gefunden. Dabei wurde nach Angaben des Generalbundesanwaltes eine Druckerei bei Neumünster ausgehoben."

Und der Deutsche Depeschen-Dienst: „Im Zuge einer Großfahndung an mehreren Orten der Bundesrepublik hat die Polizei in Hardebek bei Neumünster in Schleswig-Holstein auf einem Bauernhof eine Druckerei ausgehoben, die linksextremistische Schriften herstellte. Bundesanwalt Fischer teilte gestern in Karlsruhe mit, die Druckerei sei im Kollektiv von sechs Personen betrieben worden. Die Polizeiaktion mit Schwerpunkten in Schleswig-Holstein, Bremen, dem Saarland und Forchheim bei Karlsruhe richtete sich gegen insgesamt zehn mutmaßliche Terroristen."

Ein Bundesanwalt und drei Presseagenturen – welche Seite hat da Dinge miteinander vermischt?

Zur Frage, warum denn überhaupt die Beamten (ihre Zahl gibt die Bundesanwaltschaft mal mit 30, mal mit 40 an; daß Bundesgrenzschutz dabei war, wird dementiert) auf das Hardebeker Kollektiv angesetzt wurden, antwortet Bundesanwalt Fischer gegenüber KONKRET: „Die Durchsuchung ist *allein* deshalb ausgelöst worden, weil nach einem ernst zu nehmenden Hinweis in das betroffene Gebäude heimlich größere Mengen Waffen und Munition geliefert worden seien." Die Presse wußte dann auch von beschlagnahmtem Kriegsmaterial: Neben Druckunterlagen seien leere Patronenhülsen und eine alte Pistole beschlagnahmt worden. Die Munitionsreste hatten die Hardebeker nach einem Bundeswehrmanöver aufgesammelt, die Pistole ist eine Luftpistole.

Dennoch scheint sich der Einsatz gelohnt zu haben: Eine Gruppe junger Menschen, die neben den literarischen Büchern und Zeitschriften auch Material für (legale) linke Organisationen druckte, woraus sie nie ein Hehl machte, wurde kriminalisiert, ihre Existenzgrundlage ist gefährdet. Ein Zivilbeamter während der Durchsuchung: „Die Druckmaschinen sind doch viel gefährlicher als MGs."


Hardebeker Druckerei: „Durchsuchungsbefehl brauchen wir nicht"

„Sie lügen und fälschen"

Robert Chenoweth war fünf Jahre in Vietnam. 12 Monate als Angehöriger der US-Air-Force und vier Jahre als Kriegsgefangener. Nach seiner Rückkehr in die USA schloß er sich der Anti-Kriegsbewegung an und arbeitet heute im „Indochina Recource Center Washington". Gegenüber dem „Initiativkomitee für deutsch-vietnamesische Kulturbeziehungen" nahm er jetzt zu der auch bei uns immer noch anhaltenden Verleumdungskampagne gegen die Befreiungsbewegungen in Indochina Stellung:

Sie lügen und fälschen. Ich denke dabei insbesondere an die gegenwärtig rollende Welle antikommunistischer Propaganda gegenüber Vietnam, Laos und Kambodscha. Jahrelang ist behauptet worden, ein Sieg der entsprechenden Befreiungsbewegungen in Indochina würde ein Blutbad zur Folge haben und die amerikanische Aggression geschehe zum Schutz der Zivilbevölkerung. Um die Menschen in den kapitalistischen Ländern nachträglich glauben zu machen, diese Voraussage sei richtig gewesen, muß das Blutbad erfunden werden.

Das herausragende Beispiel dafür ist die antikambodschanische Propaganda der letzten Monate. In der Bundesrepublik veröffentlichte der „stern", in Frankreich „Paris-Match" eine Bildreportage, die Massenmorde an kambodschanischen Bauern nachweisen sollte. Denn die geheimnisvollen Massakerdokumente hat lange vor dem „stern" die Bangkoker Tageszeitung „Thai Rath" veröffentlicht. Dies geschah am 2. April, also wenige Tage vor den Parlamentswahlen in Thailand. Die Wahlen standen unter antikommunistischen Zeichen. Es sollte bewiesen werden, daß Sozialismus Mord und Terror bedeutete. Also mußten entsprechende „Beweise" her. Der Zeitung „Thai Rath" wurden Fotos zugespielt, die der thailändische Geheimdienst auf thailändischem Territorium mit ein paar lächerlich verkleideten Thais inszeniert hatte. Die „Bangkok Post" enthüllte diesen Skandal nach den Wahlen und tatsächlich gestand ein thailändischer Geheimdienstoffizier, daß er diese Hintertreppenstory eingefädelt hatte... zusammen mit einem thailändischen Fotografen und entsprechender Statisterie. Das „Indochina Resource Center" ist im Besitz der Originale, die der „stern" verschwommen veröffentlichte. Sie sollten besonders „authentisch" aussehen, aber in Wirklichkeit sind sie eine billige Fälschung.

Original (Fälschung)

Fälschung (Fälschung)

17.–25. November: Aktionswoche

Auf ihrer 7. Aktionskonferenz am 24. Oktober haben die Bürgerinitiativen aus dem gesamten Bundesgebiet beschlossen, vom 17. bis 25. November 1976 eine „Aktionswoche gegen Berufsverbote" durchzuführen. Jetzt schon werden Vorbereitungen zu größeren Protestaktionen mit internationaler Beteiligung für den 5. Jahrestag des Ministerpräsidentenbeschlusses am 28. Januar 1977 getroffen.

Lokale Initiativen und Komitees wurden gegründet in Paderborn, Dinslaken, Freiburg, im Schwalm-Eder-Kreis, in Gütersloh, Düsseldorf, Krefeld, an der Fachhochschule für Sozialpädagogik in Hamburg, in Delmenhorst, Oberhausen und Reutlingen. Genaue Adressen bei Ingrid Kurz, Schanzenstraße 115, 2000 Hamburg 6.

Die dollsten Fälle

Der letzte persönliche Referent des verstorbenen Altbundespräsidenten Gustav Heinemann, Pfarrer Martin Lotz, wurde als Bewerber um die Stelle eines Diakonie-Pfarrers abgelehnt, weil er im Einstellungsgespräch die Frage nach seiner Parteizugehörigkeit als unzulässig zurückgewiesen hatte.

Auch bei der Bundespost mehren sich jetzt die Fälle von Berufsverbot. Jüngstes Opfer ist der Frankfurter Briefträger Wolfgang Repp, Vorsitzender der Personaljugendvertretung und stellvertretender Vorsitzender der Amtsgruppe der Postgewerkschaft im Frankfurter Postamt 1. Ein Abteilungsleiter teilte ihm mit: „Aufgrund ihrer Aktivitäten in der DKP und ihren Hilfsorganisationen ist eine Entlassung aus dem Beamtenverhältnis unabweisbar, wenn es Ihnen nicht gelingt, die an Ihrer Verfassungstreue bestehenden Zweifel auszuräumen." Repps Kollegen sammeln inzwischen Solidaritätsunterschriften. Als erster unterschrieb DGB-Chef Heinz Oskar Vetter.

Claudia Eisinger, die als eines der ersten DKP-Mitglieder 1972 in Hessen und in Bayern nicht in den Schuldienst übernommen wurde, hat jetzt zum sechstenmal Berufsverbot bekommen. Obwohl sie bereits einen Vertrag mit einer Münchner Privatschule geschlossen hatte, wurde sie wegen ihrer DKP-Mitgliedschaft nicht eingestellt. Ebenfalls aus politischen Gründen wurde sie von der Universität Bremen, von einem Schulbuchverlag und einer weiteren Privatschule abgelehnt.

Brief des Düsseldorfer Regierungspräsidenten Rohde (FDP) an den Essener Oberstudienrat Joachim Weiler:

„Mir wurde mitgeteilt, daß sie bei einer Kundgebung der CDU am 16.6.1976 den Redner Professor Kurt Biedenkopf durch anhaltendes lautes Pfeifen am Reden zu hindern versucht haben sollen. Bevor ich die entsprechende Mitteilung zu Ihrer Personalakte nehme, beabsichtige ich, Sie zu dem Vorfall zu hören und lade Sie zu diesem Zweck... auf mein Dienstzimmer."

Jubiläums-Poster von Kurt Jotter

RGER

hacksteak
mit
ückgratmark
ch einem
n Originalrezept
sichtigung
r Grundsätze

tischer Reformpolitik

Wieder einmal, nachdem er mit dem Hamburger Senatserlaß vom 23.11.1971 die Berufsverbote-Politik der siebziger Jahre eingeleitet hatte, ist der SPD/FDP-Senat der Freien und Hansestadt Vorreiter: Zum erstenmal wurde von staatlicher Seite aus politischen Gründen eine Entlassung aus einer Privatfirma betrieben: Auf Drängen des Senats kündigte die Firma Zander und Mielke ihrem Angestellten Joachim Pernau wegen dessen DKP-Mitgliedschaft. Der Betrieb ist als Hersteller von fernmeldetechnischen Anlagen von Aufträgen des Hamburger Senats abhängig.

Internationale Solidarität

In Norwegen, Island, Österreich, Finnland und in der Schweiz wird die Gründung nationaler Komitees gegen die Berufsverbote in der Bundesrepublik vorbereitet. Auch die Jugendorganisation der Sozialistischen Partei Belgiens hat sich jetzt zu den Ministerpräsidentenbeschlüssen geäußert. In ihrer Monatszeitschrift „NU" schreiben die belgischen Jusos: „Der Kampf gegen die Berufsverbote muß international geführt werden, und dabei darf die jetzige Führung der SPD nicht geschont werden. Ein starker Druck der Schwesterparteien muß jetzt ausgeübt werden, der auch eine wichtige Unterstützung für die deutschen Sozialisten selbst bedeutet, werden doch auch schon sie von ihren eigenen Parteigenossen bedroht."

Es gibt auch Erfolge

Aufgrund starker Proteste im In- und Ausland wurde Silvia Gingold jetzt doch im hessischen Spangenberg als Lehrerin an der Gesamtschule eingestellt. Eine Verbeamtung wird jedoch von Kultusminister Krollmann (SPD) entgegen einem Urteil des Kasseler Verwaltungsgerichts nach wie vor abgelehnt.

Ebenfalls ein positives Urteil zugunsten des seit 16 Monaten vom Berufsverbot betroffenen SPD-Mitglieds Helmut Steiner fällte das Verwaltungsgericht Würzburg.

Auch Charlotte Nieß, ebenfalls SPD-Mitglied, wurde vom Düsseldorfer Landwirtschaftsministerium als Beamte auf Probe eingestellt. In Bayern hat sie nach wie vor Berufsverbot, weil sie als Mitglied der Vereinigung Demokratischer Juristen auch mit Kommunisten zusammengearbeitet habe.

Peter Kleinert, Redakteur des „Kölner Stadt-Anzeigers" und stellvertretender Bundesvorsitzender der Deutschen Journalistenunion, der nach kritischen Äußerungen über die Berichterstattung seines Blattes im Troisdorfer PVC-Skandal entlassen wurde (KONKRET 4/76), muß nach einer Entscheidung des Arbeitsgerichts Köln wieder eingestellt werden.

Neue Nummer

Der Arbeitsausschuß der bundesweiten Initiative „Weg mit den Berufsverboten" hat einen neuen Telefonanschluß eingerichtet: Hamburg 040/44 98 90.

Neue Dokumente und Materialien

„30 x Berufsverbot – 30 x Verfassungsbruch", DKP-Bezirksvorstand Schleswig-Holstein, 23 Kiel, Hamburger Chaussee 3.

SPD-Distrikt Flottbek: **„Hintergründe und Funktion der Berufsverbote",** Gesetze, Fälle Nieß, Röder, Holzer, Erdner. DM 2,–, Bezug: SPD-Distriktsvorstand Flottbek per Adr. SPD-Kreisverband Altona, Hamburg 50, Max-Brauer-Allee 20.

Dokumentation der Fälle Dr. R. Hiepe u. F. Meyer, bei: ASTA der Staatlichen Hochschule für bildende Künste, 33 Braunschweig, Broitzemer Str. 230.

„Ich, die Verfassungsfeindin", Lebenslauf einer vom Berufsverbot Betroffenen, Argumente zur Zeit Nr. 193, Pahl-Rugenstein-Verlag, 5000 Köln, Vorgebirgstr. 115

Dokumentation „Berufsverbote". Historische Parallelen. Der Stand der verfassungsrechtlichen Diskussion. Politische Einschätzung. Hrsg.: Münchener Jungsozialisten. DM 2,– pro Ex. bei Vorüberweisung auf Bankkonto Nr. 28.01061, Bankhaus Reuschel & Co., München, Kt.-Inhaber: Hans Neuber

„Ist das Eintreten für Verwirklichung der Verfassung verfassungsfeindlich?" Anatomie eines Berufsverbots für ein SPD-Mitglied (S. Höllersberger). DM 2,– plus Porto, zu beziehen gegen Voreinsendung in Briefmarken bei SHB, Werneckestr. 7, 8 München 40.

„Reden gegen das Berufsverbot", G. Heinemann, H. Gollwitzer/G. Benz/J. Améry/K. Fritzsche, Pahl-Rugenstein-Verlag, DM 4,00.

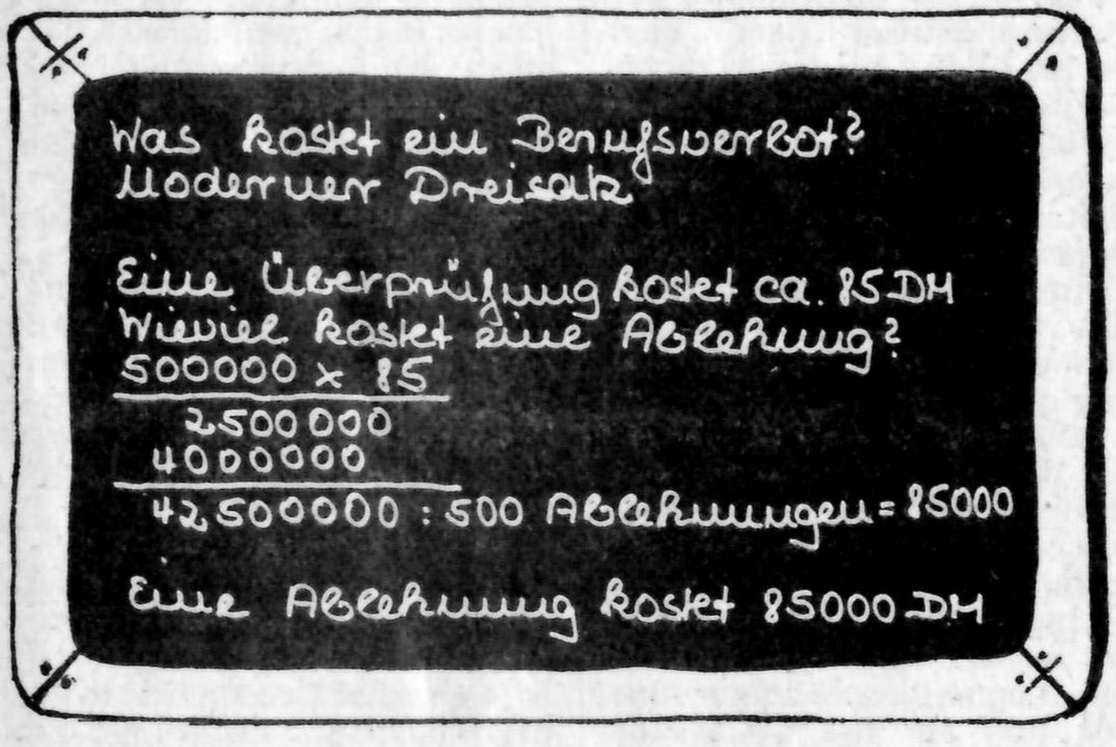
„Die Überprüfungspraxis im öffentlichen Dienst", Herausgeber: SPD-Unterbezirksvorstand Oldenburg-Stadt, 2900 Oldenburg, Wallstr. 12

Berufsverbote im Film . . .

Max Willutzkis Spielfilm „Vera Romeyke ist nicht tragbar" (KONKRET 5/76) ist im November in folgenden Städten zu sehen: Kiel, Oldenburg in Holstein, Oldenburg in Niedersachsen, Osnabrück, Bielefeld, Marburg, Regensburg, Heidelberg, Darmstadt, Würzburg und München. Die örtlichen Berufsverbote-Komitees werden gebeten, zur Vorbereitung von Diskussionsveranstaltungen und Info-Ständen mit Max Willutzki Kontakt aufzunehmen: Exerzierstraße 23, 1000 Berlin 65, Tel. 030/4 65 60 88.

. . . und im Theater

In München werden gegenwärtig zwei Theaterstücke zum Thema Berufsverbote gezeigt: „Die gestiefelte Nachtigall oder Demokratie auf dem Dach – eine deutsche Revue 1819–1976" im Theater in der Kreide (TIK) und „Aus Liebe zu Deutschland oder in letzter Verfassung" im theater k.



Chile nach dem Putsch

Forderungen der Unidad Popular

Die Parteien der Unidad Popular trafen sich am 25. September in Belgrad und einigten sich auf folgende Forderungen in ihrem antifaschistischen Kampf:

- das Leben der Verschwundenen zu retten
- Auflösung der DINA
- Freiheit für die politischen Gefangenen
- Beendigung des Ausnahmezustandes
- politische und ökonomische Isolierung der Junta
- Unterstützung des Kampfes des chilenischen Volkes gegen Elend und Arbeitslosigkeit, für die Wiederherstellung der demokratischen Rechte und Freiheiten und die Unabhängigkeit des Landes.

„Normalisierung"

Hans Dietrich Genscher hat den chilenischen Junta-Gegnern einen Brief geschrieben. Er meinte, in Chile könne man „Anzeichen einer Normalisierung" beobachten. Zur gleichen Zeit wurde in Washington Orlando Letelier, Minister der Unidad Popular, in Washington von der Geheimpolizei Pinochets ermordet.

Illegale DC-Zeitschrift

In Chile erscheint eine neue illegale Zeitschrift: „Die Freiheit". Sie wird von der christdemokratischen Partei herausgegeben.

410 mal Solidarität

Im Monat September wurden zum dritten Jahrestag des Putsches in der Bundesrepublik rund 410 Veranstaltungen und Straßenaktionen zur Solidarität mit den chilenischen Demokraten durchgeführt.

Nobelpreis für Frenz!

Als Anerkennung für die hervorragende Arbeit des Friedenskomitees in Chile sind die beiden Präsidenten dieses Komitees, der katholische Bischof Fernando Ariztia und der evangelisch-lutherische Bischof Helmut Frenz, zum Friedensnobelpreis 1976 vorgeschlagen worden.

Dieser Vorschlag wurde inzwischen offiziell angenommen. Im November dieses Jahres wird in Oslo über die Verleihung entschieden.

Im Zusammenhang hiermit sollten Unterschriften-Aktionen und Birefkampagnen durchgeführt werden.
Anschrift: Nobel-Komitee, Norske Storting, Oslo/Norwegen

Staatstrauer

Für die Tage vom 12. bis 14. September hat die chilenische Regierung offiziell die Staatstrauer verordnet. Alle öffentlichen Gebäude und alle militärischen Einheiten waren mit Fahnen auf Halbmast zu beflaggen. Die Durchführung offizieller Veranstaltungen blieb für diesen Zeitraum untersagt. Die Staatstrauer in Chile galt dem verstorbenen Vorsitzenden der Kommunistischen Partei Chinas Mao Tse-tung.

In ihren eigenen Worten

Pressemitteilung der Chilenischen Botschaft in Bonn:

INVESTITIONEN

„Die Aussichten für einen erneuerten Zufluß nordamerikanischer Investitionen nach Chile sind positiv". Das erklärte US-Botschafter David Henry Popper vor dem Chilenischen Rat der Gesellschaft für internationale Entwicklung. Er unterstrich, daß das Klima für Investitionen in Chile für ausländische Investoren in vieler Hinsicht anziehend sei. Dazu trage auch bei, daß in Chile der privaten wirtschaftlichen Aktivität der Vorzug vor einer staatlich gelenkten Wirtschaft gegeben werde. Chile sei ein Land mit einem hohen Bildungsstand. Dementsprechend gebe es viele Menschen mit technischen und allgemeinen Kenntnissen. Das seien günstige Voraussetzungen für Produktion und Handel.

Die Gesellschaft für internationale Entwicklung stellt Chile einen Kredit von 14 Millionen Dollar zur Verfügung, der in der Kleinlandwirtschaft eingesetzt werden soll. Ein entsprechendes Abkommen ist von US-Botschafter David H. Popper, Finanzminister Cauas und Landwirtschaftsminister Mackay unterzeichnet worden.

Die Investition von 1 157 684 Millionen Dollar für die Produktion und Erweiterung der chilenischen Phosphor-Gesellschaft wurde von den schwedischen Unternehmungen „Swedish Match Company", „Exportaktieb Oleaget Svalan", „Aktiebolaget Colonus" und „Elektrolitska Aktiebolaget Thollhattan" bestätigt.

TOURISMUS

Im vergangenen Jahr besuchten 250 000 Touristen Chile. Das entspricht einer Deviseneinnahme von 83 Millionen Dollar. Etwa 70 Prozent der Besucher kamen aus Südamerika. Zwölf Prozent waren Europäer, zehn Prozent Nordamerikaner. Die übrigen stammten aus Ländern wie Japan und Australien. Die Zahl der Touristen ist in den letzten Jahren ständig gestiegen: von 168 241 im Jahr 1973 auf 231 000 im Jahr 1974 und auf 250 000 im Jahr 1975. In den ersten drei Monaten dieses Jahres kamen bereits 85 000 Besucher ins Land. Das ist eine erhebliche Steigerung gegenüber dem Vergleichszeitraum im Vorjahr.

Die angeschwollene Akte des Mario Durań Vidal

Wie ein chilenischer Wissenschaftler in einem deutschen Bundesland behandelt wird / von Karin Reschke

Nach dem Putsch in Chile, im September 1973, mußten viele hervorragende Sozialwissenschaftler ihr Land auf dem Fluchtweg verlassen. An der Universität Konstanz war man sich darüber einig, daß chilenische Dozenten in den Lehrkörper aufgenommen werden sollten. Die Fachbereiche Geschichte und Politische Wissenschaften beantragten infolgedessen im Februar 1974 die Stelle eines wissenschaftlichen Angestellten für das Lehrgebiet „Unterentwicklung Dritte Welt" mit dem diplomierten Wirtschaftswissenschaftler Mario Durán Vidal aus Chile zu besetzen. Durán Vidal war nach seiner Flucht aus Chile mit seiner Familie zunächst in Argentinien untergekommen.

Am 15. März 1974 bewilligte der kleine Senat der Universität Konstanz die Stelle für Durán Vidal. Der blaue Bogen, das Formular für die Überprüfung auf Verfassungstreue nach dem Schieß-Erlaß (baden-württembergischer Innenminister), kam im Mai 74 unbeanstandet vom Innenministerium an die Universität zurück. Das Rektorat teilte Durán am 30.5.74 in einem Schreiben mit: „Sobald Ihnen das Einreisevisum erteilt ist, können Sie mit Ihrer Tätigkeit hier beginnen."

Durán Vidal hatte inzwischen am 16.4.74 eine Aufenthaltsgenehmigung für die Bundesrepublik bei der deutschen Botschaft in Buenos Aires beantragt. Der Antrag wanderte vom Konstanzer Ausländeramt zum Freiburger Regierungspräsidium und von dort am 15.5.74 „wegen grundsätzlicher Bedeutung" an das Stuttgarter Innenministerium. Die Verzögerungsstrategie des Innenministeriums nahm ihren Anfang. Monatelang wurden Briefe und Anträge über den Instanzenweg Universität – Ausländeramt – Regierungspräsidium – Innenministerium verschleppt, bis eine massive Protesterklärung des kleinen Senats am 28.8.74 Druck auf das Innenministerium ausübte, und die SPD zu einer Anfrage im Stuttgarter Landtag veranlaßte. Innenminister Schieß nahm wie folgt dazu Stellung:

„Der 32jährige Chilene Durán Vidal, der nicht in Chile, sondern jetzt in Argentinien lebt und an der Universität Konstanz politische Wissenschaften lehren will, kann nach den bestehenden Rechtsvorschriften in der Bundesrepublik nur dann eine Aufenthaltserlaubnis erhalten, wenn es sich bei ihm um einen Wissenschaftler handelt, an dessen Beschäftigung wegen seiner besonderen Kenntnisse ein allgemeines deutsches Interesse besteht, oder wenn Herr Durán Vidal eine Fachkraft ist, an deren Beschäftigung ein unabweisbares Bedürfnis besteht. Außerdem dürfen die Sicherheitsbelange der Bundesregierung nicht verletzt werden. Ob alle diese Voraussetzungen vorliegen, wird vom Innenministerium derzeit im Benehmen mit dem Kultusministerium unter Ausschöpfung aller Erkenntnismöglichkeiten eingehend geprüft."

Das Kultusministerium forderte in einem Brief vom 10.10.74 neben einer Begründung, ob ein besonderes Interesse an einer Beschäftigung Vidals besteht, zusätzlich die Übersendung einer ausführlichen Bibliographie von Arbeiten

Durán Vidals, sowie seines Lebenslaufes zwecks Überprüfung seiner wissenschaftlichen Qualifikation.

Der kleine Senat der Universität Konstanz hatte bereits zweimal das „besondere Interesse" an Vidal begründet, nämlich daß es für das Fach lateinamerikanische Geschichte bisher nicht möglich gewesen ist, qualifizierte deutsche Bewerber zu finden. Mit der Überprüfung der Qualifikation nahm das Kultusministerium Kompetenzen für sich in Anspruch, die eindeutig Sache der Universität sind. Man konnte sich inzwischen an der Universität zusammenreimen, daß politische Gründe für die Verzögerung der Aufenthaltsgenehmigung ausschlaggebend waren. Am 29.10.74 schließlich verweigerte die Landesregierung Baden-Württemberg die Aufenthaltsgenehmigung für Mario Durán Vidal und drei andere Chilenen.

„Mario Durán Vidal erhält keine Aufenthaltsgenehmigung", weil er

a) führender Funktionär des revolutionären Flügels der Sozialistischen Partei Chiles war, die links von der KPC stehe (er sei Ersatzmitglied des ZK gewesen),
b) nach dem Ausländergesetz kein allgemeines deutsches Interesse an seiner Beschäftigung bestehe,
c) er ein Sicherheitsrisiko nach a) darstelle, das der deutschen Bevölkerung nicht zugemutet werden könne.
d) humanitäre Gründe entfallen, weil Vidal in Argentinien Asyl gefunden habe.

Zu Punkt a) muß gesagt werden, daß Durán Vidal nie Mitglied der Sozialistischen Partei gewesen war, und daß es sich bei dem Ersatzmitglied des ZK um Durán Vidals Vater handelt, der wiederum nicht zum radikalen Flügel der Partei gehört. Zu Punkt b) hat die Universität mehrfach ihr „besonderes Interesse" an Durán Vidal begründet. Zu Punkt d) Durán Vidal war in Argentinien untergekommen, er hatte dort nicht um politisches Asyl gebeten, er war im Gegenteil politischer Verfolgung ausgesetzt, die jener in Chile kaum nachstand. Die politische Rechtsentwicklung in Argentinien, die mit dem Tode Peróns im Sommer 74 eingesetzt hat, und die „Todesschwadron" der Antikommunistischen Allianz Argentiniens (AAA) bedrohen vor allem auch politische Flüchtlinge aus Chile. Durán selbst erlebte die Verhaftung von acht Leuten der ehemaligen Wirtschaftsfakultät der Universität Chile während seines Aufenthalts in Argentinien.

In Unkenntnis der Ablehnung einer Aufenthaltsgenehmigung für die Bundesrepublik bat Durán Vidal am 11.11.74 um politisches Asyl in der BRD. Von diesem Augenblick an war er ar-

Mario Durań Vidal: „Ein Sicherheitsrisiko"

beitsrechtlich einem Deutschen gleichgestellt. Das Kultusministerium reagierte prompt. Am 13.11. wiesen die Herren aus Stuttgart die Universität Konstanz an, „mit dem chilenischen Staatsangehörigen Mario Durán Vidal keinen Arbeitsvertrag abzuschließen", weiterhin darf Durán auch nicht sonst wie an der Universität Konstanz tätig werden." Innenminister Schieß sprach in diesem Zusammenhang von „Sicherheitsbedenken".

Endlich am 22.1.75 erhielt Mario Durán vom Konstanzer Ausländeramt die Mitteilung, daß ihm politisches Asyl in der Bundesrepublik Deutschland gewährt werde.

Mario Durán Vidal ist heute 34 Jahre alt, verheiratet und hat eine Tochter. Seine Geschwister sind nach dem Putsch in Chile in alle Winde zerstreut worden, seine Mutter lebt in Kanada, sein Vater noch in Chile. Er ist diplomierter Wirtschaftswissenschaftler und hat den Titel eines

Sonderkonto Prof. Erich Wulff
5270 55 - 602 PschA Ffm
Kennwort: Chile - Solidarität

CHILES VOLK BRAUCHT HILFE!

Handelsingenieurs (Ingeniero Comercial) der Universität von Chile. Diplomarbeit über das System der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung in der Sowjetunion (1966). Forschungsarbeiten: Enquete über die sozialversicherte Bevölkerung in Chile, Umfrage über die marginale Bevölkerung in Santiago. Theoretische Untersuchungen zum Problem des „Volkswirtschaftlichen Überschusses" im Zentrum für statistische Studien an der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität von Chile. Er war Direktor des Studienganges für Statistik an der Fakultät für Ökonomie der Universität in Chile, Dozent für deskriptive Statistik und für politische Ökonomie an der ökonomischen Fakultät, und Dozent für ökonomische Gesamtrechnung an der „Escolatina" (1973). Im Wirtschaftsministerium arbeitete er von 1971–73 u.a. an einer Analyse der Stellung der staatlichen Unternehmen im Rahmen der gesamten chilenischen Ökonomie, und war Mitarbeiter in der staatlichen Gesellschaft zur Lösung von Produktions- und Verteilungsproblemen.

Kein Zweifel, daß dieser Mann für die Universität Konstanz von „besonderem Interesse" war. Doch das Kultusministerium wollte sich mit dieser Qualifikation nicht zufrieden geben. Es forderte immer wieder neue Unterlagen über Durán an, so z.B. sämtliche Veröffentlichungen Vidals, und alle Papiere über den Entscheidungsprozeß innerhalb der Universität. Die inzwischen zum „Fall Durán" angeschwollene Akte wurde von Monat zu Monat verschleppt.

Presse und Fernsehen berichteten unterdessen über die Situation der chilenischen Flüchtlinge in der BRD. Auf die Hilfe caritativer Verbände angewiesen, sowie Spenden von amnesty international, fristete Vidal ein kärgliches Leben. Aber das schlimmste, so sagte er, sei die Tatsache, in einem „freien Land wie der Bundesrepublik" nicht arbeiten zu dürfen.

An Solidaritätsbekundungen für Vidal von seiten des Rektorats, des Mittelbaus, Chilekomitee und AStA hat es nie gefehlt. Am 30.1.75 hat das Chilekomitee zusammen mit dem Rektorat der Uni, und den Chilekomitees Nürtingen, Heidelberg und Stuttgart eine Pressekonferenz gegeben, und auf den Fall Vidal aufmerksam gemacht. Am 11.2.75 brachte das ZDF in der Sendung Kennzeichen ‚D' einen Bericht über die Situation der chilenischen Flüchtlinge in Baden-Württemberg. Am 12.3.75 fand in Stuttgart ein Informationsabend statt, mit dem Thema „Christen fragen Landespolitiker", betrifft: die Aufnahme von Chileflüchtlingen. Nach langer Diskussion wurde eine Resolution mit überwiegender Mehrheit verabschiedet, die u.a. die „unverzügliche Einstellung von Mario Durán Vidal" forderte.

Gastvorträge und Veranstaltungen mit Durán wurden in den Städten Baden-Württembergs mit aktiven Chilekomitees organisiert. Die Konstanzer Öffentlichkeit am „Tag der offenen Tür" der Universität mit dem Berufsverbotsfall Vidal konfrontiert. Eine Resolution von mehreren Unikursen verabschiedet, in der wiederum gefordert wurde, Vidal sofort einzustellen.

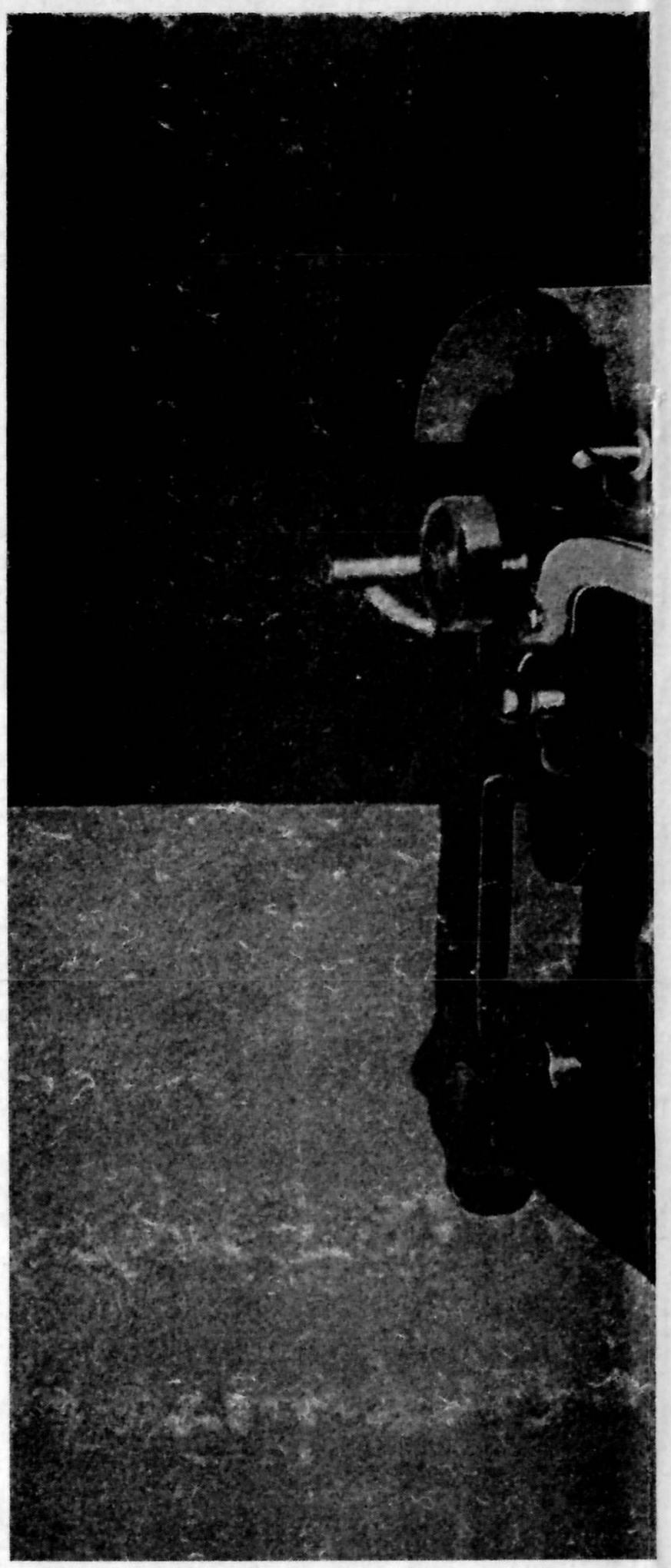
Doch das Kultusministerium ließ sich Zeit, die nächste Ablehnung Vidals zu formulieren. Glücklicherweise war es im Juli 75 zu einer vorübergehenden Beschäftigung Vidals in einem Forschungsprojekt gekommen. Am 22.9.75 traf dann die Entscheidung des „Kabinetts" in Konstanz ein:

„Das Kultusministerium bezieht sich auf die wiederholten Anträge der Universität Konstanz, Herrn Mario Durán Vidal als wissenschaftlichen Angestellten an der Universität Konstanz beschäftigen zu dürfen. Aus der Universität bekannten Gründen hat sich die Entscheidung über die Beschäftigung von Herrn Durán Vidal leider verzögert. Zum einen hat die Universität durch die Verzögerung der Vorlagen der vollständigen Akten hieran erheblichen Anteil, zum anderen haben die Ermittlungen, die Klarheit über die Verfassungstreue von Herrn Durán ergeben sollten, sehr viel Zeit beansprucht. Letztlich haben sie nicht zu dem Ergebnis geführt, daß Zweifel an der Verfassungstreue von Herrn Durán Vidal geltend gemacht werden können."

In der weiteren Entscheidung geht der Ministerrat dann auf die schwierige Haushaltslage des Landes ein, und die besondere Situation der Universität in der Aufbauphase, „. . . die vorhandenen Stellen entsprechend dem zwingenden Bedarf mit befähigten Bewerbern zu besetzen. Gerade in dieser Frage aber konnten die Bedenken des Kultusministeriums nicht ausgeräumt werden. Die vom Fachbereich Philosophie und Geschichte in seinem Schreiben vom 29.1.1974 beschriebenen Aufgaben, die Herrn Durán Vidal übertragen werden sollten, legen den Schluß nahe, daß die Beschäftigung von Herrn Durán Vidal nicht der Befriedigung eines dringenden Lehrbedürfnisses dienen soll. Vielmehr sind die für Herrn Durán Vidal vorgesehenen Aufgaben auf die Möglichkeit eines chilenischen Anhängers der Allende-Regierung ausgerichtet, um diesem ein berufliches Unterkommen zu verschaffen." ■

So zerstritten wie die Linke insgesamt sind ihre Autoren. Hermann Peter Piwitt macht einen Vorschlag im Zorn zur Güte

Realismus? Kannitverstan



Im Papstpalast von Viterbo bei Rom kann man etwas merkwürdiges besichtigen: die Steinplatten des Fußbodens weisen dort in regelmäßigen Abständen mehrere Zentimeter tiefe Löcher auf. Die Löcher stammen von Zeltstangen und Pflöcken, mit denen Zelte festgezurrt werden. Die Zelte wurden errichtet für Bischöfe und Kardinäle, die darin, ich weiß nicht mehr genau wann, im Mittelalter einen Papst zu wählen versuchten. Denn aus Wut darüber, daß die Herren nach mehr als einem Jahr sich noch immer nicht auf einen Nachfolger geeinigt hatten, hatten die Bürger von Viterbo das Dach abgedeckt. Man erzählt, daß ein neuer Papst danach sehr rasch gefunden worden sei.

Ich mußte an diese Geschichte denken, als ich mir in diesen Tagen die Liste der kommunistischen, sozialistischen und ‚Arbeiter'-Parteien ansah, die bei der vergangenen Wahl gegeneinander angetreten waren. Wäre das nicht eine Möglichkeit: Delegierte von DKP, KPD und GIM, KBW und UAP, Jusos und linke Sozialdemokraten solange im Regen zusammenzusperren, bis sie, nein, keinen Papst gewählt, sondern sich auf eine nationale Strategie geeinigt haben, die aus den Interessen der abhängig Arbeitenden im Lande selbst abgeleitet ist, statt aus ideologischen Traditionen, bzw. den Belangen ausländischer sozialistischer Staatsparteien?

Ein blauäugiger Gedanke, gewiß. Denn wie sollte in der Politik Wirklichkeit werden, was nicht einmal in der Literatur funktioniert?

In „Pardon" Nr. 10/76 kanzelte kürzlich Hans Christoph Buch die Nr. 1 der in der „Autoren-Edition" bei Bertelsmann erscheinenden neuen Literaturzeitschrift „kontext" mit dem Vorwurf „Hetze, daß die Fetzen fliegen" auf eine Weise ab, die selbst Züge von Hetze trägt. Allerdings, er hatte Grund dazu: Denn gleich mehrere „kontext"-Autoren glaubten in Buch eine Gallionsfigur dessen anrempeln zu müssen, was sie als „Neue Innerlichkeit", „Subjektivismus", „Neueste Stimmung im Westen" kritisieren. Buch wiederum sollten solche Angriffe nicht überrascht haben: denn er hat sich durch manchmal ziemlich aus dem Ärmel geschüttelte programmatische Statements in den letzten Jahren selbst in die Zielrichtung manövriert. Wie dem auch sei: Sind solche Polemiken unter linken Autoren und Kritikern eigentlich unvermeidlich? Gibt es keinen gemeinsamen Nenner mehr?

Mittlerweile habe ich „kontext 1" gelesen und finde die meisten Beiträge zum Thema „Literatur und Wirklichkeit" lesenswert. Alfred Andersch, Bernt Engelmann, Erika Runge, Klaus Konjetzky, Martin Walser, Gerd Fuchs, aber auch, mit ein paar Einschränkungen, Timm und Lang – sie alle vertreten darin ein eher offenes als das dogmatische Konzept, das Buch ihnen vorwirft. Die Realismus-Diskussion dagegen, wie sie in „kontext 1" besonders von Wissenschaftlern neu entfacht wird, halte ich für unfruchtbar. Zu oft haben derartige Diskussionen in den letzten 50 Jahren zu kulturpolitischen Dekreten und Normen geführt dafür, was „Realismus", „realistisch", „realistische Methode" sei und zu sein habe, zu verschwommen und „verschmutzt" ist der Begriff bereits, als daß von solchen Klärungsversuchen noch brauchbare Ergebnisse zu erhoffen wären. Mit Begriffen steht es manchmal wie mit Äckern, die durch einseitige Bewirtschaftung erschöpft sind: man muß sie ruhen lassen.

Die Autoren von „kontext 1" halten, vorausgesetzt, ich verstehe sie richtig, Realismus für erstrebenswert. Erstrebenswert ist, sollte man meinen, das Gute, die Qualität. Wenn aber „realistisch" und „gut" nur Synonyme sind, warum macht man sich dann nicht gleich Gedanken darüber, was das eigentlich ist: ein guter Roman, ein gutes Gedicht? Ob ein Buch gut, brauchbar oder schlecht ist, ob es „gesellschaftlich relevant" *und* persönlich ausdrucksvoll, fortschrittlich *und* phantasievoll ist, oder nur je eine von beiden Eigenschaften hat, oder gar keine – welche Kriterien gibt es dafür? Warum zum Beispiel ist Ludwig Tureks „Ein Prolet erzählt" ein geniales Buch, „Mein Freund Bruno" desselben Autors dagegen allenfalls ein brauchbares, interessantes, obschon in beiden Büchern sich Arbeiter mit dem richtigen Klassenbewußtsein durch die Zeitläufe kämpfen?

Es gibt in „Ein Prolet erzählt" eine bezeichnende Stelle. Da heißt es von der Erntearbeit auf einem mecklenburgischen Gut: „ ‚in Schweiß gebadet' oder ‚schweißüberströmt' sind viel zu abgeleierte Begriffe, um damit noch sagen zu können, wie bei solcher Arbeit in der sommerlichen Hitze geschwitzt wird". Turek tut hier etwas, was nach dem bisherigen, aber gottlob verworfenen Realismusverständnis der „Autorenedition" mit realistischer Schreibweise eigentlich nicht mehr vereinbar wäre: Er spricht von den ‚Schreibschwierigkeiten des Autors vor einer widersprüchlichen Realität. Wäre es ‚realistischer' gewesen, wenn er ‚in Schweiß gebadet' oder ‚schweißüberströmt' geschrieben hätte? Sicher nicht. Beides sind konventionelle kunstsprachliche Findungen, in denen uns – Turek spürt das – die Wirklichkeit immer schon angebiedert ist. Sie verdanken sich nicht der besonderen realen Erfahrung von Tagelöhnern bei der Ernte, sondern stammen aus jener Realität, die wir als Wortmuseum immer schon im Kopf haben. Erst dadurch, daß es ihm die Sprache verschlägt, schreckt Turek uns auf: Und wir erkennen das scheinbar Vertraute wieder, so wie wir es bisher noch nie gesehen haben.

Später in „Mein Freund Bruno" ist Turek nicht mehr so „sensibel". Die Realität ist in diesem Buch der Routine nur noch ein System von Benennungen, traulich-vertrauten Stilgesten und abgespielten Techniken im Kopf, aus dem sich die richtige Weltanschauung bedient, ohne daß eine

Sprache verschlagende Anschauung von Welt noch riskiert wird.

„Ein Prolet erzählt" ist das bessere Buch. Nicht weil es von mehr gesellschaftlichen Kämpfen optimistischer und parteilicher erzählte, sondern weil sich an der Sprache zeigt, daß Turek hier seinem Realitätssinn mehr vertraut als einer Realität im Kopf, die qua Sprache immer schon abgekartet ist.

Ich sagte, es gäbe gute, interessante (brauchbare) und schlechte Bücher. Und weil Literatur weder poetisierte Soziologie ist noch Sprache, „die sich selbst meint", muß man, will man sich ein Urteil bilden, schon alle Elemente heranziehen und gegeneinander abwägen, aus denen ein Stück Literatur besteht. Also von der Bildersprache, der Syntax, dem Rhythmus angefangen bis hin zu Stoff und Thematik. Es gibt Romane, die sich durch eine ganz neuartige kühne gesellschaftliche Thematik auszeichnen; aber nur ein Blick auf die Bildersprache genügt, um zu wissen, daß hier in Wirklichkeit ein borniertes oder hilfloses gesellschaftliches Bewußtsein am Werk ist. In dem frühen Industrie-Roman „Eisen, Gold und Geist" von Ernst Willkomm (1843) zum Beispiel ist viel von Maschinen, Kapitalisten und den Leiden und Kämpfen der Weber die Rede, aber die Maschinen stammen aus der Requisitenkammer des romantischen Schauer- und Sensationsromans und der Held ist von Goethe. Trotzdem: Das Thema „Industrielle Arbeitswelt" war von da an auf dem Tisch, es war literaturfähig geworden; und heute entscheidet über die Qualität eines Buches mehr denn je mit, ob ein Autor ihm aus dem Wege geht oder nicht.

Ein brauchbares, interessantes Buch ist auch Verena Stefans „Häutungen". Was daran Literatur sein will, führt eher in die Irre eines larmoyanten und mystischen Frauenbildes. (Das stammt nicht von mir, sondern ist das Ergebnis einer Sprachanalyse, die Feministinnen der Westberliner Frauenzeitschrift „Courage" kürzlich mit dem Buch angestellt haben.) Was aus ihm soziologisch herauszufiltern ist, ist dagegen neuartig und nützlich. Es provoziert. Es ermutigt. Man kann davon lernen.

Lernen können wir aber auch von Handke. Zwar ist (mit Ausnahme von „Wunschloses Unglück") aus seinen Büchern soziologisch nichts herauszufiltern als nur immer wieder der Prototyp des Mittelständlers, der – ohne klare Feinde und ohne Zwang zur Solidarität – einen sozialen Ort für sich nicht mehr ausmachen kann und folglich seine Ängste und Leiden für ursachenlos und ewig menschlich erklärt. Gerade aber weil er (und andere) heute den Weg des kleinsten Widerstands gehen, sich weigern, sich als gesellschaftliche Wesen zu verstehen und sich von den Klassenkämpfen in Mitleidenschaft ziehen zu lassen, haben sie – aus nichtigem Anlaß – eine hohe Ausdruckskultur entwickelt, die auch *ihre* Bücher brauchbar und interessant macht. Es sind aber nicht nur das Know how, die ausgepichten Produktionsmittel, weshalb ein Buch wie etwa „Die Stunde der wahren Empfindung" lesenswert ist. Zwar sind Handke-Keuschnigs Gefühle abgestandener Dreck, hundertfach breitgetretener Entfremdungs-Quark; aber zum *Ausdruck* von Gefühlen *überhaupt* kann das Buch ermutigen. Hat ein Arbeiter kein Gefühlsleben? Und wenn, muß er Gefühle ad infinitum nur in einer literarischen Technik haben, die im neunzehnten Jahrhundert für das Innenleben von Bürgern geschaffen wurde, ich meine die Einfühlungstechnik? Weiter: Handke ist detailbesessen: ist aber Sensibilität fürs Detail immer schon allein deshalb der „Neuen Sensibilität" verdächtig, weil Handke alle seine Details ins ideologische System des Mittelstands einbringt, wo sie dann nichts anderes mehr zu beweisen haben, als daß jeder und jedes „für sich" ist?

Es gibt gute, brauchbare und schlechte Bücher. Und ich glaube, darüber, ob ein Buch gut, brauchbar oder schlecht ist, kann man sich immer noch eher einigen als darüber, ob es gut (weil realistisch) oder gut (weil subjektiv) ist.

„Die gesellschaftlichen Probleme sollen anschaulich und unterhaltsam dargestellt werden. Angestrebt wird eine realistische Schreibweise. Nicht die Schwierigkeiten des Autors angesichts einer widersprüchlichen Realität sondern die Realität selbst ist ihr Thema." Um endlich gute Bücher machen zu können, haben die Herausgeber der „Autorenedition" darauf verzichtet, dieses Programm, das eine grausige Fessel ist, vorn in ihre Bücher zu drucken. „Und daß sie alle mit ihrer blödsinnigen Realität die Kanäle der Wahrnehmung verstopfen", schrieb mir einmal Brinkmann in einem Brief. Und er meinte damit, daß „die Realität" zum Fetisch werden kann, zur fixen Idee im Kopf, die neue Wahrnehmungen unmöglich macht.

Um Bücher zu schreiben, die wir nicht nur interessant finden können, sollten allerdings auch die Autoren, die Hans Christoph Buch zu dem „Dutzend unserer Besten" zählt, ihrerseits lernen, sich als gesellschaftliche Wesen zu fühlen statt als „Kannitverstans" und „No-where-Men". Sie sollten endlich aufhören, uns die Todesmelodie des Mittelstands vorzusingen, zu dem sie aufgestiegen sind (so als sei das geistig kein Absturz!), die Todesmelodie, die wir nun wirklich von der Wiege her im Schlaf können, bei zwanzig Grad Kälte, wie ein Geigenstück von Fritz Kreisler. ■

Verlag Association GmbH

Reihe **POLITISCHE ÖKOLOGIE**
Materialien zu Umwelt und Gesellschaft

Murray Bookchin
Umwelt und Gesellschaft
Erschienen 1976, 38 S., 4,–

Materialiensammlung zur
H. Strohm **Gefährdung** der Bevölkerung **durch Atomkraftwerke**
Erschienen 1974, 62 S., 4,–

Das Risiko Kernenergie
H. Strohm, Hrsg.
Erschienen September 75, 98 S., 6,–

Biologische Schäden
durch Atomkraftwerke und energiereiche Strahlen
H. Strohm, Hrsg.
Erschienen 1976, 126 S., 7,–

Schnelle Brüter und Wiederaufbereitungsanlagen
Erscheint 76, ca. 100 S., ca. 7,–

Absolute Sicherheit oder verbrannte Erde
Autorenkollektiv Emsland
Der Kampf gegen die Atommülldeponie im Emsland
Erscheint Ende 1976, ca. 90 S., ca. 7,–

Kein Atomkraftwerk in Brokdorf oder anderswo
Erscheint Herbst 1976, ca. 80 S., ca. 4,–

Umweltschutz in China
Holger Strohm, Hrsg.
Erscheint 76, ca. 60 S., ca. 6,–

Friedlich in die Katastrophe
Eine Dokumentation über Kernkraftwerke
von H Strohm
3. Aufl., 500 S., zahlr. Abb. 16,–

2 Hamburg 13
Postfach 13 22 51
(040) 41 74 84

Bestseller

KONKRET-Autoren analysieren Bestseller:

Wolfgang Harich über Herbert Gruhl:

Ende ohne Wende

Um „Aufschub bis nach den Wahlen" bat Wolfgang Harich, als wir ihn aufforderten, uns einen Beitrag über Herbert Gruhls „Ein Planet wird geplündert"*) zu schreiben. „Dem Gruhl möchte ich während des Wahlkampfes nicht schaden, weder bei den Konservativen mit meinem Lob noch bei den Linken mit meinen Vorbehalten."— Nachdem der Umweltschutz-Experte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Bestseller-Autor am 3. Oktober über die Landesliste Niedersachsen wiedergewählt worden ist, glaubt sein Rezensent aus der DDR, solcher Rücksicht enthoben zu sein.

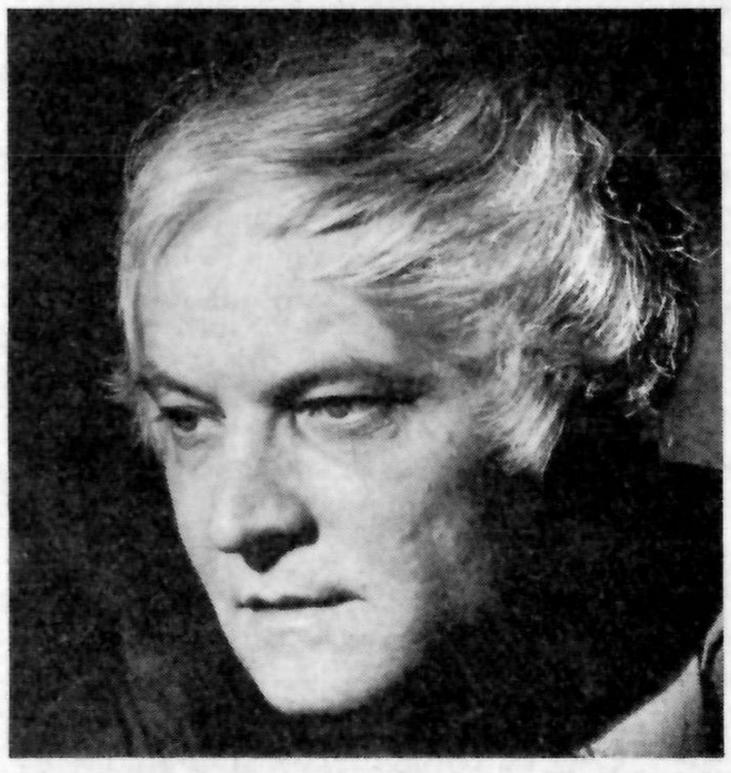
*) erschienen im S. Fischer Verlag

„Nach uns die Sintflut": Folgen des Wachstumsfetischismus

Herbert Gruhl weist überzeugend nach, daß die Menschheit im Begriff ist, die Naturgrundlage ihrer Existenz zu zerstören. Er steht damit nicht allein da. Doch hat er die zu seinem Thema vorliegende Literatur in solchen Mengen kompiliert und ihren Argumentationsgehalt, unter Anführung treffsicher ausgewählter Zitate, dermaßen übersichtlich gegliedert und einleuchtend wiedergegeben, daß, wer dieses eine Buch liest, sich das Durcharbeiten ganzer Bibliotheken erspart. Nimmt man hinzu, daß neben der reißerischen Dramatik des Titels Formulierungen wie „Grenzen des Wachstums", „Das Ende der bürgerlichen Vernunft", „Ende oder Wende", desgleichen „Kommunismus ohne Wachstum" nichtssagend blaß wirken, so liegen die Gründe auf der Hand, aus denen einer der sensationellsten Bucherfolge der Gegenwart zustande gekommen ist.

Zu dem Erfolg dürfen wir, zunächst einmal, den Verfasser, vor allem aber sein Publikum, die Gesellschaft, uns alle, guten Gewissens beglückwünschen.Den Wachstumsfetischisten jedweder Richtung – Gruhl brandmarkt sie als „schlimmste Unheilbringer der heutigen Welt" – wird es künftig um einiges schwerer fallen, die Gefahren, die das Leben auf der Erde in Frage stellen, zu leugnen, zu vertuschen, zu verniedlichen. Und das, meine ich, ist jetzt die Hauptsache. Denn nur in dem Maße, wie das Bewußtsein dieser Gefahren um sich greift, werden die Gegenkräfte mobilisiert werden können, die berufen wären, dem verhängnisvollen Gang der Dinge Einhalt zu gebieten.

Gruhl selbst freilich läßt es daran fehlen, diese Kräfte aufzuspüren, sie bei Namen zu nennen, ihnen eine Orientierung zu geben. Er warnt, klagt an, zeigt jedoch keinerlei Ausweg. Bei dem allein auf ihn eingeschworenen Teil der an Ökologie und Zukunftsforschung Interessierten erweckt er folglich eine Stimmung der Ratlosigkeit, des lähmenden Pessimismus, die, im Gegensatz zu seinen Intentionen, der verantwortungslosen Einstellung „Nach uns die Sintflut" objektiv durchaus Vorschub leisten kann; wobei ich noch ganz schweigen will von Zynikern, deren Lust an der Angst vor dem Untergang hier hochgekitzelt werden mag, ähnlich wie jüngst durch den weißen Hai.



Marxist Wolfgang Harich (DDR) veröffentlichte im Rowohlt-Verlag das Buch „Kommunismus ohne Wachstum? - Babeuf und der ‚Club of Rome'". Hans Magnus Enzensberger rezensierte es in KONKRET 9/75.

achenbach

BUCHAKTION '76 (1.10. - 24.12.)
Damit wir neue Freunde gewinnen und unsere (alten) Freunde auch einen Vorteil haben: jedes BUCHPAKET früher mind. 66,00 DM, jetzt 33,-DM

BUCHPAKET I

JEAN PAUL MARAT: Die Ketten der Sklaverei (dtsch. Erstausgabe) 192 S.
PETER KILIAN:Wer hat Angst vor Marx und Engels? Sozialismus oder Marktwirtschaft. 160 S.
ULRICH BERNATH: Wirtschaftspolitik und Wirtschaftskrise in der BRD '74-76. 122 S
AXEL SCHÜRMANN:Wertgesetz und gesellschaftliche Entwicklung. Voruntersuchungen zu einer materialistischen Systentheorie der Gesellschaft. 192 S.
GERD VONDERACH: Kapital und Klasse. Eine Einführung in die politökonomischen Grundlagen zur Klassenanalyse im Kapitalismus. 112 S.

BUCHPAKET III

JEAN PAUL MARAT:Die Ketten... (s.o.)
GODEFROID/KÖLLING u.a.: Bürgerliche Ideologie und Bildungspolitik. Das Bildungswesen in Preußen im 19.Jh. 268 S.
SCHRADER/SCHRADER-WÄLKE:Schulreform in des Westzonen. Überlegungen zu e. Kritik d. Qualifikationsbegriffs i. d. pol. Ökonomie d. Ausbildungssektors. 96 S.
WILLI THELEN:Numerus Clausus und Ärzteschaft. Zur Kritik d. ärztlichen Interessenpolitik. 244 S.
ULRICH SOLLMANN:Therapie mit Drogenabhängigen. Analyse u. Kritik d. bundesdeutschen Behandlungseinr. 350 S.
FIEBIG:Wir machen Papier selber! 72 S.

Bestellungen mit dem Stichwort BUCHPAKET I oder III. Bezahlung durch Scheck, Überweisung auf PSchKto 25 36 31 - 605 Frankfurt/Main oder Lieferung per Nachnahme.

Verlagsbuchhandlung-6304 Lollar-Postfach

Exil in der Sowjetunion

Beiträge von oder über
Jiri Weil, Herwarth Walden,
Heinrich Vogeler, Carola Neher,
Heinrich Kurella, Hans Günther,
Karl Schmückle, Werner Hirsch,
Albert Hotopp, Max Hoelz,
Karlo Stajner, Joseph Lengyel,
Ervin Sinko, Alexander Granach,
Briefe Heinrich Kurellas
an Margret Boveri
und Alexander Granachs
an Lotte Lieven.
Akten der Geheimen Staatspolizei,
der SS und zahlreiches bisher
unveröffentlichtes Fotomaterial.
160 Seiten, DM 10,–
plus DM 1,20 Porto.
Bei Vorauszahlung portofrei
(Scheck, Briefmarken oder bar).

Verlag europäische ideen
Mühlenstraße 17b
1 Berlin 37

L 76

Demokratie und Sozialismus

Politische und literarische Beiträge

Herausgeber:
Heinrich Böll, Günter Grass, Carola Stern
Redaktion: Heinrich Vormweg

HEFT NR. 1

3 Wochen nach Erscheinen bereits über 6000 Exemplare verkauft

aus dem Inhalt

Günter Grass, Als das Radieschen umbenannt werden sollte · *Dieter Lattmann,* Freiheit in der Bundesrepublik · *Walter Adler,* Preisrede · *Arthur Miller,* Das Jahr, in dem alles zerbrach *u. a.*

HEFT NR. 2
erscheint November

aus dem Inhalt

Günter Grass über die Situation nach den Wahlen · *Zdenek Mlynar* über das Aktionsprogramm der KPC von 1968 und sein Verhältnis zum westdeutschen Kommunismus · *Peter Bender* über die Bedeutung von Ideologie in Osteuropa · *Walter Haubrich* über die Sozialisten in *Spanien* · *Gustav Adolf Himmel* über Portugal im Zeichen der Demokratie · *Helen von Ssachno* über den neuen Realismus in der Literatur der Sowjetunion · *Hans Jürgen Schmitt* über Veränderungen im Selbstverständnis der Literatur der DDR · Vorgesehen sind ferner Beiträge von *Heinrich Böll, Enrique Tierno Galvan, José Cadoso Pires, Carola Stern, Raimon, Heinrich Vormweg u. a.*

L 76 ist einzeln und im Abonnement über jede Buchhandlung zu beziehen
L 76 erscheint in unregelmäßigen Abständen ca. 4 mal im Jahr

Bestellcoupon

Hiermit bestelle ich aus der Europäischen Verlagsanstalt, Postfach 21 01 40, 5000 Köln 21 über die Buchhandlung:

☐ **Abonnement L76**
zum Preis von 50,– DM jährlich

☐ **L76 Heft Nr.** ___ zum Preis von 15,– DM zuzüglich Versandkosten

Name, Vorname

Straße, PLZ, Ort

Datum Unterschrift

EVA Europäische Verlagsanstalt
Postfach 210140
5000 Köln 21

Überdies stiftet der Umstand Verwirrung, daß Gruhl ausgerechnet der CDU angehört. Den unbelehrbarsten Wachstumsfetischisten der BRD, den Kohl, Strauß, Filbinger, Stoltenberg, Schleyer, wird dergestalt zu einem falschen Alibi verholfen. Zu Leisler-Kiep, dem Lockvogel für Freunde vernünftiger Ostpolitik, und zum Lock-Katzer für christlich gesinnte Arbeiter gesellt sich nun ein CDU/CSU-eigener Öko-Köder. Das hatte noch gefehlt.

Glaubt Gruhl im Ernst, seine unverkennbar religiösen Motivationen fänden in der derzeit reaktionärsten Partei des deutschen Großkapitals ‚wegen ihres hohen C im Namen, eine angemessene politische Heimstatt? Wahrscheinlich. Doch erklärt das nicht alles. Wohl ehrt es ihn, daß er sich als zornmütiger Gegner der Marktwirtschaft bekennt. Indes steckt dahinter eine regressive Vorliebe für die pflegliche Behandlung, die einst bäurischer und handwerklicher Kleinbesitz den Gaben der Schöpfung hat angedeihen lassen, und demgemäß wird von Gruhl z. B. Rousseau, dessen „Zurück zur Natur" ihm doch aus der Seele gesprochen sein müßte, nicht etwa lobend in Erinnerung gebracht, sondern, unter Ignorierung dieser berühmten Parole, im Hinblick auf seine Kritik am Ursprung des Privateigentums hart gerügt.

Dasselbe Bild zeigt der Mißbrauch der Allmende-Problematik zur Anschwärzung sozialistischer Lösungen. Als ob das „Gesetz der Allmende" nicht darin bestünde, daß sie schutzlose Beute ungezügelter individueller Egoismen ist, während die gerade gebändigt werden von sozialistischer Zentralgewalt im koordinierten Interesse aller Nutznießer eines ganz anderen Typs von Gemeinbesitz.

Kaum überraschen kann danach, daß Gruhl vom Marxismus nur oberflächliche Vorstellungen hat. Marx' Werttheorie hält er für identisch mit der von Adam Smith. Marx' Unterscheidung von Tausch- und Gebrauchswert, für die Überwindung der Warenproduktion, den Übergang zum Kommunismus von fundamentaler Bedetung, scheint er überhaupt nicht zu kennen. Vollends ist der dialektische Materialismus mit seinen ökologischen Implikationen ihm ein Buch mit sieben Siegeln. Kein Wunder, daß er Kapitalismus und Sozialismus im Hinblick auf das *transitorische* Faktum, daß sie derzeit beide Raubbau an der Erde treiben, *prinzipiell* einander gleichsetzt. All das paßt gut ins Gedankenarsenal einer antisozialistischen Partei wie der CDU, und eben diese ideologischen Ingredienzien bedingen den ausweglosen Pessimismus in den Gruhls sonst hervorragendes Plädoyer für unseren geschändeten, geplünderten Planeten einmündet.

Nun hat Gruhl noch bei Abschluß seines Werks mein zwei Monate davor erschienenes Buch „Kommunismus ohne Wachstum" kennengelernt. Auf Seite 288 bezieht er sich beiläufig darauf. Dagegen führt er es, sonderbarerweise, in seinem Literaturverzeichnis nicht an. Wieso eigentlich nicht, wenn ansonsten darin außer Büchern sogar Zeitungs- und Zeitschriftenartikel ihren Platz finden? Ist es ihm peinlich, daß er sich mit Argumenten, die seine Auslassungen über den Marxismus implicite entkräften, schon konfrontiert gesehen hat, als Satz und Druck seiner Arbeit noch ausstanden?

Mir liegt es fern, deswegen den Gekränkten zu mimen. Auch sehe ich ein, daß es von einem CDU-Bundestagsabgeordneten zuviel verlangen hieße, er möge, von kommunistischer Seite eines besseren belehrt, Selbstkritik üben. Erwartet werden aber darf von Herbert Gruhl, daß er, als Oppositionspolitiker wiedergewählt und sich auf eine inzwischen erstarkte Fraktion stützend, den in seinem Buch verkündeten Grundsätzen die Treue wahrt, wo auch immer es gilt, den Wachstumsfetischisten im sozialliberalen Kabinett Paroli zu bieten.

Wird er das tun? Wir wollen es hoffen. Eine wichtige aktuelle These seines Bestsellers lautet ja: „Das furchtbarste Geschick, das uns Menschen bestimmt sein könnte, wäre nun, wenn der weitere Anstieg der Produktion wieder einsetzte, weil der anschließende Sturz in die Totalkatastrophe um so tiefer ausfallen würde" (Seite 275). Dies ward niedergeschrieben 1975, angesichts der Rezession, und ist sehr, sehr wahr. Unterdessen haben sich im Bundestagswahlkampf alle Parteien gegenseitig überboten in Beteuerungen, daß sie, im Amt bestätigt oder neu zur Macht gelangt, genau dieses furchtbarste Geschick herbeiführen würden. Gruhl müßte also jetzt den Schmidt, Friderichs, Matthöfer pausenlos zusetzen mit den grauenhaften Konsequenzen der von ihnen befürworteten und betriebenen Wachstumspolitik, wobei die Dürre dieses Sommers, die zunehmenden Erdbeben, die Giftgaskatastrophe von Seveso, die nächstens biologisch umkippende Weser und vieles andere mehr ihm als handgreifliche Argumente zu Gebote stünden. Er müßte ferner anprangern, daß Peter Menke-Glückert (FDP), Ministerialdirigent im Bonner Innenministerium, nur weil er seine Pflichten als höchster bundesdeutscher Umweltschützer ernst zu nehmen gewagt hat, auf die Ressorts Information und Sport abgeschoben worden ist.

Aber was geschähe, falls Gruhl wirklich derart – um wieder seine eigenen Worte zu gebrauchen – „statt die Augen zu verschließen, das Wagnis auf sich nähme und die Feindseligkeit einer konformistischen Umwelt ertrüge" (S. 349)? Er stünde dann nicht nur gegen die Regierung. In der eigenen Fraktion wäre er erst recht isoliert. Einen ersten Vorgeschmack davon hat ihm bereits sein mutiges Auftreten gegen das Energieprogramm, in der Bundestagsdebatte vom 22. Januar '76, beschert. Schon da sprach er zu später Stunde vor leerem Haus. Alle waren gegen ihn einig. Niemand nahm ihn ernst.

Es hilft nichts: Der archimedische Punkt, an dem Herbert Gruhl den Hebel anzusetzen hätte, um seinen Warnungen in der Praxis Geltung zu verschaffen, liegt nicht nur außerhalb des Bonner Parlaments, er liegt außerhalb des kapitalistischen Systems in dem elementaren Interesse der Volksmassen, die eigene biologische Existenz und das Weiterleben der eigenen Kinder und Enkel gesichert zu sehen. Diese Massen mit den Beweismitteln der Ökologie, anhand der Erfahrung auffällig sich häufender Naturkatastrophen und unter Berufung auf die Gleichheit aller für die Verwirklichung eines homöostatischen, wachtumslosen Kommunismus zu gewinnen, bleibt die einzig denkbare Rettung. ■

Zeichnung: Arwed Gorella

Gitarre als Knarre

Günter Nenning über Wolf Biermanns Spanien-Platte „Es gibt ein Leben vor dem Tod" (CBS, 22 Mark)

Es gibt Dissidenten und Dissidenten. Typ Solschenizyn: Von Niki Chrustschows Liebling avanciert zu Axel Springers Liebling. Ein waschechter Reaktionär. Typ Biermann: Im Lande geblieben. Gegen die sozialistischen Bonzen gesungen. Nie gegen den Sozialismus.

Im Gegenteil. In seiner Isolierzelle in der Chausseestraße, Berlin /DDR, recht gemütliche Privatwohnung, mit Orgel, beinah komplettes Tonstudio – hat sich Biermann verblüffenden Sinn für Proportionen bewahrt. Oder sogar neuen solchen Sinn erworben. Die neue LP „Es gibt ein Leben vor dem Tode" ist ein gesungenes Lehrbuch des Sozialismus für Genossen aller Sorten.

Als Sozialist muß man offen und hart gegen die Diktatur über das Proletariat sein. Hat Biermann gemacht. Beinahe zuviel. Noch ein paar überzogene Lieder gegen das DDR-Regime, und er hätte den Sprung geschafft vom Dissidentensozialismus zum Antisozialismus. Aber er hat sich rechtzeitig zurückgeholt. Die Spanien-LP muß seinen heimischen Obergenossen beinahe wohltun.

Sicher, wenn er außer den eigenen Spanienliedern auch die alten singt, aus dem Repertoire von Ernst Busch – dann werden es engagierte, distanzierte „Zitate", respektvoll, liebevoll, brutal ironisch. „Sie fanden den Abend so nett./Du aber nicht. Ich sah Dein Gesicht./Uns drehte sich das alte Lied/Wie ein rostiges Bajonett/In den Gedärmen."

Statt Sentimentatilität Strategie. Biermann stellt in seinen eigenen Spanienliedern, erst recht in seinen Chileliedern, drei politische Gewissensfragen:

1) Wie steht es mit dem Kräfteverhältnis zwischen Reaktion und Sozialismus?

Im „Bedenkelied", signalhaft vorausgestellt dem „zitierenden" Absingen der alten Spanienlieder: „Das Schwein gewann alle Schlachten/– und was haben wir? .../Und wir haben Lieder davon/– nur Lieder davon."

2) Wie und wann setzen wir Gewalt ein, wie und wann das Wort – wann die Knarre, wann die Gitarre?

„Weil Pinochet doch stärker war.../Weil Pinochet noch stärker war.../Als unser gutes starkes Wort..."

Biermann zieht daraus nicht die romantisch-linke Forderung „man hätte schießen müssen. Nur Gewalt hilft." Sondern: „Ach, Macht kommt aus den Fäusten/Nicht nur aus dem guten Gesicht/Aus Mündungen kommt die Macht ja/Und nur aus den Mündern nicht.../Mit Knarre und Gitarre/Genossen, das ist klar/und das ist die ganze Wahrheit/der UNIDAD POPULAR."

Die ganze Wahrheit ist: Gewalt **und** Wort, Knarre **und** Gitarre. Damit ist praktisch – da auf dem Felde der Gewalt „Pinochet noch stärker" – Biermann wieder bei den Liedern. „Gitarre...Sechs-Schüsse-MP", singt er.

3) Schließlich die Grundfrage Biermanns: **Wo bleibt die Einheit, der integrale Sozialismus?**

„Was nützt mir die Losung SOLIDARITÄT /Wenn jeder Verein mit ihr stiften geht/und anderen Genossen den Hals umdreht..."

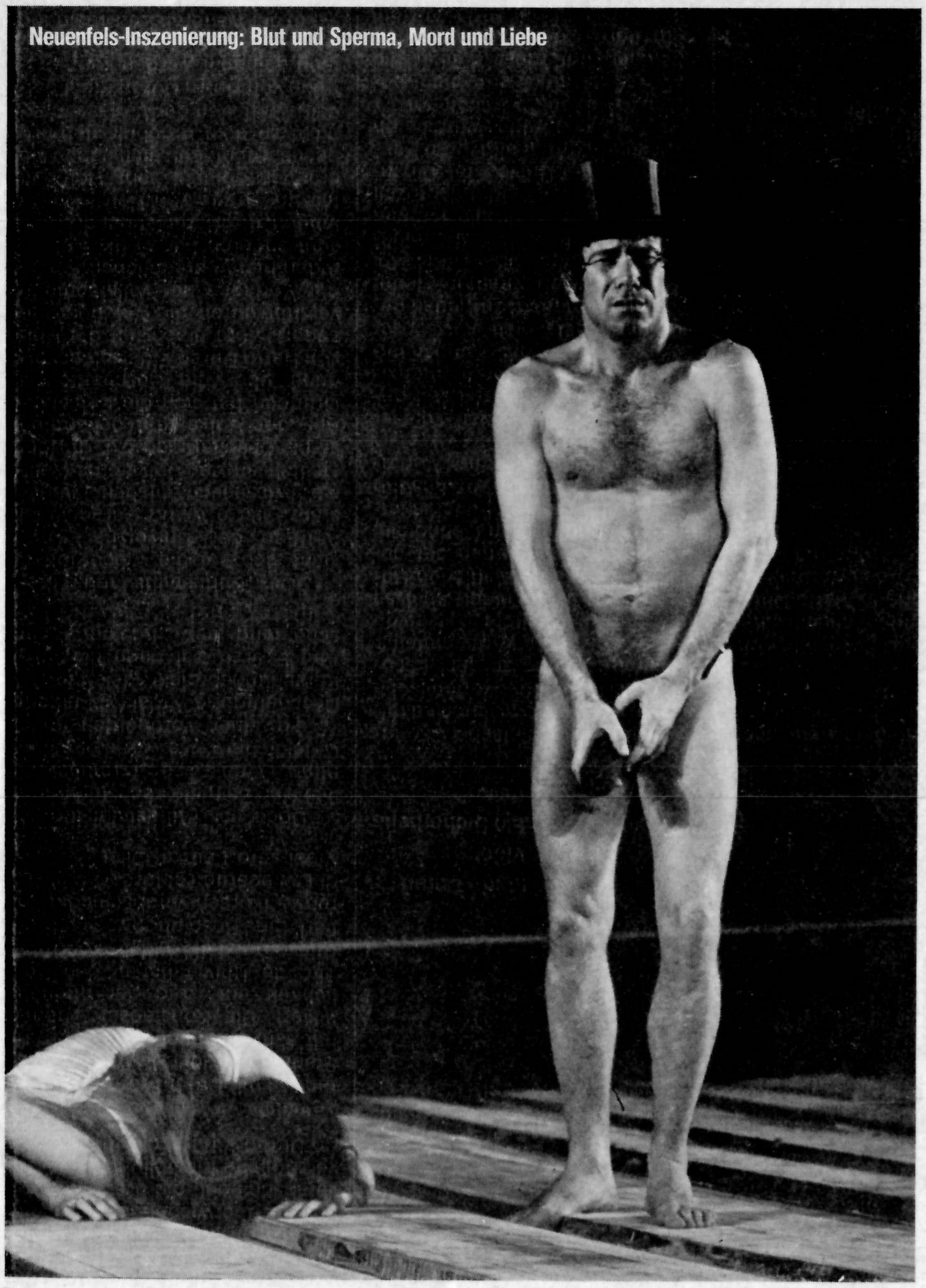
Biermanns integraler Sozialismus ist ein **skeptischer Sozialismus.** Zusammengehen kann man nur, wenn keiner auf der absoluten Wahrheit besteht, weil es sie nämlich nicht gibt:

„Den Roten Stein der Weisen, gib zu/Den gibts doch nicht.../Wir haben wie blödes Federvieh/ Mit rotem Kamm und Kikeriki/Zum Gaudi für die Bourgeoisie/uns oft genug zerschunden.../Genossen, fragt nicht penetrant/Wie in dem Märchen hirnverbrannt:/Wer ist der Linkste im ganzen Land?..."

Das alte Spanienlied steckt voll Sentimentalität, Folklore. Im Westen gehört es zur alt- und neulinken Nostalgiewelle. Im Osten zum faden Ritual (Biermann auf dem Cover: „...dieses zersungene Lied...bei uns so oft totgebrüllt" – er singt's ganz leise, voll Liebe, voll Ironie...). Die neuen Spanien- und Chilelieder Biermanns sind voller Bedenklichkeiten: den plakativen Politsong singt ein Mensch, ein sentimentaler, wilder, der sich den Kopf zerbricht, und Sozialist bleibt.

Die DDR-Obergenossen haben Biermann, den zerbrechlichen, unzerbrechlichen, brutal behandelt. Er sie auch. Aber sie haben ihn am Leben gelassen, und es scheint – wenn beide Teile, er und sie, mit der nötigen Umsicht weitertaktieren – daß sie ihn wieder ins Leben hineinlassen werden. In einer protestantischen DDR-Kirche durfte er öffentlich auftreten, dem schon erlaubten, dann wieder verbotenen Auftritt in der BRD (es waren zuviel DDR-Feinde unter den Veranstaltern) werden neue, glücklicher angelegte Versuche folgen. Das Bummerl soll man der DDR-Regierung getrost gutschreiben. Pinochet legt seine Widersacher einfach um.

Dissident Solschenizyn schreibt und redet: Der Sozialismus ist des Teufels. Kameraden im Westen, auf zum Kreuzzug! – Da klatscht die westliche Bande. Dissident Biermann singt: Den Sozialismus lassen wir uns nicht austreiben. Genossen in West und Ost, lernen wir endlich, gemeinsam, wie man siegt! Da hört die Bande zu klatschen auf – die westliche und die östliche. ■



Neuenfels-Inszenierung: Blut und Sperma, Mord und Liebe

Gerhard Zwerenz:

Medea schockt die Spießer

In Frankfurt inszenierte Hans Neuenfels ein Stück des Euripides. Es geriet ihm etwas anders als auf Abschlußfeiern humanistischer Gymnasien üblich, deren Besucher dementsprechend heftig wurden: „Ein Skandalon!"

Das ist eine wahre Schande für Frankfurt!" rief ein empörter älterer Herr am Schluß der Vorstellung, und die Kultur-Kritik teilte diese Meinung über Hans Neuenfels' „Medea"-Inszenierung am Frankfurter Schauspielhaus. Wer hier einwendet, Neuenfels habe immer provoziert und mit seinem an Artaud orientierten Schock-Theater Aufregung und Ärgernisse geerntet, der bagatellisiert die neue Qualität des Unmuts.

Das Subventionstheater steckt tief in der Krise. Finanziell, kulturell, politisch, intellektuell. Neue Stücke gibt es nicht. Was als neues Stück firmiert, ist Unterhaltung oder nach alten Mustern gefertigt. Das Publikum langweilt oder amüsiert sich, was aufs selbe herauskommt. Die Stücke besagen nichts, nicht gesellschaftlich, nicht existentiell. Wo aber doch, heißt der Autor Kroetz und ist ein Kommunist. Welch Ärgernis. Aber auch Kroetz bleibt bei Zustandsschilderungen. Der naturalistische Blick sieht schärfer, gewiß, doch die Verdoppelung einer gelebten Misere ins Theatralische hinein behebt sie nicht.

Neuenfels also nahm sich den Euripides vor, den jüngsten der drei großen griechischen Tragiker, den kühnen Neuerer, der gleichwohl mit seiner Frauenfeindschaft auch als reaktionär verstanden werden kann. Wer antike Stücke spielt, muß sich entscheiden: Entweder man läßt verstaubte Werktreue walten, die nichts mit der Antike, aber alles mit der idealisierten altdeutschen Auffassung von der Antike zu tun hat. Ober man erarbeitet sich kühn eine neue Sicht. Experimentiertheater also. Auch nicht gerade neu. Doch immerhin ein Wagnis, wie sich wiederum erwies.

Medea in leidenschaftlicher Liebe zu Jason, dessen Untreue sie in dämonische Rachsucht fallen läßt, Mord an den eigenen Kindern inklusive. Neuenfels gab dem ganzen einen feministisch-modischen Dreh. Medea erscheint nun als emanzipationstriebiges Weib, ihre Rache ist immer noch wilde Rachsucht und gleichzeitig Widerherstellung verletzter Gerechtigkeit und Menschenwürde. Viele Frauen im Publikum wurden, wie eine Diskussion im Anschluß an die zweite Aufführung bewies, hellhörig. Mag aber auch sein, die Gegner waren während der Vorstellung und hernach gegangen oder schwiegen in der Diskussion, in der die Befürworter vorherrschten.

Nun pointierte Neuenfels neben der Frauen-Emanzipation noch Eros und Sexus, und auch hierüber ließe sich streiten: Blut und Sperma, Mord und Liebe. Mir jedenfalls gefällt es wenig, wenn ein Schauspieler mit dem Hackebeil im gespaltenen Schädel und bluttriefend über die Bühne läuft. Andererseits konsumieren wir Morde und Massenmorde mit einer schamlosen Gleichgültigkeit, daß ein Regisseur schon einmal kommen kann und uns demonstriesen sollte, was Mord wirklich ist: Blut und gesplitterte Knochen.

Ebenso im Sexus. Ein nackter Bote, Faun und Briefträger in einem, hält einen riesenhaften künstlichen Phallus feil. Die guten Bürger reagieren gereizt, geflissentlich wird übersehen, daß eben jenes aufblasbare Instrument im nächsten Sex-Shop

das Schaufenster schmückt. Und ebenso wird übersehen, wie sinnlich und blut- wie genitalbetont die griechische Antike ja tatsächlich war. Das Auge ist bestechlich. Um so unbestechlicher hat die Kunst zu bleiben.

In kleinkarierter, provinziell nicht unterbietbarer Spießigkeit reagierte die Frankfurter Theaterkritik, die dem Regisseur die üblichen Klischees an den Kopf warf: sinnlos, widerwärtig, schamlos, nackt, ekelhaft, dumm, erotomanisch, vergagt, formlos. Genau das Gegenteil ist der Fall. Bei aller Diskussionswürdigkeit der Aufführung, bei aller Fragwürdigkeit mancher Auffassungen von Hans Neuenfels: Die Aufführung hat Format, Struktur und in manchen Schauspielern geradezu Größe, vor allem bei der Medea, die Elisabeth Trissenaar spielt, eine Furie, eine große Liebende, ganz wie's der straff gespannte Bogen des Spiels, bei dem man vergißt, daß es eins ist, verlangt.

Daß die Teile eines Publikums, die nur gepflegte oder seichte Unterhaltung erwarten, geschockt und gereizt reagieren, wen verwundert's. Auch wird dem Publikum dieser Weltstadt so schamlos selten weltstädtisches Theater geboten, daß der Geschmack verfallen, der Geist klein und die Menschen kleinmütig werden müssen. Theater, das vierzig Millionen kostet, von der Oper nicht zu reden, sie ist sowohl teu-

Zwerenz: „Armes Westdeutschland"

rer wie leerer, Theater also, das mit dieser Medea, in der Kopf und Bauch, Geist und Sinnlichkeit so explosiv zu Tage treten, einfach nichts mehr anzufangen weiß, ist sich selbst zu billig geworden. Wer aber, wenn nicht die Theaterkritik, müßte dann merken, was hier geleistet wird? Daß sie's nicht spürt, diese jammervolle Kritik, wenn da was bewegt wird, zeugt von einer allgemeineren Misere. Man will, auf der Bühne wie im Leben, den Konflikten entweichen, menschliche Existenz wie Essenz ausgespart wissen – zurück zum klassischen Vergnügen, das ein sich-Begnügen ist. Da, natürlich, hat Neuenfels nichts mehr zu suchen. Die Stimmen mehren sich denn auch beim Publikum und in den kommunalen Verwaltungen, die ihn austreiben wollen, den unruhvollen, ständig Unruh stiftenden Bühnenteufel.

Das spießige Kleinbürgertum, das nichts als seine Unterhaltung haben will, und die direkt von Marx oder dem lieben Heiland abstammenden Kritiker, die eine vorgestanzte Klassenkampfwahrheit oder eine vorgepredigte Heilsarmee-Botschaft vom Kunstwerk erwarten, sie befinden sich auf zwei einander gleichen Holzwegen. Die Kunstproduktion, die heute in allen Verunsicherungen zählt, ist diejenige, die sich billiger Antworten enthält und ihre Wahrheit ganz in der eigenen Erfahrung sucht. Wer das wagt, stößt links und rechts und in der bequemen Mitte an, setzt Erfolg, Renommee und Existenz aufs Spiel. Sei's drum. Von denen, die in der Kultur ihre Lebensversicherung sehen, haben wir eh' mehr als genug – und bei den Kunstkritikern scheinen es 99 % zu sein. Genauso sehen sie aus. Genauso besserwisserisch in aller schönen Unkenntnis schreiben sie. Armes Westdeutschland. Über dessen Kunstkritik Heinrich Mann, ohne sie zu kennen, schon 1944 geschrieben hatte: „Wer ohne Phantasie ist, bewegt sich im geistigen Unfug, er handelt vernunftlos." ■

konkret

„die beste linke Zeitschrift, sehr zu empfehlen"
(sagt Tintenfisch 9: Jahrbuch für Deutsche Literatur)

Ganz KONKRET: Wer jetzt einen neuen KONKRET-Abonnenten für mindestens 1 Jahr wirbt, bekommt als Prämie entweder den großen CIA-Report von Marchetti/Marks oder den neuen Halbritter.

Ausschneiden und einsenden an: KONKRET, Kennwort Abo, Große Reichenstr. 25/27, 2000 Hamburg 11

Für ein Jahresabonnement KONKRET habe ich

Herrn/Frau/Frl. _____

Straße _____

PLZ/Wohnort _____

ab _____ (Monat/Jahr)
gewinnen können.
Die Rechnung über DM 42,– (inkl. MwSt.) schicken Sie bitte an mich/an den neuen Abonnenten (Nichtzutreffendes bitte streichen)
Als Prämie möchte ich den
CIA-Report ☐
Halbritter ☐ (Bitte ankreuzen)
Meine Anschrift:

Name: _____

Straße: _____

PLZ/Ort: _____

(Dieses Angebot gilt nur für die BRD und West-Berlin)
Rechtshinweis: Diese Bestellung kann innerhalb einer Woche schriftlich widerrufen werden. Es genügt während dieser Frist eine Mitteilung an KONKRET, Große Reichenstr. 25/27, 2000 Hamburg 11

_____
Datum Unterschrift

Michael Schilling:

Ich liebe Gunvald Larsson. Sie noch nicht?

Als rororo-thriller soeben erschienen: „Der Polizistenmörder" von Maj Sjöwall und Per Wahlöö. Garantiert nicht Goethe- oder Friedenspreis-verdächtig. Denn die Lektüre macht Spaß, überfordert keinen und vermittelt spielend Einsichten, die der landläufige Gemeinschaftskunde-Unterricht verbaut.

Ich habe mich nach langer und gründlicher Überlegung entschlossen, das Polizeikorps zu verlassen. Was ich hier sagen will, ist, daß ich es ganz einfach nicht länger aushalte, Polizeibeamter zu sein. Es ist denkbar, daß ein Gemeinwesen die Polizei hat, die es verdient, aber das ist eine These, die ausführlich zu behandeln ich nicht beabsichtige, zumindest nicht jetzt und nicht hier. Ich bin ein Mann, der sich nach 27 Dienstjahren in solchem Maße seines Berufes schämt, daß mein Gewissen es mir verbietet, ihn noch länger auszuüben. Daher bitte ich um fristlose Entlassung aus meinem Dienstverhältnis.

Sten Lennart Kollberg"

Die Leser der Kriminalromane von Maj Sjöwall und Per Wahlöö hatten das kommen sehen, spätestens seit dem sechsten Band („Und die Großen läßt man laufen") der auf zehn Bände angelegten Serie. Im neunten Band ist es jetzt so weit: Kriminalkommissar Lennart Kollberg, Freund und engster Mitarbeiter des inzwischen vom Ersten Kriminalassistenten (in „Die Tote im Götakanal") zum Chef der Reichsmordkommission aufgestiegenen Martin Beck, resigniert vor der Inflation der Gewalt, in die engstirnige Politiker und reaktionäre Polizeiführer das Land und seine „Ordnungskräfte" getrieben haben. Nach einem vom Bürochef Malm geleiteten Einsatz gegen einen Einbrecher und einen verängstigten Jugendlichen, deren Schlupfwinkel von fünfzig Mann mit Helmen, Gesichtsschutz, Maschinenpistolen und kugelsicheren Westen plus zwei dressierten Spezialhunden, vier Tränengasexperten und einem Hubschrauber umstellt worden war, schreibt Kollberg sein Entlassungsgesuch. Dabei ist Kollberg kein Eiferer, noch in seinem Kündigungsbrief weist er darauf hin, daß sein Entschluß „kein politischer Akt ist, auch wenn viele es so auffassen werden". Kollberg haßt bloß jede Gewalt, die mehr will, als ein friedliches Leben in der Gesellschaft sichern. Und im Schweden der beginnenden siebziger Jahre spürt er mehr als er er-

Was passiert, wenn die Polizei zur Bürgerkriegsarmee wird . . .

kennt, wie eine Polizei zur Bürgerkriegsarmee wird.

Das ist der große Krimi, die wirklich kriminelle Geschichte hinter den zehn Krimis des Ehepaars Sjöwall/Wahlööö: Die Geschichte vom Selbstmord der politischen Ideologie, die sich Sozialdemokratie oder demokratischer Sozialismus nennt. Die in vierzigjähriger ununterbrochener Regierung aus Schweden das Land mit der höchsten Selbstmordquote der Welt gemacht hat. In deren „Netz sozialer Sicherheit" sich die Haie wiegen, während die kleinen Fischer, die immer größeren Schwärme jugendlicher Arbeitsloser, ungelernter Arbeiter und enterbter Kleinbürger, durch die Maschen fallen – in Alkoholismus, Drogensucht, Apathie, Kriminalität.

Mit diesen Abfällen des „schwedischen Modells" haben Lennart Kollberg, Martin Beck, Fredrik Melander, Einar Rönn und Gunvald Larsson zu tun. Doch nur einer von ihnen, Gunvald Larsson, macht sich einen politischen Vers drauf. Er, ein Mann von 192 cm Länge und zwei Zentnern Gewicht, der vor keiner verschlossenen (fremden) Tür Halt machen kann, der mit seinem Bekleidungsfimmel den Kollegen auf die Nerven geht und mit seinen unentwegten Dienstpflichtverletzungen immer knapp am Rande eines Disziplinarverfahrens steht, formuliert eine einfache Antwort auf das kriminelle Desaster: „So funktioniert eben das kapitalistische System."

„Vulgär-Marxist" wäre ein viel zu feines Wort für Gunvald Larsson und seine Sprüche. Auch ist er natürlich nicht mal ein Arbeiterkind, sondern das schwarze Schaf einer Familie feiner Pinkel. In keinem der jetzt neun Bände lassen Sjöwall/Wahlööö ihn erklären, warum der Kapitalismus an allem schuld ist. Er darf bloß so handeln, als ahnte er's. Und wenn er in einer bestimmten Situation „Scheiße" sagt, bringt das mehr politische Erhellung als die Fernsehrede des Reichspolizeichefs (oder eines Bonner Innenministers mit Professoren-Titel).

Es ist unmöglich, von *einem* Sjöwall/Wahlööö gefesselt zu sein. Man muß alle zehn lesen, möglichst in Reihenfolge: Wie die Ehe Martin Becks langsam austrocknet, wie die Tochter sich befreit und der Sohn ihn verachten lernt, wie Lennart Kollberg sich Gunvald Larsson nähert, wie der freiheitlich-demokratische Schub der mittsechziger Jahre in der schwedischen Polizei aufgefangen und umgedreht wird, wie die immer schwerere Bewaffnung der Ordnungsmacht zu immer schwereren Gewaltverbrechen führt – und nicht, wie auch unsere Innere-Sicherheits-Politiker behaupten, umgekehrt (Sjöwall/Wahlööö weisen das mit Vergleichszahlen zwischen Schweden und Dänemark nach).

Dabei ist die politische Didaktik dieser Krimi-Reihe seltsam unaufdringlich. Und doch lernt der Leser von Band zu Band, wie sich eine mit Sozialklimbim gepolsterte Beruhigungszelle des aufgeklärten Kapitalismus, genannt „Schwedisches Modell", unaufhaltsam zum gesellschaftsumfassenden Irrenhaus ausbaut, das keine Therapeuten, sondern nur noch Wärter braucht.

Ich hatte gerade den „Polizistenmörder" gelesen, als in Schweden Olof Palmes

Wohin geht die PLO–Führung? S.30

Arbeiterkampf

Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes

Nr. 6/90 4.10.76

Nach der Wahl: Alles beim Alten!

Korruption

"Lockheed", Helaba und so weiter

Abonnement
12 Ausgaben DM 16,80
Förderabo DM 20,–

Freiexemplar anfordern!
erscheint 14tägig, 48 Seiten DM 1,–

...der Klarheit und der Wahrheit wegen!

Der ARBEITERKAMPF ist die zentrale politische Zeitung des Kommunistischen Bundes. Diese Zeitung sollte lesen, wer

- in Betrieb und Gewerkschaft für die Interessen der Arbeiter und Angestellten kämpft,
- in Schule und Universität gegen „Spar"politik und politische Unterdrückung Widerstand leistet,
- mit Befreiungsbewegungen Asiens, Afrikas und Lateinamerikas solidarisch verbunden ist
- und als Linker ständig darüber informiert sein will, was die Rechte tut.
- Wir berichten exakt und ausführlich über alle Formen der politischen Unterdrückung (Berufsverbote, politische Entlassungen, Gewerkschaftsausschlüsse, Polizei- und Justizterror) und propagieren (in Auseinandersetzung mit den anderen Organisationen der westdeutschen Linken), wie der Kampf dagegen und für den Sozialismus zu führen ist.

Das „kleinere Übel", das zu immer größeren Übeln führt

Format A 5 68 Seiten DM 3,-

ARBEITERKAMPF
Verlag J. Reents
Lerchenstr. 75
2000 Hamburg 50

Sozialdemokraten nach vierzig Jahren Regierung abgewählt und von irgendeinem bürgerlichen Fitzliputz abgelöst wurden. Weder das eine noch das andere konnte einen Leser von Maj Sjöwall und Per Wahlöö überraschen.

PS: Im nächsten Frühjahr erscheint der zehnte, der letzte Band der Serie in deutscher Übersetzung. Mehr waren nicht geplant, es wird auch nicht mehr geben. Per Wahlöö, der 1956 wegen politischer Aktivitäten aus Spanien ausgewiesen worden war, starb 1975. ■

Der große Krimi in 10 kleinen:

Leseproben aus den Romanen von Sjöwall/ Wahlöö zum Thema:

Das schwedische Modell des Polizeistaats

Wenn man unbedingt im Zuchthaus landen will, muß man einen Polizisten umlegen.

Dieses Rezept gilt in den meisten Ländern, und Schweden macht da keine Ausnahme. Unaufgeklärte Morde gibt es genügend in der schwedischen Kriminalgeschichte, aber ein Mord an einem Polizeibeamten ist nicht darunter.

Stößt einem Mitglied der eigenen Zunft etwas zu, ist plötzlich die gesamte Polizei einsatzbereit. Alles Gerede von Personalknappheit und fehlendem modernem Material ist wie weggeblasen, und auf einmal werden mehrere hundert Mann mobilisiert, wo sich sonst nur drei oder vier Beamte an die Arbeit machen.

Wer einen Polizisten angreift, wird immer erwischt. Nicht weil man mit der Unterstützung der Öffentlichkeit rechnen kann, wie das zum Beispiel in England oder in den sozialistischen Staaten der Fall ist, sondern weil die Privatarmee von Rikspolischefen plötzlich weiß, was sie will und außerdem mit Freude an die Arbeit geht.

Martin Beck stand auf Regeringsgatan und genoß die frische Luft dieses frühen Morgens.

Er war nicht bewaffnet, dafür trug er in der Innentasche seines Jackets ein vervielfältigtes Rundschreiben der Rikspolis-Behörde bei sich. Das hatte am Vortag auf seinem Schreibtisch gelegen und war die Abschrift einer ganz neuen soziologischen Untersuchung.

Die Soziologen standen in sehr schlechtem Ruf bei der Polizei, besonders seit sie sich in den letzten Jahren immer häufiger mit der Haltung und den Plänen der Polizei beschäftigten, und alle ihre Veröffentlichungen wurden höheren Orts mit großem Mißtrauen beobachtet. Vielleicht hatte man dort das Gefühl, daß man auf die Dauer nicht die Behauptung aufrechterhalten könnte, daß alle, die sich mit Soziologie beschäftigten, verkappte Kommunisten und nur darauf versessen seien, den Umsturz vorzubereiten.

Den Soziologen war beinahe alles zuzutrauen, darauf hatte zum Beispiel Intendant Malm vor gar nicht langer Zeit in einem seiner häufigen Ausbrüche entrüstet hingewiesen. Malm war sozusagen der Chef, unter anderem von Martin Beck.

Vielleicht hatte Malm recht. Die Soziologen kamen auf die unmöglichsten Dinge. Sie wiesen zum Beispiel auf die Tatsache hin, daß heutzutage ein Zeugnis mit Noten unter dem Durchschnitt ausreichte, um an der Polizeischule aufgenommen zu werden. Und daß der Intelligenz-Quotient der Streife fahrenden Beamten in Stockholm auf 93 gesunken war.

„Alles Verleumdung!" hatte Malm gerufen. „Und außerdem stimmt es gar nicht. Der IQ bei uns ist auch nicht niedriger als in New York!"

Er war gerade zu einem Studienbesuch in den Staaten gewesen.

Die Untersuchung in Martin Becks Tasche wies auf neue interessante Fakten hin. Dort wurde festgestellt, daß der Polizeiberuf nicht riskanter war als jede andere normale Arbeit. Ganz im Gegenteil, bei den meisten anderen Berufsgruppen war das Risiko erheblich größer. Bau- und Waldarbeiter lebten viel gefährlicher, gar nicht zu reden von den Hafenarbeitern, Kraftfahrern und Hausfrauen.

Aber war es nicht immer die allgemeine Auffassung gewesen, daß der Job der Polizisten gefährlicher war, härter und schlechter bezahlt als alle anderen? Die Antwort war schmerzlich einfach. Ja. Denn keine andere Berufsgruppe war so auf ihre Rolle festgelegt und dramatisierte ihre alltäglichen Aufgaben in so hohem Grade wie eben die Polizei.

Alles war durch Zahlen belegt. Die Anzahl der verletzten Polizeibeamten war verschwindend klein, verglichen mit der Anzahl von Personen, die im Laufe eines Jahres von der Polizei mißhandelt worden waren. Und so weiter.

Das galt im übrigen nicht nur für Stockholm. In New York wurden beispielsweise im Durchschnitt sieben Polizisten im Jahr getötet, dagegen erwischte es zwei Taxifahrer im Monat, eine Hausfrau pro Woche und täglich einen Arbeitslosen.

An diesem Freitag trat das ein, was jeder am meisten gefürchtet hatte. Der Reichspolizeichef setzte sich plötzlich in den Kopf, daß jemand die Absicht haben könne, den Botschafter der Vereinigten Staaten mit Eiern zu bewerfen. Vielleicht sogar das Botschaftsgebäude mit Tomaten. Oder das Sternenbanner in Brand zu stekken.

Die Sicherheitspolizei war beunruhigt. Sie lebte in einer Scheinwelt, in der es von gefährlichen Kommunisten, bombenlegenden Anarchisten und Ganoven wimmelte, welche die Gesellschaft dadurch ins Verderben stürzen wollten, daß sie gegen Einwegflaschen und die Zerstörung der städtischen Umwelt protestierten. Die Sicherheitspolizei bezog ihre Informationen vorwiegend von der Ustascha und anderen Faschistenorganisationen, mit denen sie noch immer fröhlich zusammenarbeitete, um Angaben über angebliche Linksaktivisten zu erhalten.

Der Reichspolizeichef persönlich war noch unruhiger. Er wußte nämlich, wovon bislang nicht einmal die Sicherheitspolizei Wind bekommen hatte. Ronald Reagan war im Anrücken. Der wenig populäre Gouverneur war schon in Dänemark aufgetaucht und hatte dort mit der Königin geluncht. Es war nicht auszuschließen, daß er auch in Schweden einzufallen gedachte, und keineswegs sicher, daß der Besuch geheimgehalten werden konnte.

Deshalb kam die für den Abend angesagte Vietnam-Demonstration äußerst ungelegen. Viele tausend Menschen hatten sich über die Bombenteppiche empört, mit denen Dämme und ungeschützte Dörfer in Nordvietnam belegt worden waren, die jetzt aus Prestigegründen in die Steinzeit zurückgebombt werden sollten. Einige der Demonstranten hatten sich auf Hakberget versammelt, um eine Resolution anzunehmen. Diese sollte später irgendeinem Posten in der US-Botschaft übergeben werden.

Das durfte nicht geschehen. Die Situation war kitzlig; der Polizeichef von Stockholm hatte dienstfrei, und der Chef der Ordnungspolizei befand sich im Urlaub. Tausende von Störenfrieden hielten sich in der Nähe des sakrosanktesten Gebäudes der Stadt auf – dem Glaspalast der amerikanischen Botschaft.

Der Reichspolizeichef faßte in dieser Lage einen historischen Beschluß; er würde persönlich darauf achten, daß die Demonstration einen friedlichen Verlauf nahm, den Zug selbst zu einem ungefährlichen Platz führen, weg von der gefährlichen Nachbarschaft. Der ungefährliche Platz war Humlegården, ein Park in der Innenstadt. Dort sollte die verflixte Resolution verlesen werden, und anschließend würde man den Demonstrationszug auflösen können. Die Demonstranten waren friedlich und ließen sich auf alles ein. Der Zug setzte sich in Bewegung, über Karlavägen nach Norden. Jeder diensttaugliche Polizeibeamte, dessen man hatte habhaft werden können, war mobilisiert worden, um die Aktion zu überwachen.

Zum Beispiel Gunwald Larsson, der sich plötzlich in einem Hubschrauber wiederfand und auf die lange Reihe von Menschen herunterstarrte, die sich mit Spruchbändern und FNL-Fahnen in den Händen langsam in nördlicher Richtung bewegten. Er sah deutlich, was da unten geschah, konnte aber nicht viel dagegen machen. Er hatte im übrigen auch keine Lust dazu.

An der Ecke Karlavägen und Sturegatan führte der Reichspolizeichef persönlich den Demonstrationszug direkt in ein zahlreiches und sehr saures Fußballpublikum hinein, das aus dem Stadion strömte. Die Fußballfans waren zum Teil angeheitert, vor allem aber unzufrieden über ein schlechtes Spiel. Das Durcheinander, das dann folgte, erinnerte an den Rückzug von

Waterloo oder an den Besuch des Papstes in Jerusalem. Innerhalb von drei Minuten hieben Polizisten aller Gattungen wahllos auf alles und jeden ein; Anhänger von Djurgården ebenso wie Pazifisten wurden mit Knüppelschlägen überschüttet, Motorradstreifen und berittene Polizei drängten von allen Seiten auf die verwirrten Menschenmassen ein. Demonstranten und Fußballfreunde fingen plötzlich an, aufeinander loszugehen, ohne recht zu wissen warum, und schließlich knüppelte die Polizei auch Kollegen in Zivil nieder. Der Reichspolizeichef mußte mit einem Hubschrauber befreit werden.

Allerdings nicht mit dem, in dem Gunvald Larsson saß, denn er hatte schon nach etwa einer Minute befohlen: „Fliegen Sie los, verdammt noch mal, aber so weit weg wie möglich".

Hundert Menschen waren festgenommen worden; noch mehr waren verletzt. Keiner von ihnen wußte, warum.

In der Stockholmer Innenstadt herrschte Chaos.

Und der Reichspolizeichef mahnte aus alter Gewohnheit: „Davon darf nichts an die Öffentlichkeit".

Vor einigen Jahren hatte irgend jemand bei der Polizei die Möglichkeit entdeckt, mit einfachen, aber nicht sofort durchschaubaren Methoden die Kriminalstatistik zu manipulieren, so daß sie ein schiefes Bild ergab, ohne dabei völlig falsch zu sein. Es begann damit, daß man sich ein militanteres und einheitliches Polizeikorps wünschte sowie noch umfangreichere technische Hilfsmittel im allgemeinen und eine bessere Bewaffnung im besonderen. Um dies zu erreichen, mußte man die Risiken des Berufs übertreiben. Da allgemeines Geschwätz als politisches Druckmittel nicht ausreichte, fand man einen anderen Ausweg: man manipulierte die Statistik.

Hierbei boten die politischen Demonstrationen in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre großartige Möglichkeiten. Die Demonstranten plädierten für Frieden und wurden mit Gewalt niedergeknüppelt; sie waren fast nie mit etwas anderem bewaffnet als mit Plakaten und ihrer Überzeugung, man begegnete ihnen aber mit Tränengas, Wasserwerfern und Gummiknüppeln. Fast jede Manifestation der Gewaltlosigkeit entwickelte sich zu Chaos und Tumult. Menschen, die sich friedlich verhalten wollten, wurden mißhandelt und festgenommen. Dann wurden sie wegen „Gewalttätigkeit" oder wegen „Widerstands gegen die Staatsgewalt" angezeigt, und unabhängig davon, ob sie vor Gericht gestellt wurden oder nicht, wurden die Angaben in die Statistik eingefüttert. Die Methode funktionierte ausgezeichnet. Jedesmal wenn man ein paar Hundertschaften Polizei losschickte, um auf einen Demonstrationszug einzuprügeln, schoß die Zahl angeblicher Fälle von Polizistenmißhandlung in die Höhe.

Die uniformierte Polizei wurde ermuntert, mit eiserner Faust durchzugreifen, wie es heißt, und zahlreiche Beamte taten dies auch mit Begeisterung und bei allen möglichen Anlässen. Wenn man einem Säufer eins mit dem Gummiknüppel über den Schädel gibt, ist die Gefahr relativ groß, daß er zurückschlägt. Das war eine einfache Lektion, jeder konnte sie lernen.

Die Taktik setzte sich durch. Die Polizei wurde bis an die Grenze des Denkbaren bewaffnet. Situationen, die früher von einem einzigen Mann hatten bewältigt werden können, der mit nichts als einem Bleistift und einer Spur gesunden Menschenverstandes ausgerüstet gewesen war, erforderten plötzlich einen Einsatzwagen voller Polizisten mit Maschinenpistolen und kugelsicheren Westen.

Auf etwas längere Sicht zeitigte diese Taktik ein Ergebnis, mit dem man nicht gerechnet hatte. Gewalt gebiert nicht nur Abneigung und Haß, sondern auch Unsicherheit und Furcht.

Jetzt hatte man es so weit gebracht, daß die Menschen tatsächlich Angst voreinander hatten. Stockholm wurde zu einer Stadt, in der Zehntausende furchtsamer Individuen lebten, und ängstliche Menschen sind gefährlich.

Viele der sechshundert Polizeibeamten, die den Dienst quittiert hatten, hatten es aus Angst getan. Obwohl sie, wie gesagt, bis an die Zähne bewaffnet gewesen waren und in ihren Streifenwagen gehockt hatten.

Etliche waren natürlich auch aus anderen Gründen aus Stockholm geflüchtet, beispielsweise aus allgemeinem Unbehagen oder aus Ekel über das Gewerbe, das sie hatten ausüben müssen.

Der eingeschlagene Kurs hatte sich also als falsch erwiesen. Seine tiefste Motivation war in Dunkel gehüllt. Viele glaubten jedoch, im Dunkel braune Farbtöne zu ahnen.

Der Angriffsplan sah bestechend einfach und zielgerichtet aus: Der Mann auf dem Dach sollte zuerst durch einen massiven Einsatz von Tränengas kampfunfähig gemacht werden. Danach würden tieffliegende Hubschrauber die Spezialisten zu beiden Seiten des Verbrechers absetzen. So von zwei Seiten gleichzeitig angegriffen, blieb dem durch das Gas außer Gefecht Gesetzten praktisch keine Chance.

Nur Gunvald Larsson schien der Plan nicht zu passen. Er nahm sich aber zusammen und machte sich lediglich mit der Bemerkung unbeliebt, er halte nach wie vor den Angriff vom Innern des Hauses her für sinnvoller.

„Jetzt bleibt es so, wie ich befohlen habe", erwiderte Malm. „Wir wollen keine Heldentaten liefern. Die beiden Burschen sind für solche Fälle ausgebildet und haben eine Chance von neun zu eins. Es ist sogar damit zu rechnen, daß einer von beiden ohne einen Kratzer davonkommt. Also jetzt keine amateurmäßigen Vorschläge oder Einwände mehr. Verstanden?"

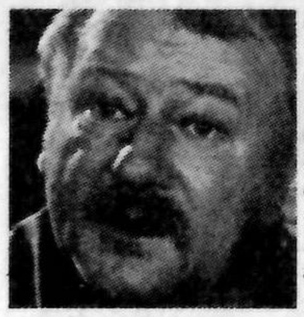
„Verstanden!" antwortete Gunvald Larsson. „Heil Hitler!"

Malm fuhr zusammen, als ob er sich an einem glühenden Eisen verbrannt hätte. „Das vergeß ich dir nicht", zischte er. „Darauf kannst du Gift nehmen."

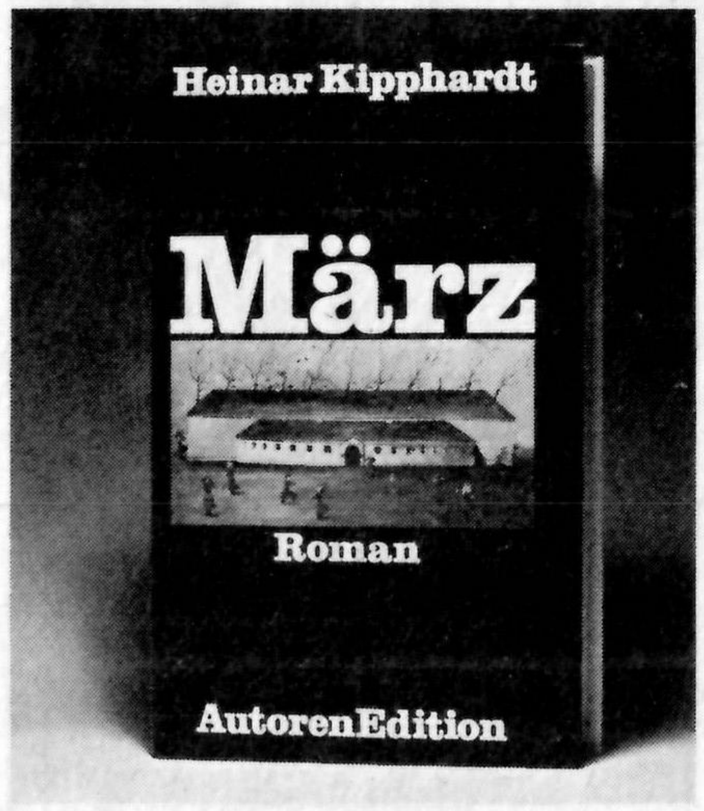
Auch alle anderen sahen Gunvald Larsson vorwurfsvoll an, und Rönn, der ihm am nächsten stand, sagte leise:

„Das war eine ziemlich dumme Bemerkung, Gunvald."

„Findest du?" fragte Gunvald Larsson. ■



Heinar Kipphardt, geboren 1922, Psychiater, Dramaturg, lebt als Schriftsteller in der Nähe von München. Er wurde durch seine Dramen, für die er viele Literaturpreise bekam, auch international bekannt: »In der Sache J. Robert Oppenheimer«, »Joel Brand, die Geschichte eines Geschäfts«, »Die Soldaten« u. a.



252 Seiten, 26,– DM

»... es macht Mut – und Lust – Fragen zu stellen. Das ist viel.«
Hans Brender/Deutsche Volkszeitung

»... konkret, sinnlich, plastisch, ja spannend ... ein außerordentlich wichtiges, sehr beunruhigendes Buch, ein gezieltes, gelungenes und notwendiges Ärgernis.«
Wolfgang Hädecke/Stuttg. Zeitung

Kontext 1, der erste Band einer Publikationsreihe, die in loser Reihenfolge erscheinen soll, faßt die bisherige Diskussion zusammen, analysiert Entwicklungstendenzen und erörtert neu aufgetauchte Fragestellungen. Persönliche Erfahrungsberichte stehen neben polemischen Essays und wissenschaftlichen Analysen. Kontext 1 argumentiert gegen dogmatische Verengungen und für die Erweiterung der Möglichkeiten von Literatur.

250 Seiten
Pb. 18,– DM

Stichproben kostenlos anfordern.
Postkarte genügt!
An: C. Bertelsmann/München
Steinhauser Straße 1
8000 München 80

AutorenEdition

Die neuen pockets

Jürgen Roth

Eltern erziehen Kinder

Kinder erziehen Eltern

Elterninitiativen nach der Kinderladenbewegung

pocket/k&w

Was ist aus der Kinderladenbewegung geworden – fast 10 Jahre danach?
Der Autor gibt einen ersten Erfahrungsbericht über die Elterninitiativen der 70er Jahre und ihren Versuch einer emanzipatorischen Kollektiverziehung. Mit Protokollen, Gesprächen, eigenen Erfahrungen des Autors und praktischen Anleitungen zum richtigen Umgang mit Problemen in Elterninitiativgruppen.
130 Seiten, Broschur DM 10,–

pocket 72
Günter Wallraff
Aufdeckung einer Verschwörung
Die Spinola-Aktion
„Aufdeckung einer Verschwörung" versteht sich als direkte Fortsetzung der Aktion, mit der es Günter Wallraff gelang, die Vorbereitungen eines rechten Putsches in Portugal zu entdecken und zu entlarven.
Das Buch enthält die vollständigen Tonbandprotokolle und die Unterlagen der Putschpläne, die Wallraff von den Verschwörern übergeben wurden und die bisher nur zu einem geringen Teil veröffentlicht worden sind.
144 Seiten, Broschur DM 8,50

pocket 70
Ursula Linnhoff
Weibliche Homosexualität
Zwischen Anpassung und Emanzipation
„Feminismus ist die Theorie – Lesbianismus die Praxis" wurde zu einem Schlagwort der Neuen Frauenbewegung. Die Autorin, die seit Jahren mit Gruppen der Neuen Frauenbewegung zusammenarbeitet und die auch mit Gruppen homosexueller Frauen in Kontakt steht, gibt in diesem Band einen kurzen Überblick über die verschiedenen Forschungsergebnisse auf dem Gebiet der Medizin, der Psychoanalyse und Soziologie, zu den Fragen der Homosexualität, insbesondere der weiblichen, und stellt dar, seit wann und wie sich bis heute die Homosexuellen politisch organisiert haben und welchen ideologischen Standpunkt sie vertreten.
Im Anhang: Adressen von Gruppen homosexueller Frauen.
144 Seiten, Broschur DM 10,–

K&W Verlag Kiepenheuer & Witsch

Dumm aber glücklich

Erich Frister, der Vorsitzende der Lehrergewerkschaft GEW, spricht vom „Schicksal Hauptschule". Warum und wie man's abwenden kann, erklärt Reinhard Kahl

Wenn ein Gymnasiast dreimal sitzen bleibt, verdirbt ihm das noch nicht das Abitur. Wird aber ein Hauptschüler auch nur einmal nicht versetzt, muß er die Schule in der Regel nach der achten Klasse verlassen. Dann schon ist sein Recht auf die neunjährige Schulpflicht abgegolten. So bleibt bis zu einem Drittel der Hauptschüler ohne Schulabschluß. Von der Schule zu Versagern abgestempelt, von den Arbeitsämtern als lernbehindert eingestuft, hält die Wirtschaft diese Jugendlichen nicht für ausbildungsfähig.

Wenn ein Gymnasiast noch einen freien Studienplatz auftreibt, kann er seinen Anspruch auf die akademische Ausbildung einklagen. Anders der Hauptschüler, der in der Zeitung liest, daß der Arbeitgeberver-

Deutsche Hauptschulklasse: „Geborgenheit der Backstube"

band – nach eigenen Angaben – 40 000 Lehrstellen zurückhält, weil ihm Ausbildungsordnungen nicht passen.

Als man die Hauptschule noch Volksschule nannte, besuchten sie mehr als 80 Prozent aller Schüler. Inzwischen wechselt ein Drittel der Grundschüler zum Gymnasium, ebensoviele gehen zur Realschule. Die Minderheit bleibt in der Hauptschule, in den Großstädten nur 20 Prozent, in Berlin-Zehlendorf, einer Villengegend, in diesem Jahr noch 7,9 Prozent und davon kommen 80 Prozent aus Heimen. Jedes zweite Arbeiter- und Ausländerkind in Berlin-Kreuzberg dagegen kann dem „Schicksal Hauptschule" (GEW-Vorsitzender Frister) nicht entkommen.

Die ehemalige Hauptschule entmündigte die Masse der Bevölkerung zur schweigenden Mehrheit, die heutige Hauptschule verwahrt eine sprachlose Minderheit, sie wird zur Klassenschule für die Kinder der angelernten und ungelernten Arbeiter und für die Kinder der Arbeitsemigranten.

Erwin Niß, Leiter einer Hauptschule in Hamburg-Billstedt, beschreibt den Bildungsgang der Hauptschüler so: „Hauptschüler und ihre Eltern fühlen sich diskriminiert, und zwar schon einfach dadurch, daß aus den vierten Klassen der Grundschule bis zu 50 Prozent der Schüler auf das Gymnasium übergehen und dann aus der vierten Klasse zwei fünfte gebildet werden; dann ist das erste Mal der Rahm abgeschöpft. Das zweite Mal, wenn am Ende der Klasse sechs die Entscheidung getroffen werden muß für Realschule oder Hauptschule. Dann entstehen aus zwei sechsten Klassen eine Realschulklasse und eine Hauptschulklasse. Das heißt, daß hier nach zweimaligem Umorganisieren 25 Prozent eines Jahrgangs zusammengefaßt werden. Das ist dann die Hauptschule als Restschule und das hat für die Schüler die Folge, daß sie sich auch als Restschüler fühlen."

Die Hauptschüler sind die Dummen des Auslesewettbewerbs, der spätestens in der Grundschule beginnt, neuerdings schon in der Numerus-Clausus-verseuchten „Vorschulerziehung", wo aufstiegsversessene Mittelstandseltern ihre Kinder mit logischen Blöcken und ähnlichem Leistungsspielzeug bombardieren. Aber sind die Hauptschüler deshalb auch die dümmeren, die weniger „begabten" Schüler? Ein Psychologe, der es wissen muß, Dr. Rudolf Amthauer, Ausbildungsleiter in den Farbwerken Hoechst, ist in drei Untersuchungen dieser Frage nachgegangen. Die Ergebnisse:

- Hauptschüler sind oft Spätentwickler. Schüler, die mit 15 Jahren nach Intelligenztests zur „weniger begabten" Gruppe gehören, erreichen mit 18 Jahren denselben Stand wie die vordem als „höher begabt" eingestuften und liegen mit 22 Jahren deutlich über dem Durchschnitt. Amthauers Schlußfolgerungen: „Die zurückgebliebenen Schüler sind in der Schule oft die Quertreiber. Die guten Schüler, die altklugen sind in ihrer Entwicklung früher zu Ende. Sie sind weniger kreativ."
- Schüler mit schlechten Zensuren erwiesen sich in Tests als kreativer und im Denken beweglicher als Schüler mit guten Noten.
- Hauptschüler und auch die als lernbehindert abqualifizierten Sonderschüler kamen im nicht-verbalen Bereich (visuelle, technische und ähnliche Fähigkeiten) zu teilweise hervorragenden Werten.
- Schüler, die in der Schule zu Versagern geworden waren, entwickelten in den Jahren nach der Schule eine rapide Steigerung ihrer sprachlichen Fähigkeiten. Die Schule begünstigt also ein angepaßtes Sprachverhalten.

Erfolg hat, wer sich den starren Denkformen anpassen kann, wer im Wohlverhalten glänzt und die Sprache der Schule spricht, die Sprache einfallsloser Nachbeterei.

So gesehen sind die Hauptschüler gar keine negative Auslese. Nur, wer an den Idealen bürgerlicher Bildung scheitert, dem werden in den Hauptschulen Selbstbewußtsein und Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten ausgetrieben.

Was in den psychologischen Untersuchungen Amthauers nicht auftaucht, ist die

RÉGIS DEBRAY
DER EINZELGÄNGER
ROMAN LUCHTERHAND

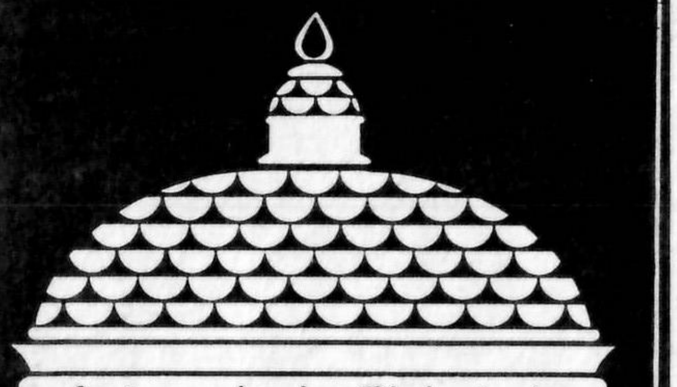
Leinen. DM 28,–
Der heute 35jährige Franzose großbürgerlichem Hause, Régis Debray, der mit Che Guevara und Salvador Allende befreundet war, hat den Roman eines politischen Abenteuers in Lateinamerika geschrieben.

Jean Ziegler
Eine Schweiz, über jeden Verdacht erhaben Luchterhand

Kartoniert. DM 19,80
Eine Anklage gegen die Schweiz – von einem Schweizer Nationalrat. Bank- und Industriemagnaten sind „Heuchler, Hehler, Banditen, Verbrecher". Millionen von Menschen und ganze Völker haben unter ihnen zu leiden. Beweise und Thesen, über die die es in der Schweiz und außerhalb so schnell nicht ruhig werden wird.

Luchterhand

Rudolf Sponsel:
166 Biografien von Freiheitskämpfern, Sozialisten, Frauenrechtlerinnen, Demokraten.
Taschenbuchformat, 142 Seiten, 36 Abbildungen, broschiert, DM 9,80
Ein ideales Nachschlagewerk für Schule und Studium.
Versand über PLAKATERIE,
Schildgasse 19
8500 Nürnberg
Versand gegen Nachnahme oder Vorauszahlung auf das Konto
Stadtsparkasse Nürnberg, Nr. 1117442
Bitte geben Sie bei Bestellung Zahlungsweise an.
Prospekt für Plakate, Bücher, Schallplatten anfordern.



Autoren in der Plakaterie
Nr. 21
Der Charakter und sein Preis
Beyträge zur Geschichte, Social-und Staatsbürgerkunde für teutsche Knaben und Mägdelein

Galerie+Verlag
Plakaterie

sozialmagazin

Im Oktober:

Heinsohn/Knieper und Monika Seifert über Kindertagesstätten: Realität – für Kinder verboten

Arbeitslose im Jugendzentrum: Solidarität lernen

Der Sozialstaat wird abgebaut

Mädchen im Erziehungsheim: Was wir bei den Nonnen erlebten

An den Beltz Verlag, Postfach 1120, 6940 Weinheim
Ich möchte SOZIALMAGAZIN kennenlernen und bestelle ab lfd. Nr. ein

Jahresabonnement zum Einführungspreis
12 Hefte für DM 28,– (statt DM 40,–) Gültig bis 31. 12. 76

Name, Vorname

Straße

PLZ/Ort

Unterschrift 113

Bitte beachten: Nach Ablauf des verbilligten Jahresabos liefern wir zum regulären Bezugspreis (Jahresabo DM 40,– inkl. Versandkosten und MwSt.) weiter, falls 8 Wochen vor Ablauf des verbilligten Abonnements keine Abbestellung bei uns erfolgt.

soziale Auswahl, die die Schule trifft. Das Bundesinstitut für Berufsbildungsforschung erklärt hierzu lakonisch:
„Hilfsarbeiter wird man vor allem dann, wenn Eltern Hilfsarbeiter sind."

Und der schleswig-holsteinische Kultusminister Braun formulierte diese Position kürzlich vor Hauptschullehrern in Kiel so: die Lehrer sollten bei Hauptschülern „hochgesteckte Erwartungen an Arbeitsbedingungen verringern", und er begründete diese Hauptschulpädagogik mit „der dringenden Notwendigkeit, die Zahl der Gastarbeiter erheblich zu verringern". Daß 89 Prozent der arbeitslosen Jugendlichen ohne Berufsausbildung Absolventen der Hauptschule sind, hat Braun nicht dazugesagt.

Um eine Hauptschule in der Leistungsgesellschaft dennoch legitimieren zu können, bastelt man im Sekretariat der Kultusministerkonferenz (KMK) an einer neuen Ideologie. Harald Kästner, Leiter der KMK – Abteilung Schulen: „Für Schüler, die den harten Leistungsanforderungen des Gymnasiums nicht gewachsen sind, brauchen wir wieder eine Schule, die spielerischer ist, die musische Qualitäten stärker betont. Aber kreativ müssen sie nicht sein!" Dumm aber glücklich!

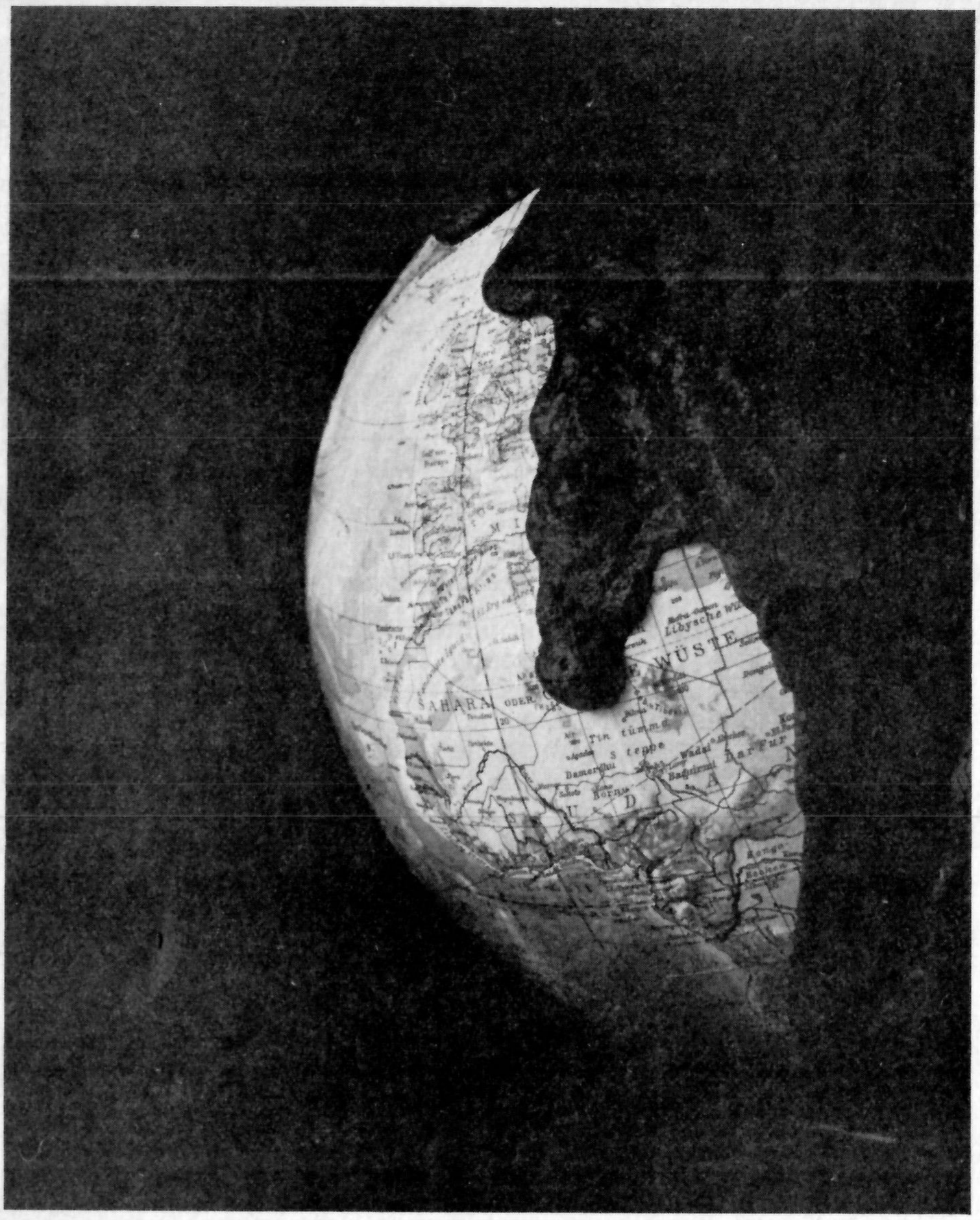
In Baden-Württemberg ist die Gegenreformation wie immer am weitesten. Nicht nur, daß Kultusminister Hahn die „Geborgenheit der Backstube" preist, hier gilt die Maxime: „Weniger horizontale Durchlässigkeit, mehr vertikale Verzahnung." Auf deutsch: Die Hauptschule soll weniger Übergangsmöglichkeiten zu weiterführenden Schulen bieten (horizontale Durchlässigkeit) sondern eng an die Ansprüche der Industrie und des Handwerks angebunden werden (vertikale Verzahnung). Zu diesem Zweck soll die Arbeitslehre ausgebaut werden.

Was man in Rheinland Pfalz zum Beispiel unter Arbeitslehre versteht, wird daran deutlich, wer über sie bestimmt: die Lehrerfortbildung für Arbeitslehre übernimmt die schwarz-braune Manager-Akademie Bad Harzburg.

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) hat es inzwischen aufgegeben, das Elend an den Hauptschulen bloß zu beklagen und von den Kultusbürokraten Gesamtschulen zu fordern. Die GEW hat zu einer Kampagne aufgerufen, die Hauptschulen in Gegenschulen umzufunktionieren: Das Schubkastensystem der Unterrichtsfächer, also die Aufteilung der Welt in Deutsch, Biologie, Religion, Physik und dergleichen soll fallengelassen werden. Statt dessen sollen im Projektunterricht in praktischen Vorhaben Lebensbereiche und Tätigkeitsfelder erkundet werden. Daneben sollen jahrgangsübergreifende Kurse angeboten werden, in denen die Schüler Kenntnisse und Fähigkeiten systematisch erlernen. Denn in einem Projekt, zum Beispiel über Umweltfragen, werden die Schüler bald merken, daß sie auch theoretische Kenntnisse brauchen. Andererseits werden sie in den Kursen erworbenes theoretisches Wissen in den Projekten anwenden und weiterentwickeln wollen. Die Schüler werden gezwungen miteinander zu arbeiten und voneinander zu lernen. So soll die Gegenschule vom Wissensegoismus befreien. Zensuren und Sitzenbleiben wird es nicht mehr geben.

Auch soll die Gegenschule nicht, wie bisherige Anstalten, von der Freizeit der Schüler und der Lebenswelt der Erwachsenen isoliert bleiben. Die Gegenschule ist als offenes Bildungszentrum gedacht.

Das Modell klingt in den versteinerten Verhältnissen nach naiver Utopie, aber es ist nicht ohne Chancen. Denn die Lehrer an den Hauptschulen und auch die Verantwortlichen in so manchen sozialdemokratischen Schulverwaltungen sind mit ihrem Latein am Ende. ■



Gretchen Klotz-Dutschke:

Rot schon – aber wie?

Hartmut Schulzes optimistischer Beitrag „Die Erde wird rot" (10/76) löste die erwartete Diskussion aus. Gretchen Klotz-Dutschke widerspricht in einem zentralen Punkt: „Sozialismus ist zuerst einmal keine Kapitalfrage!"

Die Männer sollen wieder noch einmal darüber diskutieren, wie die Erde rot wird. Schulze fordert in einem Brief z. B. Rudi Dutschke auf, seine Meinung dazu zu äußern. Die Frauen allerdings sollen sich höchstens mit der Vorbereitung des roten Puddings beschäftigen.

Das ist das Übliche, wo kapitalistische Verhältnisse herrschen, auch dort, wo rot aufgetüncht ist.

Okay. Die Erde wird rot, so oder so. Darüber gibt es kaum übergroßen Zweifel. Die rote Tatsache, die besonders plastisch auf dem KONKRET-Umschlag dargeboten wurde, kann und will erst recht keiner von uns leugnen. Aber formale Tatsachen, übertüncht mit Pudding, sagen noch nichts über die reale Lebenslage der Frauen, Kinder und Männer in diesen Ländern. Ist Qualität der wirklichen Befreiung nicht gerade daran zu messen?

Der Kapitalismus tritt wahrscheinlich wirklich in sein letztes (wohl unbekannt lang dauerndes) Stadium. Ein kleiner konjunktureller „Aufschwung" wird daran nichts ändern. Doch die Begleiterscheinungen der Krise sind gefährlicher geworden. Das Rot kann genausogut das letzte Blut der Menschheit sein wie das der überall wehenden roten Fahnen. Darin kann man mit Schulze übereinstimmen.

Gegen Schulze würde ich einwenden, daß sein „Optimismus" gegenüber dem „Weltgeist" in Gestalt der Sowjetunion mit sehr viel Pessimismus gegenüber den Menschen einhergeht. Das konkrete Individuum, die konkreten Klassen, die Frauen, die um ihre Befreiung und Interessen kämpfen, werden fast völlig den „großen Kräften" der Geschichte untergeordnet. Geschichte ist nicht mehr eine „Geschichte von Klassenkämpfen", sondern eine Geschichte von „Supermächten". Bei Schulze werden die konkreten Menschen handlungsunfähig. So ist die relativ unkritische Apologetik der SU-Politik unvermeidlich.

Der Sozialismus soll nun Ausdruck der internationalen Arbeiterbewegung sein, und insofern ist es logisch, daß die Verbreitung dieses Ziels gemeinsame Sache aller Völker der Welt ist. Bei Schulze erscheint es aber so, daß weder in China, noch in Kuba, Vietnam und Angola ohne die sowjetische Hilfe die politische Machtergreifung einer Regierung mit sozialistischem Anspruch möglich gewesen wäre. Für ihn vollzieht sich das Voranschreiten der „roten Sphäre" unzweideutig über den „weltbewegenden" Giganten Sowjetunion. Nicht einmal die rebellierenden, auf Autonomie insistierenden italienischen, spanischen und französischen Kommunisten erhalten insofern das Recht, selbständig denkende und handelnde Führungskräfte in ihrem Volke zu sein. Eigentlich ist es aber so, daß alle erwähnten Länder (vielleicht Angola ausgenommen) sich möglichst dagegen gesträubt haben, in die sowjetische Einflußsphäre zu geraten. China und Vietnam erreichten ihre Selbständigkeit.

In Italien, Spanien und Frankreich versucht die sozialistisch-kommunistische Front einen eigenen Weg zu gehen. Daß so viele Sozialisten und Kommunisten sich nicht damit abfinden wollen den Führungsanspruch der KPdSU hinzunehmen, liegt

Ein Konzern hält die Luft an.
Ein politisches Sachbuch. Herausgegeben von Michael Naumann.
184 Seiten. Broschur DM 14.80.

● Wer herrscht in Deutschlands Rathäusern:
● Bürger, Bürokraten oder das ökonomische Prinzip »Sachzwang«?
● Wie steht es um die demokratischen Wahrheiten »Freiheit« und »Selbstregierung« in den Städten.
● Wie wird der Standort neuer Industrie bestimmt?
● Wer zahlt die Folgekosten?
● Ist der Konflikt »Profit«/»Arbeitsplatzsicherung«/»Umweltschutz« überhaupt lösbar?
● Wie geheim ist heute politische Planung?
● Am konkreten Fall einer Industrieansiedlung thematisieren die Autoren allgemeine Probleme von Kommunen:
● Eine Kritik politischer Selbstentmündigung in den Städten und Gemeinden der Bundesrepublik.

Gisèle Freund, Photographie und Gesellschaft
Aus dem Französischen von Dietrich Leube. 253 Seiten mit 80 Photos. Broschur DM 25.–

»In allerletzter Zeit ist die Analyse des photographischen Bildes äußerst aktuell geworden. Ich hoffe mit diesem Buch, welches ich bewußt kurz hielt, einige Fragen, die zur Diskussion stehen, beantwortet zu haben.« (G. Freund)

Rosa von Praunheim, Sex und Karriere
284 Seiten mit ca. 200 zum Teil farbigen Bilddokumenten. Broschur DM 29.80.

»Die Diskussion ob Rosa von Praunheim ein progressiver oder ein faschistischer Künstler ist, ist noch lange nicht zu Ende.«
(Martin Dannecker)

Verlag Rogner & Bernhard
Trautenwolfstraße 5 · 8000 München 40

KONKRET-Redakteur Hartmut Schulze, Gretchen Dutschke: „So blöd sind die Leute nicht"

Gretchen Klotz-Dutschke studiert in Aarhus (Dänemark) Ernährungswissenschaft. Nach ihrem Theologie-Examen bei Helmut Gollwitzer hat sie zusammen mit Rudi Dutschke Westberlin verlassen; mehrere Anträge, ein Studium in der Bundesrepublik aufnehmen zu können, wurden danach mit Hinweis auf ihre amerikanische Staatsbürgerschaft abgelehnt.

bestimmt nicht, wie uns Schulze einzureden versucht, an einem „Mißverständnis" über das Stadium des „sowjetischen Sozialismus". So blöde sind diese Leute nicht. Im Gegenteil, diese Sozialisten und Kommunisten erkennen vielmehr immer deutlicher die eigenen Interessen ihrer Völker. Die authentischen Interessen der einzelnen nationalen Arbeiter, der Frauen und aller in Unmündigkeit geratenen, liegen manchmal zu den Interessen der sowjetischen Regierung in Widerspruch. Ob die Interessen der sowjetischen Regierung denen der sowjetischen Frauen, Bauern, Intelligenz und Arbeiter entsprechen, ist auch eine Frage. Sicher, im Endstadium des Kommunismus werden die Interessen sich elementar annähern, aber wir leben in der gegenwärtigen Etappe auf dieser und keiner anderen Erde. Da sollten die Interessengegensätze nicht verkleistert werden.

„Diesen »Fortschritt« den Arbeitern als Leckerbissen vorzuhalten, ist unverantwortlich"

Sehr problematisch ist, was Schulze über die Überlegenheit der sozialistischen Produktivität, das hervorragende Funktionieren des Wirtschaftssystems der RGW-Länder sagt. Denn selbst wenn die Industrieproduktion der RGW-Staaten von 1970–75 wirklich so wächst, wie Schulzes Skizze es zeigt, muß man fragen, wer den Nutzen dieses Wachstums hat, und wer vielleicht zusätzlich ausgebeutet wurde. Zwar muß Industriewachstum nicht notwendigerweise mit der Ausbeutung von Mensch und Natur verbunden sein. Eine von Menschen für Menschen geschaffene nicht feindliche Technik ist denkbar. Aber nirgendwo, auch nicht in den RGW-Staaten, liegt bisher eine alternative Produktions- und Lebensweise vor, die die Destruktivität der Technologie überwunden hätte. Diese Länder scheinen vielmehr, aus welchen Gründen auch immer, dem Kapitalismus hinterherzurennen. Die Arbeiterinnen und Arbeiter der RGW-Staaten haben tatsächlich seit Anfang der 70er Jahre einen schneller steigenden Lebensstandard als die des Westens also einen gewissen und erwähnenswerten Nutzen des Wachstums. Wuchs aber damit parallel die Arbeiterdemokratie, eine Demokratie neuen Typus, die nicht mehr bestimmt wird durch den Nutzeffekt des Wachstums, sondern durch die Verkürzung der Arbeitszeit und Erweiterung der Lebenszeit?

Ein geradlinig steigender Lebensstandard ist absurd. Dieser Kampf um die „schönen Waren", in welchen das schöne und wahre Leben zerstört wird, ist heute gefährlicher denn je geworden. Bringt doch die ungeheure Entfremdung von der Natur aller Dinge eine verdammte Destruktivität mit sich. Diesen „Fortschritt" den Arbeitern als Leckerbissen vorzuhalten, ist ideologisch unverantwortlich. Wobei es genauso wahnsinnig wäre, nicht zu erkennen, daß eine freiwillige Einschränkung der materiellen Forderungen der Arbeiter nur den Kapitalisten dienen würde. Die Frage ist ganz einfach zweischneidig. (Warum hat z. B. die DDR in ihren jetzigen 5-Jahresplan eine wesentliche Verminderung der Wachstumsrate des Lebensstandards eingeplant?)

Schulze führt uns in seinem Beitrag verschiedene Gruseltaten der „westlichen" Industrie vor. Man soll offensichtlich daraus schließen, daß die „östliche" qualitativ anders ist: schneller wachsend und gleichzeitig frei von den bösen Auswüchsen.

Aber wie sieht es aus mit der Umweltverschmutzung? Kein Zweifel, auch die sozialistischen Staaten leiten weiterhin ihre Scheiße in die Ostsee, die inzwischen eine Kloake geworden ist. Destruktiver Dreck ist destruktiver Dreck, ob er nun aus Dänemark oder Polen kommt. Wenn die Ostsee schließlich stirbt, ist nicht der US-Imperialismus daran schuld.

Oder untersuchen wir das Ernährungsproblem der Welt. Hat der sowjetische Sozialismus in den Jahrzehnten seiner Existenz dazu beigetragen, dieses Problem zu lösen? Die Antwort ist: nein. Die niedrige Nahrungsmittelproduktion in der Sowjetunion ist statt dessen ein bedeutender Teil dieses weltweiten Problems. Ein ursprünglich Agrarprodukte exportierendes Land muß sich schon seit langem Millionen Tonnen Getreide im kapitalistischen Ausland kaufen. Das hat dann sogar die Preise so hoch getrieben, daß manche ärmere Länder nicht kaufen konnten.

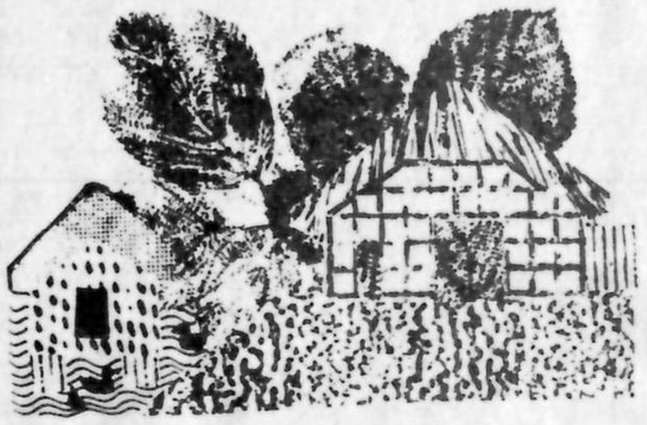
Betrachtet man nun Schulzes Schema über den Anteil der sozialistischen und imperialistischen Länder an der Weltindustrieproduktion, so findet man, daß heute die sozialistischen Länder die imperialistischen schon überholt haben. Das „sozialistische Ziel", das seit Stalin die Wirtschaftsführung bestimmte, wäre somit erreicht. Vom „Einholen und Überholen" kann aber heute noch immer keine Rede sein. Das weitere Wachstum der sowjetischen Produktivität hängt heute sogar direkt davon ab, wieviel Technologie Moskau dem Westen abkaufen kann. Es gibt verschiedene Schätzungen über das industrielle Wachstum in der SU, die zwischen jährlich zwei und acht Prozent in der Zeit von 1970–75 liegen. Die SU selbst gibt als ihr Industrie-Wachstum in der Zeit von 1970–75 etwa 39 Prozent an. Es ist zu zweifeln, ob die anderen RGW-Staaten ein so hohes Wachstum haben, daß der RGW-Durchschnitt auf 51 Prozent kommen konnte. Wir brauchen doch nur auf die seit Jahren schwelende Krise in der CSSR oder auf die Streikwellen zu blicken. Die DDR mit einem Wachstum von 44 Prozent kommt Schulzes Zahl am nächsten.

„Die Sozialismus-Frage ist zuerst einmal keine Kapitalfrage, es ist vielmehr die Frage nach der Menschenwerdung des Menschen"

Schließlich: Schulze hat die Struktur der amerikanischen Gesellschaft und des US-Imperialismus sehr vereinfacht dargestellt. Zwar sieht er den Krisencharakter des dortigen Wirtschaftssystems und den Unterdrückungsapparat richtig. Doch diese zwei Dinge sind bei Hartmut Schulze komischerweise unvermittelt. In seiner Logik bestände die Bevölkerung der USA nur aus gleichgeschalteten Unterstützern von Monopolkapital und Destruktion der Welt oder aus hoffnungslosen Armen. Natürlich ist dem nicht so. Amerikanische Geschichte ist nicht westeuropäische, nicht umsonst nimmt die Protestbewegung gegen die herrschenden Verhältnisse noch immer selten eine marxistisch-sozialistische Form an (obwohl da Ansätze in den 60er Jahren waren). Man müßte die amerikanischen Widersprüche schon genauer analysieren. Ein amerikanischer Erdnußfarmer ist nicht deshalb ein schlechter Politiker, weil er ein Erdnußfarmer ist. Was soll diese absurde Diskriminierung der Bauern? Die Frage ist, wen er vertritt. Schlechte Politik, menschenfeindliche Politik ist von Kapital und Herrschaft nicht zu trennen.

Und seien wir nun doch über eins klar: solange Industriewachstum, steigender materieller Reichtum, Produktivität und Technologie die dominierenden Wertkategorien der Welt sind, werden die westlichen Imperialisten zwar in wichtigen Teilbereichen angeknackt, aber nicht endgültig besiegt werden können. Solange Kapitalbewegung den Weltmarkt beherrscht, solange wird die größte Kapitalmacht bestimmen. In diesen „Werten" wird sich kein sozialistischer Sieg vollziehen. Die Sozialismus-Frage ist zuerst einmal keine Kapitalfrage, es ist vielmehr die Frage nach der Menschwerdung des Menschen. ■

VERLAG ATELIER IM BAUERNHAUS



Fischerhuder Texte

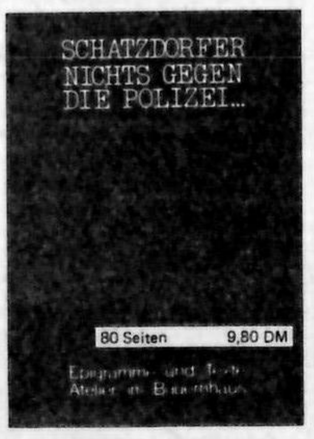
Die Fischerhuder Texte repräsentieren realistische Lyrik und Prosa zeitgenössischer Autoren – in der Regel mit grafischer Gestaltung. „Das Wagnis, mit zum Teil unbekannten Autoren herauszukommen, kennzeichnet diesen Verlag aber ebenso wie der Versuch, zu aktuellen Themen die publizierende Prominenz zur Feder zu bitten." (Baseler Nationalzeitung, 5.6.76).
Die Fischerhuder Texte können abonniert werden.

ANDERSCH · DREWITZ
BÖLL · DEGENHARDT
ENGELMANN · RITTER
HERBURGER · SCHÜTT
KROETZ · SÜVERKRÜP
KITTNER · FRIED · IGEL
WANDREY · ANDRAE

Berufsverbot

Ein bundesdeutsches Lesebuch

220 Seiten 14,80 DM



Politik Bücher für neue Politik

Dieter Staritz
Sozialismus in einem halben Land
1945–52: Von der SBZ zur DDR
Politik 69. 200 Seiten. DM 11,50 (Abo: 10,50)

Hauck, Guha, Sigrist, Sarma Marla
Indien
Bauernkämpfe, Kasten, Klassen Geschichte einer verhinderten Entwicklung. 1750 bis heute.
Politik 71.160 Seiten. DM 9,50 (8,50)

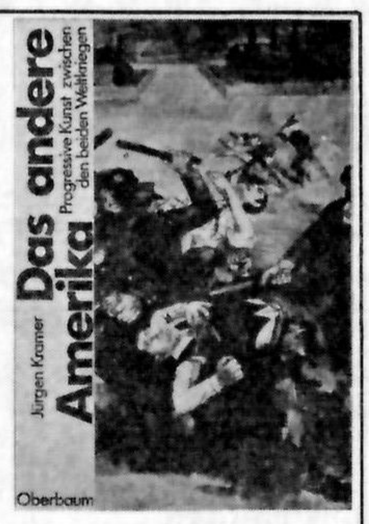
André Glucksmann
Köchin und Menschenfresser
Über die Beziehungen zwischen Staat, Marxismus und Konzentrationslager. Aus d. Französischen von Maren Sell und Jürgen Hoch
Politik 67. 176 S. DM 11,50 (Abo. 10,50)

Dirk Gerhard
Antifaschisten
Lehren und Beispiele aus dem prolet. Widerstand 1933–45. Tonbandprotokolle, Flugblätter, Aktionen, Lebensläufe.
Politik 64. 176 Seiten. DM 9,50 (Abo. 8,50)

Croissant, Groenewold, Preuß, Schily, Stroebele
Politische Prozesse ohne Verteidigung?
Von deutscher Justiz, deutschem Bewußtsein, so wie es sich in dem politischen Prozeß der letzten Jahre zeigt, dem Prozeß in Stammheim.
Politik 62. 112 Seiten. DM 6,50 (Abo 5,50)

Verlag Klaus Wagenbach
Bamberger Str. 6 1 Berlin 30

"Nie das Ziel, den Kommunismus, aus den Augen verlieren"– unter diese Linie hat J. Ivens sein Leben, Handeln und künstlerisches Arbeiten gestellt. 160 Seiten, DM 8.–

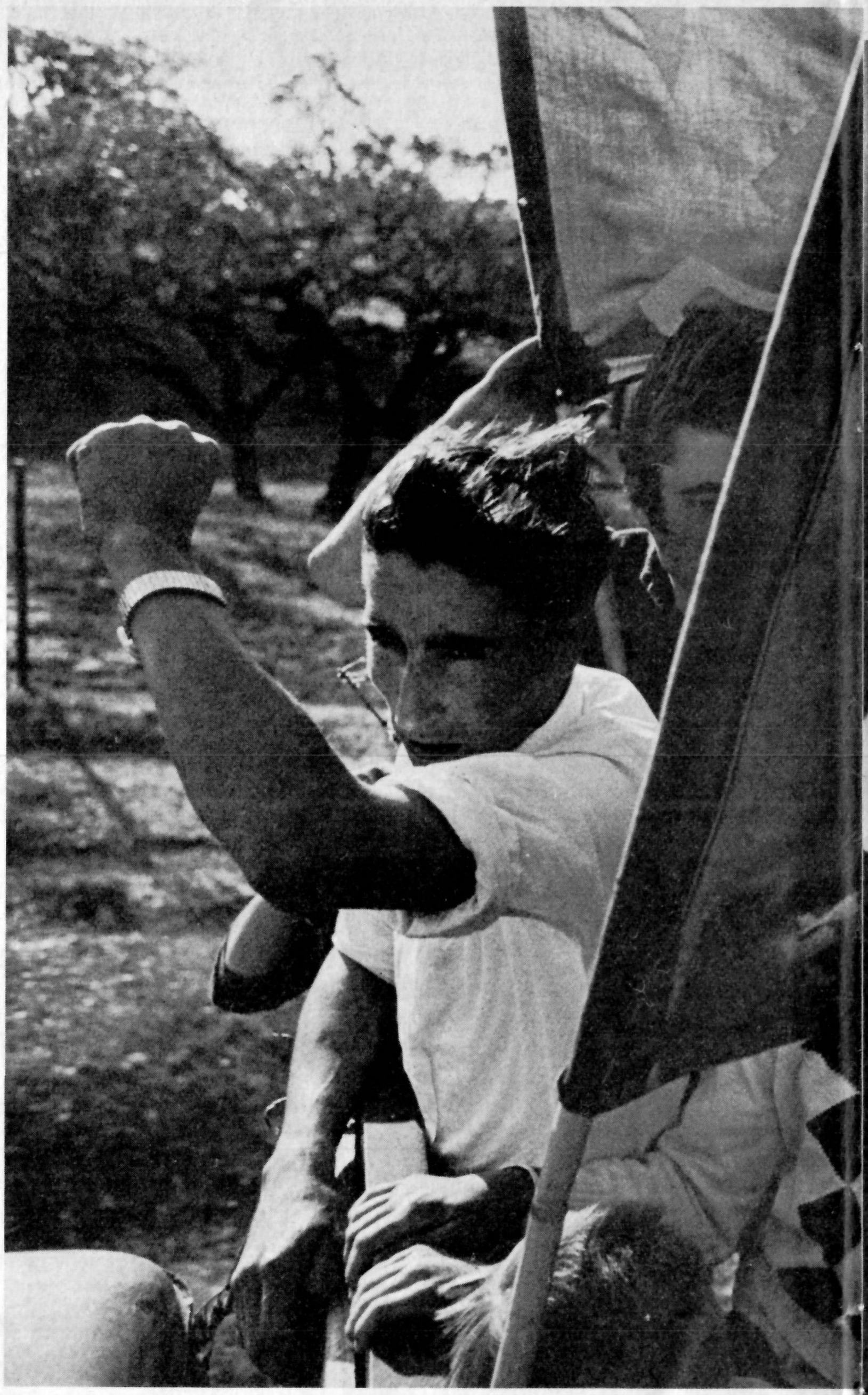


J.Burck, F.Ellis, W. Gropper, L. Lozowick, R. Minor, A. Young u.v.a. Die Entwicklung progressiver Künstler an die Seite des Volkes.
128 Seiten, reich bebildert, DM 8.–

Die Entwicklung der Sowjetunion vom Sozialismus zum Staatskapitalismus und Sozialimperialismus.
Teil 1 164 Seiten, DM 7.50
Teil 2 136 Seiten, DM 7.50

Arbeiterkorrespondenzen, Gefängnisbriefe, Gerichtsreportagen, Kurzgeschichten, Gedichte, Zeichnungen, Bilder und Dokumente von 1919–33
Ca. 120 Seiten, ca. DM 7.–

OBERBAUMVERLAG
Fordern Sie das Herbst/Winter Verlagsprogramm an!



Günter Wallraff/Hella Schlumberger

Krach auf der Kooperative

Rote Nelken sieht man besser. Doch Sozialismus kommt nirgends über Nacht. Bis die Knechte fremder Herren ihre eigenen Herren, Herren ihrer selbst werden – das ist ein langer, schwieriger und häufig gefährlicher Weg. Auch die Kooperativen im Alentejo, wo befreite Landarbeiter die verrotteten Güter wieder urbar machen, sind nicht nur von außen bedroht. Die alten Gewohnheiten ihrer neuen Besitzer bringen neue und alte Gefahren

Zwei Monate dauerte der Papierkrieg, bis die „Uniao faz a forca" vom Landwirtschaftsministerium legalisiert worden war. Inzwischen hatte Manuel das Vieh Joaquins auf den Wiesen der Kooperative gehütet. 500 Escudos im Monat hatte Joaquin ihm versprochen und freies Essen.

Nach den Weihnachtsfeiertagen erschienen die ersten Arbeiter, aus dem vier Kilometer entfernten Sao Domingos: Florival, Felipe, Erminio, Carlos und Idalino, mit Spaten und Hacken. Sie machten sich daran, das wildeste Gestrüpp von den Feldern, die als erste zu bebauen waren, zu entfernen. Dann fuhren wir nach Beja und kauften einen Traktor, einen 7800 Ford, blauglänzend mit Zusatzgeräten: schon waren 50 000 Mark der Spendengelder weg.

Florival pflügte bis tief in die Nacht, die Nächte vor dem Winterregen mußten ausgenutzt werden. Wir besorgten gebrauchte Möbel, Geschirr, Besteck, die Arbeiter pflanzten Zwiebeln, Bohnen, Salat, Getreide, später Kartoffeln und Mais, Joaquin kaufte Vieh für die Kooperative. Er war oft weg, er ging gern auf Märkte, machte günstige Gelegenheiten aus, kam spät zurück. Das machte die anderen mißmutig. Denn er hatte sowieso schon Privilegien, er besaß eigenes Vieh, hatte einen Angestellten, Manuel, besaß 20 Kilometer entfernt einen Lebensmittelladen mit Ausschank, der von seiner Frau geführt wurde. Warum sollte Joaquin sein Vieh mit dem Gras der Kooperative füttern und den Gewinn beim Verkauf selber in die Tasche stecken dürfen? Wie war sein ständiges Unterwegs-Sein zu billigen und wie der Umstand, daß er Manuel noch kein Geld gegeben hatte?

Manuel, der Kuh- und Schweinehirt der „Uniao faz a forca" und Poet, der seine Gedichte im Kopf hat und sie, wenn er dazu aufgelegt ist, rezitiert, erzählt:

„Ich kann nicht lesen und nicht schreiben. Ich konnte nie zur Schule gehen, weil ich immer arbeiten mußte. Mein Vater war auch Schäfer. Wir haben viel gefroren, nachts, wenn wir unter den Eichen beim Vieh schliefen. Vor allem wenn es regnete. Und in meiner Erinnerung hat es sehr viel geregnet. Ich hatte nur eine kurze Jacke, oft deckte ich mich mit Palmenwedeln oder einer Plastiktüte zu. Aber das Wasser floß immer oben rein und unten wieder raus. Ich bekam meine ersten Schuhe mit 15 geschenkt und sie hatten auch schon Löcher."

Tagelang wurde in der Kooperative über Joaquin diskutiert, doch immer, wenn Joaquin vorbeikam, stockte das Gespräch. Wir drängten auf eine Aussprache, die eines abends sehr erregt und sehr parteiisch im Schein einer Petroleumlampe am offenen Feuer geführt wurde.

Joaquin sollte ein Papier unterschreiben, in dem er sich verpflichtete, sein Vieh der Kooperative zu vermachen, zu einem von ihm selbst festgesetzten Preis. Er schrie, er lasse sich nicht erpressen, sie entgegneten, sie hätten kein Vertrauen mehr zu ihm, er müsse freiwillig aus der Arbeiterkommission ausscheiden, er sagte, er denke nicht daran. Sie warfen ihm vor, er betrüge Manuel um 1000 Escudos, er sagte, daß er Manuel das Geld nach und nach geben wolle, weil er es doch versaufe. Die Parteien waren drauf und dran, im Zorn auseinanderzugeben. Es gelang uns, für den nächsten Abend in der Tomatenfabrik

ECA eine weitere Zusammenkunft zu vereinbaren mit einem Schiedsrichter, der von beiden Seiten akzeptiert wurde.

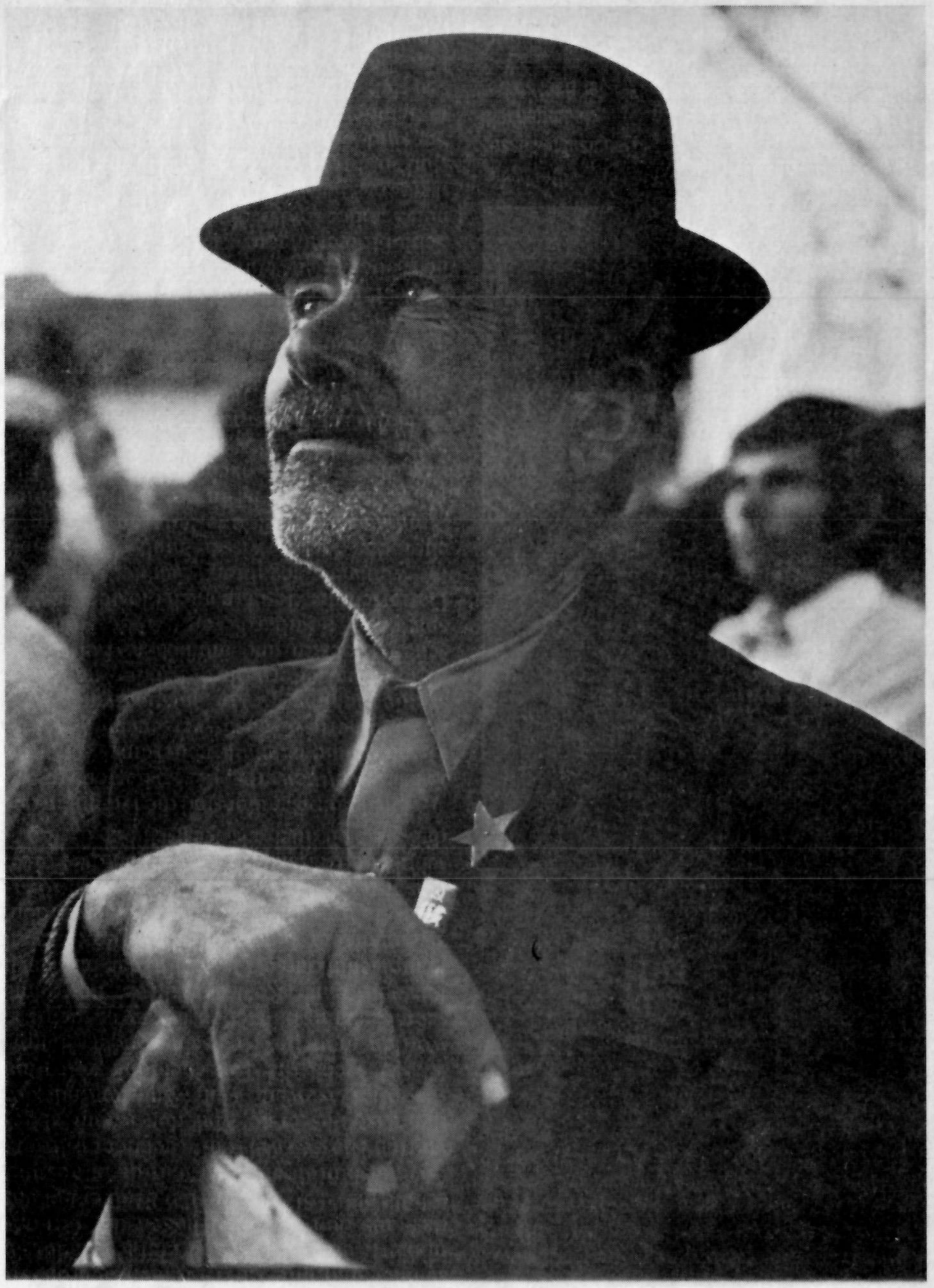
Man einigte sich auf Rogerio Brito, einen Landwirtschaftstechniker der Agrarreform. Mitte 30, groß, mit Bart und voller Energie, gehört er zu den beliebtesten Leuten der Gegend. Im Kolonialkrieg in Mosambique war er Überwacher von 150 gefangenen Frelimo-Soldaten, denen er erlaubte, statt im Gefängnis im Dorf zu wohnen, wenn sie freiwillig abends nach der Arbeit wieder zurückkämen. Sie kamen jeden Abend, alle 150. Nach knapp einem Jahr wurde Brito strafversetzt. Der Großbürgersohn, mit einer Kommunistin verheiratet, selber in keiner Partei, beschloß nach dem 25. April, sich ganz der Agrarreform zu widmen.

Nachdem die Arbeiter ihre Tomatenfabrik übernommen hatten, sorgte Brito dafür, daß der Maschinenpark in Ordnung gehalten wurde, daß ständig Traktoren und Lastwagen für die umliegenden Kooperativen gratis zur Verfügung stehen, daß jede Woche in der ECA Versammlungen der verschiedenen Arbeiterkommissionen aus den Kooperativen stattfinden, auf denen über gegenseitige Hilfe, Ausleihe von Maschinen, Saatgut und Düngemittel gesprochen wird, und daß an jedem Wochenende Ärzte aus Setubal kostenlose Sprechstunden für die alentejanischen Landarbeiter abhielten.

Wir versammelten uns also zu fünfzehn, inzwischen waren die Frauen der Arbeiter auch zur Kooperative gestoßen, im früheren Direktionszimmer der ECA. Ganz selbstverständlich ließen sich alle in den schweren Ledersesseln und auf den samtenen Diwans nieder, die Kinder spielten mit den Telefonen und kugelten auf den Teppichen herum, die Ehrfurcht vor dem früheren Herrenbesitz war verschwunden. Beide Seiten trugen ihre Argumente vor, Brito hörte zu. Und dann hielt er eine gewaltige Rede:

„Es gibt hier einige unter euch, die in Konflikte geraten sind. In diesem Augenblick ist das Schlimmste, was passieren kann, daß sich die Leute auf der Kooperative zerstreiten. Streit war schon immer schlecht. Doch in dieser Zeit, in der der Reaktion jeder Vorwand recht ist, um die Kooperativen abzuwerten und ihren Untergang zu betreiben, jetzt, wo die Landreform von allen möglichen Seiten attackiert wird, finde ich es geradezu kriminell, wenn die Arbeiter nicht in der Lage sind, ihre Probleme selbst zu lösen. Es darf nicht zu größeren Konflikten oder gar zum Verlassen der Kooperative kommen. Merkt euch, die Verantwortung für die Kooperative, für das Vorankommen der Agrarreform liegt viel mehr in euren Händen als bei mir oder irgendwelchen anderen Leuten, die als Techniker an der Landreform mitarbeiten. Ihr werdet die Konsequenzen eurer Fehler tragen müssen. Die Fehler, die ihr hier macht, werden sich auch auf die anderen Kooperativen auswirken. Ich bitte euch, seid vernünftig, damit ihr nicht das bestätigt, was die Reaktionäre behaupten, daß der Arbeiter nämlich nicht ohne Befehle von oben auskommen kann.

„Es wäre ganz schön traurig, wenn wir zu dem Schluß kommen müßten, daß die Arbeiter, die früher unter der Herrschaft der Großgrundbesitzer und ihrer Verwalter



Portugal, Alentejo:
„Setzt Eure Hirne in Bewegung und entscheidet für Euch selbst."

gearbeitet haben und sogar darum bettelten, dort arbeiten zu dürfen, jetzt, da sie ihr Schicksal selbst bestimmten und die Ländereien selbst verwalten, nicht in der Lage sind, zusammenzuhalten.

„Wenn man so etwas sieht, dann fragt man sich eben – nehmt es mir nicht übel, aber wir reden hier ‚mit dem Herzen in der Hand' – ob man es mit Männern zu tun hat, die vom Kampf und Leiden gezeichnet sind, oder mit kleinen Buben, die noch die Eierschalen hinter den Ohren haben. Wenn ihr die Großgrundbesitzer, diese Gauner, die euch ausgebeutet haben, ertragen habt, dann werdet ihr euch doch jetzt nicht zerstreiten, verdammt noch mal, wo ihr selbst bestimmten könnt. Demnächst behaupten die Typen von der CDS, daß ihr einen Großgrundbesitzer braucht, der euch befiehlt, was zu tun ist. Es ist gut, daran zu denken. Bevor ihr bestimmte Haltungen einnehmt und Dinge entscheidet, denkt daran, die beste Waffe gegen die augenblicklichen Attacken auf die Landreform ist die Einheit der Arbeiter.

„Ich habe das auch schon in anderen Kooperativen gesagt, die Arbeiter gewöhnen sich daran, ihre Probleme mit Hilfe des Brito oder irgendwelcher anderer Techniker, die hier mitarbeiten, zu lösen. Aber das macht die Arbeiter abhängig. Und ihr müßt unabhängig werden, fähig werden, das, was euch gehört, selbst zu leiten. Denn heute ist der Brito hier, aber morgen vielleicht nicht, dann ist der António hier, ein Reaktionär, der die Kooperative kaputtmachen will, der, wenn er merkt, daß ihr euch nicht vertragt, alles tun wird, um euch gegeneinander aufzuhetzen.

„Wir wollen nochmal über die Arbeiterkommissionen reden. Früher, zur Zeit des Faschismus, wenn da einer zum Minister ernannte wurde, blieb er es bis zu seinem Lebensende. Was ist das Wesentliche bei der Arbeiterkommission? Sie macht jeden verantwortlich für seine Taten, sie gewöhnt die Arbeiter daran, ihre Probleme allein zu lösen, mit einem Wort, sie erzieht uns zu einer anderen Lebensform. Wenn die Kommission ihre Aufgaben nicht erfüllt, muß sie gehen. Natürlich sollte sie nach einer bestimmten Zeit abgelöst werden. Selbst wenn alle mit ihr einverstanden sind und niemand Grund zur Kritik hat, sollte sie nach einer bestimmten Zeit durch andere Arbeiter ersetzt werden, damit wirklich auch eine Höchstzahl von Arbeitern die Möglichkeit hat, diese Erfahrung zu machen."

Ein Arbeiter fragt: „Ist es überhaupt legal, die Arbeiterkommission oder eines ihrer Mitglieder abzusetzen?"

Brito antwortet: „Es steht nicht zur Diskussion, ob das Einsetzen oder Absetzen einer Kommission legal oder illegal ist. Wer die Kommission wählt, sind die Arbeiter, wer sie absetzen kann, sindd die Arbeiter. Sie bestimmen also selbst, ob es legal oder illegal ist. Gut, jetzt habe ich nichts mehr zu sagen. Setzt eure Hirne in Bewegung und entscheidet für euch selbst."

Am nächsten Tag war Joaquin aus der Arbeiterkommission abgewählt, er hatte versprochen, sein Vieh für 220 000 Escudos zu verkaufen, er drückte Manuel die ausstehenden 1000 Escudos in die Hand und schlief von diesem Tag an mit seinem Schäfer im Stall.

Manuel ging nach Sao Domingos, zum Barbier, kaufte ein neues Hemd, setzte sich ins Café und bestellte Wein. Zwei Tage lang erwartete man ihn auf der Kooperative, die Männer, die genug Arbeit auf dem Feld hatten, mußten nun auch das Vieh hüten. Als Manuel völlig verkatert zurückkam, wurde er dazu verdonnert, zwei Tage Feldarbeit zu leisten, Mist auf die eben gesteckten Kartoffeln zu gabeln. Manuel war tief beleidigt, in seinem Stolz als freier Schäfer gekränkt. Von nun an kam er immer nachts zurück, laut singend und recht blau, aber er war am Morgen zur Arbeit da.

Von den fünf Frauen unserer Arbeiter beschlossen drei, bei ihren Männern auf der Kooperative zu bleiben, sie gaben ihre Wohnungen im nahen Sao Domingos auf. Custodia und Mirandina allerdings zogen es vor, ihre 2-Zimmer-Wohnungen für 500 Escudos in Sao Domingos beizubehalten, weil dort demnächst eine Elektrizitätsleitung gelegt werden sollte. Und immerhin stand der Fernseher und der Kühlschrank schon seit Wochen ungebraucht herum, sie wollten auf diesen gerade erst errungenen Luxus nicht verzichten. Zumal es auf der „Uniao faz a forca" nicht genug Zimmer für alle gibt. Wenn doch eine Frau beschloß, über nacht bei ihrem Mann zu bleiben, zogen die anderen ohne Murren in die Scheune oder zu Joaquin und Manuel in den Stall, um die beiden allein zu lassen.

Ende Januar, nach fünfmaligem Anlauf, nach Tagelangen Überlandfahrten und stundenlangen Wartereien war es Felipo und Idalino gelungen, Geld vom Kreditinstitut der Agrarreform für die Löhne der Männer und Frauen der Kooperative zu bekommen. Ein einheitlicher Tagessatz von 16 Mark für Männer und Frauen wurde abgehoben. Es gibt nur ganz wenige Kooperativen, in denen Frauen und Männer dasselbe verdienen. Normalerweise geben die Frauen sich mit 12 Mark zufrieden.

Ende Januar erhielten sie das Geld für Dezember. Als wir Mitte März nach Hause fuhren, hatten sie das Geld für Januar und Februar noch nicht. Ein untergeordneter Beamter, ein PPD-Mann aus dem 35 km entfernten Santiago de Cacem, blockierte die Zuteilung: „Es ist kein Geld da" behauptete er. „Es ist kein Geld da" erzählten unsere Leute zuhause auf der Kooperative. Nach dem zweiten Mal wollte einer es nicht mehr glauben, er meinte, die beiden hätten das Geld selber eingesteckt, es kam zu einer Rauferei. Seither arbeitet er in einer neuerbauten Erdölraffinerieanlage im 50 Kilometer entfernten Sines, die ihm 6000 Escudos monatlich garantiert.

Die anderen machen weiter. Inzwischen sind an die 100 Hektar bebaut. Es fehlt weiteres Saatgut, Geld zur Ausbesserung des Staudammes, Geld für weitere Viehbestände, Düngemittel und Agrarspezialisten.

Vor einer Woche erreichte uns ein Brief von den Freunden der Kooperative mit genauen Ernte-Ergebnissen und nicht ohne Stolz im Detail aufgeführt, was sie dem früher brachliegenden Land abgetrotzt haben: Bohnen Kartoffeln, Mais, Kohl, Weizen. (Die diesjährige Weizenernte im Alentejo war überhaupt die Rekordernte in der Geschichte Portugals):

„Der Viehbestand hat sich auf 40 Kühe und 18 Kälber erhöht. Unser Weideland

Diesen Traktor, Saatgut und Vieh konnte die Kooperative „Einheit macht stark" kaufen, nachdem ihr Wallraff im Januar als Leiter einer Delegation des Initiativkreises „Solidarität mit Portugal" 76.000 Mark Spendengelder übergeben hatte. Inzwischen sind auf dem Konto der Initiative

Postscheck Köln 275 25-507
Günter Wallraff

noch einmal 30.000 Mark eingegangen, die demnächst überbracht werden sollen. Wir bitten um weitere Spenden.

reicht nicht aus für die Herde. Deshalb ist unser Genosse Kuhhirte etwa 35 Kilometer von hier mit zwei Drittel der Herde auf einer anderen Kooperative zu Gast. In Alvalade im ‚Casa do Povo' (Volkshaus) findet zur Zeit eine Alphabetisierungskampagne statt, an der wir geschlossen teilnehmen, denn die paar, die in vier Schuljahren lesen und schreiben gelernt haben, können auch noch dazulernen. Etwas, das uns sehr beunruhigt, sind die Meldungen in deutschen Zeitungen, daß zwei Drittel der Kooperativen an die Großgrundbesitzer zurückgegeben werden sollen. Hier bei uns stand das in keiner Zeitung, hier heißt es, es geht nur um ein Prozent des besetzten Landes. Wir stellen nachts wieder Wachen auf, denn die Gebrüder Simoes (die ehemaligen Besitzer) tauchen immer häufiger hier auf und benehmen sich so, als ob sie wieder Herren seien. Es wäre für sie jetzt ja auch doppelt attraktiv, nach allem, was wir aus dieser Einöde gemacht haben. Die umliegenden Kooperativen haben Zeichen mit Leuchtraketen vereinbart, damit schnelle Hilfe da ist, falls ein Überfall stattfindet. Wir haben kein Vertrauen zu Mario Soares, der die Arbeiter beschimpft, daß sie faul seien und sich bei den Reaktionären lieb Kind macht. Da hilft auch die klare und gute Agrarpolitik von Landwirtschaftsminister Lopes Cardoso nichts, wenn Soares zur Beschwichtigung der stärker werdenden Reaktion öffentlich erklärt, daß ‚besetzte Länder geraubte Länder' seien. Wie ihr wißt, lassen wir uns unser Land nicht wieder nehmen. Wir sind auf einiges vorbereitet und rechnen dann auch mit Eurer weiteren Hilfe und Solidarität..." ■

Marielouise Janssen-Jurreit
Sexismus/Über die Abtreibung der Frauenfrage

SEXIS MUS

Das Buch der Argumente für alle, die den Mut haben, sich eine bessere Rollenverteilung zwischen den Geschlechtern vorzustellen.

Marielouise Janssen-Jurreit startet einen vehementen Angriff gegen das männliche „Welterklärungsmonopol", gegen männliche Perspektiven in Politik und Geschichte, Wissenschaft und Philosophie.

Die historischen Wurzeln der heutigen Frauen-Misere kommen dabei ans Licht, und die immer wieder notwendige Beschreibung der Situation findet endlich einen unmißverständlichen theoretischen Rahmen.

Mit diesem grundlegenden Buch wird die Diskussion neu beginnen.

756 Seiten. Leinen DM 39.80

Carl Hanser Verlag

Karl.W. Pawek

Ein gewöhnlicher Vertrag

Es gibt Leute, die finden Gesindeordnungen, Arbeitsanweisungen und Kontorvorschriften aus dem 19. Jahrhundert unheimlich lustig. Wenn es darin etwa heißt, die Angestellten hätten sich ihr Heizmaterial selbst mitzubringen, Reden und Spucken während der Arbeit seien verboten etc. pp., wird es ihnen heiter ums Gemüt. Vorbei sind die finsteren Zeiten der offen formulierten Unterdrückung und Ausbeutung; der Mensch, ob Arbeitgeber oder -nehmer, denkt sozial und partnerschaftlich. Poster lassen den Fortschritt erst richtig bewußt werden.

Moderne Arbeitsverträge hingegen hängt sich niemand in die gute Stube. Man unterschreibt sie einfach, und nicht wenige unserer progressiven Dichter, Denker und Gymnasiallehrer haben solch einen Vertrag noch nie gelesen. Würden sie in Schulen und Seminaren weniger konkrete Poesie und Handketexte und dafür auch einmal Arbeitsverträge lesen, könnten sie über unsere gesellschaftliche Wirklichkeit wie über das Herrschaftsinstrument Sprache viel Nützliches erfahren und vermitteln. Inhalt und Sprache solcher Verträge offenbaren Herrschaftsstrukturen, machen deutlich, daß Fortschritt im Kapitalismus nur Fortschritt seiner Effektivität, nie Humanisierung ist.

Die folgenden Zitate stammen aus einem von der Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten akzeptierten Arbeitsvertrag, abgeschlossen am 26. Juli 1976 in Hamburg:

> Die Einstellung erfolgt als Zimmermädchen. Der Arbeitnehmer untersteht der Hausdame . . . Die regelmäßige Arbeitszeit beträgt 190 Std. pro Monat.
> In einer Anlage wird diese Arbeitszeit aufgeschlüsselt:
>
> | | |
> |---|---|
> | 6.00– 7.00 | Halle, Gästetoiletten, Bar, Büros putzen |
> | 7.00– 7.30 | Frühstückspause |
> | 7.30– 8.30 | Personalräume. Toiletten, Kantine putzen |
> | 8.30–11.30 | andere Arbeiten |
> | 11.30–12.00 | Mittagspause |
> | 12.00–14.00 | Wäsche packen und zählen |
> | 14.00–14.30 | Kantine säubern |
> | 14.30–15.00 | Fahrstuhltüren putzen |
>
> Das monatliche Gehalt/Festlohn beträgt DM 900 (in Worten Neunhundert) brutto. Das Personalessen, etwaige Prämien oder zusätzliche Leistungen sind ebenso wie die Weihnachtsgratifikation jederzeit fristlos widerrufliche Leistungen des Arbeitgebers, die grundsätzlich Anwesenheit voraussetzen.

Sieht man einmal davon ab, daß der Arbeitnehmer drei von acht Stunden „andere Arbeiten" zu verrichten hat, also bei Arbeitsbeginn noch nicht einmal weiß, welche Arbeiten ihn erwarten, daß sein ausbezahlter Lohn gerade so viel beträgt wie die Rechnung für einen viertägigen Aufenthalt in eben diesem Hotel und daß zusätzliche Leistungen des Arbeitgebers in dessen freiem Ermessen stehen und somit abhängig sind vom Wohlverhalten des Zimmermädchens, ist gegen diesen Teil des Vertrages wenig einzuwenden. Allein die Formulierung „der Arbeitnehmer untersteht" weist auf die Qualität der Beziehung Geber–Nehmer hin.

Die weiteren Bestimmungen des Vertrages habe ich thematisch zusammengefaßt:

Rechte des Arbeitnehmers: Diese Rubrik wird hier nur aus Gründen der Analogie geführt. Keine Formulierung des Arbeitsvertrages hat irgendein Recht des Arbeitnehmers zum Inhalt. Pflichten des Arbeitnehmers:

> „Der Arbeitnehmer ist verpflichtet, die ihm übertragenen Arbeiten sorgfältig und gewissenhaft auszuführen . . . Der Arbeitnehmer versichert ausdrücklich, zur Zeit arbeitsfähig / nicht schwerbeschädigt / nicht schwanger zu sein. Unbeschädigt seines Rechts auf freie Arztwahl gibt der Arbeitnehmer seine Zustimmung, sich auf Anweisung des Arbeitgebers einer Untersuchung durch den Betriebsarzt zu unterziehen, der hiermit ausdrücklich die Berechtigung erhält, das Ergebnis der Untersuchung dem Arbeitgeber mitzuteilen . . . Der Arbeitnehmer ist verpflichtet, bei Antritt des Arbeitsverhältnisses dem Arbeitgeber ein amtliches Gesundheitszeugnis und eine Bescheinigung über im laufenden Jahr gewährten Urlaub vorzulegen . . . Bei Erkrankung hat der Arbeitnehmer seine Arbeitsunfähigkeit unverzüglich der Betriebsleitung zu melden und die ärztliche Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung innerhalb von drei Tagen nach Beginn der Erkrankung vorzulegen. Diese Bescheinigung muß auch bei nur eintägiger Arbeitsunfähigkeit vorgelegt werden . . . Überstunden dürfen nur auf Aufforderung des Arbeitgebers oder seines Beauftragten geleistet werden . . . Der Arbeitnehmer verpflichtet sich, über alles Geschäftliche Stillschweigen zu bewahren . . . Der Arbeitnehmer hat seine Pflichten gewissenhaft und im Interesse des Arbeitgebers auszuführen."

Der Arbeitnehmer, so könnte man zusammenfassen, unterschreibt eine Art

Mein Arbeitsplatz

Schuldvertrag. Dem gewährenden Geber gegenüber (in der BRD des Jahres 1976 wird immer noch Urlaub „gewährt"!) verpflichtet er sich zweimal untertänigst dero gütiger Arbeitsgewährung wegen zur Gewissenhaftigkeit „im Interesse des Arbeitgebers". Dessen Profit, nicht etwa Schutzbestimmung, Gesundheitsinteresse, nicht einmal die berüchtigte (inhaltsgleiche) FDGO bildet den Orientierungspunkt. Unnötig festzustellen, daß umgekehrt kein Arbeitgeber vertraglich verpflichtet wird, seine Arbeit im Interesse der Arbeitnehmer zu tun.

So sieht konkret die Freiheit aus in unserem Staat. Da quatschen Freiheitsapostel von einer Freiheitsbedrohung durch Sozialisten, da wird ein „freies" Gesundheitssystem mit seiner „freien" Arztwahl zum Popanz aufgebaut, aber sobald ein Arbeitnehmer, der sich ja die Freiheit genommen haben könnte, seine Arbeitsfähigkeit durch Schwangerschaft zu beeinträchtigen, eine Stelle sucht, ändert sich die Interessenlage der Herrschenden und somit ihr Freiheitsbegriff.

Umfangreich sind die Rechte des Arbeitgebers:

> Der Arbeitgeber ist berechtigt, dem Arbeitnehmer eine andere, seinen Fähigkeiten entsprechende Tätigkeit zuzuweisen . . . Der Arbeitgeber ist befugt, in zulässigem Rahmen Mehrarbeit anzuordnen . . . Das Arbeitsverhältnis kann, auch wenn es auf bestimmte Zeit abgeschlossen wurde, jederzeit fristlos, insbesondere aus folgenden Gründen über die gesetzlichen Bestimmungen hinaus gekündigt werden: . . . ungebührliches Verhalten gegenüber Gästen . . . wiederholtes Zuspätkommen, unentschuldigtes Fernbleiben von der Arbeit . . . anderweitige Tätigkeit des Arbeitnehmers für Dritte während der Freizeit und des Urlaubs, sowie bewußt unrichtige Angaben über Arbeitsfähigkeit, Gesundheitszustand oder Schwangerschaft . . . Tritt der Arbeitnehmer das Arbeitsverhältnis ohne wichtigen Grund nicht termingemäß an, bleibt er ohne Einhaltung der Kündigungsfrist der Arbeit fern oder wird das Arbeitsverhältnis vom Arbeitgeber aus Gründen, die vom Arbeitnehmer zu vertreten sind, gekündigt, so hat der Arbeitgeber, unbeschadet seiner sonstigen Ansprüche, Anspruch auf Zahlung einer Vertragsstrafe in Höhe der Hälfte der Monatsbezüge brutto . . . Der Arbeitgeber behält sich vor, geleistete und anerkannte Überstunden durch Freizeit auszugleichen . . . Der Arbeitgeber ist berechtigt, eine Garderoben- und Gepäckkontrolle vorzunehmen.

Derartige Unverschämtheiten werden nicht dadurch erträglich, daß wir uns an sie gewöhnt haben. Wieso eigentlich ist die Kontrolle der Arbeitnehmer zwecks Verhinderung des Diebstahls von Betriebsmitteln legitim, die Kontrolle des Unternehmers zwecks gleicher Verhinderung aber angeblich grundgesetzwidrig? Gibt es eigentlich einen Vertrag, der die Arbeitnehmer berechtigt, dem Arbeitgeber „eine andere, seinen Fähigkeiten entsprechende Tätigkeit zuzuweisen"? Wieso eigentlich müssen sich Arbeitnehmer Überstunden vorschreiben lassen, auch wenn sie sich in ihrer Freizeit vielleicht mit jemandem treffen, ins Kino gehen oder sonst etwas unternehmen wollen, und sich zum Ausgleich Freizeit verordnen lassen, wenn sie vielleicht gerade nichts vorhatten? Was überhaupt geht die Freizeit eines Arbeitnehmers seinen Arbeitgeber an, ob er nun für Dritte tätig wird oder nicht?

Der Arbeitsvertrag umfaßt insgesamt 18 Paragraphen, die die Auslieferung des Arbeiters an den Unternehmer juristisch einwandfrei regeln. Selbst für den Fall, daß neue Gesetze dieses Verhältnis berühren, verändern könnten, ist vorgesorgt:

> Sollte eine der Bestimmungen dieses Vertrages aus irgendeinem Grund unwirksam sein, so ist sie durch eine andere wirksame Bestimmung gleichen Inhalts zu ersetzen.

Mögen sich also die Formulierungen ändern, die Inhalte bleiben bestehen. Noch.

Als sich das arbeitssuchende Zimmermädchen weigerte, den Vertrag zu unterschreiben, wurde es vom Arbeitsamt Hamburg mit einer vierwöchigen Sperre belegt (Entzug des Arbeitslosengeldes). Inzwischen wurde eine Türkin eingestellt, die nicht deutsch lesen kann. ■

Hermann L. Gremliza's

konkret ex-press

Fürstin Christine von Urach leitet die Hauptabteilung „Organisation und Datenverarbeitung" der Firma Daimler-Benz. Den krassen Fall von Emanzipation greift die **„Zeit"** auf: „Gewiß, der Adel der ‚Dame' fügt sich ganz schön zum Adel der Firma und der Produkte, die sie herstellt" (wenn man sich Schleyers Habsburgerlippe und den achtspännigen Leopard mal wegdenkt). „Emma Schulze hätte ein paar Hürden mehr zu überwinden gehabt. Indessen, hier versteht man viel zu gut zu managen und zu rechnen, um sich dem Adel allein verpflichtet zu fühlen. Und ohne jeden Zweifel bringt die Fürstin weit mehr als ihr blaues Blut in die Arbeit mit ein. Diese Frau ist vollkommen sicher. An ihr und in ihr wirkt die Gewißheit, daß sie jemand ist. Und sie versteht es, dieses Charisma von Macht und Einfluß vor sich herzutragen..." wie Emma Schulze nur die schmutzigen Teller und eine „Zeit"-Redakteurin das geistige Nachtgeschirr der Herrschaft. Die heißt zwar nicht Emma Schulze. Aber Sybille Krause. Von den Charisma-Krauses, wissen Sie?

Zwei Fragen, wenn mir mal ein verzauberter Frosch begegnete, wollte ich zu gerne beantwortet haben. Erstens: „Warum nur, warum muß alles vergehn hoho?" Und zweitens: „Warum lesen Sie die ‚Welt' Herr **Oestergaard**?" Das hat sich jetzt erledigt: „Moderne, junge Mode entsteht nicht im abgeschiedenen Elfenbeinturm. Der Griff zur Zeitung kommt vor dem Griff zum Zeichenstift. Tag für Tag hilft mir die ‚Welt' mit flotten Berichten..." Und den Krempel kaufen dann die Leute?

Das ist so ein flotter Bericht: „31 Prozent der Bevölkerung befürworten die Sendung des Deutschlandliedes in allen Radioprogrammen zum Sendeschluß. 32 Prozent der befragten Bundesbürger sprachen sich dagegen aus." Die Meldung stand in der **„Welt".** Unter dem Titel: „Für Nationalhymne im Radio".

Und noch einer: „Ein Kreisgericht in Halle verurteilte vier Männer zu einer Freiheitsstrafe zwischen sechs und acht Monaten plus Geldstrafen von 300 Mark. Die vier Anhänger der Oberligamannschaft des HFC Halle hatten nach einem verlorenen Auswärtsspiel Eisenbahnwaggons demoliert." Die Meldung stand in der **„Welt".** Unter dem Titel: „Fußball-Fans in der ‚DDR' bestraft." Ungelogen.

Und ein noch flotterer: „Die Kommunistische Partei Italiens zählt 1 808 387 eingeschriebene Mitglieder; gegenüber dem Vorjahr sind es 77 943 mehr. Nach einer jüngst veröffentlichten Statistik wurden jedoch im Laufe dieses Jahres 170 838 Genossinnen und Genossen für die Partei hinzugewonnen. Daraus ergibt sich, daß die Partei trotz der absoluten Zunahme 92 695 Mitglieder in diesem Jahr verloren hat. Die Gründe dafür, ob Tod oder Austritt, nennt die Parteizeitung nicht." Die Meldung stand in der **„Frankfurter Allgemeinen Zeitung".** Unter dem Titel: „Kommunistische Partei Italiens verliert 92 695 Mitglieder."

„Als Rettung vor einer kommunistischen Diktatur hat die Mehrheit des deutschen Volkes die Machtergreifung am 30. Januar 1933 begrüßt. Reichskanzler Adolf Hitler findet auch weiterhin Zustimmung bei der Errichtung einer neuen Ordnung, die den Klassenhaß überwinden und die Nation aussöhnen soll." Woraus ist das? Richtig. Und woraus ist es, wenn man „deutschen" durch „chilenischen", „Machtergreifung vom 30. Januar 1933" durch „Militärputsch am 11. September 1973" und „Reichskanzler Hitler" durch „Staatschef Pinochet" ersetzt? Auch richtig, aus der **„Welt".** Heil Hitler? Ave Caesar.

In einer norddeutschen Klinik wurde ein schwer vergiftetes Mädchen geheilt. Die **„Bild"**-Zeitung kommentiert: „Gott hat das Beten der Menschen von Breklum gehört." Vor Jahren, beim Grubenunglück von Lengede, hatte die „Bild"-Zeitung Gott mitbohren lassen. Das war zu Adenauers Zeit. Jetzt, nach Straußens sechzig Prozent, geht's wohl wieder los. Aber wir bestehen dann auch auf Konsequenz, z. B. für den Fall, daß Soraya doch mal schwanger wird: Gott hat mitgebohrt.

„Bruno schlägt auf seine Frau ein, diese wiederum wirft eine Bürste nach ihrem Kind, das sie daraufhin plötzlich würgt." Das Kind die Bürste? Die Frau das Kind? Das Kind die Frau? Die Bürste das Kind? Alles falsch: Marcel Reich-Ranicki Peter Handke. In der **„FAZ".**

Über die man nicht immer lachen kann: „In der DKP zu sein und sich zugleich mit dem Beamteneid auf die freiheitlich-demokratische Ordnung des Grundgesetzes zu verpflichten, das sollte sich schon aus Gründen der seelischen Hygiene niemand zumuten." Vielleicht, Herr **Reich-Ranicki,** haben Sie's überlesen, sonst hätten Sie sich doch sicher gegen diese Anleihe beim „Stürmer"-Jargon gewehrt und den Autor wegen der politischen Verwendung des Begriffs Hygiene einen „typischen SA-Mann" geheißen. Wie mich. Wir liefern Ihnen das Zitat per Einschreiben nach. Damit sie ihren „FAZ"-Kollegen zeigen können, daß sie ein aufrechter Kämpfer für humane Sprache und nicht etwa bloß ein mieser Verleumder sind.

„Alte Moskauer erinnern sich aus der Zarenzeit an ein buntes Reklameplakat, auf dem ein Knabe mit Schokoladentafel zu sehen war. Es stammte von **Mehnerts** Vater, einem Kunstmaler, der seinen Sohn **Klaus** dazu als Modell protraitiert hatte." Dann kam die Revolution, Opa Mehnerts Schokoladenfabrik hieß plötzlich „Roter Oktober", Vater und Sohn gingen nach Westen. Und aus dem Schokoladenbaby wurde ein Rußland-Experte. Eine bislang zu wenig beachtete Schattenseite der russischen Revolution.

Der **„Welt"**-Redakteur Rüdiger Moniak spricht mit General a. D. Johannes Steinhoff. Moniak will über das Interview schreiben: „Steinhoff, ein Jahr nach der Konferenz von Helsinki: Nun droht die Finnlandisierung". Er fragt: „Welche Stoßrichtung hat die sowjetische Machtpolitik in erster Linie? Richtet sie sich gegen Westeuropa?" Steinhoff will nicht: „Von einer Stoßrichtung im geographischen Sinn kann man wahrscheinlich nicht sprechen." Moniak beharrt: „Trotzdem gibt es ernstzunehmende Stimmen, die von der Gefahr der Finnlandisierung Westeuropas sprechen. Sehen Sie diese Gefahr?" Steinhoff bockt: „Ich würde sie dann sehen, wenn die Europäer nachlassen würden. Aber ich sehe eine andere Gefahr..." Die interessiert Moniak nicht: „Droht also dadurch, daß die politische Identität Europas Risse erhält, von innen her eine Finnlandisierung?" Steinhoff windet sich: „Zumindest dergestalt, daß die Bereitschaft, für die Verteidigung genug auszugeben, schwinden könnte." Steinhoff sieht zwar keine Anzeichen dafür, doch Moniak scheint mit der Auskunft, daß, wenn die Bereitschaft zur Verteidigung schwände, zumindest von innen her eine Art Finnlandisierung drohen könnte, zufrieden. Und richtig, das Interview, in dem sich ein früherer Nazi- und NATO-General zwar als reaktionär, aber doch nicht als ganz so dämlich wie erhofft erwiesen hatte, erscheint unter dem Titel: „Rüdiger Moniak sprach mit General a. D. Johannes Steinhoff ein Jahr nach der Konferenz von Helsinki: Nun droht die Finnlandisierung." Zumindest dergestalt, daß bundesdeutsche Journalisten für die Lappen, seien es braune oder blaue, fast alles tun.

Der Generalstabschef der k. u. k. Armee hieß Conrad von Hötzendorff und sein Name klang wie Tätärätä. Die Waffensysteme wurden weiterentwickelt. Der neue US-Militärminister heißt **Rumsfeld.**

konkret Heft 12 erscheint am 25. Nov. 76

Zweitausendeins No 3.
„Die ersten 20 ‹Kursbuch›-Bände nochmals drucken und dann für ein paar Mark verkaufen. Das wäre was.“

Diese als Vorschlag getarnte Frage richteten wir an den Herausgeber Hans Magnus Enzensberger.
Denn seit Jahren waren die ersten 20 Bände dieses „interessantesten Periodikums in Westdeutschland“ (NEW YORK TIMES) beim Verlag ausverkauft, in den Buchhandlungen vergriffen, sie wurden selbst unter Freunden nur ungern verliehen.

„Aus Kursbüchern ist ersichtlich, wo es hingeht.“ DIE ZEIT.
Obwohl Enzensberger anfangs untertreibend meinte, Kursbücher gäben nur „Verbindungen an“ und schrieben „keine Richtungen vor“, stellte sich doch bald heraus, daß das Kursbuch zumindest richtungsweisend war.
Kursbuch 2 1965 legte mit seinem Dossier „Der Iran und sein Wohltäter“ die Grundlage zu dem etwas distanzierten Empfang, den der Schah 1967 hierzulande hatte. Das gleiche Kursbuch berichtete in „Apartheid als Geschäft“ über das westliche Wirtschaftsinteresse an der unveränderten Situation in Südafrika, ein derzeit auch nicht gerade unaktuelles Thema.
Kursbuch 6 1966 berichtete über „Die amerikanische Opposition gegen den Krieg in Vietnam“, aus der bald auch eine hiesige wurde. Heft 17 1969 behandelte „Die kulturelle Revolution der Frau“ und lieferte damit erste feministische Ansätze. Und bereits in Kursbuch 19 erschien 1969 eine „Kritik des Anarchismus“.

„Mal in Enzensbergers Kursbuch blicken, das bringt einen anderswohin.“ Alexander Mitscherlich.
Das von Hans Magnus Enzensberger herausgegebene und bei Suhrkamp verlegte Kursbuch hatte gleich nach seinem ersten Erscheinen 1965 „einen Erfolg, der auf dem deutschen Zeitschriften-Markt bisher seinesgleichen sucht“, sagt der Westdeutsche Rundfunk. In der Zeit „von Juni 1967 bis Sommer 1968 war die Publikation fast schon zu einer Institution der revolutionsgestimmten Linken in der Bundesrepublik geworden“, steht in der ZEIT zu lesen. Und selbst das linker Parteinahme sicherlich unverdächtige CAPITAL mußte beeindruckt zugeben: „Vergleicht man die derzeitige Druckauflage der linken Elitezeitschrift Kursbuch, welche die auf diesem Niveau schwindelnde Höhe von 40 bis 45.000 erreicht hat und hält, mit den Auflagen der im Anspruch vergleichbaren renommierten bürgerlichen Diskussions- und Kulturzeitschriften – 3.000 bis 7.000 Exemplare –, so hat man im übrigen einiges Recht auf die Folgerung, der Geist stehe auch heute nun einmal links.“

Plötzlich kosten die ersten 20 kompletten Kursbuch-Bände nicht mehr 160 Mark. Sondern 29,90. Haben Sie die übrig?
Um die ersten kompletten Jahrgänge des Kursbuchs, einzeln gekauft, ins Regal stellen zu können, hätten Sie damals schon 160 Mark ausgeben müssen. Nicht gerechnet die Liebhaberpreise, die bisher für verschollene Ausgaben oder Raubdrucke gezahlt wurden. (Antiquariate verlangten rund 25 Mark pro Kursbuch, macht schreckliche 500 Mark für die kompletten 20 Bände!).
Ab jetzt ermäßigt sich der erforderliche Betrag drastisch auf ganze 29,90 DM. Der Herausgeber Hans Magnus Enzensberger hat uns nämlich die Erlaubnis zum kompletten Nachdruck gegeben. Und wir veröffentlichen die ersten 20 Kursbuch-Bände nun ungekürzt, als Reprint der Originalausgaben, incl. Kursbögen. Unser Reprint hat 4.168 Dünndruckseiten (11 x 15 cm), ist in zwei dicke Ganzleinen-Bände gebunden (dunkelblaues Irisleinen mit Prägung). Jeder Band hat ein Lesebändchen und ein Gesamtinhaltsverzeichnis.

Kursbuch 1
Beckett: Falsch angefangen. J. Becker: Glücksreihen. Chotjewitz: Hommage à Frantek. U. Johnson: Eine Kneipe geht verloren. K. M. Michel: Sprachlose Intelligenz. Dossier 1: Streit um Worte, Sartre/Simon. Dossier 2: Auschwitz-Prozeß; P. Weiss, M. Walser. Und mehr.

Kursbuch 2
Fanon: Von der Gewalt. C. Fuentes: Rede an d. Bürger d. USA. Castro: Rede v. d. UNO. Robinson: Von China aus gesehen. R. Barthes: Afrikanische Gramm Dossiers: Iran & sein Wohltäter/Apartheid als Geschäft/Entwicklungshilfe o. Ausbeutung/Volkes Stimme. H. M. Enzensberger: Europäische Peripherie. Und mehr.

Kursbuch 3
Foucault: Spuren d. Wahnsinns. Lars Gustafsson: Ballonfahrer. Hermans: Manuskript, gefunden in einer Klinik. Häfner: Einblicke in Wahnwelten. Barthelme: Spiel. Chr. Enzensberger: Verminderung d. Menschen. Dossier: Wahn & Politik. Und mehr.

Kursbuch 4
Katechismus zur deutschen Frage. Brief a. d. Bundesminister für Verteidigung, V. Braun: 5 Gedichte auf Deutschland. J. Ziem: Brief aus Halle. M. Walser: Eine gewöhnlich verlaufende Reise. Dossier: Fahrlässige Werbung. Und mehr.

Kursbuch 5
Sanguineti: Purgatorio del'Inferno, A. B. Johnson: Traktat über die Sprache. Saussure: Gegenstand der Sprachwissenschaft. Carnap: Strukturbeschreibungen. Tynjanow & Jakobson: Literatur & Sprachforschung. Bierwisch: Strukturalismus. Geschichte, Probleme & Methoden. Lévi-Strauss: Sprache & Gesellschaft. Und mehr.

Kursbuch 6
Ferlinghetti: Where is Vietnam? Dossiers: Amerikanische Opposition gegen den Krieg in Vietnam/Erzählungen aus einem chinesischen Dorf. Kantowsky: Versagen der indischen Landreform. Bo Gustafsson: Versuch über den Kolonialismus. P. Weiss & H. M. Enzensberger: Kontroverse um politische Moral. Und mehr.

Kursbuch 7
Lettau: Der Feind. G. Grass: Vom Rest unterm Nagel. H. Müller: Lohndrücker. Max Frisch: Erinnerungen an Brecht K. Völker: Brecht & Lukács. Heinrich Böll: Brief an einen jungen Nicht-Katholiken. Lettau: Journalismus als Menschenjagd. Dossiers: Ein Wirtschaftstag der CDU/Kommentare zur deutschen Frage (Augstein, Dichgans, Mitzenheim u. a.). Und mehr.

Kursbuch 8
Neue Mathematik.
Bertrand Russell: Die Mathematik & die Metaphysiker. A. d'Abro: Kontroversen über das Wesen der Mathematik. Wittgenstein: Bemerkungen über die Grundlagen der Mathematik. Turing: Kann eine Maschine denken? Neumann: Allg. & logische Theorie der Automaten. Lévi-Strauss: Mathematik vom Menschen. Und mehr.

Kursbuch 9
Revolution, Protest.
Herbert Marcuse: Ist die Idee der Revolution eine Mystifikation? Dossier 1: Kronstadt 1921 oder die Dritte Revolution. Kuron/Modzelewski: Offener Brief an die Polnische Arbeiterpartei. Schickel: Dialektik in China. Dossier 2: Vietnam & die Weltrevolution. Chomsky: Vietnam & die Redlichkeit des Intellektuellen. Walser: Praktiker, Weltfremde & Vietnam. Zur Kritik der progressiven Intelligenz in Deutschland. Und mehr.

Kursbuch 10
Dossier: Chlebnikov und andere. Manganelli: Über die Schwierigkeit, mit den Toten zu verkehren. Chr. Enzensberger: Größerer Versuch über den Schmutz. Herburger: Dogmatisches über Gedichte. Johnson Brief aus NY. Und mehr.

Kursbuch 11
Revolution in Lateinamerika.
Peter Weiss: Che Guevara! Imperialismus & Revolution in Lateinamerika: Imp. & kapital. Entwicklung/Der bewaffnete Aufstand/Internationaler Kontext: China, Cuba, Vietnam. Interview mit Douglas Bravo. Kontroverse Castro & die kommunistische Partei Venezuelas. Dossier: Lateinamerikanische Annalen. Berliner Gemeinplätze. Und mehr.

Kursbuch 12
Der nicht erklärte Notstand.
Dokumentation & Analyse eines Berliner Sommers.

Kursbuch 13
Nirumand: Die Avantgarde der Studenten im Internationalen Klassenkampf. Schütze: Widerstand an Spaniens Universitäten. Donolo: Theorie & Praxis der Studentenbewegung in Italien. 2 Dossiers: Studenten in Prag/Warschauer Bilanz. Sonntag: Versuch über die lateinamerikanischen Universitäten. Dossier: Politische Kriegsdienstverweigerung. Kreipe: Studenten in Frankreich. Negt: Studentischer Protest – Liberalismus – 'Linksfaschismus'. Und mehr.

Kursbuch 14
Kritik der Zukunft. Koch: Kritik der Futurologie. Dossier: Zukunft der Konterrevolution. Goodman: Plauderstunde m. d. Rüstungsindustrie. Dossier 2: SF-Literatur in Deutschland. Friedrich Engels: Von der Autorität: Dossier: Konkrete Utopie, 72 Gedanken für die Zukunft. Dutschke/Rabehl/Semler: Ein Gespräch über die Zukunft. Und mehr.

Kursbuch 15
Cimarrón: Erzählungen eines ehemaligen Sklaven. Lu Hsün: 4 Schriften ü. Literatur & Revolution. Dossier: China, Kultur Revolution Literatur. Mao Tsetung: Ein unveröffentlichtes Gedicht. Salvatore: Versuche über Unsereinen. Karsunke: Anachronistische Polemik. K. M. Michel: Ein Kranz für die Literatur. H. M. Enzensberger: Gemeinplätze, die Neueste Literatur betreffend. Kursbogen: Autodafé, Die Kritik ist tot ... Und mehr.

Kursbuch 16
Kulturrevolution/Dialektik der Befreiung. Schneider: Phantasie im Spätkapitalismus & die Kulturrevolution. Kreipe: Spontaneität & Organisation. Dossier dazu. Laing: Undurchschaubarkeit & Evidenz in modernen Sozialsystemen. Carmichael: Black Power. Henry: Soziale & psychologische Kriegsvorbereitung. Gerassi: Imperialismus & Revolution in Amerika. Sweezy: Zukunft des Kapitalismus. Marcuse: Befreiung v. d. Überflußgesellschaft. Und mehr.

Kursbuch 17
Frau/Familie/Gesellschaft
Schrabert-Klebert: Kulturelle Revolution der Frau. Hazel: Unwissenschaftliche Betrachtungen eines weiblichen Monsters. Der Begriff 'Frau'. Dossier: Emanzipationen. Protokolliert von E. Runge. Luc Jochimsen: Frauen in der BRD. Die Mehrheit, die sich wie eine Minderheit verhält. Masi: Familie im alten und neuen China. Berndt: Kommune & Familie. Kommune 2: Kindererziehung in der Kommune. Dermitzel: Thesen zur antiautoritären Erziehung. Kursbogen und mehr.

Kursbuch 18
Cuba. Marti: Schleuder Davids. Dossier: 50 Jahre cubanischer Geschichte mit den Augen einer Köchin. Chaumón: Angriff auf den Präsidentenpalast. Desnoes: Erinnerungen eines Zurückgebliebenen. Kontroverse ü. d. ökonomische System in Cuba: Guevara, Bettelheim, E. Mandel. Alonso: Wider die Lehrbücher des Marxismus. Castro: 3 Reden. Padilla: 5 Gedichte. Bildnis einer Partei: PCC. Kursbogen: Tupamaros. Und mehr.

Kursbuch 19
Kritik des Anarchismus. Bakunin: Brief an A. Herzen. Dreßen: Gegen Narzißmus & Volkstümelei. Hobsbawm: Was kann man noch vom Anarchismus lernen? Stalin: Anarchismus oder Sozialismus. Harich: Zur Kritik der revolutionären Ungeduld. Schickel: Anarchismus in China. K. M. Michel: Herrschaftsfreie Institutionen? Kursbogen. Und mehr.

Kursbuch 20
Über ästhetische Fragen. Benjamin: Methodenfragen e. marxistischen Literatur-Analyse. Chr. Enzensberger: Die Sache m. d. Literatur, die Sache m. d. Person. Walser: Über die Neueste Stimmung im Westen. Karsunke: Die Straße & das Theater. Wondratschek: Roman. Roehler: Die Abrichtung, deutsche Sätze für Schüler & Erwachsene. Jürgens: Staat als Kunstwerk. Haug: Kritik der Warenästhetik. Baukasten zu einer Theorie d. Medien. Siepmann: Rotfront Faraday. Und mehr.

Kursbuch 1 bis 20, komplett in 2 Dünndruckbänden für nur 29,90 DM.

Wo es die 20 Kursbuch-Bände für nur 29,90 gibt.
1. Nicht im Buchhandel, tut uns leid, sondern nur bei uns, exclusiv bei Zweitausendeins.
2. In unseren Läden *Berlin* Kantstraße 131, *Frankfurt* Eschersheimer Ldstr. 5, *Freiburg* Schiffstr. 10, *Mainz* Große Langgasse 8 und *München* Amalienstraße 45.
3. Per Post mit dem nachfolgenden Coupon. Zu erwähnen wäre noch der begrenzte Vorrat. Und die Auslieferung in der Reihenfolge des Bestelleingangs.

Hiermit wird bestellt:
Bitte ausschneiden und einsenden an Zweitausendeins Versand, Hahnstraße 54-56, Postfach 710249, 6000 Frankfurt am Main 71.

Ich bestelle _____ Exemplar(e) der kompletten Ausgaben Kursbuch 1 bis 20, in 2 Dünndruckbänden, Ganzleinen, Format 15 x 10 x 5 cm, für zusammen nur 29,90 DM, incl. Mehrwertsteuer.

Zahlungsweise:
☐ Ich füge 1 Post/Bankscheck bei über _____ DM plus 2,50 Versand.
☐ Schicken Sie die Ausgabe bitte per Nachnahme. Die Nachnahme- und Versandkosten will ich tragen.
Keine Lieferung ins Ausland.
Ihr gratis Merkheft bekomme ich bereits regelmäßig: ☐ ja ☐ nein

Name, Vorname

Postleitzahl, Ort

Straße, Nummer

Meine Unterschrift, Datum KK11

TEBA

Wie lange können Sie es ohne Wodka Moskovskaya aushalten?

SOFERN die Beantwortung dieser Frage für Sie von existentieller Bedeutung ist, empfehlen wir Ihnen folgendes Vorgehen:

Nehmen Sie eine Schere, und schneiden Sie die hier abgebildete Flasche entlang des äußeren Umrisses aus, ebenso das nebenstehende Dreieck.

Kleben Sie Flasche und Dreieck auf einen dünnen Karton, und schneiden Sie die überstehenden Teile des Kartons ab.

Knicken Sie das Dreieck entlang der gestrichelten Linie, und kleben Sie es mit dem schmalen Teil genau auf die Mitte der Flaschenrückseite, so daß Flasche und Dreieck einen gemeinsamen Abschluß nach unten bilden.

Stellen Sie die Pappflasche auf einen Tisch, und nehmen Sie davor Platz (s. Abb. Versuchsanord nung).

Notieren Sie die Uhrzeit, und warten Sie ab.

Sollten Sie nach dreitägigem Warten keinerlei Sehnsucht nach Wodka Moskovskaya verspüren, so scheiden Sie als Interessent für echt russischen Wodka aus.

Werden Sie nach 24 Stunden unruhig, so empfehlen wir Ihnen für die Zukunft, immer mal eine Flasche Wodka Moskovskaya vorrätig zu haben.

Zeigen Sie freilich schon nach knapp 2 Stunden Anzeichen von Ungeduld, so begeben Sie sich bitte umgehend zum nächsten Fachhändler und bemühen sich dort um ein Moskovskaya-Abonnement.

Bei Unwetter, Erdbeben und anderen Ereignissen von höherer Gewalt kann für pünktliche Lieferung nicht garantiert werden.

Nur echt russischer Wodka ist echt russischer Wodka.

Abb. 1: Ausschneiden.

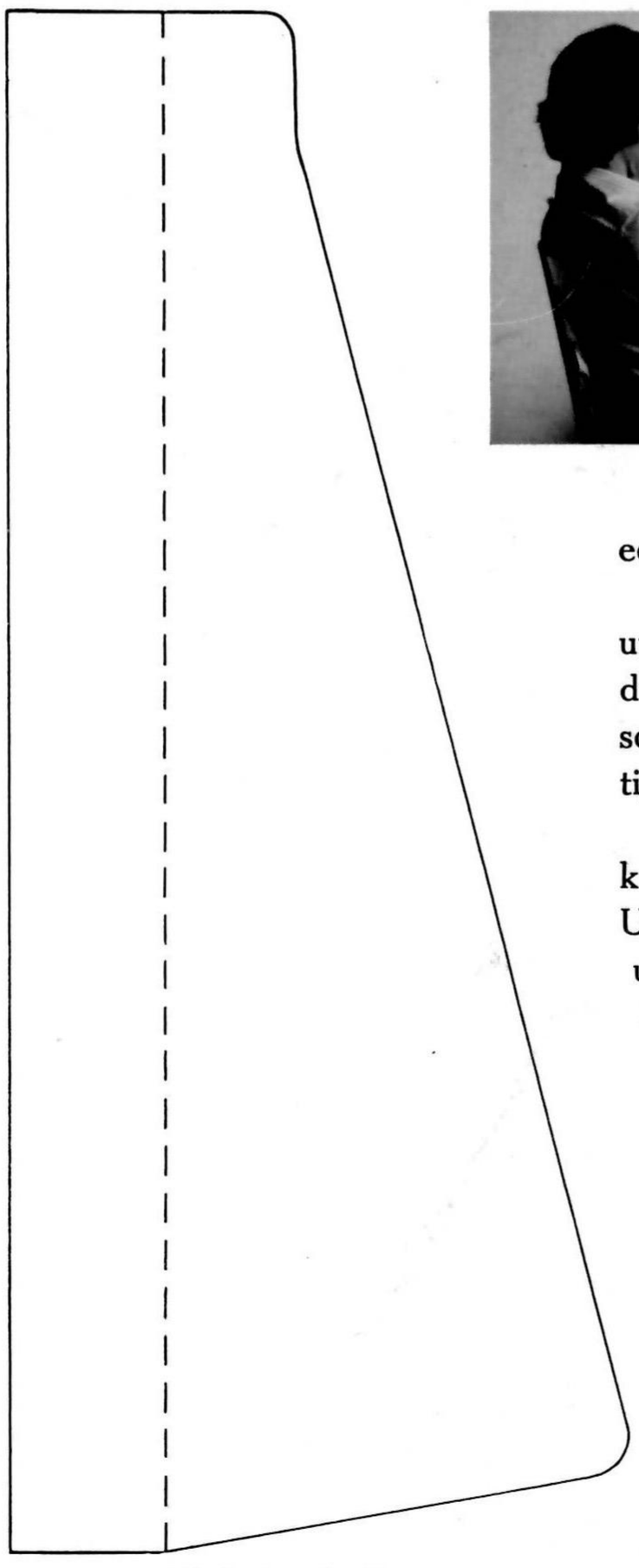


Abb. 2: Ausschneiden.

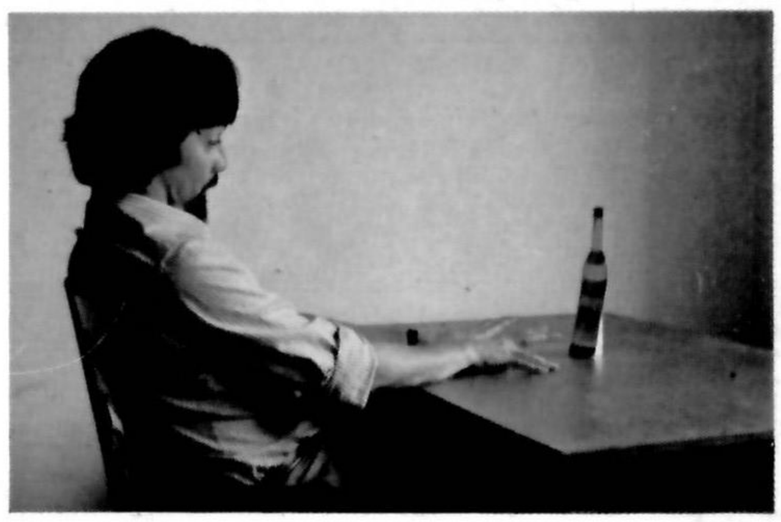


Abb. 3: Versuchsanordnung.

Simex 517 JÜLICH. ALLE ECHT RUSSISCHEN WEINE, SEKTE UND SPIRITUOSEN.